

Archiv der Gossner Mission

im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_0609

Aktenzeichen

4/21

Titel

Gossner Mission, Arbeitszentrum Mainz 1993-1996. Allgemeiner Schriftwechsel, Berichte und Protokolle

Band

2

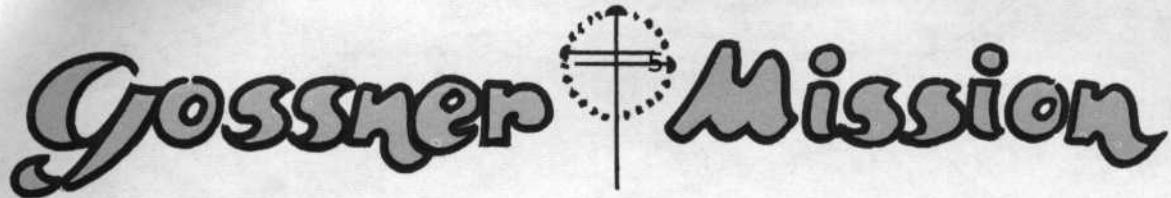
Laufzeit

1993 - 1996

Enthält

chronologisch geordneter Schriftwechsel zwischen Mainz und Berlin 1993-1996, Direktor Dieter Hecker u. a.; Schriftwechsel Seminar für kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft, Arbeitsberichte 1995, 1996, auch finanzielle Entwicklung; Diskussionsun

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

Herrn
Dieter Hecker
Fennstr. 31
12439 Berlin



IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Hö 2. Juli 1996

Lieber Dieter,

sehr lange hat es gedauert, bis wir das Protokoll schreiben konnten. Nun aber ist es vollbracht!

Wunschgemäß schicke ich Dir einen Ausdruck und die Diskette dazu. Wir haben die Bitte, wenn Ihr Veränderungen vornehmt, uns dann Euer Endprodukt vor dem Versand nochmal zuzufaxen.

Zwei Exemplare der Bilanz 1995 habe ich Bernd Krause mitgegeben, ich denke, Du bzw. die Buchhaltung haben sie erhalten.

Ich werde in den nächsten Tagen DM 600,-- an Euch überweisen, die monatlichen Spenden von Herrn Magsig für Nepal von Januar bis Juni 1996. Sollten bei Euch Spenden für Mainz eingegangen sein, wären wir für die Überweisung derselben dankbar.

Herzliche Grüße rundum

Deine

Kamelore

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT

Gosser Mission

Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die Mitglieder des Mainzausschusses

Zur Information an:
Herrn Dieter Hecker
Herrn Christian Schröder

FINGEGANGEN

83. Juli 1996

Erl.

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Re 2. Juli 1996

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

beim Versand des Mainzausschuß-Protokolls gestern habe ich aus Versehen die Anlage zu TOP 2 nicht beigelegt. Ich bitte, dies zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen

J. Reuter

(Irmgard Reuter)

Anlage Arbeitsbericht

**ARBEITSBERICHT DES "SEMINARS FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT"
- GOSSNER MISSION MAINZ -**

I. Kernprogramm

1. Industriapraktikum:

August bis Oktober, in Kooperation mit dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN, Frankfurt/M. (Modellversuch 1996).

2. Halbjahresseminar:

Oktober bis März, in Zusammenarbeit mit Michael Sturm, Gossner Mission Berlin und dem Gossner Konvent.

3. Pfarrerfortbildung:

Länge und Art sind neu zu verhandeln.

4. Institutwoche:

In Kooperation mit dem Predigerseminar der EKHN in Herborn (Termin November 96); weitere Institutwochen bei Bedarf (z.B. mit Predigerseminar der EKHN in Friedberg und dem Predigerseminar der EKiR Bad Kreuznach abzusprechen).

5. Dozentur:

- a) Vorbereitung des Industriapraktikums in Marburg im Sommer 96, zusammen mit Prof. Nethöfel und Keil sowie wiss. Mitarbeiter Bath;
- b) zu den Themen "Arbeit - Gerechtigkeit - Entwicklung" in Heidelberg (WS 1996/97 oder SS 1997, je nach Absprache);

II. Gossner - eigene Veranstaltungen und Termine:

1. Gossner-Sonntag:

jährlich im Oktober;

2. Studentage zu ausgewählten Themen:

40 Jahre Espelkamp, Frau und Arbeit, u.a.;

3. Sozialpolitisches Forum:

als vierteljährliche abendliche Diskussionsveranstaltung in Planung;

4. Zusammenkünfte anlässlich von Festen:

Im Jahre 1996 zahlreich (März, Mai, November).

III. Veranstaltungen des Mainzer Zentrums oder in Kooperation mit dem Mainzer Zentrum

1. Themenbereich "Arbeit und Arbeitslosigkeit"

- a) Begleitung des "Vereins zum Aufbau und zur Durchführung von Arbeitslosenselbsthilfemaßnahmen" (ASM);
- b) Dekanatskirchentag in Mainz (21./22. September 96);
- c) Bibelarbeiten/Predigten/Vorträge in Kirchengemeinden, Dekanaten und Akademien.

2. Themenbereich "Armut und Sozialstaat"

- a) Studentag mit Ev. Erwachsenenbildung (Mai)
(Bildungsverantwortung und geschlechtsspezifische Wahrnehmung);
- b) Seminarreihe in Fachhochschule Darmstadt (Mai)
(Ladenschlußzeiten, Maschinenlaufzeiten, Sonntagsarbeit);
- c) Wochenendtagung in Akademie Arnoldshain (August)
(Der Konsultationsprozeß und die Perspektive von Frauen in Armut).

3. Themenbereich "Interkultureller Dialog"

- a) Beheimatung des Initiativausschusses Ausländischer MitbürgerInnen in Rheinland-Pfalz;
- b) angefragt: Geschäftsstelle der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz (AGARP);
- c) Seminarveranstaltungen zur Asyl- und Flüchtlingsarbeit
(z.B. im November mit dem Netzwerk der Asylkreise im Odenwald);
- d) in Planung: Dialogkreis Christen - Muslime (initiiert durch die Thomas-Kirchengemeinde, Mainz).

4. Themenbereich "Ökonomische Alphabetisierung und Armutserichterstattung" in den Gemeinden

- a) Seminar zum Thema "Im Kampf für Gemeinschaft und Gerechtigkeit - Die Urban and Rural Mission im ökumenischen Kontext" (28./29. Juni 96, zusammen mit dem Amt für Mission und Ökumene, Frankfurt/M.).
- b) Begleitung weiterer Diskussionen im Amt für Mission und Ökumene (z.B. bei den Arnoldshainer Jahrestagungen im Herbst).

5. Themenbereich "Ökumenisches Lernen"

- a) Planung der IV. Ökumenischen Sommeruniversität 1997/1998;
- b) Beheimatung des "Plädoyers für eine ökumenische Zukunft" (Vorstandarbeit und Sekretariat);
- c) Beheimatung der "Arbeitsgemeinschaft für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" (AGFS);
- d) ehrenamtliche Mitarbeit in ökumenischen Gremien:
 - * Kammer für Mission und Ökumene der EKHN;
 - * Arbeitskreis Südliches Afrika der EKHN;
 - * Stiftungsrat der Karl Kübel Stiftung in Bensheim, dort Beratung der Indien-Projektarbeit.
- e) Besuchergruppen
 - * Uniting Church of Australia: Mai 1996;
 - * Gossner Kirche Indien: Mai 1996;
 - * Nationaler Christenrat Malaysia: Juni 1996;
 - * Moravian Church in Southern Africa: September 1996 .

IV. Beauftragung Industrie- und Sozialarbeit für Rheinhessen im Rahmen des Amtes für Arbeit, Wirtschaft und Soziales der EKHN

1. Einbindung in die Arbeit des Amtes

- Kammer der EKHN und Beirat
- regelmäßige Mitarbeiterbesprechung
- AK Kirche-Wirtschaft (Begegnungstagung zum Thema Sozialstaat)
- AK Kirche und Gewerkschaft
- AK Theologie
- AK Frauen in der Arbeitswelt (FRIDA)
 <Teilzeit, prekäre Beschäftigung, Sozialstaat, Studentage und Stellungnahmen zu bestimmten Themen>

2. Kooperation zu Gewerkschaften in der Region

- Themenbereiche u. a. Sonntagsarbeit, Ladenöffnungszeiten, Teilzeit, ungeschützte Arbeitsverhältnisse

3. Kooperation mit Propstei für Rheinhessen (Mainz)

- verantwortliche Mitarbeit in der Projektgruppe "Sozial- und Wirtschaftsraum Rheinhessen" - kirchliche Betroffenheit und Präsenz

4. Zusammenarbeit mit Wiesbadener Team - 4 Schwerpunkte

- Zusammenarbeit mit Pfarrkonventen
- Zusammenarbeit mit Gewerkschaften u. BetriebsrätlInnen
- Betriebsbesuche
- Zusammenarbeit mit katholischen PartnerInnen

5. Industrie- und Sozialarbeit auf europäischer Ebene

- European Contact Group for Urban Industrial Mission (ECG)
- Europäische Frauensynode (Workshop zum Thema: Prekäre Beschäftigungen)

V. Kontakte und Begegnungen im Haus und am Ort

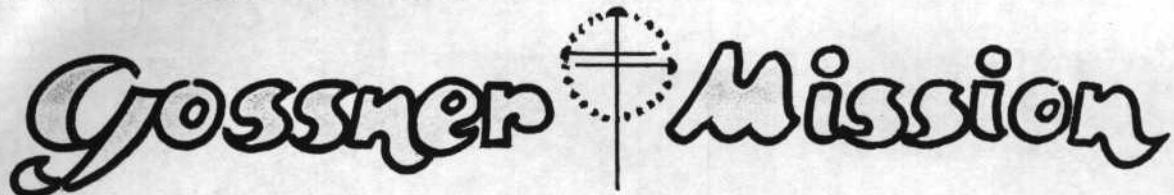
- Landeskirchen (EKHN, Pfalz)
- Kirchengemeinden
- Erwachsenenbildung
- Arbeit und Leben
- Aktionsgruppen
- Frauenhilfe
- BewohnerInnen des Jochen-Klepper-Hauses (zu verstärken)

Ingrid Borns-Scharf

Wolfgang Gern

15. April 1996

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die Mitglieder
des Mainzausschusses

Zur Information an:
Herrn Dieter Hecker
Herrn Christian Schröder

EINGEHNGEN

UZ. Juli 1996

Erl.....

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Re 1. Juli 1996

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

im Auftrag von Karl Scheld und Wolfgang Gern übersende ich Ihnen beiliegend das Protokoll der letzten Sitzung vom 20. Mai 1996 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

(Irmgard Reuter)

Anlage

Protokoll der Mainzausschuß-Sitzung vom 20.5.1996 11.00 bis 15.45 Uhr

Anwesend: Karl Scheld (Vors.), Susanne Englert, Elisabeth Krockert, Wolfgang Mehlig, Hermann Petersen, Ulrike Schmidt-Hesse

vom Team: Ingrid Borns-Scharf, Wolfgang Gern, Hannelore Höcke (nur bei TOP 4)

Entschuldigt: Hans Kühn, Paul Löffler, Christian Schröder, Walter Sohn, Ulrike Schreiner-Menzemer

Informationen vor Eintritt in die Tagesordnung:

- Die Einführung des neuen Leitungsteams findet statt am 31. Mai 1996, 18.00 Uhr.
- Eine Gruppe indischer Arbeiter aus der Gossner-Kirche kommt heute, 20. Mai, für eine Woche zu Besuch, um soziale und betriebliche Einrichtungen kennenzulernen. Ein gemeinsames Mittagessen mit dem Mainz-Ausschuß ist vorgesehen.
- Der Gossner-Konvent hat bei seinem Treffen Anfang April in Frankfurt begrüßt, an Veranstaltungen des Mainzer Zentrums mitwirken zu wollen, besonders im Rahmen der Industrieseminare und Pfarrer/innen-Fortbildungsangebote.
- Das Mainzer Zentrum veranstaltet ein Seminar zur Urban Industrial and Rural Mission am 29./30. Juni 1996; Thema: "Im Kampf für Gemeinschaft und Gerechtigkeit". Leitung: Ulrike Schmidt-Hesse und Wolfgang Gern.
- Vom 24. bis 28. Juni 1996 ist eine 14-köpfige Gruppe des Malaysischen Nationalen Christenrates aus Kuala Lumpur zu Gast, um mit dem Gossner-Team soziale und gesellschaftliche Fragen zu erörtern.
- Beim Dekanatskirchentag in Mainz am 21./22. September 1996 zum Thema: "Suchet der Stadt Bestes" wirkt das Mainzer Team mit. Es wird das Forum zum Thema "Arbeit und Arbeitslosigkeit" am 21.9. in der Johanniskirche federführend gestalten.
- Es gibt Absprachen über stärkere Kooperation in der Region, besonders zur Frage des Sozialabbaus und zur sozialen und wirtschaftlichen

Bewußtseinsbildung in den Kirchengemeinden:

- mit Wolfgang Geller und Wolfgang Stasche vom Amt für Arbeit, Wirtschaft und Soziales in Wiesbaden;
- mit Karsten Petersen vom Amt für Arbeit, Wirtschaft und Soziales in Frankfurt hinsichtlich der Zusammenarbeit zum Industriepraktikum;
- mit Martin Hindrichs vom Amt für Mission und Ökumene in Rheinhessen;
- mit Werner Petri, früher Gossner Mission, jetzt Thomaskirchengemeinde in Mainz, zu Fragen des interkulturellen und interreligiösen Dialogs;
- mit Vertreter/innen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, besonders zu Fragen eines Mainzer Bündnisses gegen Sozialabbau und zur Planung gemeinsamer Seminare.

- Die Tagesordnung wird um einen Punkt erweitert: TOP 5 lautet nun: "Ausstattung der halben Industrie-Pfarrstelle Rheinhessen"; TOP 6: Verschiedenes

TOP 1: Verabschiedung des Protokolls vom 5.2.96

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

TOP 2: Arbeitsbericht des Leitungsteams

Das Leitungsteam legt seinen Arbeits- und Perspektivbericht vor (Anlage). Dabei wird deutlich, daß das "Kernprogramm" einer kritischen Bewertung unterzogen werden muß. Während das Industriepraktikum (derzeit 10 feste Anmeldungen) und die Institutswochen für Vikarinnen und Vikare (z.B. Herborn 1996 - 14 Teilnehmer/innen) weiter Rückhalt haben und auszubauen sind, ist die Fortsetzung des Halbjahresseminars (1996/1997 mit bisher 2-3 Anmeldungen - vergleichbar mit den mageren Zahien der Vorjahre) schwer zu rechtfertigen.

Dem Team wird empfohlen (besonders von H. Petersen), das Halbjahresseminar in der jetzigen Form von 1997 an sterben zu lassen, Neuüberlegungen anzustellen und diese 1997 dem Mainzausschuß vorzulegen. Gedacht werden kann an zwei Neuangebote:

- Gestaltung des 3-monatigen Studienurlaubs von Pfarrer/innen (mit ca. 8-wöchigem Betriebspraktikum und je ca. 2-wöchigen Seminarphasen am Anfang und am Schluß, diese unterbrochen durch Exkursionen);

- Angebot einer "Überbrückung" und Begleitung für derzeit arbeitslose Theolog/innen (bzw. solche in der "Warteschleife").

Es war allen klar, daß auch die bisherige 3-jährige Pfarrer/innen-Fortbildung mangels Resonanz sterben darf und ein geeigneter Ersatz gefunden werden sollte. Gesamteindruck ist, daß das Mainzer Zentrum sich nicht durch freie Einzelangebote (Wochenendseminare und dergl.) tragen und definieren kann, sondern durch das beharrliche Eindringen in die Curricula von Theologischen Fakultäten, Predigerseminaren und Fortbildungsprogrammen. Dies kann und wird nur dann erfolgreich sein, wenn das Mainzer Zentrum zugleich Brücke bleibt zwischen ökumenischen und industriebezogenen bzw. betrieblichen Arbeitsvorhaben (und damit auch Bindeglied zwischen Amt für Mission und Ökumene und Amt für Arbeit, Wirtschaft und Soziales der EKHN).

TOP 3: Überlegungen zu einer Konzeptionsdebatte

Überlegungen zur Konzeption sollten künftig auf der Basis von folgenden vier Punkten angestellt werden:

- a) Eine Geschäftsordnung sollte die Arbeitsbereiche aller hauptamtlichen Mitarbeiter/innen deutlich umreißen, um Verantwortlichkeiten klar zu definieren (besonders im Hinblick auf die Geschäftsführung in Finanzfragen und in der Hausbelegung). E. Krockert und K. Scheld werden gebeten, zusammen mit I. Borns-Scharf, W. Gern und H. Höcke einen Entwurf vorzulegen.
- b) Die Arbeitsteilung zwischen I. Borns-Scharf und W. Gern sollte so gestaltet sein, daß beide zu gleichen Teilen am Kernprogramm des Mainzer Zentrums (Industriapraktikum, Institutswochen, Industrieseminar bzw. dessen Neukonzeption) mitarbeiten. Nach Ablauf des Jahres läßt sich absehen, inwieweit dies gelingen kann.
- c) Die Rolle des Mainz-Ausschusses soll 1997 Thema sein. U. Schmidt-Hesse und H. Petersen wollen dazu im kommenden Jahr eine Art Funktions- bzw. Rollenbeschreibung vorlegen.
- d) In welcher Weise bauliche Veränderungen notwendig sind (Car-Park Albert-Schweitzer-Straße 115, Beseitigung/Umgestaltung des Schuppens sowie Reparaturen an den beiden Häusern), wird W. Mehlig in Absprache mit dem Team in den Blick nehmen.

Es wird vorgeschlagen, daß der Mainz-Ausschuß nach Sommer 1997 zu einer Klausurtagung zusammenkommt und die unterschiedlichen Entwicklungen und Vorschläge bündelt.

TOP 4: Haushalt 1997

H. Höcke erläutert den Entwurf und die zwanzigprozentigen Einsparungen, die vorgeschlagen werden. Schmerzliche Einschnitte erfolgen in den Bereichen Anschaffungen und Literatur, Fahrtkosten und Reduzierung von Unterstützungsleistungen für Initiativen. Mit dem Initiativausschuß für Ausländische Mitbürger in Rheinland-Pfalz soll abgesprochen werden, wie die hohen Verwaltungs- und Bürokosten gemeinsam getragen bzw. durch weitere Drittmittel kompensiert werden können.

Auch die Zuschüsse der EKHN für die Gossner Mission sind mit der Kirchenverwaltung so zu klären, daß es nicht zu weiteren Einschnitten kommt.

TOP 5: Ausstattung der halben Industrie-Pfarrstelle Rheinhessen

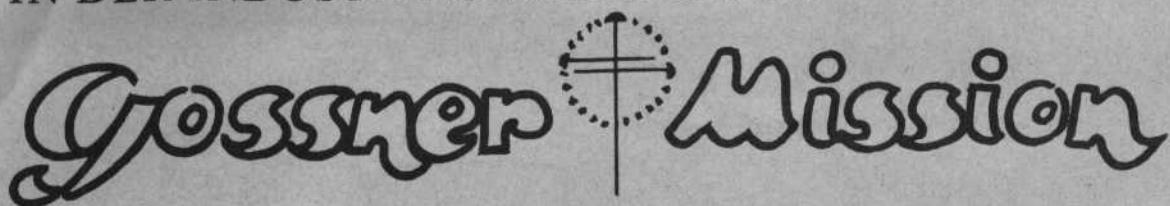
Der Mainz-Ausschuß weist noch einmal darauf hin, daß er an früheren Absprachen festhält, denen zufolge das Amt für Arbeit, Wirtschaft und Soziales der EKHN der Gossner Mission Mainz einen Pauschalbetrag für die Regionalbeauftragung für Rheinhessen (halber Dienstauftrag Ingrid Borns-Scharf) zur Verfügung stellt (vgl. Protokoll v. 6.11.95 und 5.2.96).

TOP 6: Verschiedenes

- Der Mainz-Ausschuß nimmt die Abrechnung betr. Renovierung der Dienstwohnung im Albert-Schweitzer-Haus zustimmend zur Kenntnis.
- Vom 1. Juli an wird Vikar Hans-Jörg Rekow, zur Zeit in der Gemeinde Sprendlingen, für voraussichtlich 1 Jahr in der Gossner Mission sein Spezialvikariat absolvieren. Sein Mentor wird W. Gern sein. Das Team ist dem Ausbildungsreferat der EKHN dankbar für die schnelle "Vermittlung".

Mainz, 24. Juni 1996
Wolfgang Gern

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

EINGEGANGEN

08. Mai 1996

Erl.

RUNDBRIEF ZU PFINGSTEN 1996

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

daß der Heilige Geist etwas unter uns bewirkt und Neues schafft, daß auch unter uns die vielfältige Arbeit im Geiste Gottes geschieht, das wünschen wir uns, ja darum bitten wir, dieses Jahr zu Pfingsten ganz besonders. Nicht nur, weil wir ein neues Leitungsteam sind (seit Anfang Februar mit Wolfgang Gern), sondern weil die Krise der Arbeitsgesellschaft sich immer mehr zuspitzt und es bislang an konkreten Visionen fehlt, wie Erwerbsarbeit und erwirtschafteter Reichtum gesamtgesellschaftlich sinnvoller verteilt werden können.

Natürlich trifft uns diese Situation auch selbst: Wir haben für 1997 drastische Einsparungen von über 20 % vorgesehen. Wenn der Apostel Paulus von den Früchten des Geistes spricht, dann brauchen wir sie jetzt erst recht: Liebe, Freude, Friede, Freundlichkeit, Geduld, Güte und Sanftmut - in einer Zeit, die nicht nur gegenüber den Schwächsten reichlich lieblos und unfreundlich verfährt, und in einer politischen Atmosphäre, die den sozialen Frieden leichtfertig aufs Spiel setzt.

In diesem Zusammenhang wird unsere Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit umso notwendiger: Gelingt es uns, durch die Aus- und Fortbildungsangebote - vor allem das Industriepraktikum für Studierende, das Industrieseminar für kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Institutswochen für Vikarinnen und Vikare - Kirchengemeinden und Gruppen noch stärker für das zu interessieren und zu engagieren, was die Menschen an ihrem Ort beruflich, sozial und wirtschaftlich bewegt?



Jyoti Sahi (Indien) "Komm, Schöpfer Geist!"

Eine "ökonomische Alphabetisierung" der Gemeinden fördern zu wollen mag etwas vermessener klingen, aber vom Inhalt her ist es das, was unsere Kirchen brauchen: eine verstärkte Sensibilität für die konkreten sozialen Konsequenzen staatlicher und gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

Wir sind regelmäßig zu Vorträgen und Gesprächsveranstaltungen in Gemeinden und Dekanaten zu Gast; auch der Dekanatskirchentag in Mainz im Spätsommer wird von uns mitverantwortet und widmet sich im Rahmen eines Forums in der Mainzer Johanniskirche dem Thema "Arbeit und Arbeitslosigkeit". Unser Ziel ist, nicht nur die Probleme zu benennen, sondern die praktischen Arbeitslosenselbsthilfeinitiativen vorzustellen, die auch mit der Gossner Mission verbunden sind und jetzt in ziemlich ratloser Zeit Hoffnung verbreiten.

Heute möchten wir um Ihre freundliche Unterstützung bitten, damit Hoffnungsarbeit durch uns weiter geschehen kann:

- In Zusammenarbeit mit den Gemeinden in und um Mainz wollen wir praktische Schritte unternehmen, damit Kirche Ansprechpartnerin wird für Arbeitslose und für ArbeitnehmerInnen, deren Arbeitsplatz gefährdet ist. Gemeindetage und ein regelmäßiges sozialpolitisches Forum in unseren Räumen sollen dazu helfen.
- Weiter wollen wir Zentrum des Initiativausschusses ausländischer MitbürgerInnen in Rheinland-Pfalz bleiben, der seine Arbeit stark expandiert hat und dringend auf unsere und Ihre Unterstützung angewiesen ist. Die notwendigen Personal- und Bürokosten übersteigen um DM 6.000,-- unseren laufenden Haushalt.

Unser Zentrum mit all seinen Möglichkeiten zu offener Gastfreundschaft kann nur aufrechterhalten werden und bleibt für Gruppen und ihre ökumenische und soziale Bildungsarbeit erschwinglich, wenn wir die Preise nicht ins Unermessliche erhöhen müssen - und wenn wir es instandhalten können. Für die 15 Zimmer unserer ausländischer Stipendiatinnen und Stipendiaten in der unteren Etage des Jochen-Klepper-Hauses benötigen wir dringend neue Betten (ca. DM 4.500,--), die wir aus dem laufenden Haushalt nicht bezahlen können.

Immer wieder kommen Partnergruppen aus Übersee, die sich das Ziel des Mainzer Zentrums zueigen machen und bei und durch uns die wirtschaftliche und soziale Situation Deutschlands an Beispielen aus der Arbeits- und Wirtschaftswelt kennenlernen wollen. Im Mai kommt eine Gruppe indischer Arbeiter aus der Gossnerkirche zu uns, im Juni eine Gruppe des Malaysischen Christenrates. Pro Gruppe kostet uns ein einwöchiger Aufenthalt DM 3.000,--. Bitte helfen Sie mit, daß wir den ökumenischen Dialog auf diese Weise qualifizieren können.

Wir möchten Sie gerne sehr herzlich einladen zu unserer Einführung als Leitungsteam. Der Einführungsgottesdienst findet statt

**am Freitag, 31. Mai 1996 um 18.00 Uhr in der Kirche der Ev. Studentengemeinde
Am Gonsenheimer Spieß 1, 55122 Mainz (5 Min. Fußweg von unserem Zentrum)**

Zum anschließenden Empfang treffen wir uns im Jochen-Klepper-Haus in unserem Zehtrum. Herzlich willkommen!

Auf die Begegnung mit Ihnen und Euch freuen sich

Ihr

(Dr. Wolfgang Gern, Pfr.)

Ihre

(Ingrid Borns-Scharf, Pfrn.)

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die
Mitglieder des
Mainzausschusses

zur Kenntnis an:
Dieter Hecker
Christian Schröder

EINGEGANGEN

30. April 1996

Erl.....

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Hö 29. April 1996

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

im Auftrag von Karl Scheld, Ingrid Borns-Scharf und Wolfgang Gern lade ich
Sie hiermit sehr herzlich ein zur nächsten Mainzausschußsitzung am

Montag, 20. Mai von 11.00 bis 16.00 Uhr.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Verabschiedung des Protokolls vom 10.2.1996
2. Arbeitsbericht des Leitungsteams
3. Überlegungen zu einer Konzeptionsdebatte
4. Haushalt 1997 (Entwurf anbei)
5. Verschiedens

Bitte teilen Sie uns auf beiliegenden Zettel mit, ob Sie teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

(Hannelore Höcke)

P.S. Bitte vormerken: Am Freitag, 31.5.96 findet die Einführung von Wolfgang Gern und Ingrid Borns-Scharf im Mainzer Zentrum statt. Sie sind alle herzlich eingeladen. Eine gesonderte schriftliche Einladung erfolgt noch.

GOSSNER MISSION

- Arbeitszentrum Mainz -

HAUSHALTSPLAN

1997

1. ENTWURF

26. April 1996

Vorläufiger Haushaltsplan
1997

EINNAHMEN	1994	Soll 1995	Vorl. Ist 1995	1996	1997
1. SPENDEN					
1.1. Allgemein	51.645	60.000	41.005	60.000	50.000
1.2. Zweckgebunden	17.000	4.000	0	4.000	5.000
2. ZUSCHÜSSE					
2.1. Pfarrergehalt	100.877	100.470	40.164	103.000	0
2.2. Pfarrerinnengehalt	99.528	98.125	57.144	102.000	0
2.3. Bundesamt für Zivildienst	6.722	5.000	1.810	5.000	6.000
2.4. Gossner Mission Berlin	340.000	340.000	340.000	220.000	200.000
2.5. EKHN Allgemein	38.000	39.000	45.000	45.000	45.000
2.6. EKHN Industriapraktikum	2.880	4.000	4.000	4.000	4.000
2.7. Projektmittel AISA	0	0	0	5.000	10.000
2.8. Landeskirchen	9.000	13.000	5.000	5.000	8.000
2.9. Kirchengemeinden/Dekanate	30.441	18.000	19.470	30.000	25.000
2.10. Sonstige	100	4.000	51.704	2.000	25.000
3. SEMINARE/TAGUNGEN/KURSE					
3.1. Industrieseminar	3.230	5.000	950	3.000	2.650
3.2. Industriapraktikum	5.599	5.000	11.210	5.000	8.500
3.3. Institutswochen/Fortbildungen	6.199	3.500	2.200	5.000	5.000
3.4. Gasttagungen	10.041	20.000	20.900	15.000	36.500
3.5. Verkauf Werkstattberichte	956	2.000	10.539	1.000	650
3.6. Diverser Broschürenverkauf	204	500	160	500	300
3.7. Fotokopien Fremdgruppen	6.140	8.000	7.680	7.000	8.000
3.8. Bürokostenpauschalen	2.650	2.500	2.650	3.000	3.300
4. MIETEN					
4.1. MitarbeiterInnen inkl. Nebenkosten	16.236	19.000	14.276	19.500	21.000
4.2. Jochen-Klepper-Haus	62.677	65.000	71.194	70.000	61.000
4.3. Raumvermietungen	5.505	5.000	8.075	6.000	9.000
4.4. Eigentumswohnungen inkl. NK	29.144	30.000	30.011	35.000	35.000
5. VERSCHIEDENES					
5.1. Zinsen	20.162	15.000	23.004	20.000	25.000
5.2. Honorare an MitarbeiterInnen	2.903	1.000	625	500	1.000
5.3. Reisekostenerstattungen	1.416	1.000	325	500	1.000
5.4. Sonstiges	25	1.000	270	500	500
5.5. Entnahme aus Kapital	0	27.229	0	26.173	7.750
GESAMTEINNAHMEN	869.280	896.324	809.366	802.673	604.150

Vorläufiger
Haushaltsplan 1997

AUSGABEN	1994	Soll 1995	Vorl.Ist 1995	1996	1997
1. Kosten lt. Stellenplan	640.203	662.824	533.459	564.173	366.850
2. Kuratorium/Ausschüsse/Beiräte	3.417	4.000	5.419	3.000	4.000
3. PROJEKTE					
3.1. Arbeitslosenarbeit	5.000	5.000	5.002	5.000	4.500
3.2. Ausländerarbeit	4.050	4.000	4.050	4.000	3.500
3.3. Gossner Konvent	1.006	1.000	1.000	1.000	900
3.4. Konziliärer Prozeß	80	1.000	30	500	500
3.5. ECG inkl.DM 800,-- Beitrag ab 1997	1.818	2.000	1.730	2.000	1.500
4. BIBLIOTHEK/SEMINARE					
4.1. Bücher	1.916	2.500	1.770	2.500	1.500
4.2. Zeitschriften	2.763	2.500	3.062	3.000	2.500
4.3. Supervisionskosten	385	1.000	0	1.000	300
4.4. Honorare/Reisekosten Gastref.	894	1.200	85	1.500	1.500
4.5. Exkursionen/Tagungen auswärts	5.255	1.500	2.770	0	0
4.6. Eigene Seminare/Praktika/Fortbildungen	0	0	0	3.000	3.000
4.7. Stipendien	54	1.500	550	1.000	1.000
5. TAGUNGEN VON MITARBEITER/INNEN					
5.1. Tagungskosten/Tagungsbeiträge	200	2.000	520	2.500	1.000
5.2. Reisekosten	11.039	7.500	8.349	6.000	7.000
5.3. Fort.-u. Weiterbildungskosten	250	1.500	250	1.500	1.000
6. BÜRO					
6.1. Telefon: Miete/Wartung/Versicherung	8.019	9.500	8.123	10.000	10.000
6.2. Wartung diverser Büromaschinen	4.830	6.000	4.428	6.500	6.000
6.3. Anschaffungen	4.702	6.000	3.770	7.000	6.000
6.4. Reparaturen	435	1.500	95	1.500	1.500
6.5. Allgemeine Bürokosten/Lehrmaterial	8.033	9.500	6.316	7.500	7.000
6.6. Telefon/Telefaxgebühren	8.967	9.500	7.849	7.000	9.000
6.7. Porto	10.410	11.000	8.939	7.500	9.000
6.8. Nebenkosten Geldverkehr	391	400	580	500	500
6.9. Mitgliedsbeiträge	1.555	2.000	1.455	2.000	1.800
6.10. Werbematerial und Präsente	2.375	2.000	5.012	2.000	5.000
6.11. Druckkosten	6.496	11.000	14.986	7.500	8.000
7. HAUSWIRTSCHAFT					
7.1. Anschaffungen	6.166	5.000	23.833	6.000	6.000
7.2. Reparaturen	607	2.000	247	2.000	2.000
7.3. Verbrauchsgüter	3.285	3.000	2.088	4.000	4.000
7.4. Lebensmittel	4.355	11.000	8.577	7.000	9.500
7.5. Bewirtung Referenten/Gäste	1.792	5.000	462	2.000	1.000
7.6. Reinigung: Wäscherei u. Fensterputzer	5.095	7.000	7.026	8.000	9.500
8. DIENSTFAHRZEUG					
8.1. Neuanschaffungsfonds	3.000	3.000	3.000	4.000	5.000
8.2. Unterhalt und Reparaturen	2.898	3.000	1.590	3.000	3.000
8.3. Kosten für Dienstreisen mit Privat-PKW	2.312	2.000	2.418	2.000	1.000
ZWISCHENSUMME/ÜBERTRAG:	764.053	810.424	678.840	698.673	505.350

Vorläufiger
Haushaltsplan
1997

AUSGABEN	1994	Soll 1995	Vorl.Ist 1995	1996	1997
ÜBERTRAG:	764.053	810.424	678.840	698.673	505.350
9. GEBÄUDE					
9.1. Heizkosten 113+115	13.999	15.000	12.165	15.500	15.500
9.2. Wasser- u. Stromkosten 113+115	17.064	19.000	12.812	19.000	18.000
9.3. Straßenreinig./Müllabf./Abwasser/Sonstiges 113+115	7.612	8.000	7.507	8.500	9.500
9.4. Gebäudereparaturen 113+115	0	10.000	3.968	10.000	10.000
9.5. Diverse Reparaturen/Instandhaltung 113	14.996	2.000	6.859	11.000	10.000
9.6. Diverse Reparaturen/Instandhaltung 115	4.813	2.000	13.436	3.000	3.000
9.7. Garten- und Außenanlagen	1.279	1.500	1.274	2.000	2.000
9.8. Zuführung zum Renovierungsfonds	4.000	4.000	4.000	4.000	0
9.9. Sachversicherungen	2.673	6.000	2.973	4.000	3.300
9.10. Sonstige Verwaltungs- u. Betriebskosten	770	1.300	770	1.000	1.000
9.11. Zinsen Tilgung an Treuhandfonds	97	0	0	0	0
10. EIGENTUMSWOHNUNGEN BRETZENHEIM					
10.1. Laufende Kosten (Wohngeld)	11.474	9.600	11.654	12.000	13.000
10.2. Reparaturen und Anschaffungen	327	4.000	9.059	10.000	8.000
11. RECHTS- UND BERATUNGSKOSTEN	1.100	2.000	35	2.000	2.000
12. PRÜFUNGSGEBÜHREN DWHN	1.800	1.500	2.328	2.000	2.000
13. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	3.439	0	1.500
14. Rückstellung f. offene Rechnungen Wohnung	0	0	24.000	0	0
GESAMTAUSGABEN:	846.057	896.324	795.119	802.673	604.150

Vorläufiger
Haushaltsplan
1997

STELLENPLAN	1994	Soll 1995	Ist 1995	1996	1997
1. Pfarrergehalt Vollzeit	120.114	125.356	47.480	129.115	18.200
2. Pfarrerinnengehalt Vollzeit	118.750	121.540	74.861	125.185	20.500
3. Referent Vollzeit	115.475	115.180	121.494	9.500	0
4. Sachbearbeiterin Vollzeit	81.502	85.500	84.470	88.065	105.300
5. Sekretärin 24 Std. pro Woche	45.494	48.358	47.057	49.808	51.500
6. Hauswirtschafterin	64.278	67.156	65.151	59.000	61.000
7. Reinigungskräfte	53.033	54.384	60.173	60.000	0
7.1. 24,25 Stunden pro Woche	0	0	0	0	36.500
7.2. Halbzeit	0	0	0	0	29.500
8. Büroaushilfe 10 Std. pro Woche	11.251	12.360	10.164	8.500	9.050
9. Fremdleistungen Buchhaltung	12.700	13.390	13.151	14.000	14.800
10. Zivildienstleistender	13.093	15.000	4.658	15.500	16.000
11. Beiträge Berufsgenossenschaft	2.513	2.600	2.800	3.500	3.500
12. Zuführung zum Beihilfefonds	2.000	2.000	2.000	2.000	1.000
INSGESAMT:	640.203	662.824	533.459	564.173	366.850

**ARBEITSBERICHT DES "SEMINARS FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT"
- GOSSNER MISSION MAINZ -**

I. Kernprogramm

1. Industriapraktikum:

August bis Oktober, in Kooperation mit dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN, Frankfurt/M. (Modellversuch 1996).

2. Halbjahresseminar:

Oktober bis März, in Zusammenarbeit mit Michael Sturm, Gossner Mission Berlin und dem Gossner Konvent.

3. Pfarrerfortbildung:

Länge und Art sind neu zu verhandeln.

4. Institutwoche:

In Kooperation mit dem Predigerseminar der EKHN in Herborn (Termin November 96); weitere Institutwochen bei Bedarf (z.B. mit Predigerseminar der EKHN in Friedberg und dem Predigerseminar der EKiR Bad Kreuznach abzusprechen).

5. Dozentur:

- a) Vorbereitung des Industriapraktikums in Marburg im Sommer 96, zusammen mit Prof. Nethöfel und Keil sowie wiss. Mitarbeiter Bath;
- b) zu den Themen "Arbeit - Gerechtigkeit - Entwicklung" in Heidelberg (WS 1996/97 oder SS 1997, je nach Absprache);

II. Gossner - eigene Veranstaltungen und Termine:

1. Gossner-Sonntag:

jährlich im Oktober;

2. Studentage zu ausgewählten Themen:

40 Jahre Espelkamp, Frau und Arbeit, u.a.;

3. Sozialpolitisches Forum:

als vierteljährliche abendliche Diskussionsveranstaltung in Planung;

4. Zusammenkünfte anlässlich von Festen:

Im Jahre 1996 zahlreich (März, Mai, November).

III. Veranstaltungen des Mainzer Zentrums oder in Kooperation mit dem Mainzer Zentrum

1. Themenbereich "Arbeit und Arbeitslosigkeit"

- a) Begleitung des "Vereins zum Aufbau und zur Durchführung von Arbeitslosenselbsthilfemaßnahmen" (ASM);
- b) Dekanatskirchentag in Mainz (21./22. September 96);
- c) Bibelarbeiten/Predigten/Vorträge in Kirchengemeinden, Dekanaten und Akademien.

2. Themenbereich "Armut und Sozialstaat"

- a) Studientag mit Ev. Erwachsenenbildung (Mai)
(Bildungsverantwortung und geschlechtsspezifische Wahrnehmung);
- b) Seminarreihe in Fachhochschule Darmstadt (Mai)
(Ladenschlußzeiten, Maschinenlaufzeiten, Sonntagsarbeit);
- c) Wochenendtagung in Akademie Arnoldshain (August)
(Der Konsultationsprozeß und die Perspektive von Frauen in Armut).

3. Themenbereich "Interkultureller Dialog"

- a) Beheimatung des Initiativausschusses Ausländischer MitbürgerInnen in Rheinland-Pfalz;
- b) angefragt: Geschäftsstelle der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz (AGARP);
- c) Seminarveranstaltungen zur Asyl- und Flüchtlingsarbeit
(z.B. im November mit dem Netzwerk der Asylkreise im Odenwald);
- d) in Planung: Dialogkreis Christen - Muslime (initiiert durch die Thomas-Kirchengemeinde, Mainz).

4. Themenbereich "Ökonomische Alphabetisierung und Armutserichterstattung" in den Gemeinden

- a) Seminar zum Thema "Im Kampf für Gemeinschaft und Gerechtigkeit - Die Urban and Rural Mission im ökumenischen Kontext" (28./29. Juni 96, zusammen mit dem Amt für Mission und Ökumene, Frankfurt/M.).
- b) Begleitung weiterer Diskussionen im Amt für Mission und Ökumene (z.B. bei den Arnoldshainer Jahrestagungen im Herbst).

5. Themenbereich "Ökumenisches Lernen"

- a) Planung der IV. Ökumenischen Sommeruniversität 1997/1998;
- b) Beheimatung des "Plädoyers für eine ökumenische Zukunft" (Vorstandsarbeit und Sekretariat);
- c) Beheimatung der "Arbeitsgemeinschaft für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" (AGFS);
- d) ehrenamtliche Mitarbeit in ökumenischen Gremien:
 - * Kammer für Mission und Ökumene der EKHN;
 - * Arbeitskreis Südliches Afrika der EKHN;
 - * Stiftungsrat der Karl Kübel Stiftung in Bensheim, dort Beratung der Indien-Projektarbeit.
- e) Besuchergruppen
 - * Uniting Church of Australia: Mai 1996;
 - * Gossner Kirche Indien: Mai 1996;
 - * Nationaler Christenrat Malaysia: Juni 1996;
 - * Moravian Church in Southern Africa: September 1996 .

IV. Beauftragung Industrie- und Sozialarbeit für Rheinhessen im Rahmen des Amtes für Arbeit, Wirtschaft und Soziales der EKHN

1. Einbindung in die Arbeit des Amtes

- Kammer der EKHN und Beirat
- regelmäßige Mitarbeiterbesprechung
- AK Kirche-Wirtschaft (Begegnungstagung zum Thema Sozialstaat)
- AK Kirche und Gewerkschaft
- AK Theologie
- AK Frauen in der Arbeitswelt (FRIDA)
<Teilzeit, prekäre Beschäftigung, Sozialstaat, Studentage und Stellungnahmen zu bestimmten Themen>

2. Kooperation zu Gewerkschaften in der Region

- Themenbereiche u. a. Sonntagsarbeit, Ladenöffnungszeiten, Teilzeit, ungeschützte Arbeitsverhältnisse

3. Kooperation mit Propstei für Rheinhessen (Mainz)

- verantwortliche Mitarbeit in der Projektgruppe "Sozial- und Wirtschaftsraum Rheinhessen" - kirchliche Betroffenheit und Präsenz

4. Zusammenarbeit mit Wiesbadener Team - 4 Schwerpunkte

- Zusammenarbeit mit Pfarrkonventen
- Zusammenarbeit mit Gewerkschaften u. Betriebsrätern
- Betriebsbesuche
- Zusammenarbeit mit katholischen PartnerInnen

5. Industrie- und Sozialarbeit auf europäischer Ebene

- European Contact Group for Urban Industrial Mission (ECG)
- Europäische Frauensynode (Workshop zum Thema: Prekäre Beschäftigungen)

V. Kontakte und Begegnungen im Haus und am Ort

- Landeskirchen (EKHN, Pfalz)
- Kirchengemeinden
- Erwachsenenbildung
- Arbeit und Leben
- Aktionsgruppen
- Frauenhilfe
- BewohnerInnen des Jochen-Klepper-Hauses (zu verstärken)

Ingrid Borns-Scharf

Wolfgang Gern

15. April 1996

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die Mitglieder
des Mainzausschusses

Zur Information an:
Herrn Dieter Hecker
Herrn Christian Schröder

EINGEGANGEN

07. März 1996

Erl.....

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Hö 5. März 1996

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

im Auftrag von Ingrid Borns-Scharf und Karl Scheld übersende ich Ihnen/Euch
beiliegend das Protokoll der letzten Sitzung vom 05.02.1996 mit der Bitte um
Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

(Hannelore Höcke)

Anlage

**PROTOKOLL DER SITZUNG DES MAINZAUSSCHUSSES
am 05.02.1996 von 11.00 bis 17.00 Uhr**

Anwesend: Elisabeth Krockert, Hans Kühn, Detlef Lüderwaldt, Wolfgang Mehlig, Karl Scheld, Ulrike Schmidt-Hesse, Christian Schröder, Walter Sohn

Vom Team: Ingrid Borns-Scharf, Wolfgang Gern

Entschuldigt: Susanne Englert, Paul Löfller, Hermann Petersen, Ulrike Schreinzer-Menzemer, Petra Vollweiler-Freyer

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

- A) Pfarrer Detlef Lüderwaldt wird verabschiedet, da er im Frühjahr 1996 in den Ruhestand "versetzt" wird. Er bedankt sich bei der Gossner Mission für die Unterstützung und weist darauf hin, daß seine Arbeit im Initiativausschuß zumindest teilweise (1/2 Stelle Mischfinanzierung in Kooperation mit Pfr. Knolle) fortgesetzt werden kann.
- B) Die Frage der Vertretung für OKR K. M. Beckmann als Übergangslösung steht zur Diskussion. Es sollte jemand sein, der/die die Finanzwelt der EKHN im Blick hat. Ulrike Schmidt-Hesse übernimmt es, diese Frage zu klären und der Gossner Mission Bescheid zu geben.
- C) Begrüßung von Wolfgang Gern an seinem ersten Arbeitstag.

TOP 1: Verabschiedung des Protokolls vom 6.11.95

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

TOP 2: Sachstandsbericht Renovierung der Dienstwohnung von Wolfgang Gern

Die entsprechende Tischvorlage wird zur Kenntnis genommen (Kosten bisher ca. DM 40.000,-).

Antrag von W. Gern: Es muß eine vernünftige Überprüfung (W. Mehlig) bzw. Abnahme der Wohnungsrenovierung erfolgen. Der Mainzausschuß bzw. beauftragte Mitglieder sollten zusammen mit dem Sachverständigen der EKHN, Herrn Benz, die komplette Instandsetzung der Wohnung überprüfen. Beschuß: Der Mainzausschuß beauftragt H. Höcke, W. Gern, W. Mehlig und Herrn Benz die Renovierung der Dienstwohnung und die Abrechnungen zu überprüfen. Verantwortlich für Terminabsprache und Durchführung: W. Gern, H. Höcke).

W. Gern wird sich bemühen, die Umzugskosten (ca. DM 12.000,--) durch die EKHN finanzieren zu lassen.

TOP 3: Frage der Geschäftsführung (vgl. TOP 4 des Protokolls vom 6.11.96)

Die Geschäftsführung im Verwaltungsbereich (wirtschaftlich und finanziell) soll Frau H. Höcke offiziell übertragen werden, um das Leitungsteam zu entlasten.

Der Mainzausschuß nimmt die Vorlage zur Berechnung vom Nov. 1995 dankbar zur Kenntnis und begrüßt insbesondere den Teilungsvorschlag für die Jahre 1996 und 1997. Am 1.1.1998 soll dann ein Bewährungsaufstieg nach IVa für H. Höcke erfolgen. Hauptbegründung: Größere finanzielle Verantwortung.

Der Mainzausschuß stellt fest, daß die Umstrukturierungen im Bereich Hauswirtschaft notwendig sind und daß die Mehrbelastung auf Dauer nicht unentgeltlich geschehen kann.

Der Mainzausschuß bittet den Verwaltungsausschuß dringend, den Finanzierungsvorschlag anzunehmen. Verantwortlich für das Einbringen in den Verwaltungsausschuß am 13.2.96: E. Krockert, W. Mehlig.

TOP 4: Bericht vom Konzeptionsausschuß

E. Krockert berichtet kurz über einige Fragen:

- Die Ergebnisse der Organisationsberatung von Herrn Röthlisberger werden in Berlin weiter verfolgt.
- Die Besetzung der Theologenstelle in der Leitung Lusaka (Sambia) ist noch nicht geklärt.
- Die Zuordnung des Sambiareferates bei Neubesetzung des Missionsdirektors und Weggang des bisherigen Referenten (W. Damm) muß noch geklärt werden.
- Die Frage der Verkleinerung des Kuratoriums und der Ausschüsse muß noch geklärt werden.
- Die Frage, ob Mainz an der Reduzierung des Berliner Haushalts beteiligt werden sollte, steht zur Diskussion.

Beschluß des Mainzausschusses:

Die Geschäftsstelle Mainz muß nach dem Weggang von Michael Sturm im Konzeptionsausschuß vertreten sein.

Das Leitungsteam soll eine/n Vertreter/in entsenden (voraussichtlich W. Gern).

TOP 5: Bericht von Walter Sohn

Die "Konzeption" des Amtes ist im Dezember 1995 vom Leitenden Geistlichen Amt (LGA) verabschiedet worden. In allen Propsteibereichen wird die Industrie- und Sozialarbeit präsent sein. Die Regionen sollen jeweils inhaltliche Schwerpunkte vertreten. Dies ist ein schwieriger Umstrukturierungsprozeß, der durch die Gemeindeberatung begleitet werden wird.

Mit der Gossner Mission muß noch eine Vorlage für einen Vertrag entwickelt werden (Bechinger/Sohn). Dies wird in nächster Zeit geschehen. Faktisch hat I. Borns-Scharf ihren Dienstaufrag am 1.1.96 begonnen - Formales wird nachgeholt. Die finanzielle Unterstützung liegt bei ca. DM 15.000,-- (vgl. Protokoll, TOP 3, vom 6.11.96).

W. Gern weist darauf hin, daß mit 1 1/2 Stellen nicht das zu leisten ist, was bisher 3 Leute gemacht haben. Er bittet den Mainzausschuß um entsprechende Sensibilität und Unterstützung. Es muß auch Zeit sein, um neue Konzeptionen beraten zu können.

TOP 6: Bericht aus der Arbeit

**Ergänzung der Tagesordnung zwischen 12.00 und 13.00 Uhr:
Bericht von Karsten Petersen über das Frankfurter Modell des
Industriepraktikums**

Da geplant ist, im Sommer 1996 das Industriepraktikum evtl. gemeinsam durchzuführen (Gossner Mission und Theologisches Konvikt Frankfurt) wurde Karsten Petersen um einen Erfahrungsbericht gebeten.

In Frankfurt werden 3 Wochen Betriebsarbeit und 2 Wochen Hospitation - begleitet im Bereich der Unternehmensleitung - angeboten. Nach den bisherigen Erfahrungen führt das Kennenlernen unterschiedlicher Sichtweisen dazu, daß die Studenten und Studentinnen sehr viel differenziertes und kritischer die jeweiligen Fragen und Probleme eines Betriebes reflektieren. Von einer Gefahr der "Indoktrination" bzw. einer vorzeitigen Anpassung an Unternehmens- "ideologie" kann nicht die Rede sein.

Walter Sohn ergänzt diese Erfahrung mit dem Hinweis, daß sich die "Forsch-perspektive" auf Dauer nicht durchhalten lasse. Qualifizierte Arbeitsplätze erhalten wir in Zukunft nur durch Kooperation mit den Betriebsleitungen.

In der sich anschließenden Diskussion ergaben sich folgende Ideen und Beschlüsse:

- a) Der Mainzausschuß begrüßt ein gemeinsames Industriepraktikum zwischen der Gossner Mission und Frankfurt als Modellversuch (mit unterschiedlichen Konzeptionen). Die Frage, ob die Gossner Mission das Frankfurter Modell ebenso praktizieren sollte, bleibt offen, da zunächst die Auswertung im Oktober 1996 abgewartet werden soll. Auch 1997 könnte möglicherweise nochmals dieser Modellversuch durchgeführt werden.
- b) Die Kontakte zur Uni Marburg sollten fortgesetzt werden - ebenso sind neue Kontakte zu den Unis Heidelberg und Mainz zu begrüßen. Das Leitungsteam wird beauftragt, die Sozialethiker Nethöfel und Hungar zu einem Gespräch einzuladen.
- c) W. Gern schlägt vor, im Rahmen des Industriepraktikum das Thema "Globalisierung in Industrie und Wirtschaft" nahezubringen und sie gesondert zu einer Veranstaltung einzuladen.

Bericht aus der Arbeit

I. Borns-Scharf berichtet über Aktivitäten, Veranstaltungen, Kooperationen (Zeitraum Nov. 95 bis Jan. 96).

- A) Zu den Kernprogrammen
- B) Veranstaltungen
- C) Neue Kooperationen
- D) Dienstauftrag AISA
- E) Protokoll vom 6.11.95 - Wünsche an das Team
- F) Fragen an den Mainzausschuß

Zu A):

Industriepraktikum

- Ein neuer Ausschreibungstext ist von W. Gern, I. Borns-Scharf und H. Höcke erstellt worden;
- im Jahr 1996 werden voraussichtlich zwei unterschiedliche Konzeptionen in einem Programm im Gossner Zentrum durchgeführt (vgl. Karsten Petersen).

Halbjahresseminar

- Ein neuer Ausschreibungstext ist erstellt und verschickt worden an Predigerseminare, Ausbildungsreferenten und verschiedene Zeitungen. Es gibt bisher 2 interessierte Rückmeldungen;
- der Mainzausschuß sollte dringend zu den neuen Überlegungen Stellung nehmen: Kooperation Mainz-Berlin bzw. KDA-Berlin. Das könnte z.B. heißen: 1/4 Jahr in Mainz und 1/4 Jahr in Ostdeutschland zu arbeiten bzw. zu hospitieren;
- das Angebot des Gossner Konventes sollte aufgenommen werden, d.h., dezentral an verschiedenen Wochenenden Veranstaltungen durchzuführen.

Institutwoche

Mit dem Predigerseminar in Herborn ist eine Woche im November 1996 geplant. Das Thema ist noch offen.

Pfarrerfortbildung

Die 3 angemeldeten Personen wurden für 2 Tage eingeladen. Es wurde verabredet, daß sie in Zukunft an bereits vorhandenen Programmen teilnehmen (Mainz und Berlin).

Zu B) Veranstaltungen:

- Vier Buddhisten aus Thailand waren zu Gast im Gossner-Zentrum. Sie haben unsere Industriegesellschaft in vielfältiger Form kennengelernt (Gemeinde, Betrieb, Arbeitslosenzentrum, Teestube Jona) vgl. Weihnachtsrundbrief.
- Die Gossner Mission war Mitveranstalterin "50 Jahre UIM" in der Missionsakademie Hamburg.

Zu C) Neue Kooperationen:

- a) Mit Ev. Erwachsenenbildung Darmstadt
Ergebnis: Studentag im Mai (Workshop I. Borns-Scharf)
Arbeitstitel: Gesellschaftlicher Wandel - Rolle der Kirche - Aufgaben für Bildungsarbeit ;
- b) mit BerufsschullehrerInnen;
- c) mit Ev. Erwachsenenbildung Mainz
- d) vgl. Dienstauftrag AISA

Zu D) Dienstaufrag AISA:

- a) Kooperation mit Propst Petersen verantwortliche Mitarbeit in der Projektgruppe "Sozial- und Wirtschaftsraum Rheinhessen",
- b) Kooperation mit AISA - neuer Titel: Amt für Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Geplanter Studentenstag der Gossner Mission am 15.4.96. Thema: Teilzeit - geschützt und ungeschützt;
- c) Begegnungstagung: Kirche - Wirtschaft
1. Tagung 2./3. Februar, Thema: Sozialstaat;
- d) Wiesbadener Team - 3 Schwerpunkte verabredet:
 - Zusammenarbeit mit katholischen PartnerInnen;
 - Zusammenarbeit mit Gewerkschaften;
 - Zusammenarbeit mit Pfarrkonventen.

Zu E):

Die Wünsche an das Team sind alle berücksichtigt und bereits praktiziert worden. Außerdem ist ein Rundschreiben von I. Borns-Scharf und W. Gern mit Materialien, Themenangeboten und Predigten an die Gemeinden und Kirchenvorstände der Dekanate in Rheinhessen, Wiesbaden und Rüsselsheim verschickt worden.

Zu F): Fragen an den Mainzausschuß

- Wie soll in Zukunft das Halbjahresseminar durchgeführt werden?
- Ist eine Ost-West (Mainz-Berlin)-Kooperation angesagt?
- Ab welcher Zahl der Teilnehmenden sollte es durchgeführt werden?

Diese Fragen müssen noch geklärt werden und sollten bei dem Treffen am 11.3.96 in Erfurt (Mainzausschuß und Gesellschaftsbezogene Dienste) erörtert werden.

TOP 7: Bericht und Gespräch mit dem Kuratoriumsvorsitzenden G. Krušche

Hierzu gibt es kein Protokoll.

TOP 8: Antrag des Initiativausschusses Ausländische MitbürgerInnen in Rheinland-Pfalz

Nach längerer Diskussion und nach Anhörung von Roland Graßhoff (Geschäftsführer des Initiativausschusses) ergeht folgender Beschuß: Der AGARP wird die Vermietung eines Büroraumes angeboten. Die Kosten des Durchbruchs von zwei Einzelzimmern wird auf die Miete angerechnet. Es wird ein Vertrag für 2 Jahre gemacht, Kosten für Miete ca. DM 800,-- bis 830,--. Weitere Einzelheiten, wie Telefonanschluß und Kostenpauschale für Benutzung der Infrastruktur (z.B. u. a. Kopierer) müssen noch geklärt werden.

TOP 9: Verschiedenes

a) Die nächste Sitzung des Mainzausschusses findet statt am

Montag, 20. Mai 96 von 11.00 - 16.00 Uhr.

b) Vorschläge für die nächste Sitzung:

1. Die Rolle des Mainzausschusses:
 - Freundeskreis
 - Beratergremien
 - Aufsichtsrat

Hat der Mainzausschuß eine Aufsichtspflicht? Welche?

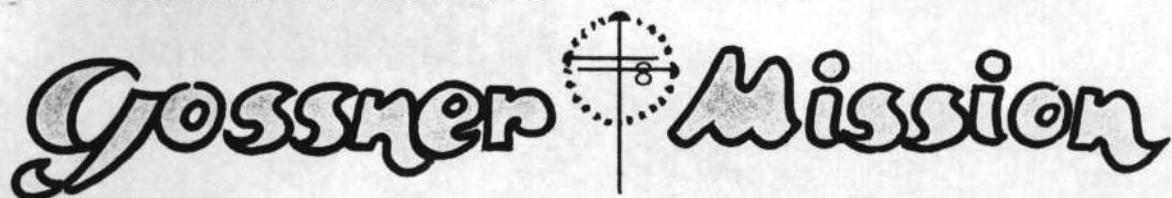
2. Verhältnis Geschäftsführung und Leitungsteam
3. Konzeption der Arbeit (vgl. Papier vom Rosenmontag 1995)

- c) Der Vorschlag von Propst Petersen, W.Gern bzw. das Team in seiner neuen Zusammensetzung offiziell "einzuführen", soll aufgegriffen werden. I. Borns-Scharf und W. Gern führen dazu vorbereitende Gespräche (u. a. mit G. Krusche, P. Löffler und H. Petersen).

Die Sitzung wird um 17.00 Uhr beendet.

Protokoll: Ingrid Borns-Scharf
Mainz, 10. Februar 1996

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die
Mitglieder des
Mainzausschusses

Zur Kenntnis an:
Herrn Dieter Hecker
Herrn Christian Schröder

EINGEGANGEN

01. März 1996

Erl.....

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

wg/hö 28. Februar 1996

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin gebeten worden, im Namen des Vorsitzenden des Mainzausschusses
Sie und Euch herzlich einzuladen zur gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse
Gesellschaftsbezogene Dienste und Mainz am

**Montag, 11. März 1996 von 11.00 bis 17.00 Uhr
im Regler-Gemeindehaus in Erfurt**

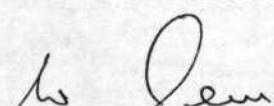
(Lageplan liegt bei).

Im Anschluß an die Jenasitzung legt sich folgende Tagesordnung nahe:

1. Vorschläge zur Konzeption der Gesellschaftsbezogenen Dienste (besonders nach dem Beginn von Michael Sturm in Berlin und Wolfgang Gern in Mainz).
2. Fragen der Koordination zwischen Berlin und Mainz
3. Künftige Praxis der Zusammenarbeit (z.B. Halbjahresseminar, Industriepraktikum, Fortbildungswochen, ökumenische Gäste).
4. Termine/Verschiedenes

Ihnen und Euch allen wünsche ich eine gute Anreise.

Mit freundlichen Grüßen


(Wolfgang Gern)

Fennstraße 31
D-12439 Berlin

Gossner Mission Fennstraße 31 D-12439 Berlin

Telefon
030/6317809
Telefax
030/6361198

An die
Gossner Mission Mainz
c/o Ingrid Borns-Scharf
Albert-Schweitzer Str. 113-115

D-55128 Mainz

*Zu gesagt aus
Mainz !!*

Berlin, den 21. Dezember 1995

Betr.: Tagungsort für die Geschäftsstellenklausur am

Liebe Ingrid,

wir haben bei unserer letzten Berliner Geschäftsstellenklausur über die bevorstehende gemeinsame Sitzung in Mainz gesprochen. Angesichts unserer finanziellen Gesamtsituation - gerade hat uns Westfalen noch einmal eine Reduzierung für 1996 verordnet - scheint es uns nicht vertretbar zu sein, daß wir mit sieben Personen nach Mainz anreisen und damit mehr als die dreifachen Reisekosten haben als Ihr mit zwei. - Wir sollten dann noch einmal darüber reden, wie wir in Zukunft weiter verfahren, aber uns scheint das jetzt eine nötige Entscheidung. - Bitte besprich das anfang des Jahres mit Wolfgang Gern und gib uns Bescheid, daß wir entsprechend planen können.

Wir wünschen Dir und allen Mainzern ruhige Weihnachtstage und ein gutes Jahr 1996 und grüßen Euch herzlich aus Berlin,

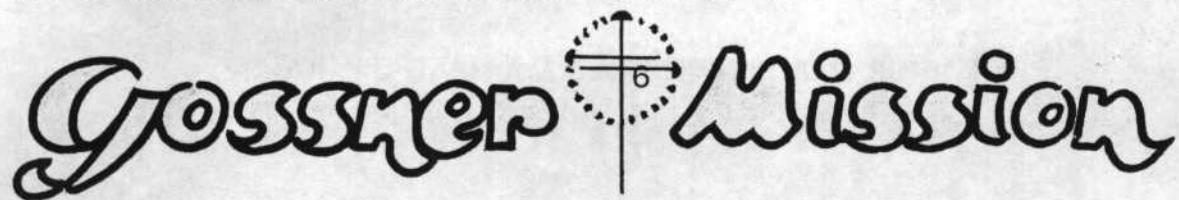
Dein

Dieter Hecker.

Dieter Hecker
Direktor

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT

Ablage



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die Mitglieder des
Mainzausschusses
Zur Kenntnis an:
Dieter Hecker
Christian Schröder

Eingegangen

14. Dez. 1995

Erledigt:.....

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

11. Dezember 1995 Hö

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

im Auftrag von Ingrid Borns-Scharf und Karl Scheld übersende ich Ihnen/Euch
beiliegend das Protokoll der letzten Mainzausschußsitzung vom 6. November
1995.

Mit freundlichen Grüßen

(Hannelore Höcke)

Anlage

PROTOKOLL DER SITZUNG DES MAINZAUSSCHUSSES
6. November 1995 14.00 - 17.00 Uhr

Anwesend: Krockert, Kühn, Mehlig, Petersen, Scheld, Schmidt-Hesse,
Schreiner-Menzemer, Schröder, Sohn

Entschuldigt: Beckmann, Englert, Vollweiler-Freyer

Vom Team: Borns-Scharf, Lüderwaldt, Sturm

Zu TOP 1: Bericht vom Kuratorium

Das Kuratorium hat in der Sitzung am 6./7.10.1995 drastische Reduzierungen der Ausgaben - vor allem im Bereich des Personalstandes - beschlossen. Danach sieht der angestrebte Stellenplan in Berlin ab 1998 nur noch 3,5 Stellen auf der Referentenebene vor. (Leitung inkl. Afrika, Referat Asien, Referat Gesellschaftsbezogene Dienste, Öffentlichkeitsarbeit = 1/2 Stelle). Stellen, die in 1996/1997 frei werden, sollen nicht wieder besetzt werden.

Ebenso beschloß das Kuratorium, die Stelle von Michael Sturm zum 1.2.1996 von Mainz nach Berlin zu übertragen. Gleichzeitig wurde die Berufung von Pfr. Dr. Wolfgang Gern als Referent des Mainzer Arbeitszentrums zum 1.2.1996 bestätigt.

Im Ausschuß wird die Erwartung geäußert, daß die Überlegungen des Konzeptions- und Finanzplanungsausschusses auch den Mitgliedern des Mainzausschusses zugänglich gemacht werden (Ulrike Schmidt-Hesse).

ZU TOP 2: Antrag Ingrid Borns-Scharf

Dem Ausschuß lag eine ausführliche Begründung und die Aufstellung der Kosten für eine berufsbegleitende Fortbildung vor. Während Anliegen und Thema als sinnvoll betrachtet werden, konnten die Mitglieder des Ausschusses dem vorgeschlagenen Finanzierungsmodell Übernahme von 1/3 der Kosten) nicht zustimmen. Der Ausschuß beschließt, nach EKHN-Richtlinien zu verfahren und die Langzeitfortbildung mit DM 280,-- pro Jahr zu unterstützen.

Für die vorgesehenen Termine kann der für Pfarrer/innen der EKHN vorgesehene Bildungsurlaub (14 Tage pro 2 Jahre) genutzt werden, die übrigen Zeiten sollen - entsprechend des Antrags durch privaten Urlaub abgedeckt werden.

Unabhängig davon wird der Verwaltungsausschuß (Elisabeth Krockert) gebeten, zu klären, wie mit Fragen der Fortbildung für ReferentInnen in Berlin verfahren wurde, wer diese Kurse genehmigt und finanziert hat, damit in Zukunft eine Gleichberechtigung zwischen Berlin und Mainz gewährleistet wird.

Dies gilt auch für eine Genehmigung von Dienstreisen.

Zu TOP 3: Bericht von Walter Sohn "Konzeption des Amtes"

Dem Leitenden Geistlichen Amt liegt die Konzeption des Amtes vor, deren Beschußfassung aber mehrmals vertagt wurde. Eine Entschließung ist für den 9. November 95 geplant. Danach ist vorgesehen, daß die Gossner Mission 1/2 Stelle für Industrie- und Sozialarbeit zur Verfügung stellt (Beauftragung Ingrid Borns-Scharf). Der Dienstauftag soll eingebunden werden in das Wiesbadener Team, da eine (sonst übliche) SozialsekretäInnenstelle nicht bereit steht.

Das Wiesbadener Team soll die Aufgabe einer Beratung für Ingrid Borns-Scharf übernehmen. Eine erste Phase soll den Aufbau von Kontakten sowohl innerkirchlich als auch außerkirchlich in Angriff nehmen. Aus der ersten Kontaktphase könnten sich dann sowohl ein innerkirchlicher Akzent als auch Kooperationen mit Gewerkschaften ergeben. Dies braucht Zeit und muß neu aufgebaut werden ("hier gibt es nichts zu beerben"). Dieser Prozeß (Aufbau von Gruppen mit bestimmten Themen) sollte im Team begleitet werden.

Bezüglich der Finanzierung ist an eine Unterstützung von ca. DM 15.000,-- gedacht, wobei die Landeskirche ca. DM 10.000,-- bereitstellen müßte und außerdem Sachmittel aus freiwerdenden Stellen (z.B. Frankfurt) hinzukommen würden (Um- schichtung des Haushalts).

Ergänzung der Tagesordnung durch 3b und 3c

3b: Wünsche an das Team für die Übergangszeit und danach

- a) Mitarbeit in der AG "Sozial- und Wirtschaftsraum Rheinhessen (Propst Petersen), ca. 4 Sitzungen im Jahr, nächste Termine: **26.1.1996 und 29.3.1996**;
- b) Teilnahme an Pfarrkonventen und Kontakte zu Gemeinden und Kirchenvorständen;
- c) "Übergabe" der Kontakte, die Karl-Heinz Dejung hatte - z.B. Liste anfertigen, welche Kontakte weitergeführt werden sollten (Ingrid Borns-Scharf, Wolfgang Gern).
- d) an bestimmte Gruppen in der Wirtschaft schreiben, wenn Wolfgang Gern da ist (Vorstellung des neuen Teams und der Arbeit);
- e) Mitarbeit im Gesprächskreis Kirche - Wirtschaft;
- f) Wunsch an Wolfgang Gern, ein Betriebspraktikum zu machen (vgl. Zusage im Bewerbungsgespräch).

3c: Bericht über Planungen für die Zukunft der Arbeit

Ingrid Borns-Scharf gibt einen Bericht über geplante Vorhaben und Kooperationsverabredungen.

Bezüglich des **Industriepraktikums** hat ein erstes Treffen in Frankfurt im Theologischen Konvikt stattgefunden. Großes Interesse und Konsens bestand darin, im Sommer 1996 das Industriepraktikum gemeinsam (Gossner Mission und Theologisches Konvikt Frankfurt/M.) durchzuführen. Ob und wie eine gemeinsame Ausschreibung aussehen könnte, muß noch geklärt werden. Auch bei getrennter Ausschreibung sollte ein Passus wie "...in Zusammenarbeit mit.." auf die Kooperation verweisen. In der Gossner Mission sollte gewohnt werden.

Da es sich um unterschiedliche Konzeptionen handelt (Frankfurt = 3 Wochen Betriebsarbeit, 2 Wochen Hospitation, Gossner Mission = 5 Wochen Betriebsarbeit) sollen zunächst beide Konzeptionen in einem gemeinsamen Praktikum angeboten werden.

Der Mainzausschuß begrüßt dieses Vorhaben als Modellversuch, einige Mitglieder äußern den Wunsch, in der nächsten Sitzung noch einmal über beide Konzeptionen zu sprechen.

Pfarrerfortbildung

Die 3 fest angemeldeten Personen wurden für ein auf 2 Tage gekürztes Angebot in die Gossner Mission eingeladen, um gemeinsam über die Zukunft dieser Fortbildung zu beraten.

Institutswoche

Von Seiten des Predigerseminars in Herborn wurde Interesse signalisiert (für Juni 1996). Einzelheiten müssen noch geklärt werden.

Halbjahresseminar

Eine Vikarin der EKHN wird dieses Praktikum als Spezialvikariat durchführen. Sie wird vom Team (Mentoren) begleitet.

Ingrid Borns-Scharf berichtet, daß die Gossner Mission Mainz Mitveranstalterin ist bei der Tagung "50 Jahre UIM", die in der Missionsakademie Hamburg stattfinden wird (20. bis 23. November). Ein zusätzliches attraktives Programm hat das Team für Buddhisten aus Thailand zusammengestellt, die in Vorbereitung der Tagung vom 11.-17. Nov. 1995 zu Gast bei der Gossner Mission Mainz und Berlin sein werden.

Weitere Kooperationen wurden mit der rheinhessischen Pfarrerinitiative (Propst Petersen) mit dem Synodenprojekt "Stärkung der mittleren Ebene (Robert Reichstein), mit der Kirchengemeinde in Wackernheim, mit der rheinhessischen Arbeits

gemeinschaft der Berufsschulpfarrer (Dr. Thust), mit der Evang. Erwachsenenbildung Mainz und Rheinland-Pfalz, mit dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit Frankfurt (Margit Befurth) und dem Gossner Konvent vereinbart.

Christian Schröder teilt seine Überlegung mit, die traditionellen Gossner-Sonntage evtl. auch in anderen Regionen durchzuführen.

Zu TOP 4: Geschäftsführung

Der Ausschuß beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern es sinnvoll erscheint, Hannelore Höcke die Geschäftsführung im Verwaltungsbereich (wirtschaftlich und finanziell) offiziell zu übertragen, um das Leitungsteam zu entlasten.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß es eine klare Unterscheidung zwischen Leitung und Geschäftsführung geben muß. H. Höcke legt ihrerseits eine Arbeitsplatzbeschreibung von 1992 vor und erläutert, daß sie wesentliche Bereiche bereits in eigener Verantwortung übernommen hat.

Bezüglich der finanziellen Auswirkungen legt H. Höcke vor, daß die Differenz zwischen Vergütungsgruppe IVb und IVa DM 721,47 brutto beträgt. Dabei geht es in diesem Fall nicht um eine Höhergruppierung, sondern um eine Zulage für Mehrbelastung.

Für den Zeitraum 1.1.1996 bis 31.12.97 schlägt H. Höcke ein Teilungsmodell vor, wobei 2/4 (DM 360,--brutto) an sie, 1/4 (180,--) bei der Gossner Mission verbleibt und 1/4 an Frau Berg, Frau Scheller und Frau Reuter gehen sollten. Ab 1.1.1998 sollte dann ein Bewährungsaufstieg für H. Höcke erfolgen.

Der Mainzausschuß beschließt: Vor einer endgültigen Entscheidung bezüglich Übertragung der Geschäftsführung im Verwaltungsbereich (wirtschaftlich und finanziell) an H. Höcke sollen zunächst Frau Berg, Frau Reuter und das Leitungsteam gehört werden. Außerdem muß der Verwaltungsausschuß die finanziellen Auswirkungen prüfen.

Der Mainzausschuß beauftragt H. Höcke mit der Erstellung eines jährlichen Kostenplanes für das von ihr vorgelegte Teilungsmodell.

Zu 5: Wirtschaftlichkeitsprüfung

Der Kostenvoranschlag des kostengünstigen Angebotes beläuft sich auf DM 15.000,-- zuzüglich Mehrwertsteuer. Der Mainzausschuß beschließt: Es ist wenig sinnvoll, eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchzuführen, denn das Wohnheim ist optimal vermietet. Die Tatsache, daß sich das Haus wirtschaftlich nicht allein tragen kann, braucht nicht überprüft zu werden.

Auch eine Organisationsberatung erscheint bei diesem relativ kleinen Team (anders als in Berlin) wenig sinnvoll. Dennoch sollte das Votum des Verwaltungsausschusses gehört werden.

Zu 6:

a) Tischvorlage: Antrag des Initiativausschusses Ausländischer MitbürgerInnen in Rheinland-Pfalz

Die neu gegründete Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte von Rheinland-Pfalz (AGARP) sucht einen Büorraum und fragt die Gossner Mission, ob 2 Zimmer im Wohnheim (mit erforderlichem Durchbruch) dafür zur Verfügung stehen. Der Mainzausschuß bejaht das Anliegen, sieht sich jedoch nicht in der Lage, einen Durchbruch zu finanzieren (Kosten. ca. DM 7.000,--). Der Mainzausschuß bittet den Initiativausschuß und die AGARP zu prüfen, ob der erforderliche "Durchbruch" nicht von anderer Seite finanziert werden kann. Außerdem bittet er Ingrid Borns.-Scharf, zu überlegen, ob sie - da sie nun in Mainz wohnt und ihr Arbeitszimmer nicht mehr zur Übernachtung braucht - ihr großes Büro gegen ein kleines eintauschen kann.

b) Beihilfe

Der Mainzausschuß beschließt, daß ab sofort der Beitrag zur Beihilfekasse (derzeit ca. DM 65,--) wie in der EKHN üblich, von den PfarrerInnen selbst gezahlt wird. Außerdem soll geklärt werden, wie dies in Berlin gehandhabt wird.

c) Gemeindebrief und Info-Mappe

Aus Zeitgründen konnte der Rundbrief an Gemeinden, die bisher noch nicht zum Verteiler bzw. Freundeskreis der Gossner Mission zählen, nicht mehr beraten werden. Ingrid Borns-Scharf schlägt vor, daß diese Aktion zusammen mit Wolfgang Gern im Frühjahr 1996 in veränderter Form (Vorstellung des neuen Teams) gestartet wird.

Der Ausschuß stimmt diesem Vorschlag zu.

d) Wasserzwischenzähler Wohnung Gern

Der Mainzausschuß beschließt, einen Warm- und Kaltwasser-Zwischenzähler für die Wohnung Gern zu setzen (Kosten zwischen DM 1.700,-- und 1.800,--). Dies erscheint für eine klare Abrechnung als sinnvoll. H. Höcke wird hiermit beauftragt.

e) Termin

Die nächste Sitzung des Mainzausschusses findet statt am

Montag, 5. Februar von 11.00 bis 17.00 Uhr.

Protokoll: Ingrid Borns-Scharf
16. November 1995

Vertraulich!

Zusammenfassende Niederschrift über ein Gespräch des Kuratoriumsvorsitzenden mit Frau Elisabeth Krockert und Herrn Pfarrer Karl Scheld (vom Mainz-Ausschuß) sowie Frau Pfarrerin Ingrid Borns-Scharf am Montag, 27.11.95, in der Gossner Mission Mainz.

Anlaß für das Gespräch waren kritische Anfragen an Stil und sachliche Ausrichtung der Arbeit von Frau Borns-Scharf aus dem Mainz-Ausschuß. Nach Anhörung der Vertreter des Mainz-Ausschusses führte der Unterzeichnete ein persönliches Gespräch mit Frau Borns-Scharf. Daran schloß sich eine gemeinsame Aussprache an.

A. Die wesentlichen Kritikpunkte waren:

1. Die Präsenz und damit die Verfügbarkeit im Hause läßt zu wünschen übrig. Zumindest müßte sich Frau Borns-Scharf stärker in die Arbeit einbringen als bisher.
2. Klare Absprachen und Informationen könnten helfen, die Zusammenarbeit zu verbessern. Regelmäßige Dienstbesprechungen sind notwendig, dabei müßte auch wieder zu der früheren Praxis zurückgekehrt werden, gemeinsame Andachten zu gestalten.
3. Nicht immer weiß man im Hause und im Ausschuß, womit sich Frau Borns-Scharf gerade beschäftigt. Die Bitte wurde geäußert, daß künftig auch Ausarbeitungen, Thesen und Arbeitsvorlagen besser bekannt gemacht werden als bisher. Daraus könnten auch Angebote an Gemeinden und Kirchenkreise erarbeitet werden.
4. Auf alle Fälle muß auch Frau Borns-Scharf im Umfeld von Mainz stärker in Erscheinung treten, so daß dadurch auch die Mainzer Arbeit wieder mehr Unterstützung (Steigerung der Spenden) erfährt. Günstig wäre eine Angebotsliste für Seminare, Vorträge etc., die man auch bekannt machen könnte.
5. Auch im Gossner-Rundbrief und in den "Werkstattberichten" sollte Frau Borns-Scharf mehr vorkommen als bisher. Das ist nicht nur eine Frage an sie, sondern an das künftige Mitarbeiterteam.
6. Wünschenswert wäre auch ein klarere Prioritätensetzung und Konzentration auf die Arbeit in Mainz. Zweifellos gibt es auswärtige Verpflichtungen, die sich aus der spezifischen Beauftragung ergeben, jedoch muß es künftig eine stärkere Ausrichtung der Interessen auf die Notwendigkeiten der Arbeit geben. Gewisse Überlastungerscheinungen könnten dadurch abgebaut werden.
7. In der Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen im Hause hat es in letzter Zeit gewisse Unstimmigkeiten gegeben. Hier wäre das Klima zu verbessern: Klare Weisungen, Verlässlichkeit bei Termin- und anderen Absprachen und offene Aussprache über aufgetretene Verstimmungen könnten dazu helfen.

B. In dem persönlichen Gespräch mit dem Vorsitzenden zeigte sich Frau Borns-Scharf sehr offen und verständnisbereit für die geäußerte Kritik, konnte manche Punkte auch einsichtig machen bzw. erklären und war einverstanden damit, im Hinblick auf die Zukunft bestimmte Absprachen zu treffen.

C. Deshalb wurden im Abschlußgespräch folgende Verabredungen getroffen:

1. Die Anwesenheit im Hause betreffend:

- Die bisherige Praxis regelmäßiger Dienstbesprechungen, verbunden mit einer Andacht bzw. theologischen Besinnung, wird verbindlich eingehalten.
- Feste Zeiten der Präsenz werden verabredet, vor allem bis zur Ankunft von Herrn Gern am 1. Februar 1996.
- Ortsabwesenheiten müssen vorher allen Mitarbeitern bekannt sein, für die Zeit der Abwesenheit sind klare Absprachen zu treffen. Auch muß die Erreichbarkeit gewährleistet sein.
- Für Reisen, die sich nicht aus der Arbeitsbeschreibung ergeben, sollte die Zustimmung des Mainz-Ausschusses eingeholt werden, vor allem, wenn finanzielle Konsequenzen zu erwarten sind.

2. Die Sacharbeit betreffend:

- Vor allem ist wichtig, daß sich Frau Borns-Scharf nicht so stark zurücknimmt wie in der Vergangenheit.
- Schriftliche Beiträge und Ausarbeitungen sollen kursieren,
- Angebote von Vorträgen und Seminaren sollten bekanntgemacht werden, damit Gemeinden und Kirchenkreise davon Gebrauch machen können. Hierbei wäre sicher eine Abgrenzung der Themen mit Herrn Gern hilfreich.
- Rechenschaftsberichte (auch dem Mainz-Ausschuß gegenüber) könnten mehr Aufschluß über die tatsächlich geleistete Arbeit geben.

3. Den Arbeitsstil betreffend:

- Klare Kompetenzverteilung besonders ab Februar 1996.
- Absprachen sollten nach Möglichkeit stets eingehalten werden.
- Bessere Kommunikation nach innen könnte das Klima im Hause verbessern.

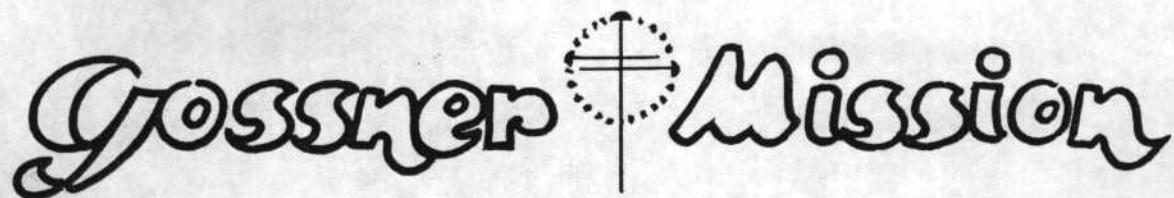
Spätestens bei der Frühjahrssitzung des Mainz-Ausschusses wird eine erste Auswertung der angesprochenen Punkte erfolgen.

Abschließend möchte ich dankbar feststellen, daß das Gespräch in einem guten und konstruktiven Geist geführt wurde und alle Beteiligten bei aller Klarheit verständnisvoll und behutsam miteinander umgingen.

Berlin, 28. November 1995

Birthe Borns

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die Mitglieder
des Mainzausschusses

Zur Information an
Herrn Dieter Hecker
Herrn Christian Schröder

Eingegangen

17. Okt. 1995

Erledigt:.....

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Hö

11. Okt. 1995

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

im Auftrag von Ingrid Borns-Scharf und dem Vorsitzenden des Mainzausschusses, Karl Scheld, möchte ich Sie hiermit zur nächsten Sitzung am

6. November 1995 in der Bibliothek der Gossner Mission

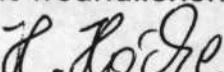
herzlich einladen.

Es ist geplant, von 11.00 bis 13.00 Uhr ohne das Referententeam zu tagen, um 13.00 Uhr ein Mittagessen einzunehmen und danach von 14.00 bis 16.00 Uhr gemeinsam weiterzutagen.

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Bericht vom Kuratorium 6./7.10.95
2. Antrag Ingrid Borns-Scharf (siehe Anlage)
3. Bericht von Walter Sohn "Konzeption des Amtes"
4. Geschäftsführung
5. Wirtschaftlichkeitsprüfung
6. Bericht von Ingrid Borns-Scharf über die Indienreise
7. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen, auch von Ingrid Borns-Scharf und Karl Scheld,


(Hannelore Höcke)

Antrag an den Mainz-Ausschuß

Hiermit bitte ich um einen Zuschuß für eine Langzeitfortbildung im Bibliodrama. Diese berufsbezogene Fortbildung erstreckt sich über 3 Jahre (1995 - 1997) und umfaßt sieben ganze Woche und 8 Wochenenden.

Die Kosten für diese Langzeitfortbildung habe ich detailliert aufgeführt, sie betragen ca. 13.000,-- DM (Kursgebühren, Unterkunft/Verpflegung und Fahrtkosten). Nach Absprache mit meinem Kollegen schlage ich ein Finanzierungsmodell vor, das die Kosten fair aufteilt, sodaß 1/3 die Steuer, 1/3 die Gossner Mission, 1/3 ich selbst übernehmen würde (jeweils 4.300,-- DM). Ich bitte daher um einen Zuschuß von 2.150,-- DM für 1996 und 2.150,-- für 1997.

Die Zeiten würde ich so aufteilen, daß ich sowohl privaten Urlaub als auch Bildungsurlaub (für 96/97) dafür nutzen möchte.

Begründung:

Die mehrjährige Fortbildung ist darauf angelegt, daß Grundlagen des Bibliodramas so erfahren und reflektiert werden, daß Elemente dieser Arbeit in die eigene Berufspraxis umgesetzt werden können. Im Zuge einer konzeptionellen und inhaltlichen Neuorientierung halte ich es für ausgesprochen fruchtbar und motivierend, in unseren zukünftigen Bildungsangeboten und Seminaren eine Verbindung herzustellen zwischen Erfahrungen in der Arbeitswelt, theoret. Reflexionen und Elementen des Bibliodramas.

Dabei denke ich sowohl an die Defizite in unserer eigenen Arbeit, an die Angebote im kirchlichen Bildungsbereich als auch an die Wünsche der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Themenbereiche wie "Seelsorge und Psychologie", "Gesellschaftsdiakonie und Politik" und "Religion und Spiritualität" werden in der Vielfalt der Bildungsprogramme meist nur getrennt angeboten. Mir geht es um eine Verbindung dieser Bereiche sodaß persönliche Erfahrung, seelsorgerliche Begleitung, politische Interpretation und theologische Reflexion zum Ausdruck kommen können. Zudem könnte die uns beschäftigende Frage nach "Spiritualität und Arbeitswelt" vertieft werden.

Ich bitte um Genehmigung meines Antrages.

Anhang:

- 1) Aufstellung der Kosten
- 2) Fortbildung im Bibliodrama

Ingrid Borns-Scharf
Juni 1995

b.w.

Langzeitfortbildung Bibliodrama

Aufstellung der Kosten für 1995 - 97

Kursgebühren:

7 Wochen	je 600,00 DM	4.200,-DM
8 Wochenenden	je 240,00 DM	1.920,--DM
dazu Einstiegskurs Honorar (Mai 95)		400,-- DM

		6.520,-- DM

Unterkunft und Verpflegung:

7 Wochen	je 380,-- DM	2.660,-- DM
8 Wochenenden	ca.	800,-- DM
Einstiegskurs 2		283,-- DM

		3.743,-- DM

Fahrtkosten:

1 Fahrt hin und zurück		
Bahncard ca. 170,00 DM		
15 Fahrten	je 170,-- DM	2.550,-- DM
Einstiegskurs		170,-- DM

		2.720,-- DM

Gesamtkosten **12.983,-- DM**

=====

Langzeitfortbildung im Bibliodrama

Bibliodrama ist ein Wechselspiel zwischen einem biblischen Text und einer Gruppe, ein gegenseitiges Entdecken, Auseinandersetzen, Gestalten und Erkennen. Durch die biblischen Geschichten kommen uns Menschen mit ihren Lebensthemen entgegen, die sich in die Begegnung mit dem Christus, mit Gott, öffnen.

Wir finden uns in ihren menschheitlichen Themen wieder, entdecken unsere eigenen Fragen im Gegenüber; lernen, mit Leib und Seele die Texte durch unsere jetzige biographische wie zeitgeschichtliche Wirklichkeit zu verstehen.

Ein dynamischer Prozeß entsteht zwischen Teilnehmenden und Text; eine Komposition, in der sich Wissen und lebendige Erfahrung begegnen; ein Zusammenspiel, das uns in die Wahrnehmung göttlich-geistiger Wirklichkeit hinein weitet.

Ziel der mehrjährigen Fortbildung ist, Grundlagen des Bibliodramas so zu erfahren und zu reflektieren, daß die Teilnehmenden Elemente dieser Arbeit später in ihre eigene Berufspraxis umsetzen können.

Zur **Grundlagenarbeit** gehört das Studium der biblischen Geschichten, Exegese wie Hintergrundinformation.

Zur **Grundlagenarbeit** gehört Wahrnehmung wie Reflexion rhythmischer Gesetzmäßigkeiten, die das dynamische Wechselspiel zwischen Text und Gruppe überhaupt erst ermöglichen: Rhythmen zwischen Identifikation und Rollendistanz, Auseinandersetzung und innerem Geschehenlassen, Fokus zum Text oder zur Gruppe, zur Gruppe oder zu einzelnen hin.

Zur **Grundlagenarbeit** gehört vor allem die Bereitschaft, sich über längere Zeit auf einen biblischen Text einzulassen, sodaß die dort beschriebenen Haltungen, Bewegungen, Motive und Fragen körperlich-seelisch erfahren werden können, und die durch die Texte ausgelösten inneren Prozesse ihre Kräfte entfalten können. Fundament dieses Weges bildet intensive Körperwahrnehmungsarbeit und meditative Übung, die sich mit dem jeweiligen biblischen Text verbindet. Fundament ist die Bereitschaft, die in der Arbeit gewonnenen Einsichten und Erkenntnisse im eigenen Alltag wirksam werden zu lassen.

Im ersten Jahr der Langzeitfortbildung wenden wir uns intensiver Selbsterfahrung in Grundlagen- und Prozeßarbeit zu, wobei die Teilnehmenden noch nicht selbst leiten.

Im zweiten Jahr der Fortbildung leiten die Teilnehmenden einzelne Einheiten eines Bibliodrama-Prozesses. Diese eigene Leitung bekommt jeweils ausführliche Supervision in der Gruppe.

Voraussetzungen für die Langzeitfortbildung:

Erfahrung in der Arbeit mit Gruppen und in der Arbeit mit biblischen Texten; ausreichende eigenen Selbsterfahrung; Fortbildung in einer der psychologischen Richtungen oder in der Meditation; Erfahrungen mit Bibliodramakursen bei mir und anderen Leiterinnen und Leitern. Möglichkeiten zum Kennenlernen des Bibliodramas bestehen noch bei folgenden Kursen:

14. - 18. November 1994 oder 2. - 5. Mai 1995 oder 22. - 25. Mai 1995 in Ratzeburg.

Fortbildungsdaten:

Die Langzeitfortbildung umfaßt sieben ganze Wochen und acht Wochenenden.

Die Kurse finden im Domkloster Ratzeburg statt und beginnen jeweils montags um 16 Uhr, enden freitags um 13 Uhr.

Die Wochenendseminare finden in Hamburg statt,
beginnen jeweils freitags um 17 Uhr, enden samstags um 19 Uhr.

Das Kurshonorar beträgt pro Woche 600.- DM; pro Wochenende 240.-DM
Unterkunft und Verpflegung in Ratzeburg beträgt pro Tag 95.- DM.

Unterkunft und Verpflegung in Hamburg besorgt sich jede/r selbst.

Die Langzeitfortbildung ist steuerlich absetzbar. Landeskirchen gewähren Zuschüsse.

Beginn 1995: 4. - 7. Dezember in Ratzeburg (Grundlagenkurs)

1996:	26. Februar - 1. März	1997:	21. - 22. Februar
	19. - 20. April		17. - 21. März
	10. - 14. Juni		18. - 19. April
	13. - 14. September		5. - 9. Mai
	28. Oktober - 1. November		13. - 14. Juni
	13. - 14. Dezember		6. - 10. Oktober
			7. - 8. November

Anmeldung: spätestens bis zum 31. Mai 1995 schriftlich.

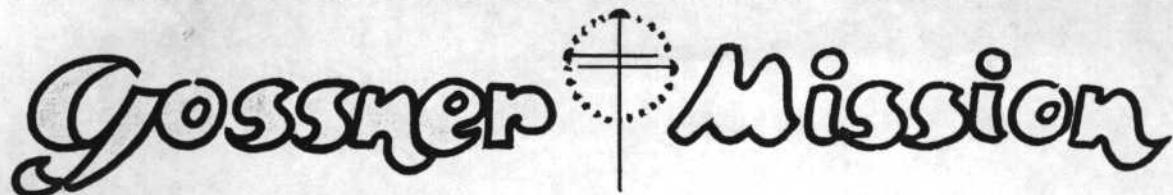
Literatur:

Heidemarie Langer, Vielleicht sogar Wunder.

Heilungsgeschichten im Bibliodrama. Stuttgart 1991

Heidemarie Langer, Das auftauchende Wissen, Briefe vom Wasser. Olten 1994
A. Kiehn (Hrsg.), Bibliodrama. Stuttgart 1987

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die Mitglieder
des Mainzausschusses

zur Kenntnis an:
Dieter Hecker
Christian Schröder

Eingegangen

- 4. Sep. 1995

Erledigt:

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

IBS-Hö

1. September 1995

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
hiermit laden wir sehr herzlich ein zur nächsten Mainzausschußsitzung im Mainzer Arbeitszentrum am

13. September 1995 von 15.00 - 18.30 Uhr.

Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Verabschiedung des Protokolls vom 5. Juli 1995
2. Stand der Finanzsituation
 - a) Bilanz 1994 (vgl. Anlage)
 - b) aktueller Stand 1. Halbjahr 1995
 - c) Haushaltsplanentwurf 1996 (bitte mitbringen)
3. Bericht von der gemeinsamen Sitzung Gesellschaftsbezogene Dienste und Mainzausschuß in Jena
4. Bericht aus der Arbeit
5. Renovierung der Wohnung (ehemals Karl-Heinz Dejung)
6. Notwendige Renovierungen im Zentrum
7. Antrag für eine Fortbildung von Ingrid Borns-Scharf
8. Neue Konzeption des Amtes für Industrie- und Sozialarbeit (Walter Sohn)
9. Verschiedenes und Termine

Bitte teilen Sie uns auf beiliegendem Abschnitt Ihre Zu- bzw. Absage mit.

Mit freundlichem Gruß

J. Borns-Scharf
(Ingrid Borns-Scharf)

Anlagen: Gewinn- und Verlustrechnung 1994
Vorläufiger Ist-Stand einiger Zahlen per 30.6.1995

EINNAHMEN

	30.6.1995	Plan 95	30.6.94	1996
1. Spenden				
1.1. Spenden allgemein	18.013,20	60.000	14.638,96	60.000
2.5. EKHN allgemein	45.000	39.000		40.000
2.8. Zuschüsse von Landeskirchen	5.000	13.000	--	10.000
2.9. Zusch. Kirchengem.+Dekanate	11.872,25	18.000	18.667,42	30.000
2.10. Sonstige Zuschüsse	31.704	4.000	--	2.000
3. Einn./Seminare/Tagungen/Kurse				
3.3. Institutswochen/Fortbildg.	2.000	3.500	5.254	5.000
3.4. Fremntagungen und Gäste Übernachtung und Bewirtung	5.561,30	20.000	1.987,40	15.000
3.5. Einn. aus Verk. Werkstattb.	5.483,--	2.000	--	1.000
3.7. Einn. aus Fotokopien	1.589,60	8.000	1.843,53	7.000
4. Mieteinnahmen				
4.1. Mieten von MitarbeiterInnen inklusive Nebenkosten	6.965,35	19.000	8.382,00	19.500
4.2. Mieten von Bewohnern des Jochen-Klepper-Hauses	27.385,50	65.000	31.027,05	70.000
4.3. Mieten aus Raumvermietungen	2.455	5.000	1.750,00	6.000

Ausgaben

	30.6.1995	Plan 1995	30.6.1994	1996
1. Personalkosten lt. Stellenplan	292.700,36	662.824	293.007,08	584.173
2. Kuratorium/Ausschüsse/Beiräte	3.728,55	4.000	--	3.000
5. Kosten f.Exkurs.+Tagungen	2.950,82	3.500	1.264,33	-.-.-
5. Reisen/Tagungen/Fortbildungen von MitarbeiterInnen				
5.2. Reisekosten	2.877,08	7.500	4.003,60	6.000
6.7. Porto	10.008,20	11.000	7.623,80	7.500 *
6.11. Druckkosten	13.521,00	11.000	--	7.500 *
7.1. Anschaffungen/Hauswirtschaft	25.843,19	5.000	1.560,00	6.000
7.4. Lebensmittel	3.895,47	11.000	3.195,18	7.000

*Ohne Einplanung von Werkstattbericht Nr. 1

! BITTE BIS SPÄTESTENS 11. SEPTEMBER ZURÜCKSENDEN !

Gossner Mission
Albert-Schweitzer-Str. 113-115

55128 Mainz

Ich nehme an der Mainzausschußsitzung am 13. September 1995

teil:

nicht teil:

Ich benötige Übernachtung vom bis

Name:

Anschrift:

.....

.....

Datum

Unterschrift

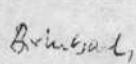
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1994

	DM	DM	DM	1993 DM
Betriebliche Erträge				
1. Kost- und Wohngelder	31.065,39			44.620,46
2. Mieterträge	114.763,95			112.208,46
3. Betriebskostenzuschüsse	611.229,22			577.893,33
4. Zinserträge (laufende)	8.554,72			4.750,27
5. Sonstige (laufende) betriebliche Erträge	14.312,73			16.366,70
			<u>779.926,01</u>	<u>755.639,22</u>
Betriebliche Aufwendungen				
6. Personalaufwendungen		625.505,93		604.976,05
7. Sachaufwendungen				
7. 1 Seminaraufwendungen	12.248,23			13.540,97
7. 2 Heimbetriebsaufwendungen	11.101,43			16.578,20
7. 3 Hausbetriebsaufwendungen	63.701,39			51.183,10
7. 4 Aufwendungen für Einrichtungen und Ausstattungen	5.957,73			4.860,41
7. 5 Aufwendungen für Eigentumswohnungen	12.900,76			21.697,14
7. 6 Aufwendungen für allgemeine Verwaltung	68.672,39			72.770,69
7. 7 Reise- und Fahrtkosten	15.521,41			11.243,93
7. 8 Aufwendungen für Projekte	12.899,23			19.195,97
7. 9 Aufwendungen für UIM	54,00			2.800,00
		<u>203.056,57</u>	<u>96,35</u>	<u>494,83</u>
8. Zinsaufwendungen				
			<u>828.658,85</u>	<u>819.341,29</u>
9. Betriebliches Ergebnis			<u>-48.732,84</u>	<u>-63.702,07</u>
10. Investitionsergebnis (Sachanlagen)				
10. 1 Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Sachanlagevermögens		0,00		204.658,81
10. 2 Abschreibungen auf Sachanlagen	33.499,01			33.271,73
10. 3 Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Sachanlagevermögens	317,00			3.650,00
10. 4 Betriebskostenzuschuß an die Gossnerische Mission, Berlin, für Renovierungsarbeiten	0,00			100.000,00
		<u>33.816,01</u>	<u>-33.816,01</u>	<u>+ 67.737,08</u>
11. Ergebnis der Vermögensverwaltung (Finanzanlagen)				
11. 1 Wertpapierzinsen und Beteiligungsertrag		13.119,95		12.668,22
11. 2 Abschreibungen auf Finanzanlagen	8.600,00			0,00
11. 3 Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen	2.000,00	10.600,00		0,00
			<u>+ 2.519,95</u>	<u>+ 12.668,22</u>
12. Außerordentliches Ergebnis				
12. 1 Spenden		82.886,98		69.966,04
12. 2 Gewährter Zuschuß		109,00		0,00
			<u>+ 82.777,98</u>	<u>+ 69.966,04</u>
13. Jahresüberschuß				
- Einstellung in zweckgebundene Rücklagen			<u>+ 2.749,08</u>	<u>+ 86.669,27</u>
- Bilanzgewinn				<u>- 86.000,00</u>
				<u>+ 669,27</u>

Aufgrund der durchgeführten Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1994 des Arbeitszentrums Mainz der Gossnerischen Missionsgesellschaft erstatten wir den vorstehenden Bericht unter Einschluß des Zweiten Teils sowie der Anlagen I bis III und erteilen den nachstehenden Bestätigungsvermerk:

"Die Buchführung für das Geschäftsjahr 1994 und der Jahresabschluß zum 31. Dezember 1994 entsprechen nach unserer Prüfung den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung".

Frankfurt am Main, 1. Juli 1995

Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e.V.
-Treuhandstelle -

 (Dr. Birlenbach)

bitte wenden

Bilanz zum 31. Dezember 1994

Aktivseite	Stand				Passivseite			
	01.01.1994 DM	Zugang DM	Abgang DM	Abschrei- bung DM	Stand 31.12.1994 DM	DM	DM	DM
A. Anlagevermögen								
I. Sachanlagen								
1. Unbewegliches Sachanlagevermögen (Immobilien)								
1.1 Arbeitszentrum Mainz	497.451,00	0,00	0,00	11.890,00	485.561,00			
1.2 Eigentumswohnungen	125.194,00	0,00	0,00	4.074,00	121.120,00			
2. Bewegliches Sachanlagevermögen (Betriebs- und Geschäftsausstattung)								
2.1 Einrichtungen und Ausstattungen	37.747,00	8.800,63	317,00	15.931,63	30.299,00	Stand 31.12.1994	428.517,00	1.155.183,12
2.2 Bücherei	8.860,00	1.824,38	0,00	1.803,38	9.081,00			
2.3 Geringwertige Anlagegüter	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	B. Rückstellungen		3.961,00
2.4 Fuhrpark	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00			
	669.254,00	10.625,01	317,00	33.499,01	646.063,00	- Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren		0,00
II. Finanzanlagen								
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	213.325,00	0,00	10.000,00	8.600,00	194.725,00	C. Andere Verbindlichkeiten		
2. Sonstige Finanzanlagen	2.300,00	0,00	2.000,00	0,00	300,00	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	213,36	
	884.879,00	10.625,01	12.317,00	42.099,01	841.088,00	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.798,00	
B. Umlaufvermögen								
I. Forderungen					43.869,65	3. Sonstige Verbindlichkeiten	27.046,28	43.057,64
II. Kassenbestand, Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten					316.227,48	D. Rechnungsabgrenzungsposten		116,70
					360.097,13			
C. Rechnungsabgrenzungsposten								
					1.133,33			
					1.202.318,46			1.202.318,46

bitte wenden

D. Fischer

Jutta Weiß
Wacholderbogen 27
24944 Flensburg

Eingegangen

- 3. Nov. 1995

Erledigt:

zu Eiderung

Prot. Blatt 4

Gespräche konventlg.

Gossner Konvent

- Vorstand -

Liebe Freundinnen und Freunde!

Brüssel - das ist ein glattes Parkett - das dachten sicher einige der TeilnehmerInnen unserer letzten Studienfahrt, als sie in die Stadt anreisten, in der so viele Entscheidungen für Europa gefällt werden. "Lobby-Arbeit" für die Region Frankfurt/Oder zu machen, das hatten wir uns vorgenommen. Also den Blick einiger PolitikerInnen und Menschen von der Kirche auf diese Grenzregion Europas lenken, die wir im Vorjahr besucht hatten.

Andreas Latz, Pastor der deutschsprachigen Gemeinde in Brüssel und in der Wallonie hatte es mit seinem Engagement möglich gemacht, daß diese Studienfahrt zustande kam. Er vermittelte uns Gesprächspartner vor Ort, sorgte für unser Quartier in einer modernen Jugendherberge, organisierte ein Hearing in den Räumen der EKD und vermittelte uns Kontakte zur Gemeinde in Brüssel und auch in Südbelgien.

Wir waren sehr froh, daß Michael Hanert, Studentenpfarrer aus Frankfurt/Oder und Anna Muszynska, Studentin der Wirtschaftswissenschaften an der Europauniversität in Frankfurt/Oder uns als VertreterInnen der Region begleitet haben. Während des Hearings saßen sie mit auf dem Podium und stellten ihre Fragen zur zukünftigen Entwicklung Ostbrandenburgs und Polens. Wird die Brücke zwischen den Völkern, die über die Oder führt in erster Linie "Wirtschaft" heißen oder "Kultur", das war eine der Fragen, bei denen es wirklich heiß wurde im Gespräch.

Wir erfuhren etwas über kirchliche Lobbyarbeit vor Ort, informierten uns im Haus des Ministerrates und im Europäischen Gewerkschaftsbund über die laufende Arbeit.

Ein Gesicht bekam die Stadt Brüssel für uns aber vor allen durch Frau Fischer, die uns durch Straßen und Gassen der Stadt führte, vorbei an eindrucksvollen alten Häusern und Pralinengeschäften. Besondes eindrücklich war die Begegnung mit Gemeindegliedern der deutschsprachigen Gemeinde in Charleroi. Als Kriegsgefangene oder deutsche Frauen belgischer Soldaten sind die Menschen dort seßhaft geworden. Meist haben sie von der Arbeit im Kohlebergbau gelebt. Nachdem wir auf dem Weg nach Charleroi in einem solchen ehemaligen Bergwerk - heute Industriemuseum - Station gemacht

hatten, konnten wir uns in etwa vorstellen, unter welch extrem einfachen Bedingungen dort unter Tage gearbeitet wurde. Das wurde in beeindruckenden Berichten von Gemeindegliedern unterstrichen, die uns mit Kuchen sehr reichlich und herzlich bewirteten.

Am letzten Abend waren wir zu Gast im Gemeindezentrum der deutschen Gemeinde in Brüssel, feierten dort gemeinsam mit Gemeindegliedern das Herrenmahl und saßen danach noch zusammen bei einem festlichen Abendessen. Wieviel Engagement und Arbeit im Detail nötig ist, um am Haus Europa weiterzubauen, das haben wir recht eindrücklich erfahren. Und auch: Daß es wichtig war, den Blick auf die Euro-Region im Osten zu lenken.

In einem ausführlichen Gespräch in unserer Jugendherberge haben wir uns informiert über die finanziellen Engpässe der Gossner Mission und über geplante finanzielle Einschränkungen. Das Ergebnis des Gesprächs ist ein Brief an die Gossner Mission, in dem wir ehrenamtliche Mitarbeit von Gossner-FreundInnen vorschlagen. Vorstandsmitglieder werden mit dem Strukturausschuß der Gossner Mission ins Gespräch kommen und über diese Vorschläge beraten. Wer sich vorstellen kann, selbst in der eigenen Umgebung aktiv zu werden für die Gossner Sache, möge sich gerne melden bei einem Vorstandsmitglied. S. auch unten: Einladung nach Mainz am 21.1.96.

Für die Konventsfahrten 1996 und 1997 haben wir ein Doppelpaket beschlossen:

1996: Frankfurt/Main zum Thema "Geld"
(Das stand schon lange einmal an")

1997: wieder eine europ. Randregion: TSCHECHIEN

In Frankfurt sind bereits Kontakte geknüpft zu den "Weißen Vätern", einem katholischen Orden, der seit geraumer Zeit Mahnwachen vor der Deutschen Bank durchführt und sich als Kritische Aktionäre schon Gehör verschafft hat. Bankenbesuche und weitere interessante Beiträge sind in Erarbeitung!

Das Doppelpaket 96/97 besteht darin, daß das Thema Geld auch in Tschechien nochmal dran sein soll und zwei TschechierInnen bereits in Frankfurt teilnehmen sollen.

Wir danken allen, die den Konventsbeitrag 1994 überwiesen haben. Untere Bitte dazu hat Früchte getragen. Wir bitten für 1995 wieder um einen Jahresbeitrag von 60,00 DM (Ehepaare 100,00 DM) auf das Konto: Gossner Konvent, Nr. 410 14 13 bei der Evangelischen Kreditgenossenschaft Frankfurt (BLZ 500 605 00).

Spendenprojekt: TschechierInnen die Teilnahme in Frankfurt ermöglichen.

Wer gerne ausführlicher lesen möchte über unsere Erfahrungen in Brüssel kann gerne bei Jürgen Schwarz nach den Teilnehmerberichten fragen. (Jürgen Schwarz, Musikantenweg 56, 60316 Frankfurt).

Wir möchten Euch herzlich einladen zu einer Veranstaltung nach Mainz zu kommen:

**Von Espelkamp bis heute
Die Anfänge des Halbjahresseminars vor 50 Jahren und was daraus geworden ist**

- Ein Gespräch mit Horst Symanowski u. anderen Gossners
- Vorstellung von Projekten, die aus dem Halbjahresseminar erwachsen sind

am Sonntag, dem 21. Januar 96 ab 15.00 Uhr im Gossner Haus in Mainz, bis ca. 24.00 Uhr.

Möglichkeit zum Übernachten vom 21./22. Januar besteht. Anmeldung ist erbeten (Tel.: 06131 - 28 744 31).

Der Vorstand, der diese Veranstaltung initiiert, ist der Meinung, daß es wichtig ist, miteinander im Gespräch zu bleiben, gerade dann, wenn durch finanzielle Engpässe die Arbeit in Mainz schwieriger wird und umstrukturiert werden muß. Wir bitten deshalb um rege An-Teilnahme.

Wir grüßen Euch sehr herzlich

Jutta W., Flensburg

Barbara Ziegler, Hannover
Josephine Schmitt, Halle
Peter Heyroth, Quedlinburg
Christian Schröder, Lünen
Wilhelm Lischke, Brandenburg

Hinweis: Wer an einem ausführlichen Protokoll der Brüsselfahrt interessiert ist, kann es bei Jürgen Schwarz abrufen (Musikantennweg 56, 60316 Frankfurt, Tel.: 069 - 433 278).

Anlage:

Rückmeldezettel (bitte bis 20.11. zurücksenden)

Donnerstag, 20.04.1995 mittags

Ein Programmpunkt des 1995er Gossner-Konvents war der Besuch bei dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Neben der nüchternen Darstellung der Organisation, der Entwicklung, der Mitgliedschaft, der Struktur und der gestellten Ziele bestand die Möglichkeit einer kurzzeitigen Diskussion.

Die Anfänge einer europäischen Gewerkschaftsarbeit gehen in die Anfänge der 50er Jahre zurück. Hier spielen wohl die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der eisen- und stahlerzeugenden Industrie (Montan-Mitbestimmung) die entscheidende Rolle. Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 veranlaßte die Arbeitnehmer, wirkungsvolle Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Interessen zu ergreifen.

Am 23. Juli 1952 trat der Vertrag in Kraft. Die Arbeitnehmer konnten in Deutschland ein Mitbestimmungsgesetz zum 21. Mai 1951 erwirken. Erreicht wurde die Wahl des Arbeitsdirektors durch betriebliche Arbeitnehmer.

Die Anfänge der 50er Jahre zu einer gesamteuropäischen Gewerkschaftsarbeit gipfelten 1973 in der Gründung eines Europäischen Gewerkschaftsbundes.

In ihm vereinigen sich

48 Gewerkschaftsbunde und Gewerkschaftsausschüsse sowie
15 Branchengewerkschaften

Somit sind es 63 Vollmitglieder, zu denen 9 Beobachter aus Osteuropa kommen. Eine Zusammenarbeit mit weiteren Beobachtern wird gewährleistet. Allerdings ist der Zusammenschluß durch große politische Unterschiede geprägt. In der Summe ergeben sich 56,7 Mio Mitglieder.

Das Sekretariat befindet sich in

B-1210 Brüssel, Telefon: 32 22 24 04 30

Hier sind etwa 50 Mitglieder tätig, von denen 15 Mitarbeiter politische Funktionen ausüben.

In Brüssel selbst sind etwa 120 europäische Gewerkschaften vertreten. Ausgeschlossen ist die Postgewerkschaft, die ihren Sitz in Genf hat. Im Vergleich zu den Arbeitgeberverbänden, die 60 Büros in Brüssel unterhalten, unterhält die Gewerkschaft nur einen kleinen Stab.

Die Finanzierung des Europäischen Gewerkschaftsbundes erfolgt durch Mitgliedsbeiträge der Bunde, nicht der Branchen.

Beitrag: 3800 BF pro Jahr für 1000 Mitgliedern, was 175,00 DM entspricht.

Hiermit werden die Kommissionen und Übersetzer (DM 1000,00/Tag) bezahlt. Fünf Generaldirektoren bilden die Leitung.

Alle 3 Monate tagt der Exekutivausschuß. Alle 4 Jahre findet der Kongreß mit ca. 1000 ArbeitnehmerInnen statt. Der 8. Kongreß wurde am 12. Mai 1995 durchgeführt.

Auf den Kongressen werden die Weichen für die Arbeit der folgenden Jahre gestellt. 1995 dürfte insbesondere auf der Tagesordnung die Zukunft des Europäischen Gewerkschaftsbundes, weitere Schritte nach Maastricht und die Regierungsversammlung 1996 gestanden haben.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ist im Gegensatz zu allen anderen Gewerkschaften eine Abnormalität. Wenn sich sonst Gewerkschaften von "unten" entwickelten, ist der EGB eine Kopfgeburt. Zu den in Brüssel tätigen etwa 10 000 Lobbyisten stellt der EGB nur eine "kleine Masse" dar. In den EG-Kommissionen sind ca. 20 000 Beamte tätig.

Der EGB wird bei Anhörungen, die sich mit den von den Gewerkschaften zur befassenden Themen tätig. Zu nennen wären z. B.:

1. Eurobetriebsräte

in Unternehmen mit mindestens 1000 Arbeitnehmern, in mindestens zwei Ländern mit jeweils 100 Beschäftigten.

Die Richtlinie gibt nicht nur für Konzerne mit Stammsitz in einem der 17 Länder des Geltungsbereiches, sondern auch für solche von außerhalb.

2. Sozialprotokoll des Maastrichter Vertrages

3. Rahmenverträge über Arbeitsbedingungen

Weiterhin werden informelle Kontakte gepflegt. Seit 1985 wird ein sozialer Dialog mit der EG gepflegt. Verbindungen bestehen zum Arbeitgeberverband. Eine wichtige Aufgabe ergibt sich für den Europäischen Gewerkschaftsbund durch die grenzüberschreitenden Tätigkeit der Unternehmen. Diesem Sachverhalt sind gewerkschaftliche "Aktivitäten" entgegenzusetzen. Ein Äquivalent zum deutschen Betriebsverfassungsgesetz ist auf europäischer Ebene noch nicht wirksam.

Am 22. September 1994 tauschten Eurobetriebsräte Erfahrungen aus. Es ging um neue Strukturen in der künftigen Arbeitswelt. Es gilt, die in Brüssel und vom Europaparlament verabschiedete Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Das liege auch im Interesse der Unternehmen, gelte doch die Mitbestimmung nach deutschem Muster auch als Vorteil.

Wilhelm Böckle

Gedächtnisprotokoll zur Geschäftssitzung des Gossner Konventes am 22.4. 1995 in Brüssel

Tagesordnung: Finanbericht 1994

Wahl von neuen Vorstandsmitglieder

Konventsfahrt 1996

Mögliche Unterstützung der Arbeit der Gossner Mission durch den Konvent

1

Finanzbericht 94: Jürgen Schwarz legte den Finanbericht vor (liest bei). Das Spendenauftkommen hat sich erhöht. Das ist erfreulich und für die Konventskasse nötig. Der Vorstand wird für das Jahr 1994 entlastet. (einstimmig). Wir danken Jürgen Schwarz für seine übersichtliche und unsichtige Arbeit mit den Finanzen!

2

Annelika Biskupski, Waltraud Stettin und Wilhelm Lischke scheiden aus dem Vorstand aus.

In den neuen Vorstand werden gewählt:

Barbara Ziegler, Josephine Schmitt und Peter Hevrot.

Vielen Dank für die Bereitschaft zur Mitarbeit!

3

Als Ziele für eine Konventsfahrt 96 stehen zwei Vorschläge im Raum:

"Alternatives Banking" am Beispiel der Weißen Väter in Frankfurt

Eine Fahrt nach Tschechien, um Kontakte der Gossner-Ost Leute lebendig zu halten.

Entscheidung: 1996 fahren wir nach Frankfurt - wohlmöglich mit Freunden aus Tschechien gemeinsam! 1997 steht die Reise nach Tschechien: Die Vorbereitungszeit wird dafür auf beiden Seiten etwas länger sein. Deshalb wird Tschechien das zweite Ziel.

Wichtig war uns aber, diese beiden Reisen "als Paket" zu verabschieden, möglichst einen inhaltlichen Zusammenhang herzustellen.

Der Vorstand wird mit der Vorbereitung der Fahrt nach Frankfurt beauftragt.

4

Nach einem ausführlichen Gespräch mit Annette Flade über die schwierige finanzielle Situation der Gossner Mission nimmt sich der Vorstand vor, ein Gespräch mit Mitarbeitern der Gossner Mission und des Kuratoriums vorzuschlagen. Es soll um die mögliche Unterstützung durch erfahrene Gossner Pastoren (im Ruhestand) gehen, die in ihrer Region für die Arbeit der Gossner Mission eintreten. Christian Schröder und Willi Huft werden einen Brief nach Berlin schreiben.

Jutta Weiß

GOSSNER-KONVENT

Finanzbericht 1994

	1994	1993	1992
Beiträge/Spenden	3.580,--	2.745,--	1.410,--
Zinsen/Dividende	77,19	344,90	403,68
Darlehensrückzahlung	1.020,--	1.020,--	1.020,--
Sonstiges	--	--	195,--
Konvent	7.960,--	5.854,10	2.200,--
interne Umbuchungen	12.637,19	9.964,--	5.228,68
	---	3.200,--	400,--
	<u>12.637,19</u>	<u>13.164,--</u>	<u>5.628,68</u>

Ausgaben:

Vorstand	1.616,--	1.194,79	707,75
Rundbriefe	--	89,35	659,--
Projekte	2.500,--	2.000,--	--
Kassenführung/Gebühren	--	--	50,--
Konvent	7.115,50	6.693,30	2.710,14
interne Umbuchungen	11.231,50	9.660,44	4.126,89
	---	3.200,--	400,--
	<u>11.231,50</u>	<u>12.860,44</u>	<u>4.526,89</u>
Erbeginis:	<u>1.405,69</u>	<u>303,56</u>	<u>1.101,79</u>

Übertrag aus Vorjahr:

Sparbuch	2.996,29	4.861,36
Girokonto	2.647,39	478,76
	<u>5.643,68</u>	<u>5.340,12</u>

Ist per 31.12.: 7.049,37 5.643,68

Bestand per 31.12.1994:

Sparbuch	930,03
Girokonto	6.119,34
	<u>7.049,37</u>

Papiere: 25 EDCS-Anteile = 12.500,--hf1

Ffm, 14.3.1995

15.3.95

U. Geyer

Kassenbuch mit allen
Unterlagen geprüft und für richtig
befunden.

U. Geyer L.L. Geyer

PROTOKOLL DER 1. GEMEINSAMEN SITZUNG
GESELLSCHAFTSBEZOGENE DIENSTE UND MAINZAUSSCHUSS
AM 30. AUGUST 1995 IN JENA (NIEMÖLLERHAUS)

Anwesend: I. Burkhardt, P. Heyroth, E. Krockert, H.
Kühn, K. H. Lüpke, W. Mehlig, H. Messlin, K.
Scheld

Von der Geschäfts-
stelle Berlin: A. Flade, B. Krause

Von der Geschäfts-
stelle Mainz: I. Borns-Scharf, M. Sturm

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Vorstellung
2. Personelle Veränderungen
3. Konzeption Gesellschaftsbezogene Dienste
4. Gegenwärtige Konzeptionsüberlegungen in Mainz
5. Ideenaustausch für Kooperationen Berlin-Mainz
6. Verschiedenes/Termine

Zu TOP 1:

Inge Burkhardt übernimmt die Leitung des ersten Teils der Sitzung und begrüßt die Anwesenden mit einer Andacht.

Zu TOP 2:

- Michael Sturm wird zum 1.2.1996 in die Berliner Geschäftsstelle wechseln.
- Wolfgang Gern (Nachfolger von Karl-Heinz Dejung) wird zum 1.2.1996 nach Mainz kommen.
- Annette Flade wird möglicherweise 1/2 Stelle für Ausländerseelsorge im Kirchenkreis Potsdam übernehmen (dies ist jedoch noch fraglich, da das Konsistorium Berlin noch nicht zugestimmt hat). Das heißt, ob A. Flade mit 1/2 Stelle evtl. bei Gossners bleibt oder ob sie ganz bei der Gossner Mission aufhört, ist noch offen.
- U. und D. Hecker werden Mitte 1996 in die Badische Landeskirche zurückgehen.
- B. Krause möchte dann das Asienreferat übernehmen (ein entsprechender Kuratoriumsbeschluß steht noch aus).
- W. Damm plant, Mitte 1997 seine Tätigkeit bei der Gossner Mission zu beenden.
- F. Schulze wird ebenfalls Mitte 1997 die Gossner Mission verlassen.
- Ebenso sind im Sekretariatsbereich verschiedene Weggänge (Mitte-Ende 1996) geplant.

Im Anschluß an die Bekanntgabe der personellen Veränderungen schließt sich eine kurze Information über die **finanzielle Situation in Berlin** an. Bernd Krause weist darauf hin, daß das geplante Defizit von DM 195.000,-- nicht eingehalten werden kann und daß das Defizit in 1995 in Berlin voraussichtlich ca. DM 400.000,-- betragen wird. Einige Kürzungen der Landeskirchen wurden jetzt erst bekannt (Bayern, Berlin, Hannover).

Fragen tauchen auf (P. Heyroth):

Warum reicht das Geld nicht? Wird zuviel verbraucht? Liegt das Defizit an den geringeren Zuschüssen? Haben wir zuviel Personal? Wir engagierten uns in Übersee, aber vor Ort (Ostdeutschland) ist kaum jemand.

E. Krockert weist darauf hin, daß dem vorhandenen und voraussichtlichen Defizit nur mit radikalen personellen Einsparungen zu begegnen sei.

Zu TOP 3:

- a) Die Aufgabenbestimmung der Gesellschaftsbezogenen Dienste ab 1996 liegt allen vor.
- b) Unabhängig von den möglichen personellen Veränderungen war diese Konzeption Grundlage der Diskussion.
- c) Ausgegangen wird von zwei Stellen in diesem Bereich.

In dieser Konzeption werden vor allem zwei Schwerpunkte anvisiert: Gemeinwesenarbeit (A. Flade) und Bildungsarbeit (M. Sturm).

Für den ökumenischen Austausch wird als neuer Schwerpunkt Ost-europa vorgeschlagen. Dafür sollen Partnerschaften mit Westeuropa reduziert werden (vgl. III.2. des Papiers). Diesem Anliegen stimmt der Ausschuß zu. Kooperationen mit dem Mainzer Zentrum blieben in diesem Zusammenhang noch offen.

Zu TOP 4:

Karl Scheld übernimmt die Leitung des zweiten Teils der Sitzung.

I. Borns-Scharf erläutert die Arbeitsplatzbeschreibungen (Nachfolge Dejung und Ingrid Borns-Scharf), die auch dem "Bewerbungs"-Ausschuß vorgelegen haben. Dabei soll die industriege-sellschaftsbezogene Arbeit erhalten bleiben, wobei noch nicht entschieden ist, wo reduziert und verändert werden wird, um neue Angebote zu entwickeln (Indusdtriepraktikum zusammen mit Frankfurt, Halbjahresseminar als West-Ost-Angebot).

Konzeptionelle Überlegungen, u. a. die Frage, wie der Bereich Kirche und Industriegesellschaft im ökumenischen Kontext als Bildungsangebot gestaltet werden wird, sollen gemeinsam mit Wolfgang Gern erarbeitet werden.

Zu TOP 5:

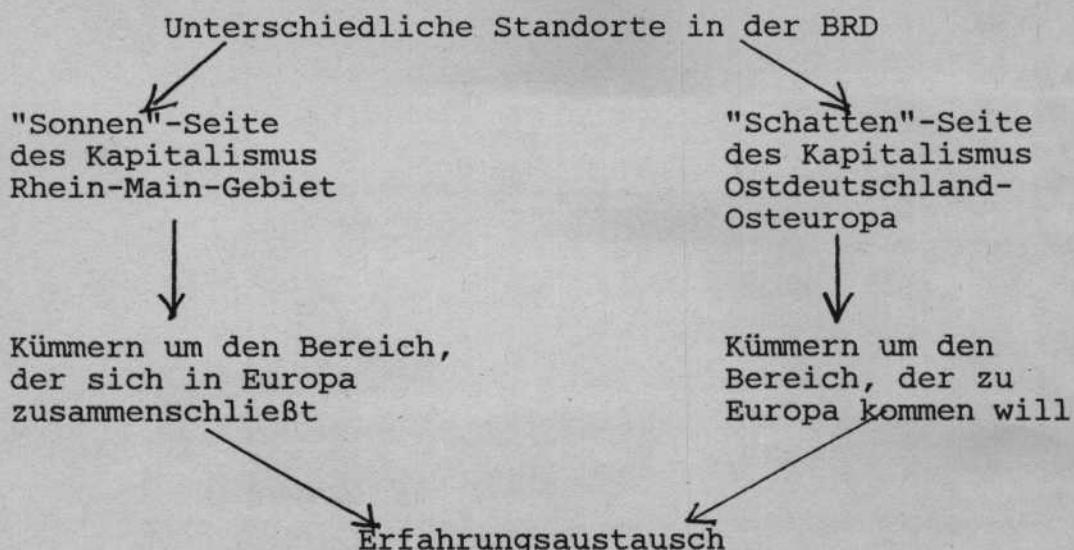
Trotz der unsicheren personellen Situation (W. Gern ist noch nicht da, A. Flade geht vielleicht weg) findet ein erster Ideenaustausch für mögliche Kooperationen Berlin-Mainz statt.

Zusammenfassung der Diskussion:

- A) Was heißt gesellschaftsbezogene Dienste in Berlin und Mainz? "Wahrnehmen von Lebenswirklichkeit als Alltagsrealität im Horizont des Evangeliums".
- B) Übereinstimmung beider Aufgabenbereiche:
 - a) Projektarbeit - Präsenz vor Ort - Schwerpunkt: Arbeit/Arbeitslosigkeit
 - b) Angebote an Pfarrkonvente
 - c) Mission in die Kirchengemeinden
 - d) Ökumenische Kontexte
- C) Arbeit in unterschiedlichen Kontexten:

Mainz <-----> Berlin

Westbereich <-----> Ostbereich



Was bedeutet A-C für Bildungsarbeit, gemeindeorientierte Arbeit, ökumenische Partnerschaft und Öffentlichkeitsarbeit?

D) Vorläufige Konkretionen:

- Ein konkreter Erfahrungsaustausch über Projekte sollte einmal im Jahr stattfinden;
- Kommunikation Berlin-Mainz sollte verbessert werden; sie sollte aufgabenorientiert sein; z.B. könnte überlegt werden, ob einmal im Jahr ein gemeinsamer Werkstattbericht herausgegeben wird;
- die Bildungsarbeit, z.B. PfarrerInnenfortbildung könnte gemeinsam geplant und ausgeschrieben, jedoch arbeitsteilig durchgeführt werden. Das Unterstützungsangebot des Gossner-Konventes sollte einbezogen werden. Wichtig: Werbung für beide Bereiche;
- die Aktivierung von Pfarrkonventen könnte z.Zt. über das "Gemeinsame Wort" beider Kirchen zur gesellschaftspolitischen Lage erfolgen. Ziel: Gesellschaftsbezogene "Alpha-betisierung" von Kirchengemeinden.

E) Verabredungen/Beschlüsse

1. VertreterInnen beider Arbeitsbereiche treffen sich, um ein gemeinsames Konzept auszuarbeiten (Ende 95 oder Anfang 96).
2. Beide Ausschüsse treffen sich wieder.
3. Es ist Konsens beider Ausschüsse, daß für die Arbeit in Berlin und Mainz jeweils 2 Stellen erforderlich sind.

Zu TOP 6:

Die nächste Sitzung beider Ausschüsse findet statt am

11. März 1996, 11.00 Uhr in Erfurt.

(H. Kühn und I. Burkhardt übernehmen die Organisation).

Die nächste Sitzung Gesellschaftsbezogene Dienste findet statt am

Mittwoch, 8. November 1995, 10.30 Uhr

in der Gossner Mission Berlin.

Die nächste Sitzung des Mainz-Ausschusses findet statt am

Mittwoch, 13. September 1995, 15.00 Uhr

in der Gossner Mission Mainz.

Mainz, 4. September 1995
Protokollantin: Ingrid Borns-Scharf

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

Herrn Dieter Hecker
Herrn Dr. Günter Krusche
Herrn Karl Scheld

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

HÖ

9. August 1995

Liebe Freunde,

Herr Wolfgang Gern hat darum gebeten, bereits vor seinem Dienstantritt im Februar 1996 über alle Vorgänge und Entwicklungen, die die Gossner Mission - insbesondere Mainz - betreffen, informiert zu werden.

Seine Adresse lautet: Pfr. Wolfgang Gern, Rathausplatz 1, 64385 Reichelsheim, Tel. dienstlich: 06164 - 1344, privat: 06164-5694, Fax: 06164 - 1340.

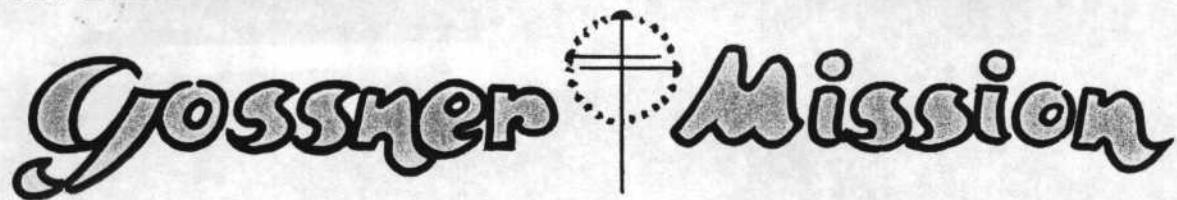
Das Protokoll der letzten gemeinsamen Sitzung des Mainz- und Verwaltungsausschusses vom 26.6.95 habe ich Herrn Gern bereits zukommen lassen.

Mit herzlichen Grüßen, auch von Herrn Gern,

Ihre/Eure

(Hannelore Höcke)

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIESESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die Mitglieder des
Verwaltungsausschusses und
des Mainzausschusses

Nachrichtlich an
Herrn Dieter Hecker
Herrn Christian Schröder

Eingegangen

6. Juli 1995

Erledigt:.....

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

HÖ

5. Juli 1995

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

Im Auftrag des Mainzausschußvorsitzenden, Herrn Karl Scheld
und Frau Ingrid Borns-Scharf übersende ich Ihnen beiliegend
das Protokoll der letzten gemeinsamen Sitzung (Berufungsausschuß)
vom 26. Juni 1995 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichem Gruß

K. Höcke
(Hannelore Höcke)

Anlage

**PROTOKOLL DER GEMEINSAMEN SITZUNG DES MAINZAUSSCHUSSES
UND DES VERWALTUNGSAUSSCHUSSES ("BERUFUNGSAUSSCHUSS")
AM 26. JUNI 1995 IN MAINZ (PROPSTEI FÜR RHEINHESSEN)**

Beginn 14,00 Uhr - Ende 18,00 Uhr

Anwesend: K.M. Beckmann, S. Englert, N. Haas, D. Hecker, H. Kühn, G. Krusche, W. Mehlig, H. Petersen, K. Scheld, U. Schmidt-Hesse.

Vom Team: I. Borns-Scharf, M. Sturm.

Entschuldigt: I. Burkhardt, H. Grothaus, E. Krockert, D. Lüderwaldt, U. Schreiner-Menzemer, Chr. Schröder, W. Sohn, P. Vollweiler-Freyer.

Geänderte Tagesordnung:

1. Genehmigung des Protokolls vom 4.5.1995
2. Stellenbeschreibungen
3. Verwendung der Wohnung Dejung
4. Bewerbung Wolfgang Gern
5. Antrag zur Einstellung einer Aushilfskraft
(nur Mainzausschuß)
6. Verschiedenes

Propst Petersen begrüßt die Mitglieder des Verwaltungsausschusses und des Mainzausschusses als willkommene Gäste in der Propstei.

Karl Scheld eröffnet die Sitzung mit einer Besinnung zur Kirchentagslosung. Er gibt bekannt, daß Dr. Wolfgang Gern sich auf die Stelle im Mainzer Leitungsteam (Nachfolge Karl-Heinz Dejung) bewerben wird. Er wird zur Sitzung erscheinen. Bewerbungsunterlagen werden verteilt.

TOP 1:

Das Protokoll vom 4. Mai 1995 wird genehmigt.

bitte wenden

TOP 2:

Dem Ausschuß liegen 3 Arbeitsplatzbeschreibungen als Entwürfe vor: Zwei Stellenbeschreibungen zur Arbeit Nachfolge Karl-Heinz Dejung (Alternative A und B) und ein Entwurf für die Referentinnenstelle Ingrid Borns-Scharf.

Ingrid Borns-Scharf erläutert die Entwürfe. Zwei Alternativen zur Stelle Nachfolge Karl-Heinz Dejung zu formulieren wurde notwendig, um die verschiedenen Diskussionen der letzten Wochen und Monate (vgl. auch Vertrag mit der EKHN) zum Ausdruck zu bringen. In Alternative A ist das Arbeitsfeld "Kirche und Industriegesellschaft im ökumenischen Kontext" ein integraler Bestandteil der Tagungs- und Bildungsangebote im Mainzer Zentrum, während in Alternative B dies ein eigener Schwerpunkt mit einer stärkeren Anbindung an das Amt für Mission und Ökumene ist. Alternative B ist weitgehend parallel zur Stellenbeschreibung von Ingrid Borns-Scharf formuliert. Danach werden Bildungsprogramme im Kernbereich, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung weitgehend im Team organisiert und gestaltet (wie auch in Alternative A). Deutlicher ausgewiesen wird der jeweils eigene Schwerpunkt der Stellen (Punkt B). Nach längerer ausführlicher Debatte ist folgendes festzuhalten:

1. Das "Spezifische" der Mainzer Arbeit - die industriege-sellschaftsbezogene Arbeit - soll weiter fortgeführt werden (Petersen); wir wollen Kontinuität (Krusche).

2. Es muß überprüft werden, welche Programme in Zukunft beibehalten werden müssen. "Verschlankung" ist notwendig, wenn neue Angebote entwickelt werden sollen (bei nur 2 Teamern). KooperationspartnerInnen müssen gefunden werden (z.B. Industriapraktikum zusammen mit Frankfurt; Halbjahresseminar gemeinsam mit KDA Ostdeutschland).

3. Verwendung der Wohnung Dejung: Da zu Beginn der Sitzung noch nicht eindeutig klar war, ob der Bewerber die Wohnung Dejung als Dienstwohnung übernehmen wird, wurden noch einmal Alternativen zur Verwendung diskutiert (vgl. Vorlage und Berechnung von H. Höcke vom 4. Mai 1995). Nach längerer Diskussion beschließt der Ausschuß Zusammenfassung der Debatte vor und nach der Bewerbung):

- a) Die Wohnung soll vollständig renoviert werden und zum 1.2.1996 bezugsfähig sein. In der Zwischenzeit kann das Mainzer Team entscheiden, ob und wie die Wohnung verwendet bzw. vermietet werden kann.

- b) Ende Juli soll mit dem Bewerber, Wolfgang Gern, eine Begehung stattfinden und über zusätzliche Wünsche ein Kostenvoranschlag erstellt werden. Über die Durchführung der Arbeiten entscheidet der Mainzausschuß in seiner nächsten Sitzung. Ggf. ist Herr Beckmann bereit, einen Zuschuß zur Renovierung zu gewähren.
- c) Sollte die Frau des Bewerbers eine Gemeindepfarrstelle übernehmen, so wäre die Wohnung für Alternativen (z.B. Büroräume für Initiativen) frei. Dies sollte bis September 1995 entschieden sein.
- d) Die Wohnung als Dienstwohnung zu beziehen, ist ein Angebot an den Bewerber, aber keine Verpflichtung.

TOP 4:

- a) Bewerbungsgespräch (Beginn 16,30 Uhr), die Leitung übernimmt der Kuratoriumsvorsitzende, Günter Krusche.

Wolfgang Gern stellt sich als einziger Bewerber vor. Gespräch und Fragen konzentrieren sich auf Lebenslauf, Erfahrungen in Gemeinde und Übersee, Motivation der Bewerbung und Stellungnahme zu den vorliegenden Arbeitsplatzbeschreibungen Alternative A und B.

Wolfgang Gern spricht sich eindeutig für Alternative A aus und ist auch bereit, für kürzere Zeit in einem Mainzer Betrieb zu arbeiten. Er bittet darum, eine zweistündige Lehrtätigkeit an der Uni Mainz fortsetzen zu dürfen. Er betont, daß ihm sehr daran liegt, daß das Mainzer Zentrum erhalten bleibt. Ebenso ist er bereit, die Federführung für die Finanzen (vgl. Stellenbeschreibung) zu übernehmen.

- b) Wahl: Nach einer internen Aussprache des Ausschusses werden Referent und Referentin des Leitungsteams um eine Stellungnahme gebeten. Danach erfolgt die Wahl geheim und schriftlich. **Ergebnis: 10 abgegebene Stimmen, davon 10 gültig. Ja-Stimmen: 10.** Somit ist Wolfgang Gern einstimmig als Referent im Leitungsteam der Gossner Mission Mainz gewählt. Er nimmt die Wahl an.

bitte wenden

TOP 5:

Im Anschluß an die gemeinsame Sitzung findet eine kurze Sitzung des Mainzausschusses statt. Dem Ausschuß liegt ein Antrag der Geschäftsführung vor, für die Zeit vom 3. bis 28. Juli 1995 eine Aushilfskraft für den Bereich Hauswirtschaft/Reinigung einzustellen. (Begründung vgl. Antrag). Unter den aufgeführten Optionen stimmt der Ausschuß der ersten Möglichkeit zu: 4 Stunden täglich für 4 Wochen, Gesamtpreis DM 2.441,--. Eine Mehrbelastung des Haushalts hat dies nicht zur Folge, da im Bereich Zivildienst und Hauswirtschaft bereits Geld eingespart wurde.

TOP 6:

Die noch anstehenden TOPs werden auf die nächste Sitzung vertagt (vor allem der Haushaltsplanentwurf 1996).

Die nächste Sitzung des Mainzausschusses findet statt

am Mittwoch, 13. September 1995 von 15.00 - 18.30 Uhr

in der Gossner Mission Mainz.

Protokollantin: Ingrid Borns-Scharf
Mainz, 30. Juni 1995

Vf

Antrag an den Mainz-Ausschuß

Hiermit bitte ich um einen Zuschuß für eine Langzeitfortbildung im Bibliodrama. Diese berufsbezogene Fortbildung erstreckt sich über 3 Jahre (1995 - 1997) und umfaßt sieben ganze Woche und 8 Wochenenden.

Die Kosten für diese Langzeitfortbildung habe ich detailliert aufgeführt, sie betragen ca. 13.000,-- DM (Kursgebühren, Unterkunft/Verpflegung und Fahrtkosten). Nach Absprache mit meinem Kollegen schlage ich ein Finanzierungsmodell vor, das die Kosten fair aufteilt, sodaß 1/3 die Steuer, 1/3 die Gossner Mission, 1/3 ich selbst übernehmen würde (jeweils 4.300,-- DM). Ich bitte daher um einen Zuschuß von 2.150,-- DM für 1996 und 2.150,-- für 1997.

Die Zeiten würde ich so aufteilen, daß ich sowohl privaten Urlaub als auch Bildungsurlaub (für 96/97) dafür nutzen möchte.

Begründung:

Die mehrjährige Fortbildung ist darauf angelegt, daß Grundlagen des Bibliodramas so erfahren und reflektiert werden, daß Elemente dieser Arbeit in die eigene Berufspraxis umgesetzt werden können. Im Zuge einer konzeptionellen und inhaltlichen Neuorientierung halte ich es für ausgesprochen fruchtbar und motivierend, in unseren zukünftigen Bildungsangeboten und Seminaren eine Verbindung herzustellen zwischen Erfahrungen in der Arbeitswelt, theoret. Reflexionen und Elementen des Bibliodramas.

Dabei denke ich sowohl an die Defizite in unserer eigenen Arbeit, an die Angebote im kirchlichen Bildungsbereich als auch an die Wünsche der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Themenbereiche wie "Seelsorge und Psychologie", "Gesellschaftsdiakonie und Politik" und "Religion und Spiritualität" werden in der Vielfalt der Bildungsprogramme meist nur getrennt angeboten. Mir geht es um eine Verbindung dieser Bereiche sodaß persönliche Erfahrung, seelsorgerliche Begleitung, politische Interpretation und theologische Reflexion zum Ausdruck kommen können. Zudem könnte die uns beschäftigende Frage nach "Spiritualität und Arbeitswelt" vertieft werden.

Ich bitte um Genehmigung meines Antrages.

Anhang:

- 1) Aufstellung der Kosten
- 2) Fortbildung im Bibliodrama

Ingrid Borns-Scharf
Juni 1995

Langzeitfortbildung Bibliodrama

Aufstellung der Kosten für 1995 - 97

Kursgebühren:

7 Wochen	je 600,00 DM	4.200,-DM
8 Wochenenden	je 240,00 DM	1.920,--DM
dazu Einstiegskurs Honorar (Mai 95)		400,-- DM
		6.520,-- DM

Unterkunft und Verpflegung:

7 Wochen	je 380,-- DM	2.660,-- DM
8 Wochenenden	ca.	800,-- DM
Einstiegskurs 2		283,-- DM
		3.743,-- DM

Fahrtkosten:

1 Fahrt hin und zurück		
Bahncard ca. 170,00 DM		
15 Fahrten	je 170,-- DM	2.550,-- DM
Einstiegskurs		170,-- DM
		2.720,-- DM
Gesamtkosten		12.983,-- DM

Heidemarie Langer, Maria-Louisen-Str. 141, 22301 Hamburg, ☎ 040-481400, 29.6.1994

Langzeitfortbildung im Bibliodrama

Bibliodrama ist ein Wechselspiel zwischen einem biblischen Text und einer Gruppe, ein gegenseitiges Entdecken, Auseinandersetzen, Gestalten und Erkennen. Durch die biblischen Geschichten kommen uns Menschen mit ihren Lebensthemen entgegen, die sich in die Begegnung mit dem Christus, mit Gott, öffnen.

Wir finden uns in ihren menschheitlichen Themen wieder, entdecken unsere eigenen Fragen im Gegenüber; lernen, mit Leib und Seele die Texte durch unsere jetzige biographische wie zeitgeschichtliche Wirklichkeit zu verstehen. Ein dynamischer Prozeß entsteht zwischen Teilnehmenden und Text; eine Komposition, in der sich Wissen und lebendige Erfahrung begegnen; ein Zusammenspiel, das uns in die Wahrnehmung göttlich-geistiger Wirklichkeit hinein weitet.

Ziel der mehrjährigen Fortbildung ist, Grundlagen des Bibliodramas so zu erfahren und zu reflektieren, daß die Teilnehmenden Elemente dieser Arbeit später in ihre eigene Berufspraxis umsetzen können.

Zur **Grundlagenarbeit** gehört das Studium der biblischen Geschichten, Exegese wie Hintergrundinformation.

Zur Grundlagenarbeit gehört Wahrnehmung wie Reflexion rhythmischer Gesetzmäßigkeiten, die das dynamische Wechselspiel zwischen Text und Gruppe überhaupt erst ermöglichen: Rhythmen zwischen Identifikation und Rollendistanz, Auseinandersetzung und innerem Geschehenlassen, Fokus zum Text oder zur Gruppe, zur Gruppe oder zu einzelnen hin.

Zur Grundlagenarbeit gehört vor allem die Bereitschaft, sich über längere Zeit auf einen biblischen Text einzulassen, sodaß die dort beschriebenen Haltungen, Bewegungen, Motive und Fragen körperlich-seelisch erfahren werden können, und die durch die Texte ausgelösten inneren Prozesse ihre Kräfte entfalten können. Fundament dieses Weges bildet intensive Körperwahrnehmungsarbeit und meditative Übung, die sich mit dem jeweiligen biblischen Text verbindet. Fundament ist die Bereitschaft, die in der Arbeit gewonnenen Einsichten und Erkenntnisse im eigenen Alltag wirksam werden zu lassen.

Im ersten Jahr der Langzeitfortbildung wenden wir uns intensiver Selbsterfahrung in Grundlagen- und Prozeßarbeit zu, wobei die Teilnehmenden noch nicht selbst leiten.

Im zweiten Jahr der Fortbildung leiten die Teilnehmenden einzelne Einheiten eines Bibliodrama-Prozesses. Diese eigene Leitung bekommt jeweils ausführliche Supervision in der Gruppe.

Voraussetzungen für die Langzeitfortbildung:

Erfahrung in der Arbeit mit Gruppen und in der Arbeit mit biblischen Texten; ausreichende eigenen Selbsterfahrung; Fortbildung in einer der psychologischen Richtungen oder in der Meditation; Erfahrungen mit Bibliodramakursen bei mir und anderen Leiterinnen und Leitern. Möglichkeiten zum Kennenlernen des Bibliodramas bestehen noch bei folgenden Kursen:

14. - 18. November 1994 oder 2. - 5. Mai 1995 oder 22. - 25. Mai 1995 in Ratzeburg.

Fortbildungsdaten:

Die Langzeitfortbildung umfaßt sieben ganze Wochen und acht Wochenenden.

Die Kurse finden im Domkloster Ratzeburg statt und beginnen jeweils montags um 16 Uhr, enden freitags um 13 Uhr.

Die Wochenendseminare finden in Hamburg statt, beginnen jeweils freitags um 17 Uhr, enden samstags um 19 Uhr.

Das Kurshonorar beträgt pro Woche 600.- DM; pro Wochenende 240.-DM

Unterkunft und Verpflegung in Ratzeburg beträgt pro Tag 95.- DM.

Unterkunft und Verpflegung in Hamburg besorgt sich jede/r selbst.

Die Langzeitfortbildung ist steuerlich absetzbar. Landeskirchen gewähren Zuschüsse.

Beginn 1995: 4. - 7. Dezember in Ratzeburg (Grundlagenkurs)

1996:	26. Februar - 1. März	1997:	21. - 22. Februar
19. - 20. April		17. - 21. März	
10. - 14. Juni		18. - 19. April	
13. - 14. September		5. - 9. Mai	
28. Oktober - 1. November		13. - 14. Juni	
13. - 14. Dezember		6. - 10. Oktober	
		7. - 8. November	

Anmeldung: spätestens bis zum 31. Mai 1995 schriftlich.

Literatur:

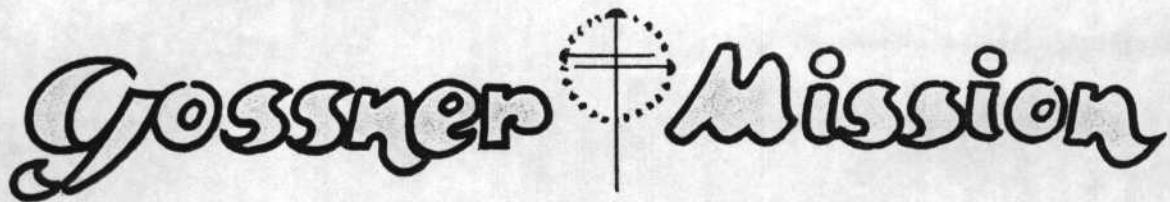
Heidemarie Langer, Vielleicht sogar Wunder.

Heilungsgeschichten im Bibliodrama. Stuttgart 1991

Heidemarie Langer, Das auftauchende Wissen, Briefe vom Wasser. Olten 1994

A. Kiehn (Hrsg), Bibliodrama. Stuttgart 1987

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die Mitglieder des
Verwaltungsausschusses und des
Mainzausschusses

Nachrichtlich an
Herrn Christian Schröder



IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

IBS-Hö

22. Juni 1995

Liebe Freundinnen und Freunde,

anbei übersende ich Ihnen die Entwürfe der Arbeitsplatzbeschreibungen für beide Stellen und einen Entwurf für eine mögliche Stellenausschreibung.

Diese sind als Vorlage für die gemeinsame Sitzung am

Montag, dem 26. Juni 1995

gedacht.

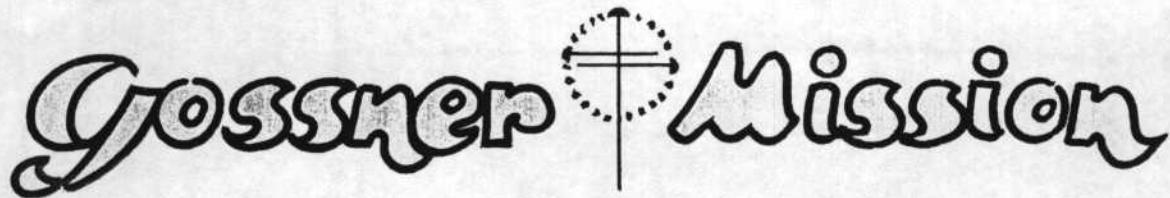
Außerdem erhalten Sie/Ihr das Protokoll des Verwaltungsausschusses vom 17. Mai 1995.

Mit freundlichen Grüßen

D. Borns-Scharf
(Ingrid Borns-Scharf)

Anlagen

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die
Mitglieder des
Mainzausschusses und
des Verwaltungsausschusses

Eingegangen
14. Jun 1995
Erledigt:.....

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

IBS / Re

13. Juni 1995

**Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung des
Verwaltungsausschusses und des Mainzausschusses ("Berufungsausschuß")**

Montag, den 26. Juni 1995, 14.00 bis 18.30 Uhr

Ort: Propstei für Rheinhessen, Mainz, Jakob-Steffan-Str. 1, 55122 Mainz

(Die Propstei liegt ca. 10 Min. mit dem Auto von der Gossner Mission entfernt. Wer will, wird gerne mitgenommen. Wir starten um 13.50 Uhr, Parkplatz Gossner Mission).

Wer eine Übernachtung benötigt, sage möglichst bald bei uns Bescheid, wir haben Zimmer im Wohnheim reserviert.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir laden Sie herzlich ein zu unserer o.a. Sitzung. Sie findet diesmal nicht im Mainzer Arbeitszentrum statt, sondern in der **Propstei für Rheinhessen**.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Verabschiedung des Protokolls vom 4. Mai
2. Stand der Bewerbungen
3. Stellenbeschreibung - Stellenausschreibung ?
4. Stand der Verhandlungen mit der EKHN zur Übernahme der Industrie- und Sozialarbeit

5. Bericht vom VA und Konzeptionsausschuß
6. Bericht vom IP
7. Verwendung der Wohnung Dejung
8. Renovierung der beiden Wohnungen in Mainzer Zentrum
9. vorläufiger Haushalt '96

Mit freundlichen Grüßen, auch von Karl Scheld,

Ihre

I. Borns-Scharf

(Ingrid Borns-Scharf)

Anlagen

vorl. Haushaltsplan 1996
Protokoll v. 4. Mai
Wegbeschreibung Propstei

Votum des Mainz-Ausschuß für die Sitzung des
Kuratoriums der Gossner Mission am 17. und 18. März
1995

Der Mainz-Ausschuß sieht die Notwendigkeit von Einsparungen bei der Gossner Mission. Deshalb geht er davon aus, daß als Mainzer Beitrag dazu eine Stelle nach Berlin geht, so daß das Team in Mainz künftig aus zwei Personen bestehen wird, deren Stellen zum größten Teil von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau finanziert werden.

Im Mainz-Ausschuß besteht der starke Wunsch, eine Lösung zu finden, mit der das Mainzer Zentrum erhalten werden kann.

Vor diesem Hintergrund gibt es verschiedene Optionen im Blick auf die Zukunft des Mainzer Zentrums. (siehe Anlage). Diese sollen in der nächsten Zeit so geprüft werden, daß baldmöglichst ein neues Konzept vorliegt, das in den beiden dann folgenden Jahren umgesetzt werden kann. Dazu gehört die Frage der Finanzierung des Zentrums (Instandhaltung, Renovierung, Investitionen) und die Arbeitsbeschreibung aller MitarbeiterInnen.

Der Mainz-Ausschuß begrüßt das Vorhaben, für das Mainzer Zentrum eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchzuführen. Er wünscht, an der Diskussion um die Zielsetzung einer solchen Prüfung beteiligt zu werden. Diese sollte nicht von vornherein auf die Frage eingeengt werden, ob das Zentrum geschlossen werden muß. Vielmehr erscheint es sinnvoll, den Raum für verschiedene Optionen offen zu halten. Das setzt eine sorgfältige Analyse der Stärken und Ausbaumöglichkeiten des Zentrums einerseits und der Schwachpunkte andererseits voraus. Auf der Basis einer so angelegten Wirtschaftlichkeitsprüfung können dann Zukunftsmöglichkeiten für das Mainzer Zentrum auf ihre Tragfähigkeit hin geprüft werden. Der Mainz-Ausschuß hält eine solche Vorgehensweise auch im Interesse der Motivation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für wünschenswert.

Um ein Gesamtbild für die Zukunftsplanung und -diskussion der Gossner Mission zu schaffen, plädiert der Mainz-Ausschuß darüber hinaus dafür, daß auch die Berliner Geschäftsstelle im Blick auf ihre Wirtschaftlichkeit geprüft wird.

Klausur von Mitgliedern des Mainz-Ausschusses und dem Team der Gossner Mission in Mainz am 26. und 27.2.1995

Teilnehmende: K. Scheld, E. Krockert, H. Petersen (27.2.), S. Englert, U. Schreiner-Menzemer, I. Borns-Scharf, K.-H. Dejung, M. Sturm, U. Schmidt-Hesse

Die Teilnehmenden legen dem Mainz-Ausschuß folgendes Votum zur Weiterarbeit an der Neukonzeption der Mainzer Arbeit vor:

Wir sehen die Notwendigkeit von Einsparungen bei der Gossner Mission. Deshalb gehen wir davon aus, daß als Mainzer Beitrag dazu eine Stelle nach Berlin geht, so daß das Team in Mainz künftig aus zwei Personen bestehen wird, deren Stellen von der von der EKHN finanziert werden.

Kern der Mainzer Arbeit sind die Aus- und Fortbildungsangebote für kirchliche MitarbeiterInnen (IP, Halbjahresseminar, Vikarskurse, 6-Wochen-Kurs und andere Fortbildungsangebote) in Verbindung mit Projektarbeit.

Charakteristisch sind dabei Verknüpfungen zwischen Deutschland und "Übersee", West und Ost, Kirchengemeinden und Initiativen, Gewerkschaften, Frauenarbeit, Industriearbeit und Ökumene.

Wenn das Team nur noch aus zwei Personen besteht, sind verstärkt Kooperationen mit Menschen von 'außerhalb' nötig, z.B. aus anderen kirchlichen Einrichtungen, Gossner Berlin, Universität, Initiativen - und zwar unentgeltlich oder als Honorarkräfte.

Die Verbindung zwischen Bildungs- und Projektarbeit soll auf jeden Fall erhalten werden.

Vor diesem Hintergrund gibt es verschiedene Optionen im Blick auf die Zukunft des Mainzer Zentrums. Diese sollen in der nächsten Zeit so geprüft werden, daß in drei Jahren ein neues Konzept vorliegt, das in den beiden folgenden Jahren umgesetzt werden kann. Dazu gehört die Frage der Finanzierung des Zentrums (Instandhaltung, Renovierung, Investitionen) und die Arbeitsbeschreibung aller MitarbeiterInnen. Unter den Anwesenden gibt es den starken Wunsch, eine Lösung zu finden, mit der das Zentrum erhalten werden kann.

Optionen (ohne Rangfolge):

1. Arbeit im Zentrum in Verbindung mit einer Kommunität;
2. Arbeit im Albert-Schweitzer-Haus - Vermietung des Wohntrakts an eine Mainzer Arbeitsloseninitiative;
3. Arbeit in einem neuen Haus in der Mainzer Neustadt zusammen mit anderen Gruppen (Tagungen außerhalb, z.B. in der Ökumen. Werkstatt, Ffm.);
4. Arbeit im AS-Haus - Wohntrakt dauer vermieten - Tagungen außerhalb;
5. Gossner Mission verlegt ihren Hauptsitz nach Mainz mit Büroräumen im Osten;
6. Arbeit im Zentrum gemeinsam mit anderen Gruppen;
7. Arbeit im AS-Haus - Wohntrakt kommerziell vermieten (Büros).

8.3.1995, Ulrike Schmidt-Hesse

V e r e i n b a r u n g

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau,
vertreten durch die Kirchenleitung in Darmstadt,
und

die Gossner-Mission in Berlin-Friedenau,
vertreten durch ihr Kuratorium daselbst,
treffen folgende Vereinbarung:

§ 1

Das Kuratorium der Gossner-Mission achtet darauf, daß das Arbeitszentrum in Mainz mit den für die Industrie- und Sozialarbeit, für die Mission und Oekumene und für die Aus-, Fort- und Weiterbildung zuständigen Gremien der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eng zusammenarbeitet.

Vor der Entscheidung über grundlegende konzeptionelle und strukturelle Fragen des Arbeitszentrums Mainz erhält die Kirchenleitung Gelegenheit zur Stellungnahme.

§ 2

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau gewährt der Gossner-Mission einen monatlichen Zuschuß zu den Personalkosten für zwei Referenten im Leitungsteam des Arbeitszentrums Mainz. Der Zuschuß wird für Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in Höhe ihres jeweiligen Grundgehaltes als Pfarrer zuzüglich der entsprechenden Sonderzuwendung, des Pflichtbeitrages zur gesetzlichen Rentenversicherung und des damit verbundenen Steuerabgeltungsbetrags festgesetzt. Er ist für Pfarrer einer anderen Kirche auf das Grundgehalt begrenzt, das sich nach dem Besoldungsrecht für Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau ergeben würde. Für Referenten, die nicht Pfarrer sind, wird der Zuschuß in Höhe der jeweiligen Grundvergütung zuzüglich der entsprechenden Sonderzuwendung festgesetzt und auf die Endgrundvergütung der Gruppe I b BAT begrenzt.

§ 3

Die Berufung der beiden Referenten im Leitungsteam des Arbeitszentrums Mainz bedarf der Bestätigung durch die Kirchenleitung. Das Kuratorium teilt die Personalien der Bewerber rechtzeitig, mindestens jedoch sechs Wochen vor der Berufung, der Kirchenleitung mit. Die Kirchenleitung kann Einwendungen erheben, wenn ein Bewerber nach ihrer Auffassung nicht hinreichend geeignet erscheint.

§ 4

Referenten mit der Anstellungsfähigkeit als Pfarrer können auf ihren Antrag zu Pfarrern der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau ernannt werden. Die Beurlaubung wird zeitlich befristet.

§ 5

Das Kuratorium stellt fest, daß die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau für die Geltungsdauer dieser Vereinbarung berechtigt ist, ein Mitglied in das Kuratorium zu entsenden.

§ 6

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau vermietet der Gossner-Mission das Albert-Schweitzer-Haus sowie das Jochen-Klepper-Haus in Mainz (Albert-Schweitzer-Straße 113-115).

§ 7

Diese Vereinbarung tritt mit Wirkung vom 01. Mai 1978 in Kraft. Sie verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn sie nicht bis zum 30. April des vorhergehenden Jahres von einer der beiden Seiten gekündigt wird.

Die Vereinbarung vom 14. Juni/10. September 1954 tritt mit Wirkung vom 01. Mai 1978 außer Kraft.

Darmstadt, den 20. April 1978

Evangelische Kirche
in Hessen und Nassau
- Kirchenleitung -

D. Hied



Berlin, den 28. April 1978

Gossner-Mission
- Kuratorium -

D. Kippenf



Entwurf
Vereinbarung

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
- vertreten durch die Kirchenleitung in Darmstadt -

und

die Gossner Mission in Berlin
- vertreten durch ihr Kuratorium -

treffen folgende Vereinbarung:

§ 1

Das Kuratorium der Gossner Mission achtet darauf, daß das Arbeitszentrum in Mainz mit den für die Industrie- und Sozialarbeit, für die Mission und Ökumene und für die Aus-, Fort- und Weiterbildung zuständigen Ämtern und Gremien der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eng zusammenarbeitet.

Vor der Entscheidung über grundlegende konzeptionelle und strukturelle Fragen des Arbeitszentrums Mainz erhält die Kirchenleitung Gelegenheit zur Stellungnahme.

§ 2

Die EKHN verpflichtet sich, der Gossner Mission einen monatlichen Zuschuß zu den Personalkosten für zwei Referenten/Referentinnen im Leitungsteam des Arbeitszentrums Mainz zu zahlen. Diese Referenten/Referentinnen müssen Pfarrer/Pfarrerinnen der EKHN sein. Der Zuschuß wird in Höhe ihres jeweiligen Grundgehaltes als Pfarrer/Pfarrerin zuzüglich der entsprechenden Sonderzuwendung, des Pflichtbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung und des damit verbundenen Steuerabgeltungsbetrages nach den jeweils gültigen Regelungen der EKHN festgesetzt.

§ 3

Die Berufung der beiden Pfarrer/Pfarrerinnen im Leitungsteam des Arbeitszentrums Mainz durch das Kuratorium der Gossner Mission bedarf der Zustimmung durch die Kirchenleitung der EKHN. Ohne Zustimmung der Kirchenleitung kommt keine Berufung zustande.

§ 4

Das Kuratorium stellt fest, daß die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau für die Geltungsdauer dieser Vereinbarung berechtigt ist, ein Mitglied in das Kuratorium zu entsenden.

§ 5

Diese Vereinbarung wird für eine der Referenten/Referentinnen-Stellen bis zum 31. Juli 2000 (Ablauf der Beauftragung von Pfarrerin Ingrid Borns-Scharf) begrenzt. Für die zweite Referenten/Referentinnen-Stelle wird der Zuschuß auf fünf Jahre nach dem Datum der Einstellung eines Nachfolgers/einer Nachfolgerin des jetzigen Stelleninhabers (Pfarrer Dr. Karl-Heinz Dejung) begrenzt. Die Gossner Mission verpflichtet sich, im Einvernehmen mit der Kirchenverwaltung der EKHN sobald wie möglich der Kirchenleitung der EKHN ein Konzept künftiger weiterer Zusammenarbeit vorzulegen, das sich von folgenden Zielvorstellungen leiten läßt:

1. Engere Kooperation des Gossner-Zentrums Mainz mit dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN mit dem Ziel der Übernahme von Aufgaben der Industrie- und Sozialarbeit in der Propstei Rheinhessen.
2. Engere Kooperation des Gossner-Zentrums Mainz mit dem Amt für Mission und Ökumene der EKHN, deren praktische Realisierung in der Propstei Rheinhessen noch der weiteren Abklärung bedarf.
3. Konzentration von finanziellen und personellen Ressourcen.

§ 6

1. Die bis zum 31. Juli 2000 begrenzte Stelle (Frau Pfarrerin Ingrid Borns-Scharf) kann von einem der beiden Vertragspartner mit Frist vom 30. Juli 1999 zum 31. Juli 2000 gekündigt werden. Falls keine Kündigung dieser Stelle erfolgt, verlängert sie sich jeweils um ein Jahr.
2. Die Berufung auf die zweite Stelle (Nachfolge Pfarrer Dr. Dejung) sollte bis spätestens Einstellung 31. Juli 1996 erfolgen. Die Laufzeit der Berufung und Mitfinanzierung der EKHN beträgt fünf Jahre ab Einstellungsdatum. Die Mitfinanzierung dieser zweiten Stelle kann ein Jahr vor Ablauf der Berufungszeit von einem der beiden Vertragspartner zum Ablauf der Berufungszeit gekündigt werden. Falls keine Kündigung dieser Stelle erfolgt, verlängert sie sich jeweils um ein Jahr.

§ 7

Diese Neufassung der Vereinbarung tritt mit der Zustimmung der Kirchenleitung der EKHN und des Kuratoriums der Gossner Mission in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Vereinbarung vom 28. April 1978 außer Kraft.

Darmstadt, den

Berlin, den

.....
Evangelische Kirche in Hessen
und Nassau - Kirchenleitung -

.....
Gossner Mission Berlin
- Kuratorium -

ALTERNATIVE A

Nachfolge KHD - Stellenbeschreibung - Gewichtung

**A Kirche und Industriegesellschaft
in unserem Kontext** 60%

Darin enthalten:

- a) Programme im Kernbereich
IP - HJS - Institutswochen -
Fortbildung über 2 Jahre
- b) Angebote an und Zusammenarbeit
mit Gemeinden und Dekanaten
- c) Kirche und Industriegesellschaft im
ökumenischen Kontext
- d) Projektarbeit vor Ort

B Öffentlichkeitsarbeit 20%

- Rundbriefe
- Vortrags- und Besuchstätigkeit
- Artikel u. a.
- Werkstattberichte

C Verwaltung 20%

- Geschäftsführung (rotierend)
- Finanzen
- Ausschüsse/Kuratorium
- Teamsitzungen
- Arbeit an einer neuen Konzeption für das Zentrum

Arbeitsplatzbeschreibung der Referentenstelle

- Nachfolge KHD -

1. Er/Sie ist verantwortlich - gemeinsam im Team - für Fortbildungsangebote und Seminare im Bereich: Kirche und Industriegesellschaft.
Diese Angebote beziehen sich auf die verschiedenen Ebenen der theol. Ausbildung. Sie gehören weitgehend zur Tradition des Hauses und sollten erhalten bleiben.
 - IP (vor dem 1. Examen)
 - HJS (nach dem 1. oder 2. Examen)
 - Institutwochen (Vikarsausbildung)
 - Fortbildung (PfarrerInnen in den ersten Amtsjahren oder auch später.)

Hinzukommen Angebote und Beratung in Gemeinden zu Fragen der Industriegesellschaft und deren Folgen unter Einbeziehung der gemeindlichen Kompetenz (Supervision und Konkretion sowie Projektarbeit vor Ort).

Die vorhandenen Programme sind zu überprüfen auf ihre Attraktivität und ihre zukünftige Tragfähigkeit hin, neue Angebote sind zu entwickeln u.a. auch Tagungs- und Bildungsangebote, die eine Verbindung und Verzahnung von Industriegesellschaft und Dritt Weltländern zum Thema haben.

2. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sind Rundbriefe 2x jährlich und Werkstattberichte in bestimmten Abständen zu erstellen.

Hinzu kommt die Kooperation mit der "Biene" (Öffentlichkeitsarbeit Berlin). Außerdem werden Gemeindebesuche und Vortragstätigkeit erwartet.

3. Erfahrungen in Bereich Verwaltung und Finanzen sind erforderlich, um den jährlichen Haushaltsplan der Gossner Mission Mainz zu erstellen. Hinzukommen sollte die Bereitschaft, neue Finanzquellen zu erschließen. Die Geschäftsführung erfolgt routierend (abwechselnd im Team) alle 2 Jahre. Eine neue Konzeption für das Zentrum muß entwickelt werden.

bitte wenden

Arbeitsplatzbeschreibung der Referentinnenstelle - IBS -

1. Sie ist verantwortlich - gemeinsam im Team - für Fortbildungsangebote und Seminare im Bereich: Kirche und Industriegesellschaft. Diese Angebote beziehen sich auf die verschiedenen Ebenen der theol. Ausbildung. Sie gehören weitgehend zur Tradition des Hauses und sollten erhalten bleiben.

- IP (vor dem 1. Examen)
- HJS (nach dem 1. oder 2. Examen)
- Institutswochen (VikarInnen)
- Fortbildung für PfarrerInnen in den ersten Amtsjahren oder auch später.

Hinzukommen Angebote und Beratung in Gemeinden zu Fragen der Industriegesellschaft und deren Folgen unter Einbeziehung der gemeindlichen Kompetenz (Supervision und Konkretion).

2. Neu zu entwickeln ist eine engere Kooperation des Gossner Zentrums Mainz mit dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN (laut Vertrag mit der EKHN und Kuratoriumsbeschuß vom 17.3.95).

Hierzu gehört die Analyse der Region Mainz-Wiesbaden und Rheinhessen, ihre besonderen Herausforderungen und die Auswirkungen auf bestimmte Zielgruppen insbesondere auf Frauen.

Erwartet wird eine engere Kooperation mit der ISA-Wiesbaden und mit Gruppen und Initiativen vor Ort. Ebenso sollte an der Planung thematischer Schwerpunkte im Bereich der Propstei mitgewirkt werden und eigene Veranstaltungsangebote insbesondere für Frauen entwickelt werden.

Die Kontakte der Industrie- und Sozialarbeit auf europäischer Ebene sollten fortgesetzt werden, ein eigener Frauenschwerpunkt weitergeführt werden, um die gute Tradition der Gossner Arbeit fortzusetzen, Verbindungen zu vertiefen und um die gesellschaftlichen Auswirkungen der EU in die Seminararbeit einbinden zu können.

3. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sind Rundbriefe 2x jährlich (abwechselnd im Team) zu erstellen. Hinzu kommt die Kooperation mit der "Biene" (Öffentlichkeitsarbeit Berlin). Außerdem werden Gemeindebesuche und Vortragstätigkeit erwartet.

4. Die Stelleninhaberin ist sowohl für die allgemeine Verwaltung (Geschäftsführung) als auch für Personalfragen zuständig. Außerdem muß eine neue Konzeption für das Zentrum entwickelt werden.

Stellenbeschreibung IBS
- Gewichtung -

**A Kirche und Industriegesellschaft
in unserem Kontext** 30%

Darin enthalten:

- a) Programme im Kernbereich
IP - HJS - Institutswochen -
Fortbildung über 2 Jahre
- b) Angebote an und Zusammenarbeit
mit Gemeinden und Dekanaten
(u. a. auch AISA)

B Beauftragung AISA 40%

- Einbindung in die Arbeit des Amtes (KDA)
Mitarbeiterbesprechung, Kammer,
Frauen in der Arbeitswelt, Theologischer
Arbeitskreis, Kirche und Wirtschaft, Kirche/
Gewerkschaft
- Projektarbeit vor Ort
- Zusammenarbeit mit Propstei
- Industrie- und Sozialarbeit
auf europäischer Ebene

C Öffentlichkeitsarbeit 10%

- Rundbriefe
- Artikel u. a.
- Werkstattberichte
- Vortrags- und Besuchstätigkeit

D Verwaltung 20%

- Geschäftsführung (rotierend)
- Personal
- Teamsitzungen
- Ausschüsse, Kuratorium,
- Arbeit an einer neuen Konzeption für das Zentrum

ENTWURF FÜR AUSSCHREIBUNGSTEXT

Im Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft -Gossner Mission - in Mainz ist eine Pfarrstelle im Leitungsteam (2 Teamer/innen) ab sofort neu zu besetzen. Eine Stelle ist mit einer Pfarrerin besetzt.

Von dem Pfarrer/der Pfarrerin werden erwartet:

- Erfahrungen mit und in der industriellen Arbeitswelt;
- Erfahrungen in Tagungs- und Seminararbeit, insbesondere: kreative und teilnehmer/innen-orientierte Gestaltung von Fortbildungsprogrammen;
- Fähigkeit zu interdisziplinärer Arbeit im Bereich von Kirche und Gesellschaft (Theologie - Politik - Ökonomie), Teamfähigkeit;
- Erfahrungen in Verwaltung und Finanzen;
- gemeindeorientiert und kirchenorientiert zu arbeiten;
- Erfahrungen aus der Ökumene;
- Bereitschaft zur struktureller und konzeptioneller Neuorientierung;

Das Seminar für Kirchlichen Dienst veranstaltet Kurse, Workshops und Begegnungen von längerer oder kürzerer Dauer zur Bewußtwerdung und Aufarbeitung der Probleme zwischen industrieller Arbeitswelt, Gesellschaft und Kirche. Die Angebote ergänzen die Ausbildung bzw. dienen der Fortbildung von Theologinnen und Theologen und kirchlichen MitarbeiterInnen. Die Seminare sind für TeilnehmerInnen aus allen Landeskirchen und aus der Ökumene offen. Das Zentrum liegt in unmittelbarer Nähe der Universität.

Die Bezahlung erfolgt gemäß Pfarrerbesoldung der EKHN.

Bewerbungen sind bis.....1995 zu richten an:

**Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft
Albert-Schweitzer-Str. 113-115, 55128 Mainz
Tel.: 06131 - 232031/287440, FAX: 06131 - 238216**

Die Anstellung erfolgt durch die Gossner Mission.
Die Stelle ist vorläufig auf fünf Jahre befristet.

TISCHVORLAGE FÜR DEN 4. Mai 1995

Im Hinblick auf die nunmehr freie Dienstwohnung der Gossner Mission im Albert-Schweitzer-Haus, die bis 30. April 1995 von Karl-Heinz Dejung bewohnt wurde, gibt es Überlegungen seitens des Teams, diese Wohnung nach der notwendigen Renovierung bei Nichtbedarf des/der neuen Referenten/Referentin in Büros umzufunktionieren.

Es gibt Interessen u. a. seitens des ASM und des Initiativausschusses Ausländischer MitbürgerInnen.

Nachfolgend die Berechnung, die zeigt, daß wir bei diesem Modell einen erheblichen Gewinn erzielen könnten:

Die Wohnung besteht aus 5 Zimmern

- Zimmer 1: bekäme Ingrid Borns-Scharf als Büro
- Zimmer 2: " Michael Sturm
(später der/die Nachfolger/in von Karl-Heinz Dejung)
- Zimmer 3: Initiativausschus Ausl. MitbürgerInnen
- Zimmer 4: ASM
- Zimmer 5: ASM

Das jetzige Büro von Ingrid Borns-Scharf im Jochen-Klepper-Haus wäre dann als Doppelzimmer vermietbar brächte monatlich DM 500,-- = jährl. DM 6.000,--

Jetziges Büro von Michael Sturm im Jochen-Klepper-Haus DM 365,-- = jährl. DM 4.380,--
DM 10.380,--

● Miete vom Initiativausschuß (Zimmer 3:)monatl. DM 400,-- = jährl. DM 4.800,--
Miete vom ASM (Zimmer 4 und 5) monatl. DM 700,-- = jährl. DM 8.400,--
DM 23.580,--
=====

Die Wohnung erbrachte bisher als 4-Zimmer-Wohnung (1 Arbeitszimmer Karl-Heinz Dejung):

Grundmiete	monatl. DM 815,-- = jährl.	DM 9.780,--
Nebenkosten/Umlagen	monatl. DM 170,-- = jährl.	DM 2.040,--
		DM 11.820,--
		=====

Geht man davon aus, daß bei täglicher Benutzung aller Räume als Büroräume die Nebenkosten höher als bisher liegen und man etwas mehr als das Doppelte veranschlagt, z.B. DM 4.300,--, bliebe bei diesem Modell immer noch ein jährlicher Gewinn in Höhe von DM 9.500,--.

Hannelore Höcke / 4. Mai 1995

**VORLÄUFIGER
HAUSHALTSPLAN
1996
GOSSNER MISSION MAINZ**

(Erster Entwurf: 02.05.1995)

- 1. EINNAHMEN**
- 2. AUSGABEN**
- 3. STELLENPLAN**
- 4. JAHRESERGEBNISSE**

E I N N A H M E N

	1994 Soll	Vorl.Ist	1995	1996
1. Spenden				
1.1. Spenden allgemein	55.000	51.645	60.000	60.000
1.2. Spenden zweckgebunden	3.000	17.000	4.000	4.000
2. Zuschüsse				
2.1. Pfarrergehalt I	98.500	100.877	100.470	103.000
2.2. Pfarrergehalt II	96.200	99.528	98.125	102.000
2.3. Bundesamt für Zivildienst	6.800	6.722	5.000	5.000
2.4. Gossner Mission Berlin	340.000	340.000	340.000	250.000
2.5. EKHN allgemein	38.000	38.000	39.000	40.000
2.6. EKHN Industriepraktikum	4.000	2.880	4.000	4.000
2.7. Projektmittel AISA (Rheinh.)	-.-.-	-.-.-	-.-.-	5.000
2.8. Zuschüsse von Landeskirchen	12.000	9.000	13.000	10.000
2.9. Zusch. Kirchengem. + Dekanate	17.000	30.441	18.000	30.000
2.10. Sonstige Zuschüsse	3.000	100	4.000	2.000
3. Einn./Seminare/Tagungen/Kurse				
3.1. Industrieseminar	4.000	3.230	5.000	3.000
3.2. Industriepraktikum	6.000	5.599	5.000	5.000
3.3. Institutswochen/Fortbildg.	3.000	6.199	3.500	5.000
3.4. Fremntagungen und Gäste Übernachtung und Bewirtung	13.000	10.041	20.000	15.000
3.5. Einn. aus Verk. Werkstattb.	2.000	956	2.000	1.000
3.6. Einn. aus div. Brosch.Verk.	500	204	500	500
3.7. Einn. aus Fotokopien	8.500	6.140	8.000	7.000
3.8. Bürokostenpauschalen AGFS/Initiativaussch. Pläd.	2.650	2.650	2.500	3.000
4. Mieteinnahmen				
4.1. Mieten von MitarbeiterInnen inklusive Nebenkosten	18.000	16.236	19.000	19.500
4.2. Mieten von Bewohnern des Jochen-Klepper-Hauses	60.000	62.677	65.000	70.000
4.3. Mieten aus Raumvermietungen	4.000	5.505	5.000	6.000
4.4. Mieten Eigentumswohnungen Bretzenheim inkl. Nebenk.	28.000	29.144	30.000	35.000
5. Verschiedene Einnahmen				
5.1. Zinsen aus Kapitalanlagen	15.000	20.162	15.000	20.000
5.2. Honorare an MitarbeiterInnen	1.000	2.903	1.000	500
5.3. Reisekostenerstattungen	1.000	1.416	1.000	500
5.4. Sonstige Einnahmen	1.000	25	1.000	500
5.5. Entnahme aus Kapital	25.597	-.--	27.229	16.173
Einnahmen insgesamt	866.747	869.280	896.324	806.500

A U S G A B E N

	1994 Soll	Vorl.Ist	1995	1996
1. Personalkosten lt. Stellenplan	643.927	640.203	662.824	584.173
2. Kuratorium/Ausschüsse/Beiräte	5.000	3.417	4.000	3.000
3. Projekte				
3.1. Arbeitslosenarbeit	5.000	5.000	5.000	5.000
3.2. Ausländerarbeit	4.000	4.050	4.000	4.000
3.3. Gossner Konvent	1.000	1.006	1.000	1.000
3.4. Konziliarer Prozeß	1.000	80	1.000	500
3.5. ECG inkl. Jahresbeitrag	2.500	1.818	2.000	2.000
4. Bibliothek/Seminar				
4.1. Bücher	3.000	1.916	2.500	2.500
4.2. Zeitschriften	4.000	2.763	2.500	3.000
4.3. Supervisionskosten	1.200	385	1.000	1.000
4.4. Honorare/Fahrtk.an Gastref.	1.000	894	1.200	1.500
4.5. Kosten f.Exkurs.+Tagungen	1.500	5.255	1.500	-.-.-
4.6. Kosten eig.Sem./FB/Praktika	-.-.-	-.-.-	-.-.-	3.000
4.7. Stipendien	2.000	54	1.500	1.000
5. Reisen/Tagungen/Fortbildungen von MitarbeiterInnen				
5.0. Tagungskosten/Exkursionen	-.-.-	-.-.-	-.-.-	2.500
5.1. Tagungsbeiträge	2.000	200	2.000	-.-.-
5.2. Reisekosten	7.000	11.039	7.500	6.000
5.3. Fort-+Weiterbildungskosten	1.500	250	1.500	1.500
Büro				
6.1. Miete/Wart./Versich.Telefon	9.000	8.019	9.500	10.000
6.2. Wartung div. Büromaschinen	6.000	4.830	6.000	6.500
6.3. Anschaffungen	6.000	4.702	6.000	7.000
6.4. Reparaturen	1.500	435	1.500	1.500
6.5. Allgem.Bürokosten/Lehrmat.	7.500	8.033	9.500	7.500
6.6. Telefon/Faxgebühren	9.000	8.967	9.500	7.000
6.7. Porto	10.000	10.410	11.000	7.500 *
6.8. Nebenkosten Geldverkehr	500	391	400	500
6.9. Mitgliedsbeiträge	2.000	1.555	2.000	2.000
6.10. Werbematerial + Präsente	2.500	2.375	2.000	2.000
6.11. Druckkosten	10.000	6.496	11.000	7.500 *
Übertrag	749.627	734.543	769.424	680.673

* Ohne Einplanung von Werkstattbericht Nr. 12

A U S G A B E N

	Soll 1994	Vorl. Ist	1995	1996
Übertrag	749.627	734.543	769.424	680.673
7. Hauswirtschaft				
7.1. Anschaffungen	4.000	6.166	5.000	6.000
7.2. Reparaturen	2.000	607	2.000	2.000
7.3. Verbrauchsgüter	2.500	3.285	3.000	4.000
7.4. Lebensmittel	10.000	4.355	11.000	7.000
7.5. Bewirtung von Referent.+Gästen	1.500	1.792	5.000	2.000
7.6. Reinigung und Wäscherei	6.000	5.095	7.000	8.000
8. Dienstfahrzeug				
8.1. Neuanschaffungsfonds	3.000	3.000	3.000	4.000
8.2. Unterhalt und Reparaturen	2.500	2.898	3.000	3.000
8.3. Kosten f.Dienstr. mit Priv.PKW	2.000	2.312	2.000	2.000
9. Gebäude Alb.-Schweitzer-Straße				
9.1. Heizkosten	14.000	13.999	15.000	15.500
9.2. Wasser und Stromkosten	18.000	17.064	19.000	19.000
9.3. Straßenreinig., Müllabfuhr, Abwasser, Kamink., Anliegerkosten	7.500	7.612	8.000	8.500
9.4. Gebäuderep. Haus 113+115	9.000	-.-.-	10.000	10.000
9.5. Div. Rep./Instandhaltung 113	1.500	14.996	2.000	11.000
9.6. Div. Rep./Instandhaltung 115	1.500	4.813	2.000	3.000
9.7. Garten- und Außenanlagen	2.000	1.279	1.500	2.000
9.8. Zuführung z. Renovierungsfonds	4.000	4.000	4.000	4.000
9.9. Sachversicherungen	5.500	2.673	6.000	4.000
9.10. Zinsen + Tilg. an Treuhandf.	120	97	-.-.-	-.-.-
9.11. Sonst. Verw.-u. Betriebskosten	1.000	770	1.300	1.000
10. Eigentumswohnungen Bretzenheim				
10.1. Laufende Kosten	9.000	11.474	9.600	12.000
10.2. Reparaturen u. Anschaffungen	5.000	327	4.000	10.000
11. Rechts- und Beratungskosten	4.000	1.100	2.000	2.000
12. Prüfungsgebühren Diak. Werk	1.500	1.800	1.500	2.000
	866.747	846.644	896.324	822.673

STELLENPLAN 1996

	1994 Soll	Vorl. Ist	1995	1996
1. Pfarrergeh.I (Vollzeit) inkl. Versorgungsbeiträge	121.705	120.114	125.356	129.115
2. Pfarrerinnengeh. II (Vollz.) inkl. Versorgungsbeiträge	118.000	118.750	121.540	125.185
3. Referent (Vollzeit)	111.826	115.475	115.180	30.000 *
4. Sachbearbeiterin (Vollzeit)	83.746	81.502	85.500	88.065
5. Sekretärin (24 Std.-Woche)	46.950	45.494	48.358	49.808
6. Hauswirtschaftsleit. (Vollz.)	65.200	64.278	67.156	59.000
7. 2 Reinigungskräfte (Halbz.)	52.800	53.033	54.384	60.000**
8. Büroaushilfe (10 Std.pro Wo.)	12.000	11.251	12.360	8.000
9. Fremdleist. Buchhaltungsarb.	13.000	12.700	13.390	14.000
10. Sold Zivildienstleistender m. Weihnachts-/Entlassungsgeld	14.200	13.093	15.000	15.500
11. Beiträge Berufsgenossensch.	2.500	2.513	2.600	3.500
12. Zuführung zum Beihilfefonds lt. Beihilfeverordnung	2.000	2.000	2.000	2.000
Insgesamt	643.927	640.203	662.824	584.173

ANMERKUNGEN:

* Diese Position beinhaltet nur 3 Monate (1.1. - 31.3.1996), deshalb Kürzung um DM 90.000,--. Unter den Einnahmen wurde die Position 2.4. ebenfalls um DM 90.000,-- gekürzt.

**Diese Position ist erhöht, da eine Reinigungskraft wöchentlich 1 Stunde mehr arbeitet.

Die Positionen 1 bis 7 und 10 sind inkl. Sonderzahlung, Urlaubsgeld, Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Kirchl. Zusatzversorgungskasse.

Außerdem sind in den Positionen 1 bis 11 eine tarifliche Erhöhung von 2,5 % und eine Erhöhung der Renten/Krankenversicherung sowie die Pflegeversicherung mit insgesamt 0,5 % vom 01.01.1996 bis 31.12.1996 bereits eingerechnet.

J A H R E S E R G E B N I S S E

	Soll 1993 Haushalt	Ist 1993 lt. Bilanz	Soll 1994	<u>Vorl.</u> Ist 1994	1995	1996
Einnahmen insgesamt	782.446	1.042.932	841.150	869.280	869.095	806.500
Ausgaben insgesamt	969.040	1.042.263	866.747	846.057	896.324	822.673
Mehrausgaben + Mindereinnahmen (Verlust)	186.594	-----	25.597	-----	27.229	16.173
Mehreinnahmen + Minderausgaben (Gewinn)	-----	669	-----	23.223	-----	-----

Eingegangen
- 6. April 1995
Erledigt:.....

**EVANGELISCHE KIRCHE
IN HESSEN UND NASSAU**
KIRCHENVERWALTUNG

**Pfarrer und Oberkirchenrat
Dr. Klaus-Martin Beckmann**

Kirchenverwaltung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
✉ 64276 Darmstadt

GOSSNER MISSION
Herrn Direktor Dieter Hecker
Fennstr. 31
12439 Berlin

Darmstadt, 4. April 1995
☎ 0 61 51 / 405-428
Aktenzeichen: 1586A-21 (B/Gün)

Vereinbarung der EKHN mit der Gossner Mission in Berlin

Lieber Herr Hecker,

heute kann ich Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß unsere Kirchenleitung der Neufassung der Vereinbarung, so wie sie auf dem Kuratorium am 17.3.1995 beschlossen wurde, auch ihrerseits am 28.3.1995 zugestimmt hat, womit diese in Kraft tritt.

Zur Dokumentation sende ich Ihnen zwei unterschriebene Exemplare der neuen Vereinbarung zu mit der Bitte, sie vom Vorsitzenden des Kuratoriums unterschreiben zu lassen und mir ein Exemplar zurückzusenden.

Ich freue mich, daß es zu dieser Lösung gekommen ist.

Mit freundlichen Grüßen

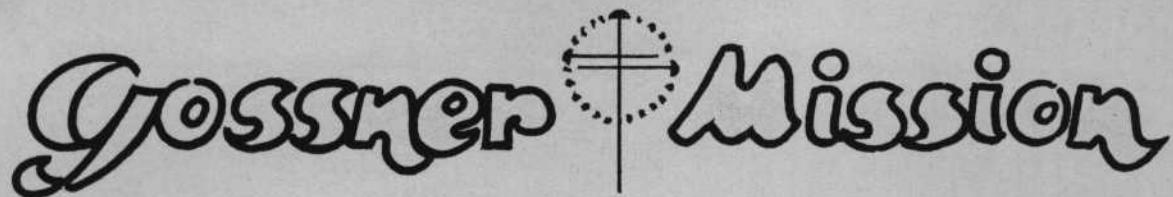
gez. Dr. Beckmann

Herrn Pfarrer Dr. Karl-Heinz Dejung, Gossner Mission Mainz, Albert-Schweitzer-Str. 113-115, 55128 Mainz, mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichem Gruß

Th. K.-D. Beckmann

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die
Mitglieder des Mainzausschuß



IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

03. April 1995

Liebe Freundinnen und Freunde,
anbei erhalten Sie das Protokoll der letzten Sitzung des Mainz-Ausschuß mit einigen Anlagen.
Die nächste Sitzung des Ausschusses findet, wie Sie auch dem Protokoll entnehmen können,
am **Donnerstag, 4. Mai, 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr, statt.**
Die Tagesordnung und vorbereitende Unterlagen werden wir rechtzeitig versenden.

Mit freundlichen Grüßen
auch von Karl Scheld

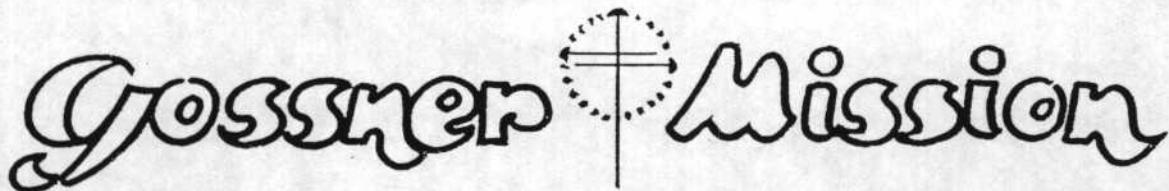
gez. Michael Sturm

P. S. 26. Juni 1995

Sitzung des "Berufungsausschusses" (bestehend aus Mitgliedern
des Mainzausschusses und des Verwaltungsausschusses)

Uhrzeit und Ort sind noch nicht bekannt.

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die
Mitglieder des Mainzausschusses

Eingegangen

- 6. April 1995

Erledigt:

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

01.03.1995

Einladung zur Sitzung des Mainz-Ausschuß am 13. März, 14.00 bis 20.00 Uhr

Liebe Freundinnen und Freunde,
wir laden herzlich ein zu unserer o.a. Sitzung im Mainzer Arbeitszentrum.
Die Tagesordnung:

- (1) Stand der Verhandlungen mit der EKHN zur Finanzierung der Nachfolgestelle Karl-Heinz Dejung. (siehe Anlage: Vorlage für ein Gespräch mit einem Ausschuß der Kirchenleitung der EKHN am 2.3.95).
- (2) Bericht der Arbeitsgruppe zur zukünftigen Konzeption der Mainzer Arbeit.
Hierzu wird es eine Tischvorlage geben.
- (3) Überlegungen des Mainz-Ausschuß zur personellen Nachfolge für Karl-Heinz Dejung.
- (4) Stand der Überlegungen zur Übernahme der Industrie- und Sozialarbeit Rheinhessen.
- (5) Berichte aus dem Konzeptions- und dem Finanzplanungsausschuß des Kuratoriums.
- (6) Vorbereitung der Sitzung des Kuratoriums am 17./18. März in Mainz.
- (7) Verschiedenes.

Teilen Sie bitte umgehend Ihre Teilnahme mit und ob Sie eine Übernachtung wünschen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Karl Scheld
Michael Sturm

Klausur von Mitgliedern des Mainz-Ausschusses und dem Team der Gossner Mission in Mainz am 26. und 27.2.1995

Teilnehmende: K. Scheld, E. Krockert, H. Petersen (27.2.), S. Englert, U. Schreiner-Menzemer, I. Borns-Scharf, K.-H. Dejung, M. Sturm, U. Schmidt-Hesse

Die Teilnehmenden legen dem Mainz-Ausschuß folgendes Votum zur Weiterarbeit an der Neukonzeption der Mainzer Arbeit vor:

Wir sehen die Notwendigkeit von Einsparungen bei der Gossner Mission. Deshalb gehen wir davon aus, daß als Mainzer Beitrag dazu eine Stelle nach Berlin geht, so daß das Team in Mainz künftig aus zwei Personen bestehen wird, deren Stellen von der von der EKHN finanziert werden.

Kern der Mainzer Arbeit sind die Aus- und Fortbildungsangebote für kirchliche MitarbeiterInnen (IP, Halbjahresseminar, Vikarskurse, 6-Wochen-Kurs und andere Fortbildungsangebote) in Verbindung mit Projektarbeit.

Charakteristisch sind dabei Verknüpfungen zwischen Deutschland und "Übersee", West und Ost, Kirchengemeinden und Initiativen, Gewerkschaften, Frauenarbeit, Industriearbeit und Ökumene.

Wenn das Team nur noch aus zwei Personen besteht, sind verstärkt Kooperationen mit Menschen von 'außerhalb' nötig, z.B. aus anderen kirchlichen Einrichtungen, Gossner Berlin, Universität, Initiativen - und zwar unentgeltlich oder als Honorarkräfte.

Die Verbindung zwischen Bildungs- und Projektarbeit soll auf jeden Fall erhalten werden.

Vor diesem Hintergrund gibt es verschiedene Optionen im Blick auf die Zukunft des Mainzer Zentrums. Diese sollen in der nächsten Zeit so geprüft werden, daß in drei Jahren ein neues Konzept vorliegt, das in den beiden folgenden Jahren umgesetzt werden kann. Dazu gehört die Frage der Finanzierung des Zentrums (Instandhaltung, Renovierung, Investitionen) und die Arbeitsbeschreibung aller MitarbeiterInnen. Unter den Anwesenden gibt es den starken Wunsch, eine Lösung zu finden, mit der das Zentrum erhalten werden kann.

Optionen (ohne Rangfolge):

1. Arbeit im Zentrum in Verbindung mit einer Kommunität;
2. Arbeit im Albert-Schweitzer-Haus - Vermietung des Wohntrakts an eine Mainzer Arbeitsloseninitiative;
3. Arbeit in einem neuen Haus in der Mainzer Neustadt zusammen mit anderen Gruppen (Tagungen außerhalb, z.B. in der Ökumen. Werkstatt, Ffm.);
4. Arbeit im AS-Haus - Wohntrakt dauer vermieten - Tagungen außerhalb;
5. Gossner Mission verlegt ihren Hauptsitz nach Mainz mit Büroräumen im Osten;
6. Arbeit im Zentrum gemeinsam mit anderen Gruppen;
7. Arbeit im AS-Haus - Wohntrakt kommerziell vermieten (Büros).

8.3.1995, Ulrike Schmidt-Hesse

b.w.

"Wirtschaftlichkeitsprüfung" im Mainzer Zentrum der Gossner Mission

Vorlage für die Sitzung des Mainz-Ausschusses am 13. März 1995

Bei der Konzeptionsdebatte im Auftrag des Mainz-Ausschusses am 26./27.2.1995 wurden die Teilnehmenden darüber informiert, daß der Finanzplanungsausschuß der Gossner Mission eine Wirtschaftlichkeitsprüfung für das Mainzer Zentrum für angebracht hält.

Die Teilnehmenden an der Konzeptionsdebatte machen dazu folgenden Vorschlag:

Der Mainz-Ausschuß begrüßt das Vorhaben, für das Mainzer Zentrum eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchzuführen.

Er wünscht, an der Diskussion um die Zielsetzung einer solchen Prüfung beteiligt zu werden. Diese sollte nicht von vorneherein auf die Frage eingeengt werden, ob das Zentrum geschlossen werden muß. Vielmehr erscheint es sinnvoll, den Raum für verschiedene Optionen offen zu halten. Das setzt eine sorgfältige Analyse der Stärken und Ausbaumöglichkeiten des Zentrums einerseits und der Schwachpunkte andererseits voraus. Auf der Basis einer so angelegten Wirtschaftlichkeitsprüfung können dann Zukunftsmöglichkeiten für das Mainzer Zentrum auf ihre Tragfähigkeit hin geprüft werden.

Der Mainz-Ausschuß hält eine solche Vorgehensweise auch im Interesse der Motivation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für wünschenswert.

Um vergleichbare Voraussetzungen für die Zukunftsplanung und -diskussion der gesamten Gossner Mission zu schaffen, plädiert der Mainz-Ausschuß darüberhinaus dafür, auch die Berliner Geschäftsstelle in die Wirtschaftlichkeitsprüfung mit einzubeziehen.

Hattenhofen, 7. März 1995

Susanne Englert

Entwurf
Vereinbarung

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
- vertreten durch die Kirchenleitung in Darmstadt -

und
die Gossner Mission in Berlin
- vertreten durch ihr Kuratorium -

treffen folgende Vereinbarung:

§ 1

Das Kuratorium der Gossner Mission achtet darauf, daß das Arbeitszentrum in Mainz mit den für die Industrie- und Sozialarbeit, für die Mission und Ökumene und für die Aus-, Fort- und Weiterbildung zuständigen Ämtern und Gremien der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eng zusammenarbeitet.

Vor der Entscheidung über grundlegende konzeptionelle und strukturelle Fragen des Arbeitszentrums Mainz erhält die Kirchenleitung Gelegenheit zur Stellungnahme.

§ 2

Die EKHN verpflichtet sich, der Gossner Mission einen monatlichen Zuschuß zu den Personalkosten für zwei Referenten/Referentinnen im Leitungsteam des Arbeitszentrums Mainz zu zahlen. Diese Referenten/Referentinnen müssen Pfarrer/Pfarrerinnen der EKHN sein. Der Zuschuß wird in Höhe ihres jeweiligen Grundgehaltes als Pfarrer/Pfarrerin zuzüglich der entsprechenden Sonderzuwendung, des Pflichtbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung und des damit verbundenen Steuerabgeltungsbetrages nach den jeweils gültigen Regelungen der EKHN festgesetzt.

§ 3

Die Berufung der beiden Pfarrer/Pfarrerinnen im Leitungsteam des Arbeitszentrums Mainz durch das Kuratorium der Gossner Mission bedarf der Zustimmung durch die Kirchenleitung der EKHN. Ohne Zustimmung der Kirchenleitung kommt keine Berufung zustande.

§ 4

Das Kuratorium stellt fest, daß die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau für die Geltungsdauer dieser Vereinbarung berechtigt ist, ein Mitglied in das Kuratorium zu entsenden.

§ 5

Diese Vereinbarung wird für eine der Referenten/Referentinnen-Stellen bis zum 31. Juli 2000 (Ablauf der Beauftragung von Pfarrerin Ingrid Borns-Scharf) begrenzt. Für die zweite Referenten/Referentinnen-Stelle wird der Zuschuß auf fünf Jahre nach dem Datum der Einstellung eines Nachfolgers/einer Nachfolgerin des jetzigen Stelleninhabers (Pfarrer Dr. Karl-Heinz Dejung) begrenzt. Die Gossner Mission verpflichtet sich, im Einvernehmen mit der Kirchenverwaltung der EKHN sobald wie möglich der Kirchenleitung der EKHN ein Konzept künftiger weiterer Zusammenarbeit vorzulegen, das sich von folgenden Zielvorstellungen leiten läßt:

1. Engere Kooperation des Gossner-Zentrums Mainz mit dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN mit dem Ziel der Übernahme von Aufgaben der Industrie- und Sozialarbeit in der Propstei Rheinhessen.
2. Engere Kooperation des Gossner-Zentrums Mainz mit dem Amt für Mission und Ökumene der EKHN, deren praktische Realisierung in der Propstei Rheinhessen noch der weiteren Abklärung bedarf.
3. Konzentration von finanziellen und personellen Ressourcen.

§ 6

1. Die bis zum 31. Juli 2000 begrenzte Stelle (Frau Pfarrerin Ingrid Borns-Scharf) kann von einem der beiden Vertragspartner mit Frist vom 30. Juli 1999 zum 31. Juli 2000 gekündigt werden. Falls keine Kündigung dieser Stelle erfolgt, verlängert sie sich jeweils um ein Jahr.
2. Die Berufung auf die zweite Stelle (Nachfolge Pfarrer Dr. Dejung) sollte bis spätestens Einstellung 31. Juli 1996 erfolgen. Die Laufzeit der Berufung und Mitfinanzierung der EKHN beträgt fünf Jahre ab Einstellungsdatum. Die Mitfinanzierung dieser zweiten Stelle kann ein Jahr vor Ablauf der Berufungszeit von einem der beiden Vertragspartner zum Ablauf der Berufungszeit gekündigt werden. Falls keine Kündigung dieser Stelle erfolgt, verlängert sie sich jeweils um ein Jahr.

§ 7

Diese Neufassung der Vereinbarung tritt mit der Zustimmung der Kirchenleitung der EKHN und des Kuratoriums der Gossner Mission in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Vereinbarung vom 28. April 1978 außer Kraft.

Darmstadt, den

Berlin, den

.....
Evangelische Kirche in Hessen
und Nassau - Kirchenleitung -

.....
Gossner Mission Berlin
- Kuratorium -

Protokoll der Sitzung des Mainz-Ausschuß am 13. März 1995

Beginn: 14.00 Uhr; Ende gegen 19.00 Uhr

Anwesend: Beckmann, Englert, Krockert, Scheld, Schröder (Gast);
Team: Borns-Scharf, Dejung, Lüderwald, Sturm

Tagesordnung siehe Einladung.

Top 1: Stand der Verhandlungen mit der EKHN zur Finanzierung der Nachfolgestelle Karl-Heinz Dejung.

OKR Beckmann gibt einen Bericht über ein Gespräch zwischen einer Kommission der EKHN sowie Mitgliedern des Mainz-Ausschuß und dem Team am 2. März in Darmstadt. Es liegt vor der Entwurf für eine neue Vereinbarung zwischen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Gossner Mission (siehe Anlage). Kernpunkte einer neuen Vereinbarung sind zum einen die Fortsetzung der Finanzierung zweier ReferentInnen-Stellen in Mainz für Pfarrerinnen oder Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau für die nächsten fünf Jahre. Dies beinhaltet eine Laufzeit des zweiten Anstellungsverhältnisses (Nachfolge Karl-Heinz Dejung) von fünf Jahren ab dem Einstellungstermin. Zum anderen sieht der Entwurf vor, die Arbeit der beiden ReferentInnen, wie es heißt, „enger zu verzähnen“ mit den Arbeitsbereichen Industrie- und Sozialarbeit sowie Mission und Ökumene der EKHN.

In der Diskussion ging es u.a. um die Frage, was unter der Formulierung in der Vorlage zu verstehen sei, die Gossner Mission verpflichte sich, „baldmöglichst“ eine Neukonzeption für die Arbeit vorzulegen. Aus einer Arbeitsgruppe des Mainz-Ausschuß ging die Ansicht hervor, daß man für eine solche Konzeption etwas zwei bis drei Jahre brauche. Andere Ausschußmitglieder waren der Ansicht, es liege im eigenen Interesse, nicht erst nach dieser Zeit zu einer Konzeption zu kommen. Außerdem könnte das Bestehen auf einer klar definierten längeren Frist zu Konflikten mit der EKHN führen. Die Formulierung „baldmöglichst“ bietet demgegenüber den Vorteil, daß sie relativ unbestimmt und damit immer interpretierbar bleibt. Die beiden Stellen werden aus dem Haushalt des Referats „Mission und Ökumene“ finanziert. Das bietet für die Gossner Mission den Vorteil, daß sie aus der anstehenden Diskussion in der Landeskirche um die sog. „Sonderpfarrstellen“ herauskommen.

Gewünscht wurde, daß die Namen von Karl-Heinz Dejung und Ingrid Borns-Scharf aus der Endfassung der Vereinbarung herausgehalten werden, da es sich nicht um eine Vereinbarung ad personam handelt.

Problematisch erschien auch der Passus, in der die Gossner Mission sich zu einer „stärkeren Verzahnung“ mit Industrie- und Sozialarbeit sowie Mission und Ökumene der EKHN verpflichtet. Wie weitgehend soll eine solche Verpflichtung formuliert werden, wo der Stand der Verhandlungen über die Übernahme von Aufgaben der Industrie- und Sozialarbeit noch als vorläufig zu kennzeichnen ist, während über den Bereich Mission und Ökumene Gespräche noch gar nicht begonnen haben? (Siehe auch Top 4).

Herr Beckmann wird gebeten, die Formulierungswünsche bzw. Änderungsvorschläge aufzunehmen und für eine Endfassung zu prüfen.

Die Vorlage soll dem Kuratorium auf seiner Sitzung am 17./18. März vorgelegt und zur Abstimmung gestellt werden. Nach einer Zustimmung des Kuratoriums wird sie dann der Kirchenleitung der EKHN zur Annahme vorliegen.

Top 2: Bericht der Arbeitsgruppe zur zukünftigen Konzeption der Mainzer Arbeit.

Dem Ausschuß lagen zwei Vorlagen als Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzung am 26./27. Februar 1995 vor (siehe Anlagen), eine betreffend eine „Wirtschaftlichkeitsprüfung“, die andere zu Konzeptionsfragen. Der Ausschuß nahm beide Vorlagen mit Dank entgegen. In der Diskussion ergaben sich eine Reihe von Anfragen und Ergänzungen, u.a.:

Welchen Einfluß wird eine „Wirtschaftlichkeitsprüfung“ auf die genannten Optionen haben? Eine solche Prüfung kann zunächst einmal nur den Ist-Zustand darstellen. Daraus ergeben sich nicht automatisch auch Wege der Finanzierung etwa zukünftiger Investitionen. Dies bedarf dann einer gesonderten Diskussion. Erwähnt wurde auch, daß der Vorschlag einer „Wirtschaftlichkeitsprüfung“ nicht aus Mainz kam, sondern vom Finanzplanungsausschuß. Mit einer leichten Änderung im letzten Absatz (sie ist im Votum des Ausschuß für die Kuratoriumssitzung am 17./18. März 1995 eingearbeitet, s.u.) wurde die Vorlage zur „Wirtschaftlichkeitsprüfung“ als Votum des Mainz-Ausschuß angenommen. Die „Wirtschaftlichkeitsprüfung“ soll vom Diakonischen Werk durchgeführt, ein Termin hierfür vereinbart werden.

Bei der Darstellung der Optionen für die Mainzer Arbeit ist aus der Diskussion der Arbeitsgruppe die folgende Option zu ergänzen:

Die Vermietung des Wohntrakts an StudentInnen der Mainzer Universität (Theologie), die an die Teilnahme an Programmen des Mainzer Teams gebunden wird.

Unter einer verstärkten Kooperation mit Organisationen oder Personen von außen ist u.a. zu denken an sog. „Korridorstellen“ der EKHN. Solche werden Vikarinnen und Vikaren nach ihrem zweiten Examen angeboten, die Anrecht auf eine feste Anstellung haben, welche jedoch erst nach fünf Jahren möglich ist. Sie könnten mit Bezügen seitens der Landeskirche z.B. auch bei der Gossner Mission für bestimmte Aufgaben eingesetzt werden. Oder man findet eine Pfarrerin, einen Pfarrer, der/die nur einen Teilauftrag in einer Gemeinde hat und mit einem anderen Teil Aufgaben bei der Gossner Mission wahrnehmen könnte.

Allgemein herrscht die Ansicht, daß bei der Evaluierung bzw. Ausgestaltung der von der Arbeitsgruppe genannten Optionen Phantasie und Kreativität gefragt sind. Auch fehlt nicht der Hinweis darauf, daß insbesondere in der prognostizierbaren Übergangszeit Aufmerksamkeit geboten sein könnte, sowohl die Wirtschaftlichkeit zu untersuchen, als auch eine Konzeption zu erarbeiten, als auch schon neue praktische Projekte zu beginnen. Der Schwerpunkt müsse sicherlich auf die Erarbeitung der Konzeption gelegt werden.

Top 3: Überlegungen des Mainz-Ausschuß zur personellen Nachfolge für Karl-Heinz Dejung.

Der Mainz-Ausschuß kam nach langer und ausführlicher Diskussion zu folgender Einschätzung:

- a) eine Entscheidung über die Neubesetzung der Stelle bei der Herbst-Sitzung des Kuratoriums ist zu spät, da wegen der anstehenden Aufgaben ein beschleunigtes Verfahren geboten ist und außerdem bereits eine ernsthafte Kandidatin (Frau Jaeckel) und zwei ernsthafte Kandidaten (Herr Gern und Herr Luig) zur Verfügung stehen, mit denen schleunigst Gespräche aufgenommen werden sollten.
- b) Aus demselben Grund will der Ausschuß auf eine öffentliche Ausschreibung verzichten.
- c) Dem Kuratorium wird auf seiner Sitzung am 17./18. März daher die Durchführung einer Sondersitzung noch vor der Sommerpause vorgeschlagen. Die KandidatInnen-Vorauswahl soll eine gemischte Kommission aus je mindestens 4 Mitgliedern des Verwaltungs- und des Mainz-Ausschuß vornehmen.
- d) Sollte das Kuratorium eine Sondersitzung ablehnen, wird beantragt, daß die in c) genannte gemischte Kommission das Recht erhält, eine Berufung auszusprechen.
- e) Der Mainz-Ausschuß wird zu seiner Sitzung am **4. Mai 1995, 14.00 bis 18.00 Uhr**, die bereits genannte Kandidatin und die Kandidaten zu einem **Informationsgespräch** einladen, das dem gegenseitigen Kennenlernen dient. Die Einladung übernehmen Scheld (Gern/Luig) und Schmidt-Hesse (Jaeckel).
- f) Zur Sitzung des Mainz-Ausschuß am 4. Mai arbeiten das Team sowie Susanne Englert und Christian Schröder neue Stellenbeschreibungen für ein Zweiteam aus, die spätestens eine Woche vor der Sitzung den Ausschußmitgliedern vorliegen sollen.

Top 4: Stand der Überlegungen zur Übernahme der Industrie- und Sozialarbeit in Rheinhessen

Borns-Scharf weist eingangs noch einmal auf das dem Ausschuß seit Herbst 1994 vorliegende Konzeptpapier von Sohn hin. Die Verhandlungen seitens des Amts für Industrie- und Sozialarbeit mit der Kirchenleitung des EKHN werden frühestens im April zum Abschluß kommen. Es deutet sich jedoch an, daß zusätzliche Sachmittel für die Übernahme einer Verantwortung in Rheinhessen dem Amt nicht zur Verfügung gestellt, sondern im Gegenteil Einsparungen gefordert werden. Daher dürfte das Amt einer geplanten Vereinbarung mit Gossner eher zögerlich entgegensehen. Es sei denn, die Gossner Mission hält die Übernahme dieser Verantwortung für so wichtig, daß sie bereit ist, auch ohne zusätzliche Sachmittel in die Verantwortung zu treten. Dafür könnte sprechen, daß bei einem Anteil von 50% an der Tätigkeit von Borns-Scharf andere Unternehmungen, für die die Gossner Mission anderenfalls auch Sachmittel aufbringen müßten, sich verringern, sodaß die Gesamtbelastung weniger stark ins Gewicht fallen würde. Außerdem muß beachtet werden, daß eine Entscheidung über diese Frage auch die Neu-Vereinbarung mit der EKHN beeinflussen kann (vgl. Top 1). Für die weiteren Verhandlungen ergeht außerdem der Hinweis, daß bei einer geplanten Stellenreduzierung im Amt für Industrie- und Sozialarbeit ein Teil der bislang benötigten Sachmittel frei würde. Diesen Anteil könnte man in eine mögliche Vereinbarung einbringen. Der Komplex bleibt nach der Diskussion in der Schwebe. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit und der Kirchenleitung wird abgewartet.

Top 5: Berichte aus dem Konzeptions- und dem Finanzplanungsausschuß des Kuratoriums (Krockert/Sturm), Information zum Mainzer Haushalt (Dejung)

Krockert berichtet, daß der Konzeptionsausschuß das Ergebnis der Beratungen hinsichtlich der Wiederbesetzung der Stelle Dejung mit Freude zur Kenntnis genommen hat. Der Ausschuß hat auf seiner letzten Sitzung ein Vorgehen auf der Kuratoriumssitzung am 17./18. März 1995 beraten. Es soll dort ein ausführlicher Bericht zum Stand der Reorganisation der Arbeit und der weiteren Planungen ergehen. Vorgeschalet wird ein Gespräch zwischen dem Ausschuß und den Mitgliedern beider Teams am Donnerstag, 16. März, abends. Hinsichtlich der weiteren Arbeit erwartet der Ausschuß besonders aus den Bereichen Zambia und Mainz die Vorstellungen und Voten der Ausschüsse. Geplant ist die Weiterarbeit des Konzeptionsausschuß zunächst bis zur Herbst-Sitzung des Kuratoriums.

Sturm berichtet, daß der Finanzplanungsausschuß sowohl für das Mainzer Zentrum als auch für das Gästhaus der Gossner Mission in Lusaka (Zambia) eine Wirtschaftlichkeitsprüfung angeregt hat. Weiter wurden beraten die Aktualisierung des Berliner Haushalts 1995, der den Realitäten der Einnahmeentwicklung angepaßt werden muß. Dieser Haushalt wird der Kuratoriumssitzung vorgelegt werden. Eine Aktualisierung des Mainzer Haushalts hält der Ausschuß angesichts des vorläufigen Ergebnis 1994 für entbehrlich. Der Ausschuß kommt nach Prüfung der bisher eingeleiteten Sparmaßnahmen und der Planungen zu der Ansicht, daß gegenwärtig das vom Kuratorium beschlossene Einsparvolumen von 10 Prozent des Gesamthaushalts noch keineswegs erreicht worden ist. Der Netto-Spar-Effekt dürfte nach dem gegenwärtigen Stand der Überlegungen ca. 150.000 DM betragen.

Dejung berichtet, daß auf der Grundlage der aktuell vorliegenden Daten 1994 ca. 45.000 DM gegenüber dem Haushaltsansatz gespart wurden. Als Prognose für 1995 gilt: Das Zentrum kann sich, was die laufenden Kosten angeht, tragen. Kritisch wird es dann werden, wenn in der Zukunft größere Investitionen zu tätigen sein werden. Dejung geht nicht davon aus, daß für solche Aufgaben Mittel aus Berlin zu erwarten sein werden. Er empfiehlt, mit der Berliner Geschäftsstelle darüber zu sprechen, wie eine einvernehmliche Behandlung des Zuschusses aus dem Evangelischen Missionswerk Südwest an die Gossner Mission zuwege gebracht werden kann. Dieser Zuschuß müsse für die Mainzer Arbeit gesichert werden. Eine Übersicht über die derzeitige Finanzlage wird dem Kuratorium als Tischvorlage präsentiert.

Top 6: Vorbereitung der Sitzung des Kuratoriums am 17./18. März 1995

OKR Beckmann wird dem Kuratorium die Vereinbarung zwischen der Gossner Mission und der EKHN vorlegen und zur Abstimmung stellen.

Es wird das Votum des Mainz-Ausschuß dem Kuratorium vorliegen, formuliert auf der Grundlage der Protokollnotizen, vorgestellt von Scheld als Vorsitzendem des Ausschuß. Scheld wird ebenfalls den Vorschlag des Mainz-Ausschuß zur personellen Wiederbesetzung der Stelle Dejung vorstellen (vgl. Top 3).

Top 7: Verschiedenes

Hier lag nichts an.

Erinnert sei noch einmal an den Termin der nächsten Sitzung!

Donnerstag, 4. Mai, 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Protokoll

Michael Sturm

FINANZBERICHT
ZUM MAINZER ARBEITSZENTRUM DER GOSSNER MISSION
VORLÄUFIGER HAUSHALTSABSCHLUSS 1994

1. Gesamtlage: Entgegen den Prognosen zur letzten Kuratoriumssitzung (September 1994) ist davon auszugehen, daß wir im zurückliegenden Haushaltsjahr nicht mit dem erwarteten Defizit von DM 25.000 abgeschlossen haben. Vielmehr kann mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, daß wir im Jahre 1994 DM 20.000 mehr eingenommen haben als wir ausgeben mußten. Nimmt man das ursprünglich prognostizierte Defizit hinzu, so haben wir gegenüber dem Haushaltsansatz einen Einspareffekt von rund DM 45.000.

Dies ist auf folgende Entwicklungen zurückzuführen: Gegenüber dem Haushaltsansatz haben wir Mehreinnahmen im Bereich von Spenden und Zuschüssen (DM 3.000), im Hauswirtschaftsbereich (DM 7.000), im Bereich Zinsen (DM 5.000).

Wir haben gleichzeitig gegenüber dem Haushaltsansatz Einsparungen bei Personalkosten aufgrund niedrigerer Tarifabschlüsse und längerer Laufzeiten (rund DM 8.000). Im Sachkostenbereich haben wir Ersparnisse von DM 22.000 erzielt.

2. Wichtigstes Ergebnis: Es ist uns seit 1992 gelungen, ein Defizit von damals DM 100.000 sukzessive abzubauen. Das bedeutet: Die von Mainzausschuß und Kuratorium beschlossene Strategie der finanziellen Selbstverantwortung greift.

Dies betrifft nicht nur die Spenden und Zuschüsse (DM 93.000), sondern auch höhere Erträge im Bereich Hauswirtschaft und Jochen-Klepper-Haus (DM 97.000).

3. Trend: Wir haben einen stetig wachsenden Anteil von selbsterwirtschafteten Einnahmen im Gesamthaushalt des Arbeitszentrums Mainz der Gossner Mission. So haben wir im zurückliegenden Haushaltsjahr bei DM 844.000 Ausgaben DM 266.000 selbsterwirtschafteter Einnahmen. Das sind gut 31 %!

4. Prognose 1995: Wir gehen davon aus, daß es auch im Jahre 1995 gelingen kann, ohne Defizit abzuschließen. D.h., daß wir die vorgesehene Entnahme aus Kapital im Haushalt voranschlag nicht benötigen. Dies ist auch dadurch sichergestellt, daß wir eine zusätzliche Zuwendung seitens der EKHN von DM 30.000 als Reserve haben.

Mainz, 14. März 1995

Karl-Heinz Dejung

Hannelore Höcke

BITTE WENDEN

RÜCKLAGEN BZW. RÜCKLAGENBINDUNG
IM ARBEITSZENTRUM MAINZ DER GOSSNER MISSION

Baurücklage	DM 150.000,--
Ausgleichsrücklage	DM 85.000,--
Betriebsmittelrücklage	DM 90.000,--
Investitionsrücklage	DM 34.000,--
Renovierungsfonds	DM 46.467,--
Autofonds	DM 16.061,--
Beihilfefonds	DM 6.989,--
	DM 428.517,--
	=====

Mainz, 14. März 1995

Hannelore Höcke

Konto:	Haushaltsstelle	Ansatz 1994	Vorl.-Ist 94	Soll 1995	Änd. 95 (3/95)
EINNAHMEN:					
2100	Spenden u. Kollekten	980,000	768,000	980,000	800,000
2210	Zuschuß Bayern	60,000	60,000	60,000	60,000
2220	Zuschuß Berlin	380,000	380,000	380,000	361,000
2230	Zuschuß Hannover	365,000	365,000	365,000	328,000
2240	Zuschuß Lippe	165,000	165,000	180,000	165,000
2250	Zuschuß EMS	198,000	199,000	198,000	193,000
2260	Zuschuß KPS Magdeburg	30,000	22,000	30,000	23,000
2270	Zuschuß Westfalen	550,000	550,000	550,000	550,000
2280	Zuschuß Rheinland	78,000	78,000	81,000	81,000
2290	Zuschuß Gem.+ Kirchenkreise	50,000	54,000	50,000	50,000
2420	Mieteinnahmen Fennstraße	6,000	5,000	6,000	6,000
2430	Einnahmen aus Übernachtung	5,000	13,000	5,000	15,000
2440	Pachteinnahmen Riepe	1,000	0	1,000	1,000
2510	EKD-Gehaltsstützung Ost	130,000	147,000	94,000	123,000
2511	Zuschuß Arbeitsamt/LASA	30,000	28,000	30,000	28,000
2512	Solidarfonds für zu. Beschäftigung	30,000	33,000	30,000	30,000
2513	Sondermittel DÜ, Personalk. Nepal	80,000	50,000	80,000	60,000
2514	Sonderm. ABP-Zimbabwe, Personalk.	30,000	22,000	30,000	30,000
2515	" " " , Sachkosten	10,000	8,000	10,000	10,000
2516	Sondermittel zur Weiterleitung*	50,000	113,000	50,000	225,000
2517	Sondermittel Projektfinanzierung*	200,000	147,000	140,000	180,000
2518	Sonstige Fördermittel*	25,000	0	10,000	75,000
2540	Kostenerstattung Mitarbeiter/innen	1,000	1,000	1,000	1,000
2550	Inlandsreisekostenersstattung	2,000	1,000	2,000	2,000
2560	Konto K(ultur), Gutschrift	10,000	8,000	10,000	10,000
2570	Ökumenische Programme	4,000	2,000	4,000	0
2571	Erstattung Tagungen	1,000	1,000	1,000	1,000
2580	Sonstige Einnahmen*	9,000	3,000	10,000	10,000
2590	Habenzinsen	90,000	38,000	90,000	50,000
2700	Flüchtlingsrat	180,000	154,000	180,000	187,000
2800	Entnahme aus Ausgleichsrücklage*	0	0	0	195,000
2801	Sondermittel Nepal/Lippe, Rücklagen*	70,000	70,000	70,000	70,000
Einnahmen insgesamt:		3,820,000	3,485,000	3,728,000	3,920,000
AUSGABEN:					
INDIEN:					
3120	Missionsarbeit der Gossner Kirche	150,000	150,000	150,000	150,000
3130	Krankenhaus Amgaon	60,000	60,000	60,000	60,000
3131	Krankenstationen (Takarma, etc.)	6,000	2,000	5,000	3,000
3140	Handwerkerschule Fudi	40,000	41,000	40,000	40,000
3160	Reisekosten, Besucherdienst	17,000	33,000	15,000	30,000
3190	Sonderprojekte	75,000	80,000	100,000	100,000
3191	Sonderprojekte aus Drittmitteln	0	117,000	0	225,000
Ausgaben für Indien:		348,000	483,000	370,000	608,000

NEPAL:					
3210 Personalkosten	310,000	270,000	226,000	212,000	
3220 Zuschuß UMN	10,000	25,000	11,000	15,000	
3221 Sonstige Kosten	1,000	3,000	20,000	15,000	
3260 Reise und Besucherdienst	15,000	11,000	10,000	10,000	
3261 Ausreise / Rückkehr	0	8,000	0	0	
3290 Sonderprojekte	30,000	28,000	30,000	30,000	
3291 Sonderprojekte aus Drittmitteln	0	0	0	0	
Ausgaben für Nepal:	366,000	345,000	297,000	282,000	
ZAMBIA:					
4110 Personalkosten	435,000	436,000	397,000	348,000	
4120 Projektmittel GSDP	140,000	143,000	130,000	120,000	
4121 Sonstige Sachkosten	18,000	14,000	20,000	15,000	
4122 Lusaka Liaison Office	44,000	42,000	45,000	40,000	
4123 Projektmittel Naluyanda	20,000	24,000	20,000	25,000	
4160 Reisekosten	10,000	10,000	15,000	8,000	
4161 Ausreise/Rückkehr	11,000	5,000	10,000	10,000	
4180 Ökumenische Arbeit	0	0	0	5,000	
4190 Sonderprojekte	50,000	50,000	50,000	50,000	
4191 Sonderprojekte aus Drittmitteln	0	0	0	0	
Ausgaben für Zambia:	728,000	724,000	687,000	621,000	
SOLIDARITÄTSDIENSTE:					
5120 Südafrikaausgaben	4,000	14,000	4,000	4,000	
5121 Sachmittel Zimbabwe	10,000	9,000	10,000	10,000	
5123 Lateinamerikaufgaben	2,000	0	2,000	1,000	
5150 Bewußtseinsbildung	3,000	1,000	3,000	3,000	
5160 Austausch-Besuchsprogramme	3,000	1,000	3,000	5,000	
5141 Einzelfallhilfe	1,000	0	1,000	1,000	
5122 Soliprojekte Ausland	25,000	0	10,000	50,000	
5140 Stipendiaten	8,000	4,000	8,000	13,000	
Ausgaben für Solidaritätsdienste:	56,000	29,000	41,000	87,000	
INDUSTRIE- UND GEMEINWESENARBEIT:					
6110 Zuschuß Gossner Mission Mainz	340,000	340,000	340,000	340,000	
6111 Seminare/Tagungen	5,000	3,000	5,000	17,000	
6120 Osteuropa	2,000	0	20,000	6,000	
6130 Ökumenische Programme	3,000	3,000	3,000	3,000	
Ausgaben: Industrie- u. Gemeinswesenarbeit:	350,000	346,000	368,000	366,000	
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT:					
7110 Weltmission/Gossner Mission Info	80,000	75,000	90,000	90,000	
7120 Länder- und Jugendheft	17,000	8,000	17,000	12,000	
7121 Sonstige Publikationen	5,000	0	5,000	2,000	
7130 Spendenwerbung	0	0	0	7,000	
7140 Medienstelle, Bildarchiv, Fotomaterial,	0	2,000	0	5,000	
7150 Sonstige Kosten	8,000	23,000	8,000	4,000	
Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit:	110,000	108,000	120,000	120,000	

INLAND:					
8110 Personalkosten West*	805,000	755,000	825,000	785,000	
8111 Personalkosten Ost*	522,000	495,000	455,000	456,000	
8112 Personalkosten Flüchtlingsrat*	20,000	20,000	20,000	20,000	
8113 Beihilfen	20,000	17,000	20,000	20,000	
8115 Ruhegehaltkassen	50,000	48,000	50,000	60,000	
8121 Kfz-Kosten	15,000	13,000	15,000	15,000	
8122 Reisekosten	16,000	13,000	16,000	16,000	
8123 Bibliothek/Zeitschriften	3,000	5,000	3,000	3,000	
8130 Kuratorium	12,000	7,000	12,000	8,000	
8131 Ausschüsse/Beiräte	10,000	8,000	10,000	8,000	
8132 Tagungen/Arbeitsgruppen	6,000	3,000	6,000	5,000	
8140 Büromaterial	12,000	7,000	12,000	10,000	
8141 Büromaschinen-Wartung	5,000	7,000	5,000	7,000	
8150 Portokosten	28,000	19,000	28,000	20,000	
8151 Telefonkosten	12,000	24,000	12,000	24,000	
8152 Finanznebenkosten	3,000	2,000	3,000	2,000	
8160 Beiträge zu Organisationen	50,000	59,000	50,000	60,000	
8161 Rechts- und Beratungskosten	6,000	7,000	6,000	7,000	
8170 Dispositionsfonds der Leitung	2,000	1,000	2,000	2,000	
8179 Stromkosten/EBAG	2,000	3,000	2,000	3,000	
8180 Miete/Heizung	100,000	90,000	100,000	100,000	
8181 Reinigungskosten	3,000	3,000	3,000	3,000	
8182 Versicherungen	3,000	2,000	3,000	2,000	
8183 Kleine Anschaffungen	3,000	2,000	3,000	3,000	
8184 Gästebewirtung	2,000	2,000	2,000	2,000	
8185 Sonstige Kosten	3,000	2,000	3,000	3,000	
8186 Ökumenische Begegnung	0	0	0	2,000	
8300 Unvorhergesehenes	3,000	0	3,000	3,000	
8400 Abdeckung Defizit der Vorjahre	0	0	0	0	
8410 Rücklagen Dienstwagenbeschaffung	0	0	5,000	0	
8420 Rücklage Anschaffungen	5,000	0	5,000	0	
Ausgaben Inland:	1,721,000	1,614,000	1,679,000	1,649,000	
FLÜCHTLINGSRAT:					
8510 Personalkosten	105,000	102,000	105,000	107,000	
8527 Sonstige Kosten	21,000	13,000	21,000	20,000	
8590 Sonderprojekte	54,000	60,000	54,000	60,000	
Ausgaben Flüchtlingsrat:	180,000	175,000	180,000	187,000	
AUSGABENZUSAMMENSTELLUNG:					
INDIEN:	348,000	483,000	370,000	608,000	
NEPAL:	366,000	345,000	297,000	282,000	
ZAMBIA:	728,000	724,000	687,000	621,000	
SOLIDARITÄTSDIENSTE:	56,000	29,000	41,000	87,000	
INDUSTRIE UND GEMEINWESEN-:	350,000	346,000	368,000	366,000	
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT:	110,000	108,000	120,000	120,000	
INLANDSAUSGABEN:	1,721,000	1,614,000	1,679,000	1,649,000	
FLÜCHTLINGSRAT:	180,000	175,000	180,000	187,000	
AUSGABEN, INSGESAMT:	3,859,000	3,824,000	3,742,000	3,920,000	
EINNAHMEN, INSGESAMT:	3,820,000	3,485,000	3,728,000	3,920,000	
JAHRESERGEBNIS, DEFIZIT:	(39,000)	(339,000)	(14,000)	(195,000)	

Erläuterungen zur Haushaltsplanänderung 1995 vom März 1995

Die Änderungen wurden notwendig aufgrund des vorläufigen Abschlusses 1994 und wegen der inzwischen bekannt gewordenen Kürzungen der Landeskirchen mußten wir unsere Einnahmewertungen reduzieren. Wir haben DM 195.000.- schon jetzt als geplantes Defizit, d.h. Entnahme aus der Ausgleichsrücklage (No. 2800) einsetzen müssen.

Gleichzeitig wurden die Kontenstellen überarbeitet, so daß sie beim Vergleich mit Vorjahreshaushalten manchmal Abweichungen in der Systematik feststellen werden, die keinerlei inhaltliche Änderungen der Ansätze bedeuten.

In diesem Zusammenhang haben wir die verschiedenen Sondermittel so aufgeteilt, daß gleich auf den ersten Blick erkennbar ist, welche haushaltsintensiv sind (z.B. 2517) und welche ohne Entlastung für unseren eigenen Haushalt weitergeleitet werden müssen, (z.B. 2516).

Einzelbemerkungen:

- 2440 Da die Drainage in unserem Grundstück in Riepe nicht funktioniert hat, haben wir auf Anraten des Kreiskirchenamts Aurich auf die Pacht für 1994 verzichtet.
- 2516 Die beiden Beträge von DM 113.000,- für 1994 und DM 225.000,- für 1995 sind Mittel der EKIBB aus dem Programm Pastoren helfen Pastoren für Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter der Gossner Kirche.
- 2517 Dies sind Mittel, die zur Förderung unserer eigenen Projekte vor allem aus dem Bereich des Kirchlichen Entwicklungsdienstes beantragt wurden.
- 2518 Diese Mittel wurden für Solidaritätsprojekte im Ausland beantragt. Bei Nichtbewilligung werden auch die entsprechenden Ausgaben nicht wirksam (z.B. 5122).
- 2580 Die früheren hohen Beträge unter diesem Haushaltstitel werden jetzt überwiegend unter 2516 und 2517 geführt.
- 2800 Mit der Bilanz für 1994 werden wir das vorhandene Vermögen nach den kirchlichen Vorschriften verschiedenen Rücklagen zuführen. Daher die neue Haushaltsstelle.
- 2801 Dieser Betrag wurde von Lippe bereits zu Anfang des Vertrages von Frau Georgia Friedrich für die gesamte Vertragszeit überwiesen und einer dafür zweckgebundenen Rücklage zugeführt.

Zambia:

Hier wurden die beiden bisher getrennten Unterabteilungen der Gossner Mission West (Gwembetal und Lusaka-Büro) und der Gossner Mission Ost (Naluyanda) in eine gemeinsame Abteilung zusammengefügt.

Öffentlichkeitsarbeit:

Um eine bessere Transparenz zu schaffen, haben wir die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit aufgeschlüsselt und gleichzeitig aus dem allgemeinen Topf der Inlandsausgaben herausgenommen.

Letzte Zelle:

Das erwartete Defizit für das Jahr 1995 ergibt sich aus der Entnahme aus der Ausgleichsrücklage (2800), auch wenn das Ergebnis rein rechnerisch Null beträgt.

Berlin, den 10. März 1995

Dieter Hecker, Direktor

Herrn
Karl-Heinz Dejung
Albert Schweitzer Str. 113-115

55128 Mainz

Berlin, den 8. März 1995

Lieber Karl-Heinz,

ich habe gerade die Einladung zum Mainz-Ausschuß bekommen, habe aber schon Michael Bescheid gesagt, daß ich es nicht schaffen werde, dieses Mal dazu zu kommen.

Ich muß allerdings noch vor der Sitzung meinen Ärger loswerden darüber, daß Du seit Monaten in den Unterlagen, die Du für die EKHN und für die verschiedenen Ausschüsse den EMS-Zuschuß als eine direkte Zuwendung für Mainz bezeichnest. Dies stimmt nicht und war bisher nie unsere gemeinsame Linie. Noch bei unserem letzten Besuch hat Jörg Schnellbach mit keiner Silbe etwas gesagt, daß das EMS hier eine Zweckbindung haben will. Mir ist natürlich klar, daß bei der EKHN dies im Hintergrund steht. Aber für Württemberg und Baden, die ja auch nach Deiner Lesart beteiligt sind, ist es in keiner Weise ausgemacht, daß die besonders an Mainz interessiert sind. Ich würde von meiner Einschätzung eher das Gegenteil annehmen.

Ich möchte Dich also dringend bitten, in Zukunft bei unserer bisherigen Regelung zu bleiben, daß Mainz einen Zuschuß aus Berlin erhält z.Zt. in Höhe von 340.000.- DM und daß in diesem Zuschuß die EMS-Zuweisung von jetzt 193.000.- DM (mit um 2,5% sinkender Tendenz!) enthalten ist. Ansonsten hätte wir natürlich auch die Reduzierung des EMS-Zuschusses um 5000.- sofort und voll an Euch weiter gegeben, was wir bisher nicht getan haben. Ich werde mich auch nicht scheuen, falls Du Unterlagen mit dieser Beschreibung des EMS-Zuschusses an das Kuratorium verschickst, von meiner Seite aus einen Vermerk über unser Verständnis zu machen.

Ich halte die oben genannte Regelung für fair und auch den bisherigen Beziehungen zwischen Mainz und Berlin gemäß, vor allen, da Du selbst bisher wenig interessiert zu sein schienst, die EKHN allzu direkt auf diese Tatsache hinzuweisen. Dein gegenwärtiges Vorgehen kann ich nur so verstehen, daß Du Mainz ganz bewußt mehr von Berlin abheben willst. Ob das langfristig gut ist für Mainz muß sich erst noch zeigen. Wir - oder zumindest ich kann das von mir sagen - bin jedenfalls an einer Zukunftsplanung interessiert, die beide Dienststellen fair mit in die Veränderungen einbezieht, die in den kommenden Jahren nötig sind.

Bitte, versteh diesen Brief nicht falsch. Ich meine nur, wir sollten versuchen, konstruktiv miteinander umzugehen und das sehe ich in der genannten Sache nicht.

Ich wünsche Euch eine gute Sitzung des Mainz-Ausschusses und grüße Dich und Euch bis nächste Woche beim Kuratorium,

Dein

Dieter Hecker
Direktor

PS: Da die Unterlagen bereits im Mainz-Ausschuß besprochen worden sind, schicke ich eine Kopie dieses Briefes zur Information auch an Karl Scheld.

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

Herrn
Dieter Hecker
Fennstr. 31

12439 Berlin

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Dj/Hö 16. Februar 1995

Lieber Dieter,

ich schicke Dir in der Anlage den Text, den wir für das Gespräch mit der Kirchenleitung der EKHN am 28. Februar 1995 erarbeitet haben. Er ist mit Beckmann, Petersen und Scheld abgesprochen. Wir hoffen sehr, daß es zu einem positiven Beschuß kommt.

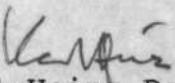
Bei Dir möchte ich weiterhin werben für Perspektiven und Beschlüsse, die die Vereinbarung mit der hessischen Kirche ergänzen. D. h., auf jeden Fall sollte das Mainzer Zentrum die Chance erhalten und behalten, seinen Stellenwert in den nächsten 5 Jahren zu unterstreichen.

Ich bin mit recht bitteren Gefühlen aus unserer letzten Geschäftsstellensitzung nach Hause zurückgekehrt und hoffe, daß diese Fragen, die da aufgetaucht sind, - z.B. die leidige Diskussion über die Bedeutung des Direktorats für die Mainzer Geschäftsstelle - bald wieder in der Versenkung verschwinden werden.

Ich lege Dir einen Text bei, den ich hier in einem Gottesdienstnachgespräch am vergangenen Sonntag vorgetragen habe.

Liebe Grüße, auch an Deine Frau,

Dein


(Karl-Heinz Dejung)

Anlagen

**DAS SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT
DER GOSSNER MISSION (MAINZ)**

- I. **Aufgabenstellung und Angebote**
- II. **Lernen durch Prozesse**
- III. **Beziehungen zur EKHN**
- IV. **Das Team der ReferentInnen**
- V. **Personelle Veränderungen und zukünftige Herausforderungen**

Anlagen: Stellenbeschreibungen der Mainzer ReferentInnen

Mainz, 6. Februar 1995

I.

Neben der Geschäftsstelle in Berlin - mit dem Schwerpunkt auf Überseearbeit in Indien (seit 1846), Nepal und Zambia (seit Anfang der 70er Jahre dieses Jahrhunderts) - entwickelte die Gossner Mission nach dem II. Weltkrieg ein eigenständiges Arbeitszentrum in Mainz-Kastel mit dem Ziel, unter den "Kirchenfremden" in Arbeitswelt und Industriegesellschaft präsent zu sein. In diesem auf Horst Symanowsksi zurückgehenden Projekt wurde die ökumenische Einsicht der "Mission in sechs Kontinenten" (Mexiko 1963) vorweggenommen.

Seit der Gründung im Jahre 1949 arbeitet das Mainzer Arbeitszentrum an Formen missionarischer Präsenz in Arbeitswelt und Industriegesellschaft, in denen Kirche ihre Hoffnung gegenüber jenen Menschen zu artikulieren und gestalten sucht, die der christlichen Gemeinde den Rücken gekehrt haben. Dazu bietet es seit nunmehr 45 Jahren **Seminare, Praktika und Kurse** an. Im Zentrum steht ein halbjähriges Industrieseminar, das gegenwärtig jährlich von Oktober bis März für TheologInnen aus verschiedenen Lebens- und Arbeitssituationen durchgeführt wird. Daneben haben wir in den zurückliegenden 20 Jahren spezielle Angebote entwickelt, die sich an den Bedürfnissen von kirchlichen MitarbeiterInnen in spezifischen Phasen ihrer Berufsentwicklung orientieren.

Für **Studierende der Theologie** wird seit Anfang der siebziger Jahre - in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Fachbereich der Universität Marburg jährlich ein **Industriepraktikum** durchgeführt. Dieses Praxisprojekt erstreckt sich über zwei Semester an der Universität und enthält eine siebenwöchige Lebens- und Arbeitsphase in Mainz. Für **VikarInnen in der kirchlichen Ausbildungsphase** werden seit der gleichen Zeit **Wochenkurse**, sog. "Institutswochen", angeboten. Für PfarrerInnen, die schon einige Jahre in der Gemeindearbeit stehen, haben wir jüngst ein "**Fortbildungsangebot**" von 6 Wochen über zwei Jahre entwickelt.

In allen Angeboten geht es darum, die Industriegesellschaft als wesentlichen Kontext kirchlich-theologischer Arbeit sehen zu können, diese in Auseinandersetzung mit biblischen Traditionen beurteilen zu lernen und im gemeinsamen Handeln mit anderen Gruppen und Organisationen nach Gestaltungsmöglichkeiten für Einzelne, Kirchen und Gemeinden zu suchen.

- Im Angebot an die Studierenden konzentriert sich unsere Arbeit auf Fragen und Probleme zu deren theologischer Standortbestimmung angesichts gesellschaftlicher Entwicklungen.
- Die Angebote an TheologInnen der kirchlichen Ausbildungsphase haben das Ziel, zukünftige Pfarrerinnen und Pfarrer mit dem industriellen Umfeld gemeindlicher Arbeit bekannt und vertraut zu machen.
- Im Fortbildungsangebot für PfarrerInnen geht es in erster Linie um die Verarbeitung von Erfahrungen mit spezifischen Problemen der Industriegesellschaft in bisheriger Gemeindearbeit und um die Erarbeitung zukünftiger Perspektiven.

In einer Experimentierphase wird gegenwärtig an einem Projekt zur "Seelsorge in der Risikogesellschaft" gearbeitet. Entsprechende Studien- und Begegnungstage wurden im Jahr 1994 mit dem Predigerseminar der Rheinischen Kirche in Bad Kreuznach abgehalten.

In Kooperation mit dem Evangelischen Missionswerk in Südwestdeutschland sind für 1995/1996 Fortbildungswochen für ökumenische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Deutschland zu den Entwicklungen unserer Industriegesellschaft vorgesehen.

II -

Mit diesen **an und auf Praxis orientierten Bildungsprogrammen** bewegt sich die Gossner Mission in Bereichen, die in der Regel in kirchlicher Arbeit getrennt bzw. unterschieden sind. In der Verknüpfung von Theorie und Praxis, Sendung und Dienst werden die oft beklagten getrennten Wege von Mission/Ökumene und Industrie- und Sozialarbeit, von Diakonie und Seelsorge, von gesellschaftsbezogenem Dienst und entwicklungspolitischer Bildungsarbeit aufeinander bezogen.

Wesentlicher Bestandteil dieser Programme sind die **Lernerfahrungen aus längerfristigen Gruppenprozessen und Projekten**, die - gemäß den jeweiligen gesellschaftlichen und kirchlichen Herausforderungen - im Mainzer Arbeitszentrum entwickelt wurden. In den zurückliegenden 15 Jahren ging es dabei schwerpunktmaßig um:

- Ein Projekt zur Entwicklung von Selbsthilfemaßnahmen arbeitsloser Männer und Frauen (Jugendliche/Langzeitarbeitslose);
- Initiativen zur Integration von AusländerInnen und Flüchtlingen in unsere Gesellschaft;
- ein Projekt zu den sozialen und ökologischen Auswirkungen deutscher Investitionen in Übersee (z.B. Brasilien und Südkorea);
- die Begleitung von Menschen, die im Streit für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung mit Gesetzen in Konflikt geraten sind;
- die Entwicklung von Modellen spezifischer Formen des Ökonomie-Lernens von Frauen.

In enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle in Berlin wurde an einer konstruktiven Verknüpfung von weltweiten Herausforderungen und lokaler/regionaler Verantwortung von Kirchen gearbeitet. Die ökumenischen Lösungen "global denken - lokal Handeln" bzw. "das Globale im Lokalen entdecken" sind konstitutiv für die Handlungsschritte in Projekten und Programmen.

III -

An diesen vielfältigen Lernprozessen haben sich in den zurückliegenden Jahrzehnten immer wieder **Pfarrerinnen und Pfarrer aus der EKHN** beteiligt. Dadurch sind vielfältige und verbindliche Beziehungen zu Kirchengemeinden in der Rhein-Main-Region, aber auch im ganzen Kirchengebiet entstanden, die zu verlässlichen Beratungsdiensten einerseits und zu finanzieller Unterstützung andererseits geführt haben. Diese Gemeindeorientierung entspricht der Zielsetzung des Hauses, Erneuerungsprozesse von Kirchengemeinden im Kontext gesellschaftlicher Herausforderungen anzustoßen.

Darüber hinaus gibt es von Anfang an kontinuierliche Kooperationsformen zu den **Ämtern für Mission/Ökumene und Industrie- und Sozialarbeit der EKHN**, die beide aus der Mainz-Kasteler Arbeit der Gossner Mission hervorgegangen sind. Zu den **Referaten zur Ausbildung und Fortbildung** wurden seit Anfang der 70er Jahre ständige Arbeitskontakte aufgebaut.

In einer Vielzahl von Gremien und Ausschüssen der EKHN haben die Referenten und Referentinnen des Mainzer Zentrums mitgearbeitet und tun dies auch gegenwärtig.

Planungen zur Übernahme von Aufträgen der EKHN im Rahmen einer Industrie- und Sozialarbeit für Rheinhessen werden gegenwärtig beraten. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Amt für Mission und Ökumene ist vorgesehen.

IV -

Die **Arbeitsweise des ReferentInnenteams** ist interdisziplinär:

- * Frau Ingrid Borns-Scharf ist als Pfarrerin der EKHN bis zum Jahr 2000 für die Arbeit bei der Mainzer Gossner Mission freigestellt. Sie besitzt ein Zweitstudium in Pädagogik und bringt diese Kompetenz in die Gestaltung der Lernprogramme ein. Sie hat zudem die Aufgabe, Erfahrungen in Betrieb und Gesellschaft aus der spezifischen Perspektive von Frauen zu bearbeiten.
- * Herr Michael Sturm arbeitet seit 1982 im Mainzer Arbeitszentrum, ist Politologe mit Schwerpunkt Ökonomie. Sein Fachwissen garantiert den argumentativen Charakter der Bildungsprogramme. Michael Sturm soll im Laufe des Jahres 1996 in die Berliner Geschäftsstelle der Gossner Mission überwechseln, um dort die nach der Vereinigung mit der ehemaligen Gossner Mission in der DDR aufgebauten "Gesellschaftsbezogenen Dienste" zu verstärken.
- * Herr Dr. Karl-Heinz Dejung, seit 1978 in Mainz, hatte die Aufgabe, die theologische Relevanz betrieblicher und gesellschaftlicher Erfahrungen aufzuarbeiten. Dabei sollten vor allem Erfahrungen und Erkenntnisse aus der ökumenischen Diskussion aufgenommen werden. Er verlässt zum 1. Juni 1995 das Mainzer Seminar und übernimmt die Leitung des Amtes für Mission und Ökumene in der EKHN.

Das ReferentInnenteam nimmt seine Aufgaben **arbeitsteilig** wahr. Dies gilt sowohl für die Geschäftsführung als auch für die Zuständigkeit bei Programmen und Projekten sowie für die Kontakte und Beziehungen nach außen. So nimmt jeweils ein Teammitglied im Jahresrhythmus die **Geschäftsleitung** wahr.

Die verschiedenen **Leitungsaufgaben im Mainzer Zentrum** - Personalführung, Finanzen, Hausverwaltung - liegen in der Verantwortung von je einem/r Referenten/Referentin.

Im Blick auf die **Bildungsprogramme** gilt gegenwärtig folgende Zuteilung:

- Ingrid Borns-Scharf ist zuständig für Vorhaben der Fort- und Weiterbildung mit Frauen;
- Michael Sturm hat die Federführung für das Industrieseminar und das Industriepraktikum;
- Dr. Karl-Heinz Dejung ist verantwortlich für die Durchführung von Institutswochen für VikarInnen, Fortbildungsprogrammen für PfarrerInnen.

Kontakte zu Gremien und Organisationen werden gegenwärtig wie folgt wahrgenommen:

- Ingrid Borns-Scharf vertritt die Gossner Mission in der Industrie- und Sozialarbeit der EKHN, dem bundesweiten Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und der European Contact Group for Church and Industry;
- Michael Sturm hält die Verbindung zur Universität (z.B. Marburg), zu Gewerkschaften und Unternehmen;
- Dr. Karl-Heinz Dejung hält die Beziehungen zu dem Amt für Mission und Ökumene der EKHN, zu sozialen Bewegungen, zu ökumenischen Initiativgruppen und Kirchengemeinden.

V -

Die gegenwärtig **anstehenden Veränderungen im Mainzer Zentrum** der Gossner Mission signalisieren eine neue Etappe in der Arbeit des Seminars für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft. Die vorgesehene Übertragung von Aufgaben der Industrie- und Sozialarbeit im Bereich der Propstei Rheinhessen auf das Mainzer Zentrum kann und soll zu einer weiteren Konkretisierung der Bildungsprogramme auf Herausforderungen und Prozesse der Region führen. Durch den Wechsel von Michael Sturm zu den Gesellschaftsbezogenen Diensten nach Berlin wird eine stärkere Verknüpfung zu Aufgaben und Erfahrungen im missionarischen und gesellschaftsdiakonischen Bereich der neuen Bundesländer angestrebt.

Die Weiterfinanzierung der nach dem Weggang von Dr. Karl-Heinz Dejung neu zu besetzenden Referentenstelle durch die EKHN ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die bewährten Bildungsprogramme in ihrer theologischen, ökumenischen und gesellschaftsdiakonischen Ausrichtung durchgeführt werden können.

Die Verstärkung von strukturellen Verbindungen zwischen dem Mainzer Arbeitszentrum der Gossner Mission und Ämtern bzw. Aufgaben der EKHN stellt Herausforderung und Chance zugleich dar. Sie setzt die bisherige Zusammenarbeit für eine bewußte missionarische und gesellschaftspolitische Präsenz der Kirchen in der Industriegesellschaft fort, in der das Mainzer Zentrum sich oft als Experimentierfeld zukünftiger kirchlicher Aufgaben und Dienste erwies. Dabei sollen die bewährten Kontakte zu den gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen genutzt werden, die die Zukunft der Industriegesellschaft - zumal im Ballungszentrum Rhein-Main - gestalten. Es wird von Bedeutung sein, die erprobten Spielräume einer Missionsgesellschaft in diesem Konfliktfeld zu nutzen. Erfahrungen und Entdeckungen in solch grenzüberschreitenden Prozessen sollen nicht zuletzt den Kirchengemeinden in der Region zugute kommen.

Ingrid Borns-Scharf
(Pfrin./Dipl.-Päd.)

* Dr. Karl-Heinz Dejung
(Pfr.)

* Michael Sturm
(Dipl.-Pol.)

Arbeitsplatzbeschreibung

Ingrid Borns-Scharf

Stelle: Leitungsteam der Gossner Mission

Qualifikation: Pfarrerin und Diplom-Pädagogin

A Schwerpunkte

- Planung, didaktische Gestaltung und Durchführung von Fortbildungsprogrammen für Student/Innen der Theologie für Vikar/Innen und Pfarrer/Innen zu Fragen der industriellen Arbeitswelt und der gesellschaftlichen Folgen.
- Bearbeitung der Problemlagen von Frauen in der Industriegesellschaft in der BRD und in Europa.

B Ziele

- Stärkung der theologischen Verantwortung der Kirchlichen Mitarbeiter/Innen im Bereich von Kirche und Gesellschaft durch Aus- und Weiterbildung.
- Wahrnehmung von gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen im deutschen/europäischen und ökumenischen Kontext u.a. auch aus der Perspektive von Frauen.

C Inhaltliche Aufgabenfelder

Die folgenden Aufgaben stellen eine Übersicht dar, die über die Planung und Durchführung der Tagungen, Seminare, Praktika und Fortbildungswochen hinausgehen.

- Zusammenarbeit mit kirchlichen Ämtern, Gemeinden, Gewerkschaften.
- Mitglied der Kammer für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN (Vorsitz im Beirat). Beratungsarbeit (Themen u.a. Auswirkungen industrieller Probleme im Rhein-Main-Gebiet, ökologische Steuerreform).
- Erarbeiten fachlicher Stellungnahmen für den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) und auf Anfrage (u.a. zur "Nachtarbeit", "ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse"):
- Mitglied im theologischen Arbeitskreis im KDA (u.a. Mitarbeit beim Konsultationsprozeß zum "Gemeinsamen Wort").
- Mitglied des Fachausschusses Frauen in der Arbeitswelt (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt).

bitte wenden

- Koordination des Frauennetzwerkes der europäischen Industrie- und Sozialarbeit (ECG);
hier: Planung und Durchführung von Studentagen, Netzwerkkonferenzen und Spezialprogrammen (u.a. "Deregulierung" und Ökonomie-Training);
- Mitarbeit bei Trainingsprogrammen der gesamten europäischen Industrie- und Sozialarbeit;
- Ausbau des Frauennetzwerkes in Osteuropa;
- Zusammenarbeit mit anderen befreundeten Organisationen (Kath. Betriebsseelsorge, Agape u.a.);

D Zuständigkeit im Zentrum

- Übernahme der Geschäftsführung (routierend alle 3 Jahre);
- Verantwortung für Personalfragen (seit Aug. '94)
(Arbeitsplatzbeschreibung, Konfliktregulierung, Stellenbesetzung von Hilfskräften etc.);
- Zusammenarbeit mit der Mitarbeitervertretung
(Mitbestimmung am Arbeitsplatz);
- Begleitung und Unterstützung der Wohnheimbewohner in konkreten Fällen (Ausländer/Innen);

E Allgemeine Verwaltung

- Teamsitzungen
- Mainzausschuß des Kuratoriums
- Kuratorium
- Beirat zur Gleichstellung von Frauen und Männern
der Gossner Mission Berlin und Mainz

Mainz, 19. Dezember 1994
Ingrid Borns-Scharf

BESCHREIBUNG DER REFERENTENSTELLE
VON KARL-HEINZ DEJUNG

Bei der Berufung zum Referenten des Mainzer Arbeitszentrums der Gossner Mission zum 1. Oktober 1978 wurde ich mit folgenden Aufgaben beauftragt:

- (1) Die im "Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft" angebotenen bzw. zu entwickelnden Praktika und Projekte theologisch zu begleiten.
- (2) Ökumenisch-missionarische Dimensionen von kirchlicher Präsenz und christlichem Handeln in der Industriegesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln.
- (3) An lebendigen Beziehungen zu Kirchengemeinden und Initiativgruppen zu arbeiten.
- (4) Kontakte zu Landeskirchen, besonders der EKHN und ihren für die Mainzer Arbeit relevanten Organen und Gremien, zu stärken.
- (5) Mit VertreterInnen der Arbeitswelt, vornehmlich Gewerkschaften, aber auch Unternehmen zusammenzuarbeiten.
- (6) Eine aktive Rolle im Leitungsteam zu übernehmen.

Im Verlauf der zurückliegenden 16 Jahre entstanden daraus folgende Schwerpunkte:

- (7) Im Rahmen der Bildungsangebote war ich verantwortlich für die Fortbildungsangebote für PfarrerInnen und die sog. Institutwochen für VikarInnen.
- (8) Im Blick auf eine ökumenisch-missionarische Dimension bundesrepublikanischer Kirchen konzentrierte ich mich - in Zusammenarbeit mit Michael Sturm - auf Herausforderungen durch das Investitionsverhalten bundesdeutscher Unternehmen in Übersee (vor allem in Südafrika, Brasilien und Südkorea). Ich vertrat die GM in der Evangelischen Kommission für das Südliche Afrika und im ÖMW des EMW (bis 1990). Seit 1979 arbeitete ich mit im "Plädoyer für eine ökumenische Zukunft", seit 1982 als dessen Vorsitzender.
- (9) Im Bezug auf Gemeinden entwickelte ich eine umfangreiche Vortrags- und Gottesdienstarbeit zu Fragen der Arbeitswelt, der Industriegesellschaft und zu Themen des Konziliaren Prozesses. Im Gossnerzentrum arbeitete ich an bzw. in Projekten und Gruppen mit zur Pharma- und Rüstungsindustrie, zur Militarisierung des Mainzer Raums, sowie zu den Herausforderungen einer neuen Armut in Mainz.

bitte wenden

(10) Innerhalb der EKHN war bzw. bin ich Mitglied von Arbeitsgruppen und Ausschüssen, wie z.B. der AG "Frieden und Abrüstung", der AG "Konziliarer Prozeß", des "Anlagenausschusses".... Von 1986-1991 war ich berufenes Mitglied der EKHN-Synode.

(11) Ich hielt Kontakte zu einzelnen Betrieben im Mainz-Wiesbadener Raum und unterstützte meine Kollegen (Werner Petri und Michael Sturm) bei der Suche von Arbeitsplätzen für Praktika und Seminare.

(12) Im Leitungsteam nahm ich im Dreijahresrhythmus die Geschäftsführung war. Von 1979-1989 war ich verantwortlich für Haus und Zentrum, ab 1990 für die Finanzen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit engagierte ich mich besonders bei der Publikation der Werkstattberichte der Gossner Mission.

Karl-Heinz Dejung

AUFGABENBESCHREIBUNG MICHAEL STURM

Vorbereitung und Durchführung der Standardseminare

- industriegesellschaftliches Seminar (Halbjahrespraktikum):
hier: Vorbereitung der Praktika: Kontaktpflege mit Unternehmen, Industrie- und Sozialpfarrätern, Gewerkschaften/Betriebsräten.
- Industriepraktikum für StudentInnen
hier: unvergüteter Lehrauftrag am Theologischen Fachbereich der Uni Marburg; (30 Semesterwochenstunden) Kontaktpflege wie oben.
- Fortbildungsprogramm für Pfarrerinnen und Pfarrer.
Planung und Durchführung der thematischen Wochenkurse
- "Institutswochen" mit Vikarinnen und Vikaren des Predigerseminars in Herborn (EKHN)
dto.
- Programm "Seelsorge in der Risikogesellschaft" mit dem Predigerseminar Kreuznach
dto.
- Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen des Weiterbildungspogramms der EKHN (3 Veranstaltungen in 1995 angeboten)

Erarbeitung neuer Seminar- bzw. Veranstaltungsangebote

aktuell: Veranstaltungen für Besuchergruppen aus Übersee in Zusammenarbeit mit Missionswerken bzw. Ämtern für Mission und Ökumene der Landeskirchen zur Thematik: Einführung in die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse in Deutschland.

In diesen Bereichen liegt mein inhaltlicher Schwerpunkt in wirtschaftswissenschaftlichen, soziologischen sowie politologischen Fragen und deren didaktischer Bearbeitung. Daneben gilt mein Augenmerk der aktuellen wirtschaftlich-sozialen Entwicklung in der Region Rhein/Main.

Diese mehr theoretische Arbeit sollte ca. 20 Prozent meiner Zeit beanspruchen.

In diesem Zusammenhang auch: Artikel, Beiträge für Zeitschriften, Mitarbeit am "Werkstattbericht".

Vortrags- und Besuchstätigkeit

Sie erfolgt unregelmäßig und auf Anfrage aus Gemeinden, Pfarrkonventen, Gruppen, von Industrie- und Sozialpfarrätern. Die Themen ergeben sich aus meinen Schwerpunkten. Hinzu kommt die Mitgestaltung von Gottesdiensten/Andachten in Gemeinden.

Relativ feste Beziehungen haben sich zu einzelnen Gemeinden und besonders zur Industrie- und Sozialarbeit der Pfälzischen Kirche ("Männerarbeit") herausgebildet mit Vorträgen in Seminaren für Betriebsräte, Arbeitnehmer (EAN) sowie in deren Industriepraktikum.

Mitarbeit in Gremien, sonstigen Einrichtungen

gegenwärtig: Mitarbeit im Ausschuß "Internationale Solidarität" des Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt sowie im Gesprächskreis "Kirche - Wirtschaft Rheinland/Pfalz", der sich zum Gedankenaustausch aktueller Fragen und zur Vorbereitung und Durchführung einer gemeinsamen Jahrestagung gebildet hat.

Intern

Verantwortlich im Leitungsteam für alle Fragen der Hauswirtschaft, ab Januar 1995 zusätzlich für Finanzen (gemeinsam mit K.H. Dejung bis zu seinem Weggang). Bis 30. Juni 1995 Geschäftsführung. Vertreter im Verwaltungsausschuß, im Konzeptionsausschuß sowie im Finanzplanungsausschuß.

Sonstiges

Erarbeitung der meisten Produkte unserer Öffentlichkeitsarbeit. Prospekt über GM Mainz, Haus-Prospekt, Seminar-Prospekt.

ÜBERSICHT ÜBER DIE FINANZIERUNG DES ARBEITSZENTRUMS MAINZ DER GOSSNER MISSION

1. Die Gossner Mission mit ihren beiden **Geschäftsstellen in Berlin und Mainz** erhält Zuschüsse zu ihren beiden Haushalten von 8 Landeskirchen. Im Zuge der Vereinigung hat das Kuratorium im Herbst 1994 Sparbeschlüsse gefaßt, die Gesamtsumme der beiden Haushalte - sie belaufen sich auf annähernd 4 Millionen DM - um 10 % zu reduzieren. D.h., bis 1.1.1997 sollen DM 400.000,-- eingespart werden.

Das Arbeitszentrum Mainz der Gossner Mission wird dazu einen Beitrag von DM 100.000,-- leisten müssen. Es ist vorgesehen, daß in diesem Rahmen eine Referentenstelle zur Stärkung der Arbei an Gesellschaftsbezogenen Diensten in den neuen Bundesländern nach Berlin abgezogen wird.

2. Der **Haushalt des Mainzer Arbeitszentrums** beläuft sich gegenwärtig (vorläufiger Abschluß 1994) auf rund DM 850.000,-- in Einnahmen und Ausgaben. Er ist als Haushalt erfreulicherweise ausgeglichen, d.h., in den letzten 3 Jahren konnte ein beträchtliches Defizit abgebaut werden, das im Jahr 1992 den Höchststand von knapp DM 100.000,-- erreicht hatte. Dies wurde möglich durch eine **Strategie zu mehr finanzieller Selbstverantwortung**. Das bedeutet auch: In den letzten 4 Jahren konnte der Anteil an **selbsterwirtschafteten Einnahmen** kontinuierlich auf jetzt fast 30 % des Haushaltes gesteigert werden.
3. Die **Einnahmen des Mainzer Arbeitszentrums** von rund DM 850.000,-- setzen sich zusammen aus:

A) Selbsterwirtschafteten Einnahmen

(Spenden und projektgebundene Zuschüsse,
Mieten, Serviceleistungen, Zinsen,
Beiträge von Teilnehmenden
an Seminaren und Projekten)

DM 270.000

bitte wenden

B) Zuschüsse der EKHN DM 245.000

C) Zuschuß des EMS

(Anteilige Zuschüsse aus der EKHN,
der Badischen, der Württem-
bergischen, der Pfälzischen und der
Kurhessen-Waldeckschen Kirche) DM 200.000

D) Beitrag der Berliner Geschäftsstelle

(Anteil aus den Landeskirchen:
Rheinland, Westfalen, Lippe,
Hannover, Berlin-Brandenburg,
Bayern und die Kirchenprovinz
Sachsen) DM 140.000

4. Die Ausgaben des Mainzer Arbeitszentrums der Gossner Mission sind zu mehr als 75 % Personalkosten, zu knapp 25 % Sachkosten. Sie entsprechen damit der Struktur kirchlicher Haushalte.

Karl-Heinz Dejung
14. Februar 1995

FÜNFZIG JAHRE ZERSTÖRUNG VON MAINZ
ZUM 27. FEBRUAR 1995

Von den Gedenktagen des Jahres 1995, an denen wir auf das Ende des II. Weltkrieges zurückblicken, ist einer uns Bürgerinnen und Bürgern von Mainz besonders nahe und trifft uns ganz persönlich: der 27. Februar! An diesem Tag erinnern wir uns zum fünfzigsten Mal der Zerstörung unserer Stadt durch das alliierte Bombardement.

Auch diejenigen, die damals nicht dabei waren, weil sie noch gar nicht geboren waren oder aber, weil sie erst später zugezogen sind, wissen: An diesem Tag verloren mehr als 1200 Menschen ihr Leben, eine noch größere Zahl wurde verletzt und für ihr Leben gezeichnet. Ein Großteil der Stadt sank in den Nachmittagstunden des 27. Februar 1945 in Schutt und Asche.

Mit welchen Gefühlen gehen wir in einen solchen Tag, wie gestalten wir ein angemessenes Gedenken. Da ist zuallererst Trauer um die Menschen, die damals getötet wurden. Ich wohne am Mainzer Hauptfriedhof und gehe an diesem Tag - wie so oft - an den Gräbern der Schwestern von der göttlichen Vorsehung vorbei, die in ihrem ewigen Gebet vor Gott von Bombensplittern zerfetzt, von Trümmern erschlagen wurden. "Sei willkommen Bruder Hain!" - so steht es an der Tür zu ihrer gemeinsamen Grabesstätte. Mir läuft Gänsehaut über den Rücken, wenn ich an ihren schrecklichen Tod denke.

Wir besuchen an diesem Tag Freunde und Freundinnen, die überlebt haben. Sie erzählen uns, wie sie - oft an der Hand fremder Menschen - diesem Feuerball entkommen sind, der sich damals durch die Straßen der Stadt wälzte. Sie berichten uns, wie diese Bilder sie durch ihr Leben begleiten, daß sie nicht loskommen von diesem Schrecken. Viele solcher Zeugnisse konnten wir in den zurückliegenden Wochen in unseren Tageszeitungen lesen. Wir hören auch die Geschichten vom Wiederaufbau, wie die Menschen aus den Trümmern die Steine ihrer zerstörten Häuser sammelten und sich Jahre danach ihr neues Haus bauten.

Wir gehen an diesem Tag zu den letzten Ruinen unserer Stadt. Etwa an die Christopfskirche, die uns mit der Gewalt dieses Tages noch direkt konfrontiert. Wir bleiben auch für einen Augenblick an der Gedenkplatte in der Lotharpassage stehen, wo an die Toten dieses Tages erinnert und zum Frieden ermahnt wird. Erst vor 15 Jahren hat die damalige Friedensbewegung für dieses Zeichen der Solidarität in der geschäftigen Innenstadt gesorgt. Wir denken dabei auch an die Tage des Golfkrieges. Damals versammelten sich hier über drei Monate hin Menschen unserer Stadt zur täglichen Mahnwache.

Ich selbst habe auch meine Erinnerungen an diesen Tag. Es war damals im Jahre 1945 eine Woche vor meinem vierten Geburtstag. Ich wohnte 25 Kilometer südlich von Mainz, in einem kleinen Dorf bei Oppenheim. Plötzlich war der Himmel über der Katharinenkirche rot. Durch die Dorfstraßen schallte dann der Schrei: "Mainz brennt!". Später kamen die Einquartierungen. Für mehr als ein Jahr wohnte eine Mainzer Frau in einem Zimmer unserer kleinen Wohnung. Sie war noch einmal davon gekommen, hatte überlebt, aber alles verloren.

An diesem Tag mischen sich sehr unterschiedliche Gefühle. Bei denen, die einen Menschen oder auch Hab und Gut verloren haben, überwiegt die Trauer. Bei denen, die überleben konnten, kommt gewiß auch Freude, besser Dankbarkeit auf. Natürlich gemischt mit Schuldgefühlen gegenüber jenen, die ihr Leben verloren. Viele spüren in sich aber auch die Wut, daß so kurz vor dem Ende dieses grauenvollen Krieges die Zivilbevölkerung unserer Stadt so viele Opfer bringen mußte.

Das war Wahnsinn, daß da immer noch einige Unverbesserliche vom Endsieg und der sog. "Wunderwaffe" träumten. Aber es war auch Wahnsinn, daß die Alliierten, diesen Krieg bis zum letzten Punkt, dem Angriff auf die Zivilbevölkerung, glaubten ausfechten zu müssen.

Trauer, Dankbarkeit, Wut und Schuldgefühle, das alles kommt an diesem Tag zusammen. Aber es wacht auch die Ahnung auf, was deutsche Bomber und Armeen seit Beginn des II. Weltkrieges der Zivilbevölkerung anderer Länder an Opfern zugemutet haben. Der Bevölkerung von Rotterdam etwa, deren Innenstadt schon am 14. Mai 1940 dem Erdboden gleich gemacht wurde. Den Menschen in Coventry, Minsk und Oradur, um nur einige der verwüsteten Städte und Dörfer zu nennen.

Aus den damaligen Gesprächen in den Familien erinnere ich mich an die Worte: "Uns wurde mit gleicher Münze zurückgezahlt!", "Wer so wahnsinnig ist, mit der ganzen Welt Krieg zu beginnen, der kommt darin um!", "Deutschland mußte den Krieg verlieren, damit der Wahn des Nationalsozialismus mit seinem Terror ausgetrieben werden konnte!". Ich erinnere mich aber auch an die Lösungen der Ewiggestrigen, die meinten, "Hitler habe eben nur einiges falsch gemacht, sonst hätten wir den Krieg gewonnen!".

Gewiß ist, die Niederlage war nicht nur unausweichlich, sie mußte auch kommen. Wie viele haben dafür in den letzten Kriegsmonaten offen oder heimlich gebetet. Aber mußte auch das Opfer der wehrlosen Zivilbevölkerung gebracht werden? Ich wehre mich emotional immer wieder gegen diesen letzten Versuch, dem Bombardement unserer Städte noch einen Sinn abzugewinnen, und vielen in Mainz wird es an diesem Tag ähnlich ergehen.

So sehr mein Verstand auch nach rationaler Befriedigung schreit, ich will einer solchen Begründung nicht zustimmen. Ich müßte damit auch bejahren, daß das Opfer meines Vaters - er verhungerte vier Wochen vor Kriegsende in einem russischen Lager - sinnvoll war. Daß sein Tod der notwendige Preis für den Sieg über den Naziterror war und sein soll, dagegen sperren sich in mir alle Gefühle.

Diese Frage begleitet uns an diesem Tag auf Schritt und Tritt, sie ist - wenn Sie so wollen - die religiöse Frage: Hat die Zerstörung von Mainz etwas mit der Schuld unserer Väter und unserer Mütter zu tun, müssen wir diese Schuld übernehmen? "Unsere Väter haben saure Trauben gegessen, uns sind davon die Zahne stumpf geworden!", so sagt es der Prophet Ezechiel (Ezechiel 18, 2) nach der ersten Zerstörung Jerusalems vor mehr als zweitausendfünfhundert Jahren.

Das ist die Botschaft aller großen Propheten unserer Bibel: Zerstörungen unserer Städte und Dörfer sind kein Naturereignis, sondern haben etwas mit den Verstrickungen der Menschen zu tun. Durch unsere religiösen Traditionen zieht sich die bittere Weisheit, daß Gott unsere Missetaten verfolgt bis ins dritte und vierte Glied.

Die Älteren unter uns wissen, daß diese Frage die Jahre nach dem II. Weltkrieg durchzog. Der Streit um das Stuttgarter Schuldbekenntnis steht für den Riß, der damals durch unser Volk und durch unsere Kirche ging. An dem von Martin Niemöller formulierten Satz: "Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden..." schieden sich die Geister. Ist es das, was uns unser Glauben zu sagen heißt, an einem solchen Tag: Die Unterwerfung unter das Gericht Gottes?

Ich bin mit dieser Überzeugung groß geworden, habe unter diesem Druck Theologie studiert und bin so Pfarrer geworden. Meine Vorbilder waren von diesem Denken geprägt und sie haben auch so gelebt. Dietrich Bonhoeffer ist wohl das klarste Beispiel solcher Schuldübernahme. Diese Haltung war für sie menschlich echt und theologisch gehört sie mit zum Besten, was wir in unserer Tradition haben. In ihr paaren sich prophetische Wachheit und Konsequenz, Verantwortung für das Vergangene und Solidarität für die Zukunft.

Sie ist jener Mentalität weit überlegen, die den Krieg zur Grundausstattung des Menschen zählt und den notwendigen Wechsel von Krieg und Frieden als Naturereignis verortet. Sie findet eine Sprache, wo sonst nur schweigend zugedeckt wird. Ich denke hier etwa an das Mainzer Glaubensbekentnis "Es wird schon wieder gut!", das so viele Menschen in den Nachkriegsjahren angerührt hat. Ganz zu schweigen von jenem weitverbreiteten Zerreiden die-

ser Erfahrungen, in dem eigene Schuld mit der anderen aufgerechnet wird und dann in der Regel entschuldigt werden soll. Was haben wir alles an Reinwäscherie bis auf den heutigen Tag erlebt!

Dennoch wachsen in mir zunehmend Zweifel und Widerstand gegen die Dominanz des prophetischen Bußrufes von der Schuld. Bei mir selbst sind daraus immense Schuldgefühle entstanden, und ich entdecke in mir sehr viel von einer Mentalität des "Abbüßenmüssens". Vieles in meinem Engagement für den Frieden war von diesem Trieb genährt, wieder gut zu machen, zu büßen, Opfer zu bringen.

Ich frage mich heute, ob dies wirklich im Zentrum unserer christlichen Überlieferung rücken darf. Was für die Generation derjenigen, die diese Jahre konkret miterlebt haben, noch stimmtig war, das bricht in der Generation der Söhne und Töchter auf. In ihrem Leben kommt heraus, daß solche "Zumutungen" mit hohen Kosten verbunden sind. Wieviel Härte und Verbissenheit, wieviel Gewalt und Kompromißlosigkeit ist in den Biographien angewachsen, die die Sinnlosigkeit des Krieges durch Wiedergutmachungsstrategien zu rationalisieren und zu harmonisieren suchten. Wieviel von all dem Stoff ist da entstanden, aus dem die Kriege unter den Menschen auch gemacht werden.

Gewiß das ist zweierlei: Das Bekennen der Schuld und das Produzieren von Schuldgefühlen. Aber wie leicht geht das eine in das andere über. Vor allem dann, wenn eine Generation ihre eigene Schulderfahrung als "letzte Wahrheit" an die folgende Weitergibt. Das Jonabüchlein zeigt uns, wie schnell Prophetie umkippen kann in Todesfixierung und Katastropenthalität. Es konfrontiert deshalb die Propheten mit einer großen Weisheit mit ihrem versteckten und ungestillten Lebensverlangen.

Ich lerne langsam: Nicht Schuldgefühle, Opfer und das Abbüßen von Schuld bringen Frieden in die Welt, sondern - wenn ich Jesus recht verstehe - die Lust am Kreatürlichen, die Sorge für unsere Kinder, die Ehrfurcht vor dem Leben. Von solcher Motivation geht nicht allein mehr Kraft aus, sie entspricht auch mehr dem Vater Jesus Christi, der uns ruft zur Mitarbeit an seiner Schöpfung.

Karl-Heinz Dejung
12. Februar 1995

*Noch nicht genügend, aber als Information
über den Prozeß im Mainzausschuß wichtig
zur Kenntnis zu nehmen!*

Karl-Heinz Dejung

PROTOKOLL DER SITZUNG DES MAINZAUSSCHUSSES DER GOSSNER MISSION
Montag, den 16. Januar 1995

Anwesend: Susanne Englert, Elisabeth Krockert, Ulrike Schmidt-Hesse, Ulrike Schreiner-Menzemer, Dr. Klaus-Martin Beckmann, Wolfgang Mehlig, Hermann Petersen, Karl Scheld (Vorsitzender), Walter Sohn.

Von der Mainzer Dienststelle: Ingrid Borns-Scharf, Karl-Heinz Dejung, Detlef Lüderwaldt, Michael Sturm.

Von der Berliner Dienststelle als Guest: Friederike Schulze.

Zu Beginn der Sitzung begrüßt der Vorsitzende die Anwesenden. Er liest als Gebet - in Erinnerung an Dietrich Bonhoeffer - die vor 50 Jahren geschriebene Strophe "Von guten Mächten wunderbar geborgen!".

Im Blick auf die Tagesordnung wird der Punkt 6 ("Rückblick auf das Finanzjahr 1994") vorgezogen und als TOP 2 verhandelt. Das Protokoll der Sitzung vom 23. November 1994 wird ohne Kommentar verabschiedet.

TOP 1: Stand der Vertragsverhandlungen mit der EKHN

Herr OKR Dr. Beckmann und Propst Petersen informieren über die Ergebnisse der Kirchenleitungssitzung vom 13.12.1995, in der eine Entscheidung über eine Neufassung der Vereinbarung zwischen der GM und der EKHN und damit eine Freigabe der Neubesetzung der frei werdenden ReferentInnenstelle - bisher besetzt von Karl-Heinz Dejung - (noch) nicht getroffen wurde.

Hintergrund dieser Entwicklung ist: Auf Grund der Finanzentwicklungen in der EKHN und der jüngsten Synodenbeschlüsse werden ab sofort alle frei werdenden Stellen einer Prüfung durch eine neu zu berufende Kommission unterzogen werden. Dabei sollen folgende Fragen beachtet werden: Was wurde bisher von dem/der Mitarbeitenden getan? Was soll der/die Nachfolgende tun? Was war in dieser Tätigkeit wichtig für die EKHN? Was würde mit der Institution passieren, wenn diese Stelle nicht mehr besetzt würde?

Erreicht wurde jedoch in der Sitzung, daß eine Entscheidung seitens der EKHN vor der anstehenden Kuratoriumssitzung der GM getroffen werden soll, auch wenn bis dahin die Formierung der Kommission noch nicht zustande gekommen sein sollte. Von den angebotenen Terminen wurde der **28. Februar 1995** befürwortet. Bis zum **15. Februar 1995** soll eine entsprechende Vorlage vom Mainzer Team an OKR Beckmann weitergeleitet werden. Ein Abstimmungsge- spräch des Teams mit dem Vorsitzenden des Mainzausschusses, OKR

Beckmann, Propst Petersen wird für Dienstag, den 7. Februar 1995, 11.30-13.00 in Mainz verabredet.

TOP 2: Rückblick auf das Finanzjahr 1994

Auf der Grundlage der Tischvorlage "Finanzbericht zum Mainzer Arbeitszentrum der Gossner Mission. Vorläufiger Haushaltsabschluß 94" (Anlage 1) informiert Karl-Heinz Dejung über die Finanzentwicklungen des Mainzer Arbeitszentrums der GM. Danach konnte der Haushalt 94 - entgegen bisheriger Prognosen - ohne Defizit abgeschlossen werden. Er interpretiert dieses erfreuliche Ergebnis als erfolgversprechendes "Greifen" der von Mainzausschuß und Kuratorium beschlossenen Strategien zu mehr finanzieller Selbstverantwortung. Er weist besonders darauf hin, daß fast 30% des Gesamthaushaltes selbst erwirtschaftet werden konnten.

In der anschließenden Debatte wird dieses unerwartet günstige Ergebnis begrüßt. Es wird beschlossen, daß die seitens der EKHN erfolgte Sonderzuweisung zur Deckung eines erwarteten Defizits in Höhe von DM 30.000,-- als Einnahme dem Haushalt 1995 zugeführt werden soll.

TOP 3: Bericht von der Sitzung des Konzeptionsausschusses (KA) vom 21. Dezember 1995. - Optionen für die Arbeit in Mainz und Berlin.

Elisabeth Krockert erläutert auf der Grundlage des Ergebnisprotokolls (Anlage 2) die vom KA vorgelegten Einschätzungen der Lage. Sie weist außerdem hin auf die von Michael Sturm und Karl-Heinz Dejung erarbeiteten Vorlagen für den KA, die auch den Mainzausschußmitgliedern zugesandt wurden.

Für die vom KA favorisierte Option - Abzug einer ReferentInnenstelle nach Berlin, Verkauf des Mainzer Zentrums und Entwicklung der Mainzer Arbeit aus einer Büroetage - sprechen folgende Überlegungen:

- Unter dem Gesichtspunkt des **einen** Auftrages der GM gilt es, die Erfahrungen der Mainzer Arbeit verstärkt für die Entwicklungen im Berliner Umfeld der neuen Bundesländer fruchtbar zu machen. Deshalb sollte die von GM-Berlin finanzierte Referentenstelle aus Mainz abgezogen werden.
- Im Blick auf das **Mainzer Zentrum** steht der finanzielle Aufwand in keinem Vergleich zum Nutzen für die GM. Wie die Erfahrungen mit dem Industrieseminar zeigen, ist eine industriebezogene Bildungsarbeit nicht notwendig von einem Zentrum abhängig.
- Für die Konsolidierung der **Finanzen im Gesamthaushalt der GM** kann nicht länger mit dem bisherigen Zuschuß zur Erhaltung des Zentrums gerechnet werden.

Friederike Schulze ergänzt diese Überlegen aus der Sicht der Berliner Geschäftsstelle. Neben der Überzeugung, daß mit der Herausforderung im Osten die zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe gestellt ist, geht es um eine engere Verknüpfung der Überseearbeit mit den sog. Gesellschaftsbezogenen Diensten. Außerdem muß davon ausgegangen werden, daß die prognostizierten Defizite im Berliner Haushalt aufgrund des Rückgangs bzw. wegen nicht ausreichender Steigerungen des Spendenaufkommens höher sein werden als dies noch vor einem Jahr erwartet wurde.

Es ist zu befürchten, daß nach dem Jahre 1996 Annette Flade als einzige Mitarbeiterin aus der ehemaligen GM-Ost für die Gesellschaftsbezogenen Dienste übrigbleibt und damit das Modell der GM-West deutschlandweit etabliert ist. Alle diese Argumente sprechen für die Einschätzung des KA, eine Stelle aus Mainz abzuziehen, um die gesellschaftsbezogene Arbeit in Berlin zu stärken.

Michael Sturm geht bei der Kommentierung seiner Vorlage davon aus, daß eine Wirtschaftlichkeitsberechnung - trotz des günstigen Haushaltsabschlusses 94 - deutliche Anzeichen dafür gibt, wie kostenintensiv das Mainzer Arbeitszentrum ist. Zudem erfordert dessen Finanzierung ein Maß an Einsatz und Kraft bei den ReferentInnen, die eigentlich für die Erschließung neuer Prioritäten und Aktivitäten gebraucht werden. Nach seiner Einschätzung ist für die Fortführung der Arbeit in Mainz - etwa aus einer Büroetage - der Erhalt des Zentrums nicht unumgänglich. Zumindest wäre zu prüfen, ob weitere PartnerInnen zu dessen Erhalt gefunden werden können.

Demgegenüber unterstreicht Karl-Heinz Dejung im Gefälle seiner Vorlage die Notwendigkeit des Erhalts eines Arbeits- und Begegnungszentrums in Mainz aus konzeptionellen Gründen. Er sieht in ihm die Grundlage für ein Bildungskonzept, das von Gruppenprozessen ausgeht und in dem in praktischen Projekten gelernt werden kann. Er widerspricht vor allem einer Verlagerung der Mainzer Arbeit nach Berlin, die - werden die KA-Einschätzungen realisiert - dann unausweichlich wird, wenn die EKHN die frei werdende Stelle nicht weiterhin (teil-)finanziert. Er bezweifelt, daß eine gesellschaftsbezogene Arbeit der GM dort eine Zukunft hat, nachdem es bisher nicht gelungen ist, den aus der GM-Ost kommenden Gesellschaftsbezogenen Diensten das erforderliche Gewicht zu geben. Er bestreitet nicht finanzielle Risiken und die Notwendigkeit neuer konzeptioneller Ansätze für Mainz. Die vom KA vorgelegten Einschätzungen erscheinen ihm jedoch im Blick auf die Zukunft der Mainzer Arbeit als erheblich risikoreicher als die Fortsetzung im bewährten Rahmen.

In der Diskussion der Vorlagen und der Eingangsvoten werden folgende Überlegungen, Perspektiven und Positionen vorgetragen und entfaltet:

- Es wird bedauert, daß der KA mit seinen Einschätzungen einer Diskussion des Mainzauschusses vorgegriffen hat. Mit dem mögli-

chen Verkauf des Zentrums gehen wesentliche Elemente der Bildungsarbeit verloren. Zudem erschwert eine Reduktion der ReferentInnen die Arbeit übermäßig zu einem Zeitpunkt, wo eine Intensivierung der Industrie- und Sozialarbeit in Rheinhessen geplant ist. Was die Sanierung der Finanzen im Gesamthaushalt der GM betrifft, muß eine faire Verteilung der Lasten zwischen Berlin und Mainz angestrebt werden. Der vorgesehene Abzug einer ReferentInnenstelle ist nur verkraftbar, wenn dafür zusätzliche Mittel zu Finanzierung von Honorarkräften bereit gestellt werden. Bei notwendigen Überlegungen zu neuen Arbeitsschwerpunkten sollten Kontakte zur Universität in Mainz aufgenommen und genutzt werden (Ingrid Borns-Scharf).

- Die EKHN begrüßt und fördert eine stärkere Kooperation der Mainzer Dienststelle mit den Ämtern für Mission und Ökumene (AMÖ) / Industrie- und Sozialarbeit (AISA), wie dies schon in der vorgesehenen neuen Vereinbarung vorgesehen ist. Was den erwogenen Verkauf des Zentrums betrifft, ist zu fragen, ob in einem reduzierten Rahmen GM-Mainz noch für die hessische Kirche interessant ist. zieht sich aber die EKHN zurück, dann gehen für die GM finanzielle Mittel in einer Größenordnung - einschließlich des von der EKHN verbürgten EMS-Beitrages - von gut 450.000 DM verloren (OKR Beckmann).
- Diese Argumentation aus der Sicht der EKHN wird auch von Karl Scheld unterstrichen und von Propst Petersen noch einmal entfaltet: Nach seiner Einschätzung liegt die Plausibilität des EKHN-Engagements an der Genuität der im Rhein-Main-Gebiet entwickelten Tradition der GM. Nach seiner Einschätzung hängen die wesentlichen Elemente dieser Arbeit - ein Blick in die Projektliste unterstreicht dies deutlich - an dem Zentrum als Ort der Kommunikation.

- Aus der Sicht von Walter Sohn (AISA) ist das Zentrum ein wesentlicher Baustein von GM-Mainz. Dies markiert auch die Differenz zur eigenen Arbeit. Kann diese Grundlage aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen nicht erhalten werden, dann muß geprüft werden, inwieweit etwa die EKHN - im Sinne einer Kostenteilung - diesen Ort als Haus für die GM und andere kirchliche Ämter in der Region übernimmt, so wie dies die Westfälische Kirche vergleichbar mit Haus Villigst getan hat. Mit einer Stellenkürzung in Mainz sind nach seiner Einschätzung deutliche Risiken im Blick auf das EKHN-Engagement gegeben. Ulrike Schmidt-Hesse unterstreicht dies und weist darauf hin, daß die EKHN durch einen Rückzug aus der Mainzer Arbeit zusätzlichen Spielraum gewinnt für die Finanzierung eigener zusätzlicher Arbeit im Bereich von AMÖ und AISA in Rheinhessen.

Gegenüber diesen kritischen Voten zu der Einschätzung des KA werden von Elisabeth Krockert und Michael Sturm noch einmal folgende Argumente vorgetragen:

- Mit dem Rückzug einer Stelle aus Mainz und dem Verkauf des Zentrums wird gewiß die Mainzer Arbeit einen anderen Charakter erhalten, aber sie geht nicht verloren.

- Soll das Zentrum erhalten bleiben, dann muß vor einer Entscheidung des Kuratoriums eine kalkulierbare Wirtschaftlichkeitsprüfung vorgelegt werden, die eine Reduktion der Berliner Zuschüsse berücksichtigt.

Von Susanne Englert und Ulrike Schmidt-Hesse werden noch zusätzliche Überlegungen eingebracht: Es muß geprüft werden, ob und wie es gelingen kann, weitere (Mit)-Träger für das Mainzer Zentrum zu gewinnen, um die absehbaren Folgekosten aufzufangen. Außerdem ist zu überlegen, ob eine strukturelle Unterscheidung in "profit-" und "nonprofit-Bereiche" Entlastungen bieten kann.

In der Diskussion festigt sich der Eindruck, daß eine entsprechende Entscheidung vom Mainzausschuß nicht schnell getroffen werden kann. Dies setzt jedoch voraus, daß auch das Kuratorium auf seiner Märzitzung eine Entscheidung im Blick auf die Mainzarbeit nicht treffen darf. Vor allem Walter Sohn und Ulrike Schmidt-Hesse plädieren für eine offensive Konzeptionsdebatte, in der die unterschiedlichen Optionen über Struktur und ReferentInnenzahl in Mainz geprüft und gewichtet werden. Eine solche Strategie soll vom Mainzer Team und einigen Mitgliedern des Mainzausschusses am **26.-27. Februar (18.00 - 13.00)** erarbeitet werden. Ihre Mitwirkung haben fest zugesagt: Ulrike Schmidt-Hesse, Walter Sohn, Karl Scheld und (wahrscheinlich) Hermann Petersen. Weitere Mitglieder des Mainzausschusses werden eine Teilnahme prüfen.

Zum Abschluß dieses Tagesordnungspunktes findet ein ausführliches Gespräch zur Frage der Information der Mainzer MitarbeiterInnen über die gegenwärtige Debatte zur Zukunft der GM, vor allem aber des Arbeitszentrums Mainz statt. Der Mainzausschuß gibt danach dem Mainzer Team das Mandat - entgegen und trotz des Vertraulichkeitsgebotes des KA - über die im Mainz-Ausschuß verhandelten Fragen möglichst schnell zu informieren.

TOP 4 Zur vorgesehenen Vereinbarung zwischen der GM-Mainz und dem AISA der EKHN

Walter Sohn erläutert den von ihm und Ingrid Borns-Scharf als Tischvorlage eingebrachten Vereinbarungsentwurf (Anlage 2). Darin ist vorgesehen, daß Letztere ab 1. Januar 1996 mit einer halben Pfarrstelle zur Durchführung von Industrie- und Sozialarbeit im Bereich der Propstei Rheinhessen zur Verfügung stehen wird. Von der EKHN werden dazu zusätzliche Sachmittel in Höhe von 25.000 - 30.000 DM erwartet, da solche im bisherigen Haushalt von AISA auf Grund der zu erwartenden Sparmaßnahmen nicht aufzubringen sind. Die Chancen einer Zustimmung seitens der EKHN zu dieser Vereinbarung werden als offen bezeichnet.

In der Diskussion wird seitens des Mainzausschusses unterstrichen, daß eine solche Verpflichtung bisherige Kooperationen bündelt, sie jedoch nur zu übernehmen ist, wenn es zur Wiederbesetzung der 2. ReferentInnenstelle seitens der EKHN kommt. Was

den formulierten Schwerpunktkatalog betrifft, wird auf die Bedeutung von Kontakten zu rheinhessischen Gemeinden hingewiesen.

TOP 5 Ausschreibung zur Besetzung der frei werdenden Stelle in Mainz

Eine ausführliche Diskussion der revidierten Vorlage von Ingrid Borns-Scharf findet nicht statt. Sie soll den Mainzausschuß auf seiner nächsten Sitzung beschäftigen. Es wird jedoch die Frage angesprochen, ob es in der gegenwärtigen Situation sinnvoll ist, diese Stelle auszuschreiben. Ist es nicht sinnvoller, gezielt Personen anzusprechen? Zu dieser Frage werden unterschiedliche Einschätzungen vorgetragen.

TOP 6 Verschiedenes

Unter diesem Punkt wird die Problematik des Studienurlaubes von Ingrid Borns-Scharf (1. 2. 1995 - 31. 5. 1995 inclusive Urlaub) in der gegenwärtigen Phase von wichtigen und arbeitsintensiven Verhandlungen und personellen Wechseln angesprochen. Frau Borns-Scharf teilt mit, daß sie gemäß den schon vor einem Jahr getroffenen Beschlüssen von Mainzausschuß und Kuratorium entschieden hat, erst ab 1. 4. 1995 und zunächst nur für zwei Monate in Studienurlaub zu gehen, um den Verhandlungsprozess mitgestalten zu können. Sie plant dann die restlichen beiden Monate für das Ende 1995. Für sie ist diese Zeit wichtig zur Entwicklung neuer konzeptioneller Überlegungen über eine zukünftige Gestaltung der Mainzer Arbeit. Über die Frage, ob eine Abwesenheit von zwei Monaten in der gegenwärtigen Phase sinnvoll ist, gibt es in Team und Mainzausschuß unterschiedliche Einschätzungen.

TOP 7 Termin der nächsten Sitzung

Der Mainzausschuß wird zu seiner nächsten Sitzung am **13. März 1995 von 14.00-20.00** zusammenkommen, um noch vor der Kuratoriumssitzung über die Neubesetzung der frei werdenden Stelle - die EKHN-Entscheidung ist ja für 28. Februar vorgesehen - und konzeptionelle Fragen des Mainzer Arbeitszentrums beraten zu können.

Karl-Heinz Dejung
29. Januar 1995

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die Mitglieder
des Mainzausschusses

Zur Kenntnis an:
Herrn Christian Schröder

Nachrichtlich an:
Herrn Dieter Hecker

Eingegangen

11. Jan 1995

Erledigt:.....

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

MS/HÖ

9. Januar 1995

**TAGESORDNUNG FÜR DIE SITZUNG DES MAINZAUSSCHUSSES
AM 16.1.95 VON 14,00 bis 18,00 UHR**

1. Stand der Vertragsverhandlungen mit der EKHN (Bericht von OKR Beckmann).
2. Bericht von der Sitzung des Konzeptionsausschusses in Berlin vom 21.12.94 (E. Krockert) - Optionen für die Arbeit in Mainz und Berlin.
3. Bericht über die vorgesehene Vereinbarung zwischen Gossner Mission und Amt für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN bezüglich der Übernahme von Industrie- und Sozialarbeit in Rheinhessen.
5. Ausschreibung der Nachfolge für Karl-Heinz Dejung.
6. Rückblick auf das Finanzjahr 1994.
7. Verschiedenes.

gez. Karl Scheld
gez. Michael Sturm

Anlagen: 3 Arbeitsplatzbeschreibungen

P.S. Wer an der Sitzung nicht teilnehmen kann, möge bitte telefonisch im Laufe dieser Woche Bescheid geben.

Aufgabenbeschreibung Michael Sturm

Vorbereitung und Durchführung der Standartseminare

- industriegeellschaftliches Seminar (Halbjahrespraktikum);
hier: Vorbereitung der Praktika: Kontaktpflege mit Unternehmen, Industrie- und Sozialpfarrämtern, Gewerkschaften/Betriebsräten.
- Industriepraktikum für StudentInnen
hier: unvergüteter Lehrauftrag am Theologischen Fachbereich der Uni Marburg; (30 Semesterwochenstunden) Kontaktpflege wie oben.
- Fortbildungsprogramm für Pfarrerinnen und Pfarrer.
Planung und Durchführung der thematischen Wochenkurse
- "Institutswochen" mit Vikarinnen und Vikaren des Predigerseminars in Herborn (EKHN)
dto.
- Programm "Seelsorge in der Risikogesellschaft" mit dem Predigerseminar Kreuznach
dto.
- Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen des Weiterbildungspogramms der EKHN (3 Veranstaltungen in 1995 angeboten)

Erarbeitung neuer Seminar- bzw. Veranstaltungsangebote

aktuell: Veranstaltungen für Besuchergruppen aus Übersee in Zusammenarbeit mit Missionswerken bzw. Ämtern für Mission und Ökumene der Landeskirchen zur Thematik: Einführung in die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse in Deutschland.

In diesen Bereichen liegt mein inhaltlicher Schwerpunkt in wirtschaftswissenschaftlichen, soziologischen sowie politologischen Fragen und deren didaktischer Bearbeitung. Daneben gilt mein Augenmerk der aktuellen wirtschaftlich-sozialen Entwicklung in der Region Rhein/Main.

Diese mehr theoretische Arbeit sollte ca. 20 Prozent meiner Zeit beanspruchen.

In diesem Zusammenhang auch: Artikel, Beiträge für Zeitschriften, Mitarbeit am "Werkstattbericht".

Vortrags- und Besuchstätigkeit

Sie erfolgt unregelmäßig und auf Anfrage aus Gemeinden, Pfarrkonventen, Gruppen, von Industrie- und Sozialpfarrämtern. Die Themen ergeben sich aus meinen Schwerpunkten. Hinzu kommt die Mitgestaltung von Gottesdiensten/Andachten in Gemeinden.

Relativ feste Beziehungen haben sich zu einzelnen Gemeinden und besonders zur Industrie- und Sozialarbeit der Pfälzischen Kirche ("Männerarbeit") herausgebildet mit Vorträgen in Seminaren für Betriebsräte, Arbeitnehmer (EAN) sowie in deren Industriepraktikum.

Mitarbeit in Gremien, sonstigen Einrichtungen

gegenwärtig: Mitarbeit im Ausschuß "Internationale Solidarität" des Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt sowie im Gesprächskreis "Kirche - Wirtschaft Rheinland/Pfalz", der sich zum Gedankenaustausch aktueller Fragen und zur Vorbereitung und Durchführung einer gemeinsamen Jahrestagung gebildet hat.

Intern

Verantwortlich im Leitungsteam für alle Fragen der Hauswirtschaft, ab Januar 1995 zusätzlich für Finanzen (gemeinsam mit K.H. Dejung bis zu seinem Weggang). Bis 30. Juni 1995 Geschäftsführung. Vertreter im Verwaltungsausschuß, im Konzeptionsausschuß sowie im Finanzplanungsausschuß.

Sonstiges

Erarbeitung der meisten Produkte unserer Öffentlichkeitsarbeit. Prospekt über GM Mainz, Haus-Prospekt, Seminar-Prospekt.

**BESCHREIBUNG DER REFERENTENSTELLE
VON KARL-HEINZ DEJUNG**

Bei der Berufung zum Referenten des Mainzer Arbeitszentrums der Gossner Mission zum 1. Oktober 1978 wurde ich mit folgenden Aufgaben beauftragt:

- (1) Die im "Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft" angebotenen bzw. zu entwickelnden Praktika und Projekte theologisch zu begleiten.
- (2) Ökumenisch-missionarische Dimensionen von kirchlicher Präsenz und christlichem Handeln in der Industriegesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln.
- (3) An lebendigen Beziehungen zu Kirchengemeinden und Initiativgruppen zu arbeiten.
- (4) Kontakte zu Landeskirchen, besonders der EKHN und ihren für die Mainzer Arbeit relevanten Organen und Gremien, zu stärken.
- (5) Mit VertreterInnen der Arbeitswelt, vornehmlich Gewerkschaften, aber auch Unternehmen zusammenzuarbeiten.
- (6) Eine aktive Rolle im Leitungsteam zu übernehmen.

Im Verlauf der zurückliegenden 16 Jahre entstanden daraus folgende Schwerpunkte:

- (7) Im Rahmen der Bildungsangebote war ich verantwortlich für die Fortbildungsangebote für PfarrerInnen und die sog. Institutwochen für VikarInnen.
- (8) Im Blick auf eine ökumenisch-missionarische Dimension bundesrepublikanischer Kirchen konzentrierte ich mich - in Zusammenarbeit mit Michael Sturm - auf Herausforderungen durch das Investitionsverhalten bundesdeutscher Unternehmen in Übersee (vor allem in Südafrika, Brasilien und Südkorea). Ich vertrat die GM in der Evangelischen Kommission für das Südliche Afrika und im ÖMW des EMW (bis 1990). Seit 1979 arbeitete ich mit im "Plädoyer für eine ökumenische Zukunft", seit 1982 als dessen Vorsitzender.
- (9) Im Bezug auf Gemeinden entwickelte ich eine umfangreiche Vortrags- und Gottesdienstarbeit zu Fragen der Arbeitswelt, der Industriegesellschaft und zu Themen des Konziliaren Prozesses. Im Gossnerzentrum arbeitete ich an bzw. in Projekten und Gruppen mit zur Pharma- und Rüstungsindustrie, zur Militarisierung des Mainzer Raums, sowie zu den Herausforderungen einer neuen Armut in Mainz.

bitte wenden

(10) Innerhalb der EKHN war bzw. bin ich Mitglied von Arbeitsgruppen und Ausschüssen, wie z.B. der AG "Frieden und Abrüstung", der AG "Konziliarer Prozeß", des "Anlagenausschusses".... Von 1986-1991 war ich berufenes Mitglied der EKHN-Synode.

(11) Ich hielt Kontakte zu einzelnen Betrieben im Mainz-Wiesbadener Raum und unterstützte meine Kollegen (Werner Petri und Michael Sturm) bei der Suche von Arbeitsplätzen.

(12) Im Leitungsteam nahm ich im Dreijahresrhythmus die Geschäftsführung war. Von 1979-1989 war ich verantwortlich für Haus und Zentrum, ab 1990 für die Finanzen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit engagierte ich mich besonders bei der Publikation der Werkstattberichte der Gossner Mission.

Karl-Heinz Dejung
20. Dezember 1994

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die

Mitglieder des Mainz-Ausschusses

zur Kenntnis an:

Herrn Christian Schröder

nachrichtlich an:

Herrn Dieter Hecker

Eingegangen

14. Dez. 1994

Erledigt:

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Re

13. Dezember 1994

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag von Ingrid Borns-Scharf und Karl Scheld übersende ich Ihnen beiliegend das Protokoll der letzten Sitzung des Mainzausschusses vom 23. November 1994.

Mit den besten Wünschen für eine gesegnete Adventszeit von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Ihre

J. Reuter

(Irmgard Reuter)

Anlage

Protokoll Mainzausschuß

PROTOKOLL DER SITZUNG DES MAINZ-AUSSCHUSSES
vom 23. November 1994
(14.00 - 20.00 Uhr)

Answesend: Klaus-Martin Beckmann (ab 14.30 Uhr), Elisabeth Krockert, Hans Kühn, Detlef Lüderwaldt (bis 17.30 Uhr), Wolfgang Mehlig, Hermann Petersen, Karl Scheld, Christian Schröder, Ulrike Schmidt-Hesse (ab 16.00 Uhr), Walter Sohn (ab 16.00 Uhr), Petra Vollweiler-Freyer (ab 14.30 Uhr).

Geschäftsstelle Berlin: Dieter Hecker

Vom Team: Ingrid Borns-Scharf, Karl-Heinz Dejung, Michael Sturm

Entschuldigt: Susanne Englert, Ulrike Schreiner-Menzemer

Karl Scheld eröffnet die Sitzung. Zum letzten Protokoll gibt es keine Anmerkungen.

TOP 1: Bericht über den gegenwärtigen Stand der Arbeit

a) Entwicklung unserer Bildungsprogramme

Michael Sturm berichtet über die derzeit stattfindenden Angebote und über die Veranstaltungsplanung 1995.

- Halbjahrsseminar:
Das augenblickliche Seminar hat vier Teilnehmer (keine Frau), wobei ein Teilnehmer bei uns im Zentrum wohnt und bei der Firma Linde arbeitet, die übrigen arbeiten und wohnen dezentral.
- Zusammenarbeit mit Predigerseminar Bad Kreuznach: Im Rahmen der Seelsorgeausbildung des Predigerseminars wurden Kooperationen verabredet mit dem Schwerpunkt: Seelsorge in der Industriegesellschaft/Arbeitslosigkeit. Es haben bisher drei Veranstaltungen stattgefunden, die am 13.12.94 ausgewertet werden sollen.
- Industriapraktikum:
Der Rückgang des Interesses sowohl an Diakonie als auch am Industriapraktikum haben an der Universität Marburg zu konzeptionellen Überlegungen geführt, die noch nicht abgeschlossen sind. Unabhängig von Marburg wurde deshalb das IP für 1994 an allen Universitäten ausgeschrieben, was immerhin fünf Studierende motivierte, nach Mainz zu kommen. Dies soll für 1995 ebenso praktiziert werden.
- Fortbildungsprogramm für Pfarrer/Innen über drei Jahre (insgesamt sechs Wochen):
Im November fand die vierte Fortbildungswoche zum Thema: "Um-

weltgerechtes Wirtschaften" statt, in der unterschiedliche Fragestellung und Blickrichtung aus Praxis und Theorie zu Wort kamen: Kirchliche/Theologische Sicht (Umweltbeauftragte), Produktethik (Betrieb Erdal), Ökologie (Weizsäcker-Institut, Ökologische Steuerreform, Oikos-Projekt), Ökonomie, (Betriebsrat BASF). Die Teilnehmenden kommen aus Zwickau, Dresden, Berlin, Frankfurt, Dortmund und Worms. In der anschließenden Diskussion wurde die Frage erörtert ob es sinnvoll und motivierend sein könnte, eine zusätzliche Ausbildung wie diese PfarrerInnen-Fortbildung auch zu honорieren ("z.B. durch ein Zertifikat oder einen Diplomkurs"). Ein abschließendes Votum hierzu gab es nicht.

TOP 1 b Personalentwicklung:

Ingrid Borns-Scharf gibt bekannt, daß sie ab August 1994 die Verantwortung für Personalfragen von Michael Sturm übernommen hat (Michael Sturm hat nunmehr den Bereich Hauswirtschaft, Karl-Heinz Dejung wie gehabt Finanzen). Sie berichtet von der Durchführung einer Supervision, die in Zusammenarbeit mit der Gemeindeberatung (zum erstenmal am 22.11.94) mit allen Mitarbeitenden - ausgenommen Tarek Badawia (geringfügiges Beschäftigungsverhältnis) - des Hauses stattgefunden hat. Gründe und Notwendigkeit für eine Supervision werden u.a. darin gesehen, daß zusätzliche Belastungen durch Mehrarbeit - bedingt durch die Finanzkrise - zu erheblichen Konflikten und Schwierigkeiten geführt haben. Von Seiten der Beratung wurde der Vorschlag gemacht, daß alle Mitarbeitenden an einer gemeinsamen Diskussion über Konzeption und Zielsetzung des Hauses beteiligt werden. Damit waren alle einverstanden. Zwei weitere Sitzungen wurden verabredet. In der sich anschließenden Diskussion wurde die Initiative einer gemeinsamen Supervision begrüßt bzw. zur Kenntnis genommen. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß mögliche konzeptionelle Überlegungen und Strategieentwicklungen im Rahmen der Vorgaben der Gremien zu erfolgen haben und das mögliche Ergebnisse zurückgekoppelt werden an den Mainzausschuß. Daraufhin wurde der Vorschlag gemacht, daß die Zielsetzung, die offenbar eine Mischung aus Supervision und Organisationsentwicklung sei, noch präzisiert werden müßte.

TOP 1c: Finanzen

Karl-Heinz Dejung gibt einen Überblick über die Finanzentwicklung im laufenden Haushaltsjahr. Nach der vorliegenden Abrechnung zum 31.10.1994 ist ein Gesamtdefizit von +/- 35.000,-- DM zu erwarten. Das heißt, das erwartete Defizit wird um rund 10.000,-- DM überschritten. Gründe dafür sind: Die erwartete Spenden/Zuschüsse-Steigerung auf 90.000,-- DM wird wohl nicht erreicht werden können. Zudem gibt es Mindereinnahmen in den Bereichen Industrieseminar und Industriepraktikum. Erfreulich auf der Einnahmenseite sind die Mehrereinnahmen im Bereich von Vermietung im Jochen-Klepper-Haus, hier kann das gesteckte Ziel von 80.000,-- DM wohl erreicht werden. Die Ausgaben bewegen sich im Rahmen der Haushaltsstruktur.

Nicht berücksichtigt ist in dieser Einschätzung eine Sonderzuweisung von Seiten der EKHN in Höhe von 17.000,-- DM als Beitrag für den geplanten Investitionsfonds. Dieser Betrag ist deshalb nicht in die Haushaltseinschätzung aufgenommen, weil die entsprechenden Ausgaben ursprünglich nicht geplant waren.

TOP 1c: Inhaltliche und organisatorische Planungen

Michael Sturm erläutert die Angebote für 1995 (Vgl. Anlage 1). Karl-Heinz Dejung lädt alle Interessenten, auch aus dem Mainzausschuß, ein, an dem Programm in Holland (20. bis 24.3.95) teilzunehmen, da es hier um Erfahrungen zu Spiritualität und Arbeitswelt geht, ein Thema des Mainzausschusses! Karl-Heinz Dejung erläutert die Angebote des Mainzer Zentrums an die Missionswerke (vgl. Anlage 2), mit dem Hinweis, daß Mainz spezifische Erfahrungen einzubringen hat, die eigene Industriegesellschaft unter missionarischen Gesichtspunkten zu reflektieren. Hintergrund dieser Vorlage ist, bereits vorhandene Zuschüsse zu sichern, durch Arbeitsbeziehungen die Verbindungen zu stärken und durch Ausweitung des Angebotes evtl. zusätzliche Zuschüsse zu bekommen. OKR Beckmann machte den Vorschlag, einen zusätzlichen Vertrag mit EMS zu machen, da der EMS-Zuschuß (voraussichtlich) um 3% gekürzt wird.

TOP 2: Bericht vom Konzeptionsausschuß

Elisabeth Krockert berichtet, daß die erste Sitzung des vom Kuratorium einberufenen Konzeptionsausschusses stattgefunden hat. Sie weist nachdrücklich darauf hin, daß es ihr Anliegen sei, die Zukunft und die Zusammenarbeit der beiden Geschäftsstellen zu reflektieren. Die intensiven wertvollen Erfahrungen, die das Mainzer Zentrum mit Fortbildung und Seminaren gemacht hat, sollten stärker in die Arbeit der Gesellschaftsbezogenen Dienste in Berlin eingebracht werden. Die Frage, wie das zu geschehen hat, wurde vom Konzeptionsausschuß an den Mainzausschuß überwiesen. Eine Diskussion hierüber wurde begonnen, dann aber vertagt. Dieter Hecker informiert über die Hintergründe des Konzeptionsausschusses. 1996 sind größere personelle Veränderungen zu erwarten, die dann eine Neuzuordnung und Zusammenlegung von Stellen ermöglichen könnte.

TOP 3: Änderung des Vertrags mit der EKHN (ursprünglich TOP 4 - wird vorgezogen)

OKR Beckmann führt in einige Überlegungen der Kirchenverwaltung ein. Der Rückgang der Kirchensteuer wird ab 1996 auf ca. 10% geschätzt, das bedeutet ein voraussichtlicher Einbruch von ca. 80 bis 90 Millionen DM bei einem Haushalt von 850 Millionen. Jede übergemeindliche Stelle muß deshalb überprüft werden. Das gilt auch für die Stelle von Karl-Heinz Dejung, der zum 1. Juni 95 aus dem Mainzer Team ausscheidet. Aus diesem Grund hat am 14.11.94 ein Gespräch auf Veranlassung von OKR Beckmann stattgefunden, an dem Propst Petersen, Karl Scheld und Karl-Heinz Dejung teilnahmen. Es wurden unterschiedliche Optionen erarbeitet, die dem Mainz-Ausschuß zur Beratung vorlagen (vgl. Anlage 3, Beckmann/Dejung vom 16.11.94). Nach ausführlicher Debatte über die verschiedenen Optionen einer "Änderungskündigung" der Vereinbarung zwischen EKHN und Gossner Mission und über die Frage, ob die freiwerdende Stelle mit einem Pfarrer/einer Pfarrerin besetzt werden muß, beschließt der Mainzausschuß die Option 2.2:

"In den Gesprächen sollte darauf hingearbeitet werden, die Vereinbarung zunächst einmal befristet auf 5 Jahre zu verlängern, um neue konzeptionelle Überlegungen der Zusammenarbeit zwischen der EKHN und der Gossner Mission zu erarbeiten und zu erproben."

OKR Beckmann weist darauf hin, daß die EKHN sicherlich ein Interesse daran hat, die eigenen Pfarrer unterzubringen, daß dies laut Vereinbarung aber nicht zwangsläufig so sein muß.

Vorschlag Kühn: In den Verhandlungen sollte versucht werden, daß § 2 der Vereinbarung in der Substanz erhalten bleibt, so daß die Stelle **nicht unbedingt** mit einem Pfarrer/einer Pfarrerin der EKHN besetzt werden muß. Dies wurde einstimmig vom Mainzausschuß befürwortet.

TOP 4 (verändert) 1. Nachfolge für Karl-Heinz Dejung

Karl-Heinz Dejung gibt eine persönliche Stellungnahme zu seinem Weggang. Der Amtssitz wird in Frankfurt/Main sein. Er wird aber noch vier bis fünf Jahre in Mainz (außerhalb der jetzigen Dienstwohnung) wohnen bleiben. Die anschließende Diskussion beschäftigte sich mit dem Entwurf für einen Ausschreibungstext (vgl. Anlage 4). Hierzu wurden folgende Ergänzungen bzw. Veränderungen gemacht (stichwortartig):

- die Stelle wird zunächst auf fünf Jahre begrenzt
- die Anstellung erfolgt durch die Gossner Mission
- Bereitschaft, an konzeptionellen Überlegungen für eine Neuorientierung mitzudenken
- Erfahrung in der industriellen Arbeitswelt
- Gossner Mission sollte nicht in Klammern stehen !

Alle drei Mitglieder vom Team werden beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Mainzausschusses eine Arbeitsplatzbeschreibung der eigenen Stelle vorzulegen, um auf dieser Grundlage den Ausschreibungstext noch einmal zu beraten.

2. Nachfolge für Frau Schanné in der Hauswirtschaft

Michael Sturm stellt die Hintergründe der Kündigung aus seiner Sicht dar. Ingrid Borns-Scharf weist darauf hin, daß eine Kündigung in schriftlicher Form noch nicht vorliegt, daß aber - aufgrund der mündlichen Erklärung - davon auszugehen ist, daß Frau Schanné mit Wirkung vom 31. März 1995 ihre Stellung kündigen wird.

Der Mainzausschuß bedauert den Weggang von Frau Schanné und spricht die Empfehlung aus, die Stelle wieder zu besetzen und auf fünf Jahre zu begrenzen (8 ja-Stimmen, 1 nein-Stimme). Vorschlag OKR Beckmann: Der Verwaltungsausschuß wird gebeten zu prüfen, ob eine zeitliche Begrenzung stattfinden sollte.

TOP 5 Stand der Vorarbeiten zur Übernahme der Industrie- und Sozialarbeit in Propstei Rheinhessen

Nach notwendigen Vorüberlegungen und Sondierungsgesprächen sowohl im Mainzausschuß als auch zwischen Propstei, AISA, EKHN und Gossner Mission fand am 6.11.94 ein weiteres Gespräch zwischen Walter Sohn (Amt für ISA der EKHN) und Ingrid Borns-Scharf (Gossner Mission) statt. Walter Sohn erläutert die Verhandlungen, bei denen es vor allem um strukturelle Überlegungen, inhaltliche Aufgaben, Arbeitskapazität und Finanzmittel ging (vgl. Anlage 5). Folgende weitere Schritte wurden vereinbart:

- Eine vertragliche Vereinbarung zwischen dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit und der Gossner Mission soll im Dezember 94/Januar 95 erfolgen. Verhandlungen mit der Kirchenleitung wird der Leiter des Amtes, Walter Sohn, im Rahmen einer Neukonzeption der Industrie- und Sozialarbeit führen.

- Die Gossner Mission, vertreten durch Ingrid Borns-Scharf, übernimmt einen Teil der ISA in Rheinhessen (ab 1996), wenn geklärt ist: ob und in welcher Höhe die EKHN bereit ist, finanzielle Zuwendungen in Form von Sachmitteln für die Arbeit zur Verfügung zu stellen und ob die Pfarrer/Innen-Stelle im Leitungsteam wieder besetzt werden kann.

Der Ausschuß beschließt seine Sitzung mit einem gemeinsamen AGAPE-Mahl, dessen Gestaltung Ulrike Schmidt-Hesse, Michael Sturm und Monika Schanné übernahmen.

Die nächste Sitzung des Mainzausschusses soll stattfinden am **Montag, den 16. Januar 1995, von 14.00 bis 18.00 Uhr.**

Ingrid Borns-Scharf
5. Dezember 1994

Veranstaltungsplan 1995

A) Standardprogramme

- Industriepraktikum
(nach dem "Modell 1994")
Beginn: 14. August; Ende: 22. September
- Halbjahresseminar
Beginn: 9. Oktober
- Pfarrerfortbildung
Beginn: 6. November
- Die Planung für Veranstaltungen im Rahmen der Seelsorgeausbildung des Predigerseminars Bad Kreuznach findet am 13. Dezember 1994 statt.

Im Rahmen der noch laufenden Programme finden statt:

- Ein Wochenende des Halbjahresseminars vom 10. bis 12. Febr. 1995 sowie die Endauswertung vom 27. bis 31. März 1995.
- Zwei Wochenveranstaltungen der Pfarrer(innen)fortbildung vom 13. bis 17. Febr. 1995 in Dortmund sowie vom 19. bis 23. Juni in Zwickau, Sachsen.

B) Angebote im Rahmen der Veranstaltungen "Beruf und Bildung" der EKHN

- Spiritualität und Arbeitswelt, mit der Basisgemeinde "Buitenwacht" in Dordrecht/Niederlande: 20. bis 24. März 1995
- Wirtschaftsethik-Unternehmensexethik: 9. bis 11. Mai 1995 in Mainz
- Wie ist der Sozialstaat zu retten?: 14. bis 16. Nov. 1995 in Mainz

C) Angebote im Bereich Mission und Ökumene (geplant)

- Planungsgespräch mit ReferentInnen des EMS am 26. Jan. 1995
- Besuchsprogramm für eine Gruppe aus El Salvador (in Verbindung mit dem Referat für Gesellschaftsbezogene Dienste des EMW) in Zusammenarbeit mit Ralf Wenzel, KDA im Kirchenkreis Zehlendorf, Berlin. Arbeitsthema: Projekte des sog. "informellen Sektors" (ABM etc.).

Michael Sturm

**ANGEBOTE DES SEMINARS FÜR KIRCHLICHEN DIENST IN DER
INDUSTRIEGESELLSCHAFT AN DIE MISSIONSWERKE IN DEUTSCHLAND**

Die Gossner Mission besitzt mit ihrem "Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft" in Mainz ein einzigartiges Instrument in der deutschen Missionslandschaft: Hier wird versucht, die Entwicklungen der eigenen Gesellschaft unter missianarischen Gesichtspunkten zu begleiten bzw. aufzuarbeiten und die Stellung der bundesdeutschen Industriegesellschaft in der Weltwirtschaft zu reflektieren.

Daß im Blick auf diese Aufgabe Erwartungen an das Mainzer Zentrum seitens der Missionswerke vorhanden sind, wird durch das Studienprojekt dokumentiert, das in der 2. Hälfte der 80er Jahre zu den sozialen und ökologischen Folgen deutscher Investitionen in Übersee im Auftrag des EMW durchgeführt wurde.

Daß Mainz auf diesem Gebiet Erfahrungen mitbringt, zeigen auch die Südafrikaseminare, die zwischen 1970 und 1981 in Mainz durchgeführt wurden und die u.a. das Ziel hatten, PfarerInnen aus Südafrika mit den Versuchen unserer Kirchen vertraut zu machen, sich den Herausforderungen der Industriegesellschaft zu stellen.

Zudem werden immer wieder Anfragen an unser Haus gerichtet, BesucherInnen aus Partnerkirchen in Übersee einen Einblick in unsere "Industriearbeit" zu geben bzw. zu erläutern, was denn unsere Unternehmungen in Mainz mit "Mission" zu tun haben.

Auf dem Hintergrund von Überlegungen zur finanziellen Absicherung unserer Arbeit bzw. zur Diversifizierung der Mainzer Angebote schlage ich vor, aus den **punktuellen Diensten gegenüber den Missionswerken kontinuierliche Angebote zu entwickeln**. Ich stelle folgende Projekte zur Diskussion:

- Ein Wochenseminar zur Einführung in die Industriegesellschaft Deutschland für sog. "fraternal workers" aus Partnerkirchen in deutschen Missionswerken bzw. Kirchen. Ziel dieses Angebotes sollte sein, die Erfahrungen dieser ChristInnen, die längere Zeit in unserem Land arbeiten, zu hören, zu verarbeiten bzw. unsere eigenen Gestaltungsversuche zur Diskussion zu stellen. Zu erkennen, ob und inwieweit wir im eigenen Land ökumenisch verantwortlich und relevant handeln, das wäre der Gewinn eines solchen Projektes für die eigene Arbeit. - Ansätze dazu wurden von uns in einem Seminar mit Studierenden aus der "Dritten Welt" des Villigster Programms entwickelt.

- Ein Wochenseminar für RückkehrerInnen aus Partnerkirchen der Missionswerke in Übersee. Diese Menschen, die mehrere Jahre außerhalb unserer Industriegesellschaft lebten, haben in der Regel spezifische Schwierigkeiten, in der "Heimat" wieder zu landen. Sie stehen vor der Frage, was sie mit ihren Erfahrungen in Übersee bei uns eigentlich machen sollen und können. Ihnen einen analytisch geschulten Blick in die Veränderungsprozesse "zuhause" zu geben, sie mit den anstehenden Optionen gesellschaftlicher Entwicklung vertraut zu machen und an Handlungsmöglichkeiten heranzuführen sollte eine vorrangige Zielsetzung dieses Angebotes sein.
- In den Partnerkirchen der Missionswerke beginnt eine intensivere Arbeit mit Fragen der Gerechtigkeit bzw. den Herausforderungen, die dadurch an die Kirchen gestellt sind. Wir regen an, daß bei Besuchsprogrammen aus Übersee Menschen gezielt berücksichtigt werden, die in dieser Aufgabe stehen. Wir selbst sind bereit, solchen Besuchsgruppen unsere Erfahrungen im Streit um eine sozial verantwortliche und überlebensfähige Gesellschaft zu vermitteln. Außerdem sind wir weiterhin bereit Gruppen aus der UIM-Arbeit bzw. aus Gewerkschaften unsere Dienste anzubieten, wenn es darum geht, Kontakte mit entsprechenden Gruppierungen bei uns zu vermitteln.

Gewiß, zur Realisierung dieser Angebote bedarf es spezifischer Ressourcen. Ich weise in diesem Zusammenhang nur auf das Sprachproblem hin. Aber: Wir haben auf der anderen Seite hier Kompetenzen anzubieten, die sonst in der Missionsszene selten anzutreffen sind. Und: Unsere bisherigen eher "zufälligen" Einsätze auf diesem Feld haben gezeigt, daß wir mit Honorarkräften einiges erreichen können.

Wichtig sind für mich zwei Überlegungen bei der Aufnahme solcher Angebote in unsere regelmäßigen Programme: Sie halten uns an globalen Fragestellungen, die wir ja in unseren lokalen und regionalen Engagements nicht vergessen wollen und sollen. Außerdem können wir über solche Angebote aus dem Bereich "Mission" finanzielle Mittel erhalten, die sonst schwer für die Mainzer Arbeit zu bekommen sind.

Karl-Heinz Dejung
10. September 1994

DISKUSSIONEN ZU DEN VEREINBARUNGEN
ZWISCHEN DER EKHN UND DER GM

(1) Seit dem Schreiben des Kuratoriumsvorsitzenden um die Erhöhung des Personalkostenbeitrages der EKHN an die GM vom Oktober 1993 ist die vertragliche Vereinbarung zwischen EKHN und GM vom Mai 1978 im Gespräch. Das Ausscheiden von Karl-Heinz Dejung aus dem Mainzer Team zum 1. Juni 1995 hat die EKHN zum Anlaß genommen, entsprechende Fragen an die GM über den Referenten weiterzuleiten. Die Interpretation dieses Vorgangs ist nicht eindeutig. Ausgegangen werden kann jedoch von dem Faktum, daßangesichts der gegenwärtigen Finanzkrise, jede frei werdende "übergemeindliche Stelle" befragt wird, was immer dies auch bedeuten mag. Hintergrund ist eine Entscheidung der Kirchenleitung, die Anzahl der übergemeindlichen Stellen ("der Pool an unregelmäßigen Verben") zu reduzieren, um so Spielräume zu Einsparungen zu gewinnen.

Konkret geht es darum, daß eine der beiden von der EKHN finanzierten Stellen (§ 2) zur Debatte steht. Entsprechende Anfragen hat der Leiter der Kirchenverwaltung, Herr OKR Scholz, einen Tag nach der Berufung von Herrn Dejung zum Leiter des Amtes für Mission und Ökumene der EKHN, Herrn OKR Beckmann vorgetragen. Nach § 7 des Vertrages können die Vereinbarungen zwischen der EKHN und der GM verändert werden, wenn eine der beiden Seiten diesen bis zum 30. April des vorhergehenden Jahres kündigt. Ausgegangen werden kann deshalb davon, daß die Vereinbarung auf jeden Fall bis zum 31. Dezember 1995 Gültigkeit hat.

(2) Angesichts dieser Ausgangslage hat auf Veranlassung von Herrn OKR Dr. Beckmann am 14. November 1994 in der Kirchenverwaltung in Darmstadt ein Gespräch stattgefunden. An ihm nahmen teil: Propst Hermann Petersen, als Delegierter der EKHN im Kuratorium der GM, Pfr. Karl Scheld als Vorsitzender des Mainz-Ausschusses und Karl-Heinz Dejung vom Mainzer Team. Die Beteiligten gingen davon aus, daß es bis zum 30. April intensiver Gespräche seitens der GM mit der EKHN bedarf, um die Substanz der seit 1. Mai 1978 geltenden Vereinbarung zu erhalten.

In dem Gespräch wurden unterschiedliche Optionen erarbeitet, die dem Mainz-Ausschuß zur Beratung vorgelegt werden sollen:

2.1. Die Vereinbarung sollte mit allen Mitteln - unter Hinweis auf geschichtliche Bedeutung des Mainzer Zentrums für die EKHN und unter Nutzung aller bestehenden Beziehungen - verteidigt werden. Eine solche Defensivhaltung wurde von den Gesprächsteilnehmern als wenig förderlich angesehen.

2.2. In den Gesprächen sollte darauf hingearbeitet werden, die Vereinbarung zunächst einmal befristet - etwa auf 5, mindestens aber um 3 Jahre - zu verlängern, um neue konzeptionelle Überlegungen der Zusammenarbeit zwischen der EKHN und der GM zu erarbeiten und zu erproben (s.u.)

2.3. An die Stelle der infrage stehenden Referentenstelle tritt ein finanzieller Zuschuß. Wünschenswert wäre es, diesen Zuschuß gleichzeitig mit den Lohnkosten steigen zu lassen. Generell gibt es für diesen von Herrn OKR Beckmann vorgetragenen Vorschlag in Darmstadt Offenheit, etwa bei dem Finanzreferenten. Fraglich erscheint jedoch die erwünschte Angleichung des Zuschusses an die tariflich anstehenden Lohnerhöhungen.

2.4. Im § 1 der Vereinbarungen wird die enge Zusammenarbeit zwischen der GM und den Ämtern für Mission und Ökumene (AMÖ) bzw. Industrie- und Sozialarbeit (AISA), sowie den Abteilungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung in der EKHN angesprochen. Es sollte darauf hingearbeitet werden, daß die EKHN den zur Debatte stehenden Betrag als jährlichen Zuschuß der GM zur Verfügung stellt.

2.5. Es wäre darauf hinzuarbeiten, daß die EKHN weiterhin 1 1/2 Stellen des Mainzer Zentrums gemäß den Vereinbarungen aus dem Jahre 1978 finanziert. Gleichzeitig versuchen der Propst für Rheinhessen und AISA Beschlüsse über 1/2 Stelle für die notwendige Industrie- und Sozialarbeit in Rheinhessen zu erzielen, die dann wiederum - gemäß gegenwärtigen Verhandlungen zwischen dem Propst, GM und AISA - bei der GM lokalisiert werden sollte.

Die Gesprächsteilnehmer favorisieren in ihren eigenen Überlegungen Option 2.2. Außerdem erscheinen Kombinationen denkbar: So bedürfen 2.4. und 2.5. gewiß intensiver Gespräche und wären ohne eine "abgesicherte" Beratungsphase nicht sinnvoll.

Auf der Grundlage von Option 2.2. könnte zudem die Suche eines/r Nachfolgers/in möglichst schnell erfolgen. Dies ist Voraussetzung für Weiterführung und Intensivierung der Mainzer Arbeit.

(3) Es wird außerdem vereinbart, daß Herr OKR Dr. Beckmann und Propst Petersen ein Gespräch mit dem stellvertretenden Kirchenpräsidenten Köke - möglichst noch vor der Mainzausschusssitzung - führen, um zu erkunden, wie weit die Überlegungen zu den Veränderungen der Vereinbarungen in Darmstadt gehen und in wie weit sie von der geschäftsführenden Kirchenleitung getragen sind.

BECKMANN/DEJUNG
16. 11. 1994

ENTWURF FÜR AUSSCHREIBUNGSTEXT

Im Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft (Gossner Mission) in Mainz ist eine Stelle im Leitungsteam (3 Teamer/innen) ab neu zu besetzen.

Von dem Pfarrer/der Pfarrerin werden erwartet:

- Erfahrungen mit und in der Arbeitswelt;
- Erfahrungen in Tagungs- und Seminararbeit, insbesondere: kreative und teilnehmer/innenorientierte Gestaltung von Fortbildungsprogrammen;
- Fähigkeit zu interdisziplinärer Arbeit im Bereich von Kirche und Gesellschaft (Theologie - Politik - Ökonomie);
- Teamfähigkeit und die Bereitschaft, Mitbestimmung am Arbeitsplatz konkret zu gestalten;
- Erfahrungen in Verwaltung und Finanzen;
- gemeindeorientiert und kirchenorientiert zu arbeiten;
- Kenntnisse und Interesse an Befreiungstheologie und Feministischer Theologie;
- Erfahrungen aus der Ökumene;
- die Bereitschaft, das Projekt Gleichstellung von Frauen und Männern in der Kirche aktiv zu unterstützen;

Bewerbungen sind bis **30. Mai 1995** zu richten an:

Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft
Albert-Schweitzer-Str. 113-115, 55128 Mainz
Tel.: 06131 - 232031/287440, Fax: 06131 - 238216

Überlegungen zur Industrie- und Sozialarbeit in Rheinhessen

Form: Vertrag zwischen Gossner/Mainz und dem Amt für ISA der EKHN

Inhalt:

- * Definition der zur Verfügung stehenden Arbeitskapazität

- * Inhalt der Beauftragung

- * Zusammenarbeit mit dem Beauftragten des Amtes für ISA in Rhh.

- * Sachmittel des Amtes

- * Form der Einbindung in die Arbeit des landeskirchlichen Amtes (Mitarbeiterbesprechung, Kammer, Kirche/Wirtschaft Rhld.-Pf., Kirche/Gewerkschaft Rhld.-Pf.)

Voraussetzungen:

1. Analyse der Region und ihrer Herausforderungen (Entwicklung der Betriebe, Branchen, Arbeitsplätze, Industrie- und Dienstleistungsstruktur, Problembereiche, Infrastruktur, Pendelsituation, gesellschaftliche Auswirkungen, Auswirkungen auf bestimmte Zielgruppen, z.B. Frauen);
2. Feststellung der kirchlichen Bedarfslage.

Strukturelle Überlegungen:

- * Zu klären sind Form und Zielrichtung der Anbindung an die Propstei (Einbindung in Planungsvorgänge, Zusammenarbeit mit anderen Aufgabengebieten, gemeinsame Festlegung von Arbeitsschwerpunkten usw.).
- * Fachliche Begleitung durch das Amt für ISA.
- * Einbindung in die Arbeit von Gossner/Mainz

Inhaltliche Aufgaben:

1. Beratung des Propstes in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen der Region;
2. Aufbau und Pflege von Kontakten zu örtlichen Betrieben, Verbänden, Institutionen usw.
3. Mitwirkung an der Planung thematischer Schwerpunkte im Bereich der Propstei; Umsetzung in Dekanaten, Pfarrkonventen; Aufbau eines innerkirchlichen Kontaktnetzes;
4. Entwicklung reijiger Veranstaltungsangebote für Zielgruppen aus der Arbeitswelt.

Zu klären ist insbesondere auch die Frage des örtlichen Schwerpunkts: Mainz oder das "Hinterland"?

Mainz, 23.11.94.

W. Sohn

Fennstraße 31
D-12439 Berlin

Gossner Mission Fennstraße 31 D-12439 Berlin

An das
Leitungsteam der
Gossner Mission Mainz
Albert-Schweitzer-Str. 113-115

55128 Mainz

Telefon
030/6317809
Telefax
~~030/6361198~~
030/6361198

Berlin, den 25. November 1994

Liebe Ingrid, lieber Karl-Heinz, lieber Michael,

wir haben gestern in unserem Geschäftsstellengespräch nach einem kurzen Bericht von mir über die Sitzung des Mainzausschusses gesprochen. Uns ist dabei klar geworden, daß wir eigentlich schon vor der ersten Sitzung des Konzeptionsausschusses uns in den Geschäftsstellen einmal hätten treffen müssen, um unter uns die anstehenden Konzeptionsfragen zu diskutieren. Das nächste Geschäftsstellentreffen ist erst im Februar, nach der nächsten Serie von Sitzungen des Konzeptionsausschusses und des Mainzausschusses. Kurz, wir meinen, daß wir uns vor Mitte Dezember einmal treffen sollten.

Unser Vorschlag ist, daß wir uns am nächsten Freitag, den 2. Dezember hier in Berlin treffen könnten. Karl-Heinz wird in jedem Fall zu der Tagung über den Sozialgipfel kommen. Dann wäre es das Einfachste, wenn Ingrid und Michael mitkämen. Bei uns ist es so, daß erstaunlicherweise fast alle sich den Tag freihalten können. Wenn das bei Euch auch der Fall wäre, hätten wir unerwartetes Glück. Falls nicht, sollten wir uns einen anderen Termin überlegen. Bitte, entschuldigt diese kurzfristige Planung. Es ist nur eine Überlegung von unserer Seite, wie wir uns gemeinsam rechtzeitig, oder besser nicht ganz zu spät in den vom Kuratorium angefangenen neuen Planungsprozeß einschalten können. Von der Zeit her sind wir offen und würden uns darauf einstellen, wann Ihr kommen könnt. bitte, gebt uns Anfang der Woche Bescheid. Übernachtung können wir selbstverständlich arrangieren.

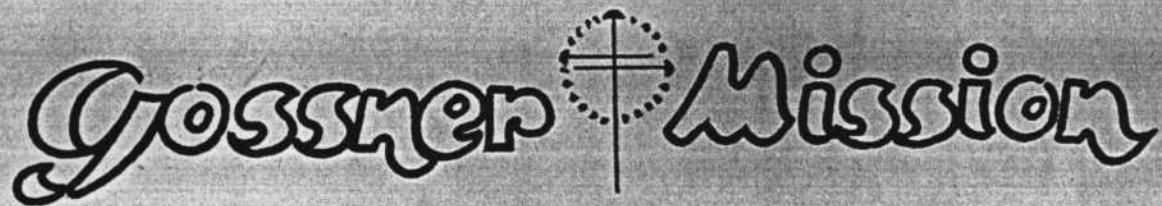
Wir wünschen euch viel Spaß bei der Arbeit. Herzliche Grüße von den Berliner Kolleginnen und Kollegen,

Euer



Dieter Hecker
Direktor

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

**HAUSHALTSPLAN –
VORANSCHLAG 1995**

GOSSNER MISSION MAINZ

Zur Vorlage
bei der Kuratoriumssitzung im Herbst 1994

- 1. EINNAHMEN**
- 2. AUSGABEN**
- 3. STELLENPLAN**

E I N N A H M E N

	1993 Soll	Vorl.Ist	1994	1995
1. Spenden				
1.1. Spenden allgemein	45.000	51.891	55.000	60.000
1.2. Spenden zweckgebunden	10.000	6.000	3.000	4.000
2. Zuschüsse				
2.1. Pfarrergehalt I	97.260	97.228	98.500	100.470
2.2. Pfarrergehalt II	96.686	94.859	96.200	98.125
2.3. Bundesamt für Zivildienst	8.500	8.207	6.800	5.000
2.4. Gossner Mission Berlin	320.000	320.000	340.000	340.000
2.5. EKHN allgemein	36.000	36.400	38.000	39.000
2.6. EKHN Industriepraktikum	9.000	4.000	4.000	4.000
2.7. Zuschüsse von Landeskirchen	-.-.-	-.-.-	12.000	13.000
2.8. Zusch. Kirchengem.+Dekanate	-.-.-	16.075	17.000	18.000
2.9. Sonstige Zuschüsse	5.000	12.000	3.000	4.000
3. Einnahmen aus Seminaren/Tagungen/Kursen				
3.1. Industrieseminar	13.000	3.210	4.000	5.000
3.2. Industriepraktikum	4.000	7.275	6.000	5.000
3.3. Institutswochen/Fortbildungsveranstaltungen	5.000	1.753	3.000	3.500
3.4. Fremntagungen und Gäste Übernachtung und Bewirtung	6.000	20.238	13.000	20.000
3.5. Einn. aus Verk. Werkstattb.	-.-.-	3.942	2.000	2.000
3.6. Einn. aus div. Brosch.Ver.	-.-.-	495	500	500
3.7. Einn. aus Fotokopien	-.-.-	7.510	8.500	8.000
3.8. Bürokostenpauschalen AGFS/Initiativaussch./Pläd.	-.-.-	2.250	2.650	2.500
4. Mieteinnahmen				
4.1. Mieten von MitarbeiterInnen inklusive Nebenkosten	14.000	16.550	18.000	19.000
4.2. Mieten von Bewohnern des Jochen-Klepper-Hauses	45.000	51.453	60.000	65.000
4.3. Mieten aus Raumvermietungen	-.-.-	5.738	4.000	5.000
4.4. Mieten Eigentumswohnungen Bretzenheim inkl. Nebenk.	41.000	37.577	28.000	30.000
5. Verschiedene Einnahmen				
5.1. Zinsen aus Kapitalanlagen	20.000	17.375	15.000	15.000
5.2. Honorare an MitarbeiterInnen	2.000	700	1.000	1.000
5.3. Reisekostenerstattungen	2.000	713	1.000	1.000
5.4. Sonstige Einnahmen	3.000	1.336	1.000	1.000
5.5. Entnahme aus Kapital	186.594	114.276	25.597	27.229
Einnahmen insgesamt	969.040	939.051	866.747	896.324

A U S G A B E N

	1993 Soll	Vorl.Ist	1994	1995
1. Personalkosten lt. Stellenplan	625.300	617.315	643.927	662.824
2. Kuratorium/Ausschüsse/Beiräte	12.000	2.875	5.000	4.000
3. Projekte				
3.1. Arbeitslosenarbeit	5.000	4.250	5.000	5.000
3.2. Ausländerarbeit	4.000	4.060	4.000	4.000
3.3. Gossner Konvent	3.000	651	1.000	1.000
3.4. Konziliarer Prozeß	3.000	987	1.000	1.000
3.5. Europ. Kontaktgruppe (ECG)	1.200	+ 1.126	2.500	2.000
4. Bibliothek/Seminar				
4.1. Bücher	4.000	2.201	3.000	2.500
4.2. Zeitschriften	3.000	3.430	4.000	2.500
4.3. Lehrmaterial	1.200	51	-.-.-	-.-.-
4.4. Supervisionskosten	2.400	100	1.200	1.000
4.5. Honorare/Fahrtk.an Gastref.	1.200	935	1.000	1.200
4.6. Kosten f. Exkurs.+ Tagungen	1.500	533	1.500	1.500
4.7. Stipendien	4.000	2.800	2.000	1.500
5. Reisen/Tagungen/Fortbildungen von MitarbeiterInnen				
5.1. Tagungsbeiträge	3.000	1.693	2.000	2.000
5.2. Reisekosten	15.000	6.125	7.000	7.500
5.3. Fort-+Weiterbildungskosten	2.500	250	1.500	1.500
6. Büro				
6.1. Miete/Wart./Versich.Telefon	8.200	8.839	9.000	9.500
6.2. Leasingkosten PC Höcke	4.200	3.233	-.-.-	-.-.-
6.3. Wartung div. Büromaschinen	6.500	5.609	6.000	6.000
6.4. Anschaffungen	5.000	24.780	6.000	6.000
6.5. Reparaturen	1.500	590	1.500	1.500
6.6. Allgem.Bürokosten/Lehrmat.	7.000	9.114	7.500	9.500
6.7. Telefon/Faxgebühren	9.000	8.729	9.000	9.500
6.8. Porto	7.800	8.445	10.000	11.000
6.9. Nebenkosten Geldverkehr	1.000	666	500	400
6.10. Mitgliedsbeiträge	1.000	1.520	2.000	2.000
6.11. Werbematerial + Präsente	3.000	2.487	2.500	2.000
6.12. Druckkosten	8.000	9.976	10.000	11.000
Übertrag	753.600	731.118	750.627	769.424

Uhrtrag	753.600	731.118	750.627	769.424
. Hauswirtschaft				
7.1. Anschaffungen	4.000	2.357	4.000	5.000
7.2. Reparaturen	2.000	1.359	2.000	2.000
7.3. Verbrauchsgüter	1.000	2.324	2.500	3.000
7.4. Lebensmittel	10.000	9.762	10.000	11.000
7.5.1. Bewirtung v. Referent.+Gästen	750	2.850	1.500	2.000
7.5.2. Bewirt.v.Ref.+Gästen kostenl.	-.-.-	-.-.-	-.-.-	3.000
7.6. Reinigung und Wäscherei	5.000	5.758	6.000	7.000
8. Dienstfahrzeug				
8.1. Neuanschaffungsfonds	-.-.-	-.-.-	3.000	3.000
8.2. Unterhalt und Reparaturen	6.000	1.940	2.500	3.000
8.3. Kosten f.Dienstr. mit Priv.PKW	3.000	3.405	2.000	2.000
9. Gebäude Alb.-Schweitzer-Straße				
9.1. Heizkosten	17.500	11.016	14.000	15.000
9.2. Wasser und Stromkosten	16.500	17.307	18.000	19.000
9.3. Straßenreinig., Müllabfuhr, Abwasser, Kamink., Anliegerkosten	8.500	6.748	7.500	8.000
9.4. Gebäuderep.Haus 113+115	7.500	-.-.-	9.000	10.000
9.5. Div. Rep./Instandhaltung 113	-.-.-	3.959	1.500	2.000
9.6. Div. Rep./Instandhaltung 115	-.-.-	6.230	1.500	2.000
9.7. Garten- und Außenanlagen	2.500	604	2.000	1.500
9.8. Zuführung z. Renovierungsfonds	4.000	4.000	4.000	4.000
9.9. Sachversicherungen	2.000	5.320	5.500	6.000
9.10. Zinsen + Tilg. an Treuhandf.	1.190	495	120	-.-.-
9.11. Sonst. Verw.-u. Betriebskosten	2.500	800	1.000	1.300
10. Eigentumswohnungen Bretzenheim				
10.1. Laufende Kosten	14.000	13.879	9.000	9.600
10.2. Reparaturen u. Anschaffungen	7.500	355	5.000	4.000
11. Beitrag zur Renovierung der Berliner Geschäftsstelle	100.000	100.000	-.-.-	-.-.-
12. Rechts- und Beratungskosten	-.-.-	7.465	4.000	2.000
13. Prüfungsgebühren Diak.Werk etc.	-.-.-	-.-.-	1.500	1.500
	969.040	939.051	866.747	896.324

JAHRESERGEBNISSE	1993	1994	1995	
Einnahmen insgesamt	824.775	841.150	869.095	
Ausgaben insgesamt	939.051	866.747	896.324	
Mehrausgaben/Entnahme aus Kapital	114.276	25.597	27.229	

STELLENPLAN 1995

	1993	Vorl.Ist	1994	1995
1. Pfarrergeh.I (Vollzeit) inkl. Versorgungsbeiträge	119.683	115.734	121.705	125.356
2. Pfarrerinnengeh. II (Vollz.) inkl. Versorgungsbeiträge	114.979	113.904	118.000	121.540
3. Referent (Vollzeit)	108.335	107.502	111.826	115.180
4. Sachbearbeiterin (Vollzeit)	84.165	80.337	83.746	85.500
5. Sekretärin (24 Std.-Woche)	47.016	45.061	46.950	48.358
6. Hauswirtschaftsleit. (Vollz.)	63.037	62.575	65.200	67.156
7. 2 Reinigungskräfte (Halbz.)	52.718	50.718	52.800	54.384
8. Aushilfen (je 10 Std.pro Wo.)	7.213	12.293	12.000	12.360
9. Fremdleist. Buchhaltungsarb.	12.084	12.212	13.000	13.390
10. Sold Zivildienstleistender m. Weihnachts-/Entlassungsgeld	10.670	13.779	14.200	15.000
11. Beiträge Berufsgenossensch.	2.400	200	2.500	2.600
12. Zuführung zum Beihilfefonds lt. Beihilfeverordnung	3.000	3.000	2.000	2.000
Insgesamt	625.300	617.315	643.927	662.824

Die Positionen 3 bis 7 und 10 sind inkl. Sonderzahlung, Urlaubsgeld, Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Kirchl. Zusatzversorgungskasse.

Außerdem sind in den Positionen 1 bis 10 vom 01.01.1995 bis 31.12.1995 eine tarifliche Erhöhung von 2 % und eine Erhöhung der Renten/Krankenversicherung sowie die Pflegeversicherung mit insgesamt 1 % bereits eingerechnet.

**VORSCHLAG ZUR WEITERARBEIT AN DER THEMATIK
"SPIRITUALITÄT UND ARBEITSWELT"
IM MAINZAUSSCHUSS**

Die folgenden Überlegungen gehen von den bisherigen (zwei) Diskussionsphasen innerhalb des Mainzausschusses (MA) aus und stellen den Versuch dar, die beschlossene Weiterarbeit - gedacht ist zunächst an eine intensivere Beratung in der verlängerten Sitzung am 23. 11. 1994 - zu strukturieren.

In der zurückliegenden Debatte stellen wir **drei Zielvorstellungen** fest, die nach unserer Einschätzung unterschieden werden sollten. Der MA sollte darüber entscheiden, auf welche er sich konzentrieren möchte, bzw. - wenn er sie alle für relevant erachtet - in welcher Reihenfolge sie behandelt werden sollten. Wir selbst stellen uns z.B. vor, daß jeweils eine spezifische Fragestellung die drei folgenden Sitzungen bestimmt und damit die Frage nach "Spiritualität und Arbeitswelt" als roter Faden die bevorstehenden Beratungen begleitet.

Wir gehen davon aus, daß uns bei dieser Thematik ein **praktisches Interesse** verbindet, es also nicht in erster Linie um theoretische Abklärungen - wie z.B. die "christologische Verankerung" einer solchen Praxis - gehen soll.

1. Wir beziehen die Fragestellung auf die Arbeitsweise des MA selbst und fragen, ob und wie er sich selbst Ziele setzen kann. Das heißt, es sollte überlegt werden, ob und wie der MA in seiner Zusammenarbeit eine **eigene spirituelle Praxis** gewinnen kann, sodaß in ihm nicht nur argumentiert, sondern auch - z.B. - gemeinsam gefeiert wird.

2. Wir fragen nach den Möglichkeiten des MA, das Team der GM in dessen spiritueller Praxis in den Angeboten und innerhalb des Hauses zu begleiten. Dazu gehört dann neben Darstellung und Aufarbeitung derselben auch das Einbringen von Erfahrungen der Mitglieder des MA aus der eigenen Arbeit.

3. Wir beziehen die Diskussion auf die Möglichkeit von **Angeboten nach "außen"** und fragen, in welcher Weise wir Spiritualität zusammen mit bestimmten Gruppen aus der Arbeitswelt entwickeln können und wollen. Hier wären vor allem auch ökumenische Erfahrungen aus den Bereich der "Urban and Rural Mission" aufzunehmen.

Wir schlagen vor, daß der MA zur Vorbereitung der so strukturierten und präzisierten Fragestellungen Aufträge an einzelne Mitglieder vergibt, um die jeweiligen Gesprächsphasen vorzubereiten.

Ulrike Schmidt-Hesse

Walter Sohn

Karl-Heinz Dejung

Ablage

Gossner Mission Berlin

Herrn
Michael Sturm
Albert-Schweitzer-Straße 115

55128 Mainz

22. August 1994

Lieber Michael,

beiliegend übersende ich Dir das noch nicht endgültige Protokoll der Verwaltungsausschusssitzung vom letzten Donnerstag. Wir haben es an Herrn Klumb zur Kenntnisnahme und Dr. Krusche mit der Bitte um Korrektur weitergeleitet.

Wir haben heute festgestellt, daß der Solidaritätsfonds auf dem Kuratorium noch einmal angesprochen werden sollte. Es müßte dann auch noch einmal ein Brief an alle Beteiligten verschickt werden, da einige nicht genau wissen, ob das Ganze auf ein Jahr begrenzt war.

Weiterhin findest Du einen Brief von Frieder Bredt, den er an mich persönlich geschickt hat. Ich habe nun mit ihm gesprochen. Er ist damit einverstanden, daß er in der Gossner Mission diskutiert wird. Wir sollten ihn als Anregung oder Hintergrund nehmen. Wilhelm kam erst heute und hat ihn auch eben erst gesehen.

Bis zum Mittwoch herzliche Grüße aus Berlin,

Dein

Dieter

Dieter Hecker

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN

Gustav W. Heinemann Bürgerpreis 1989

Fennstraße 31 · D-1190 Berlin - Schöneiche · Telefon / Telefax: 030 - 631 78 73

BSP1 1989A 18

... und die Flüchtlinge werden nicht mehr vertrieben werden. Es darf nicht mehr geschehen, dass Flüchtlinge aus dem Land vertrieben werden. Es darf nicht mehr geschehen, dass Flüchtlinge aus dem Land vertrieben werden. Es darf nicht mehr geschehen, dass Flüchtlinge aus dem Land vertrieben werden.

... und die Flüchtlinge werden nicht mehr vertrieben werden. Es darf nicht mehr geschehen, dass Flüchtlinge aus dem Land vertrieben werden. Es darf nicht mehr geschehen, dass Flüchtlinge aus dem Land vertrieben werden. Es darf nicht mehr geschehen, dass Flüchtlinge aus dem Land vertrieben werden.

... und die Flüchtlinge werden nicht mehr vertrieben werden. Es darf nicht mehr geschehen, dass Flüchtlinge aus dem Land vertrieben werden. Es darf nicht mehr geschehen, dass Flüchtlinge aus dem Land vertrieben werden. Es darf nicht mehr geschehen, dass Flüchtlinge aus dem Land vertrieben werden.

... und die Flüchtlinge werden nicht mehr vertrieben werden. Es darf nicht mehr geschehen, dass Flüchtlinge aus dem Land vertrieben werden. Es darf nicht mehr geschehen, dass Flüchtlinge aus dem Land vertrieben werden.

Nothilfe für Flüchtlinge: Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto Nr. 311 68 03

Wir danken für Ihre Spende

Brief m. V/Apr. am 22.8.94 beim
GHV mit Vermerk "persönlich" abgegeben. P.



Fennstraße 31
D-12439 Berlin

Gossner Mission Fennstraße 31 D-12439 Berlin
Herrn
Eckhart Klumb
Handjerystr. 19-20
12159 Berlin

Telefon
030/6317809
Telefax
030/6351198
030/6361198

Berlin, den 21. August 1994

Lieber Herr Klumb,

wir haben uns auf der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses ausführlich mit der Beendigung des Vertrages von Jochen Franke beschäftigt. Das Ergebnis finden Sie in dem Protokoll. Er hat sich in einem Fax an Dr. Krusche bereit erklärt, im Falle einer Verlängerung seines Einsatzes in Zambia bis zum 31.12. 1994 wegen des Weiterbestehens seines Vertrages keine weiteren arbeitsgerichtlichen Schritte einzuleiten. Es sind allerdings noch einige Unwägbarkeiten in seinem Brief. Er möchte vor einer endgültigen Entscheidung einen Termin bei der Rentenberatung durch seine Frau abwarten (am 28.8.1994) und hat eine Formulierung wegen der Wiedereingliederungsbeihilfe von Dr. Krusche wohl als Hinweis auf eine mögliche zusätzliche Abfindung verstanden. Der von uns gefaßte Beschuß bekräftigt unsere Auffassung, daß die angebotene Verlängerung um drei Monate unser Angebot für eine einvernehmliche Lösung ist und keine weiteren Leistungen von uns zu erwarten sind.

Der Verwaltungsausschuß hat angeregt, daß die Formulierungen des Beschlusses (TOP 3) Ihnen zuerst für eine Prüfung vorgelegt werden sollte, ob Ihnen irgendwelche Wendungen auffallen, die sich Jochen Franke zu seinem Vorteil zunutze machen könnte über unser Angebot hinaus. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie dies tun könnten. Erst dann wird Dr. Krusche Jochen Franke unseren Beschuß mitteilen.

Haben Sie schon jetzt vielen Dank für Ihre Bemühungen in dem sehr delikaten arbeitsrechtlichen Fall. Ich kann Ihnen gerne telefonisch noch weitere Informationen als Hintergrund geben. Mit einem herzlichen Gruß auch von den anderen Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bin ich

I h r

Dieter Hecker

Dieter Hecker
Direktor

• Brief m. V/Apr. Versand am 22.8.94 p.



Fennstraße 31
D-12439 Berlin

Gossner Mission Fennstraße 31 D-12439 Berlin

Herrn
Dr. Günter Krusche
Reilerstr. 12

D-12681 Berlin

Telefon
030/6317809
Telefax
030/6311992
030/6361198

Berlin, den 21. August 1994

Lieber Bruder Krusche,

ich habe das Protokoll des Verwaltungsausschusses fertiggestellt und schicke Ihnen anbei ein Exemplar. Es ist bis jetzt noch nicht mit Herrn Klumb abgestimmt. Er erhält es heute per Fax. Ich hoffe, daß ich von ihm bis Morgen eine Antwort erhalte, da ich dann eine Woche beim Geschäftsstellentreffen und bei Gemeindebesuchen unterwegs sein werde. Ansonsten könnte Ihnen auch vom Büro eine eventuelle Änderung mitgeteilt werden, so daß Sie dann den Text weiterleiten können.

Hier noch einmal der Text, den ich formuliert habe:

In Sachen Vertragsabschluß von Jochen Franke beschließt der Verwaltungsausschuß einstimmig:

1. Der Verwaltungsausschuß begrüßt die Bereitschaft Jochen Frankes zu einer einvernehmlichen Regelung ohne Schiedsgericht oder Arbeitsgerichtsverfahren.
2. Obwohl nach unserer Rechtsauffassung das Gesamtdienstverhältnis von Jochen Franke zur Gossner Mission am 30.9. 1994 endet, beschließt der Verwaltungsausschuß, ihm entgegenzukommen und bietet ihm an das Arbeitsverhältnis um drei Monate bis zum 21.12.1994 zu verlängern.
3. Das bedeutet, daß das gesamte Arbeitsverhältnis Jochen Frankes mit der Gossner Mission am 31.12.1994 beendet ist.
4. Da mit der dreimonatigen Verlängerung für die Gossner Mission eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung verbunden ist, sieht sich der Verwaltungsausschuß nicht in der Lage darüber hinaus über eine weitere Abfindung zu verhandeln.

Ich hoffe, daß wir mit diesem Beschuß Glück haben und die Sache zu einem guten Ende führen können. Es wäre schade, wenn wir uns gerade in den schwierigen Zeiten mit ausreichender Belastung durch andere Arbeit auch noch monatelang mit dieser Angelegenheit herumschlagen müßten.

Mit guten Wünschen und einem freundlichen Gruß, auch von den anderen Mitgliedern der Geschäftsstelle bin ich

Ihr

Dieter Hecker
Dieter Hecker
Direktor

brief + Vfprl. verschand am 22.8.94 Kopie
P.

Herrn
Prof. Hans Grothaus
Norderlück 28

D-24943 Flensburg

Berlin, den 21. August 1994

Lieber Hans,

ich habe gerade das Protokoll des Verwaltungsausschusses fertiggestellt und schicke Dir gleich ein Exemplar mit. Es kann sein, daß sich noch kleinere Änderungen ergeben, vor allem im Beschuß über Jochen Franke. wir haben zum Schluß noch zwei Dinge besprochen:

Karl-Heinz Dejung hat 25-jähriges Dienstjubiläum. Ihm wird Bruder Krusche schreiben. Zu der Verabschiedung von Christel und Christian Schröder in den Ruhestand möchten wir Dich bitten, da Bruder Krusche sie überhaupt nicht kennt. Es gibt eine Programm über ihre Verabschiedung durch den Kirchenkreis. Ich lege es zur Information für Dich bei.

Die Angaben über das Meeting des Dreiergruppe in Madras habe ich an Ursula weitergegeben. Sie wird die entsprechenden Buchungen vormerken lassen. Sie selbst muß auch am 29.11. zurückfliegen.

Das wars für heute. Die nächsten zwei Wochen werden sehr viel Arbeit bringen mit Sitzungen, Besuchern und Besuchen. Ich wünsche euch eine schöne Zeit mit Parakleta Minz. Mit einem herzlichen Gruß, auch an Deine Frau und Parakleta Minz auch von Ursula, bin ich

Dein

Dieter

Dieter Hecker
Direktor

**... und machen weiter
mit ...**

ihren Bemühungen um

Gerechtigkeit

Frieden

Bewahrung der Schöpfung



*Trachtet am ersten nach dem
Reich Gottes und nach seiner
Gerechtigkeit, so wird euch
solches alles zufallen.*

Matth. 6,33

Sie hören auf...



Einladung

Mozartstr. 1
45057 Recklinghausen

Die Evangelische Kirche begleitet Menschen vor Ort in ihren familiären und alltäglichen Sorgen und Nöten.

Hoffnungen, Träume und die Liebe Gottes müssen ihren Platz finden im Konziliaren Prozess - im Streben nach Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

Das Industrie- und Sozialpfarramt des Kirchenkreises Recklinghausen ist als Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Gesprächspartner für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebsräte, Gewerkschaften, für die Unternehmen und die politisch Handelnden. Mit der steigenden Zahl der Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ist ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich zugewachsen.

Der Industrie- und Sozialparrer **Christian Schröder** hat seine jahrzehntelange Tätigkeit diesem Dienst in ganz besonderer Weise gewidmet.

Zum 31. August 1994 wird Pfarrer Christian Schröder seinen aktiven Dienst beenden. Mit ihm verläßt uns auch seine Ehefrau Christel Schröder als Wegbegleiterin und ehrenamtliche Mitarbeiterin in der Eine-Welt-Arbeit sowie bei ungezählten Veranstaltungen und Freizeiten der Industrie- und Sozialarbeit.

So laden wir Sie herzlich ein
zur Verabschiedung von

Christel und Christian Schröder

aus dem ehrenamtlichen und hauptamtlichen Dienst im Kirchenkreis Recklinghausen

am Freitag, den 2. September 1994
um 16.00 Uhr im
Maschinenübungszentrum der Ruhrkohle AG,
Recklinghausen-Grullbad, Walkmühlenweg.

Mit freundlichem Gruß

Christa Tegeler

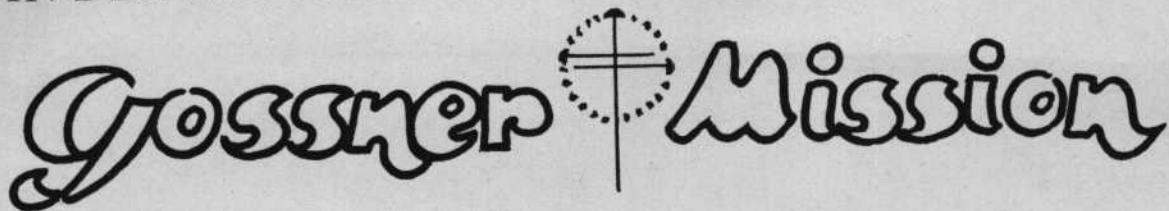
(Vorsitzende des Industrie-
und Sozialausschusses)

Eike Kade

(Synodalassessorin)

Wer den beiden und anderen eine Freude machen will, kann eine Spende für das Arbeitslosenzentrum Recklinghausen-Süd oder für die Partnerschaftsarbeit in Tanzania geben.

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die
Mitglieder des
Mainz-Ausschusses

zur Kenntnis an:
Herrn Christian Schröder

nachrichtlich an:
Herrn Dieter Hecker
IHRE NACHRICHT VOM: IHR ZEICHEN: UNSER ZEICHEN:

4. Mai 1994

Erledigt:

MAINZ, DEN

HÖ

2. Mai 1994

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

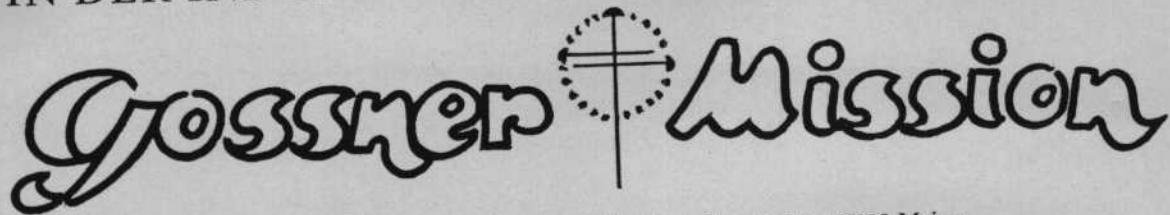
wie in unserer Einladung zur Mainzausschuß-Sitzung vom 19.4.94 angekündigt übersende ich Ihnen beiliegend im Auftrag von Michael Sturm den Haushaltsplan-Entwurf für das Jahr 1995 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichem Gruß

(Hannelore Höcke)

Anlage

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

HAUSHALTSPLAN 1995
GOSSNER MISSION MAINZ

ERSTER ENTWURF
Stand 26. April 1994

1. Einnahmen
2. Ausgaben
3. Stellenplan

E I N N A H M E N

	1993 Soll	Vorl.Ist	1994	1995
1. Spenden				
1.1. Spenden allgemein	45.000	51.891	55.000	60.000
1.2. Spenden zweckgebunden	10.000	6.000	3.000	4.000
2. Zuschüsse				
2.1. Pfarrergehalt I	97.260	97.228	98.500	100.470
2.2. Pfarrergehalt II	96.686	94.859	96.200	98.125
2.3. Bundesamt für Zivildienst	8.500	8.207	6.800	5.000
2.4. Gossner Mission Berlin	320.000	320.000	340.000	340.000
2.5. EKHN allgemein	36.000	36.400	38.000	39.000
2.6. EKHN Industriepraktikum	9.000	4.000	4.000	4.000
2.7. Zuschüsse von Landeskirchen	-----	-----	12.000	13.000
2.8. Zusch. Kirchengem.+Dekanate	-----	16.075	17.000	18.000
2.9. Sonstige Zuschüsse	5.000	12.000	3.000	4.000
3. Einnahmen aus Seminaren/Tagungen/Kursen				
3.1. Industrieseminar	13.000	3.210	4.000	5.000
3.2. Industriepraktikum	4.000	7.275	6.000	5.000
3.3. Institutswochen/Fortbildungsveranstaltungen	5.000	1.753	3.000	3.500
3.4. Fremntagungen und Gäste Übernachtung und Bewirtung	6.000	20.238	13.000	20.000
3.5. Einn. aus Verk. Werkstattb.	-----	3.942	2.000	2.000
3.6. Einn. aus div. Brosch.Verk.	-----	495	500	500
3.7. Einn. aus Fotokopien	-----	7.510	8.500	8.000
3.8. Bürokostenpauschalen AGFS/Initiativaussch.Pläd.	-----	2.250	2.650	2.500
4. Mieteinnahmen				
4.1. Mieten von MitarbeiterInnen inklusive Nebenkosten	14.000	16.550	18.000	19.000
4.2. Mieten von Bewohnern des Jochen-Klepper-Hauses	45.000	51.453	60.000	65.000
4.3. Mieten aus Raumvermietungen	-----	5.738	4.000	5.000
4.4. Mieten Eigentumswohnungen Bretzenheim inkl. Nebenk.	41.000	37.577	28.000	30.000
5. Verschiedene Einnahmen				
5.1. Zinsen aus Kapitalanlagen	20.000	17.375	15.000	15.000
5.2. Honorare an MitarbeiterInnen	2.000	700	1.000	1.000
5.3. Reisekostenerstattungen	2.000	713	1.000	1.000
5.4. Sonstige Einnahmen	3.000	1.336	1.000	1.000
5.5. Entnahme aus Kapital	186.594	114.276	25.597	24.229
Einnahmen insgesamt	969.040	939.051	866.747	893.324

A U S G A B E N

	1993 Soll	Vorl.Ist	1994	1995
1. Personalkosten lt. Stellenplan	625.300	617.315	643.927	662.824
2. Kuratorium/Ausschüsse/Beiräte	12.000	2.875	5.000	4.000
3. Projekte				
3.1. Arbeitslosenarbeit	5.000	4.250	5.000	5.000
3.2. Ausländerarbeit	4.000	4.060	4.000	4.000
3.3. Gossner Konvent	3.000	651	1.000	1.000
3.4. Konziliärer Prozeß	3.000	987	1.000	1.000
3.5. Europ. Kontaktgruppe (ECG)	1.200	+ 1.126	2.500	2.000
4. Bibliothek/Seminar				
4.1. Bücher	4.000	2.201	3.000	2.500
4.2. Zeitschriften	3.000	3.430	4.000	2.500
4.3. Lehrmaterial	1.200	51	-.-.-	-.-.-
4.4. Supervisionskosten	2.400	100	1.200	1.000
4.5. Honorare/Fahrtk.an Gastref.	1.200	935	1.000	1.200
4.6. Kosten f. Exkurs.+ Tagungen	1.500	533	1.500	1.500
4.7. Stipendien	4.000	2.800	2.000	1.500
5. Reisen/Tagungen/Fortbildungen von MitarbeiterInnen				
5.1. Tagungsbeiträge	3.000	1.693	2.000	2.000
5.2. Reisekosten	15.000	6.125	7.000	7.500
5.3. Fort-+Weiterbildungskosten	2.500	250	1.500	1.500
6. Büro				
6.1. Miete/Wart./Versich.Telefon	8.200	8.839	9.000	9.500
6.2. Leasingkosten PC Höcke	4.200	3.233	-.-.-	-.-.-
6.3. Wartung div. Büromaschinen	6.500	5.609	6.000	6.000
6.4. Anschaffungen	5.000	24.780	6.000	6.000
6.5. Reparaturen	1.500	590	1.500	1.500
6.6. Allgem.Bürokosten/Lehrmat.	7.000	9.114	7.500	9.500
6.7. Telefon/Faxgebühren	9.000	8.729	9.000	9.500
6.8. Porto	7.800	8.445	10.000	11.000
6.9. Nebenkosten Geldverkehr	1.000	666	500	400
6.10. Mitgliedsbeiträge	1.000	1.520	2.000	2.000
6.11. Werbematerial + Präsente	3.000	2.487	2.500	2.000
6.12. Druckkosten	8.000	9.976	10.000	11.000
Übertrag	753.600	731.118	750.627	770.424

Übertrag	753.600	731.118	750.627	770.424
7. Hauswirtschaft				
7.1. Anschaffungen	4.000	2.357	4.000	5.000
7.2. Reparaturen	2.000	1.359	2.000	2.000
7.3. Verbrauchsgüter	1.000	2.324	2.500	3.000
7.4. Lebensmittel	10.000	9.762	10.000	11.000
7.5.1. Bewirtung v. Referent.+Gästen	750	2.850	1.500	2.000
7.5.2. Bewirt.v.Ref.+Gästen kostenl.	-----	-----	-----	3.000
7.6. Reinigung und Wäscherei	5.000	5.758	6.000	7.000
8. Dienstfahrzeug				
8.1. Neuanschaffungsfonds	-----	-----	3.000	3.000
8.2. Unterhalt und Reparaturen	6.000	1.940	2.500	3.000
8.3. Kosten f.Dienstr. mit Priv.PKW	3.000	3.405	2.000	2.000
9. Gebäude Alb.-Schweizer-Straße				
9.1. Heizkosten	17.500	11.016	14.000	15.000
9.2. Wasser und Stromkosten	16.500	17.307	18.000	19.000
9.3. Straßenreinig., Müllabfuhr, Abwasser, Kamink., Anliegerkosten	8.500	6.748	7.500	8.000
9.4. Gebäuderep.Haus 113+115	7.500	-----	9.000	10.000
9.5. Div. Rep./Instandhaltung 113	-----	3.959	1.500	2.000
9.6. Div. Rep./Instandhaltung 115	-----	6.230	1.500	2.000
9.7. Garten- und Außenanlagen	2.500	604	2.000	1.500
9.8. Zuführung z. Renovierungsfonds	4.000	4.000	4.000	4.000
9.9. Sachversicherungen	2.000	5.320	5.500	6.000
9.10. Zinsen + Tilg. an Treuhandf.	1.190	495	120	-----
9.11. Sonst. Verw.-u. Betriebskosten	2.500	800	1.000	1.300
10. Eigentumswohnungen Bretzenheim				
10.1. Laufende Kosten	14.000	13.879	9.000	9.600
10.2. Reparaturen u. Anschaffungen	7.500	355	5.000	4.000
11. Beitrag zur Renovierung der Berliner Geschäftsstelle	100.000	100.000	-----	-----
12. Rechts- und Beratungskosten	-----	7.465	4.000	2.000
13. Prüfungsgebühren Diak.Werk etc.	-----	-----	1.500	1.500
	969.040	939.051	866.747	896.324

JAHRESERGEBNISSE	1993	1994	1995	
Einnahmen insgesamt	824.775	841.150	869.095	
Ausgaben insgesamt	939.051	866.747	896.324	
Mehrausgaben/Entnahme aus Kapital	114.276	25.597	27.229	

STELLENPLAN 1995

	1993	Vorl.Ist	1994	1995
1. Pfarrergeh.I (Vollzeit) inkl. Versorgungsbeiträge	119.683	115.734	121.705	125.356
2. Pfarrerinnengeh. II (Vollz.) inkl. Versorgungsbeiträge	114.979	113.904	118.000	121.540
3. Referent (Vollzeit)	108.335	107.502	111.826	115.180
4. Sachbearbeiterin (Vollzeit)	84.165	80.337	83.746	85.500
5. Sekretärin (24 Std.-Woche)	47.016	45.061	46.950	48.358
6. Hauswirtschaftsleit. (Vollz.)	63.037	62.575	65.200	67.156
7. 2 Reinigungskräfte (Halbz.)	52.718	50.718	52.800	54.384
8. Aushilfen (je 10 Std.pro Wo.)	7.213	12.293	12.000	12.360
9. Fremdleist. Buchhaltungssarb.	12.084	12.212	13.000	13.390
10. Sold Zivildienstleistender m. Weihnachts-/Entlassungsgeld	10.670	13.779	14.200	15.000
11. Beiträge Berufsgenossensch.	2.400	200	2.500	2.600
12. Zuführung zum Beihilfefonds lt. Beihilfeverordnung	3.000	3.000	2.000	2.000
Insgesamt	625.300	617.315	643.927	662.824

Die Positionen 3 bis 7 und 10 sind inkl. Sonderzahlung, Urlaubsgeld, Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Kirchl. Zusatzversorgungskasse.

Außerdem sind in den Positionen 1 bis 10 vom 01.01.1995 bis 31.12.1995 eine tarifliche Erhöhung von 2 % und eine Erhöhung der Renten/Krankenversicherung sowie die Pflegeversicherung mit insgesamt 1 % bereits eingerechnet.



Fax No.:

an/to: Gossner MissionBerlinvon/from: Gossner Mission Hr.Betreff/Subject: Bitte mit den Unterlagen f. Kuratoriumssitzung verschicken.
Liebe Grüße

J. Reuter

Seiten/Pages:

Datum/Date:

Post-it Haft-Notizen Typ 7680

3M

Hier anleben/Attach here

**SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT**

Gossner Mission

Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

IHR NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

IBS / Re

30. März 1994

Verlängerung der Dienstzeit von Ingrid Borns-Scharf

Meine Beurlaubung durch die EKHN für den Dienst in der Gossner Mission Mainz endet zum 31. Juli 1995. Ich beantrage deshalb eine Verlängerung meiner Dienstzeit bei der Gossner Mission um weitere 5 Jahre bis zum 31. Juli 2000. (Vgl. Schreiben v. Dr. Beckmann, EKHN v. 22.2.94)

Dieser Antrag ist mit meinen Kollegen abgesprochen, sie befürworten ihn.

Ingrid Borns-Scharf

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

Direktor der Gossner Mission
Pfr. Dieter Hecker
Fennstraße 31

12439 Berlin

Eingedangen

12. Sep. 1994

Erledigt:.....

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

IBS / Re

9. Sept. 1994

Studienurlaub Ingrid Borns-Scharf

Lieber Dieter Hecker,

hiermit teile ich Ihnen/Euch mit, daß ich meinen - vom Kuratorium der Gossner Mission genehmigten - Studienurlaub auf Frühjahr 1995 verschoben habe. Da ich längere Zeit krank war, wollte ich diesen "Arbeitsausfall" nicht noch um drei weitere Monate verlängern.

In Absprache mit meinen Kollegen Karl-Heinz Dejung und Michael Sturm wurde mein Studienurlaub nunmehr auf die Monate Februar bis Mai 1995 (incl. Urlaub) festgelegt.

Mit freundlichen Grüßen

I. Borns-Scharf
(Ingrid Borns-Scharf)

gleiches Schreiben an:

Propst von Rheinhessen, Hermann Petersen
Vorsitzender des Mainz-Ausschusses, Karl Scheld
Vorsitzender des Kuratoriums, Dr. Günter Krusche

PROTOKOLL DER SITZUNG DES MAINZAUSSCHUSSES
vom 17. Mai 1994 in Mainz
(14.00 - 17.00 Uhr)

Anwesend: Elisabeth Krockert, Ulrike Schmidt-Hesse, Hermann Petersen, Karl Scheld, Walter Sohn, Wolfgang Mehlig

Vom Team: Karl-Heinz Dejung, Michael Sturm

Entschuldigt: Ingrid Borns-Scharf, Ulrike Schreiner-Menzemer, Klaus-Martin Beckmann, Susanne Englert, Hans Kühn, Petra Vollweiler-Freyer, Detlef Lüderwaldt, Christian Schröder

Karl Scheld eröffnet die Sitzung mit der Tageslosung. Das "Ermahnt Euch untereinander und erbaut Euch einander!" sei eine gute Einführung in die Aufgaben der Ausschußsitzung.

Zum letzten Protokoll gibt es keine Anmerkungen.

TOP 1 / Rückblick Kuratorium

Der Ausschuß betrachtet die Darstellung der Mainzer Arbeit als lebendig und anregend. Der Vortrag von Ingrid Borns-Scharf fand allgemein ein gutes Echo. Er sollte den Mitgliedern des Kuratoriums zur Verfügung gestellt werden. In Bezug auf die Finanzdiskussion und -beschlüsse wünscht sich der Ausschuß eine kontinuierliche Prüfung der konkreten Entwicklung durch den Verwaltungsausschuß. Das Kuratorium kann nur in größeren zeitlichen Intervallen reagieren.

TOP 2 / Haushaltsentwurf 1995 (s. Anlage)

Karl-Heinz Dejung führt ein. Er hebt hervor, daß der Verlustbetrag für 1993, entgegen dem Trend seit Mitte der 80er Jahre, zurückgeführt werden konnte. Erreicht wurde das sowohl durch höhere Einnahmen bei Zuschüssen und Spenden als auch durch Einsparungen. Hiervon ist auch der Haushaltsansatz für 1995 geprägt (Ziffern 1.1.; 1.2; 2.8), wobei einer der Schwerpunkte bei 2.8. liegt. Das erfordert Anstrengungen vor allem im Bereich der Hauswirtschaft.

Die Fragen der Ausschußmitglieder betreffen einzelne Punkte des Haushalts und deren Erläuterung. Ausgaben für "befreundete" Projekte sollen im bisherigen Umfang fortgesetzt werden, weil sie über eine inhaltliche Verbundenheit hinaus auch ein Stück praktischer Verpflichtung darstellen, die zum Profil der Mainzer Arbeit gehört. Nicht zuletzt profitiert auch die eigene Bildungsarbeit von diesem Engagement. Der Ausschuß hebt die sehr differenzierte Darstellung des Entwurfs hervor. Sie ist sehr hilfreich für das Verständnis. Der Ausschuß empfiehlt den Entwurf zur Verabschiedung im Kuratorium.

TOP 3 / Zwischenbericht zu den Überlegungen in Bezug auf Finanzierungsperspektiven

In seiner Einführung berichtet Michael Sturm über erste positive Reaktionen auf den neu erarbeiteten Prospekt, der das Arbeitszentrum als Tagungs- und Übernachtungsmöglichkeit anbietet. Es bietet sich besonders die Chance einer mittel- und langfristigen Kooperation mit der Katholischen Fachhochschule Mainz an, die vor allem im Bereich ihrer Weiterbildung für Berufspraktiker Bedarf sieht. Intern hofft das Mainzer Team, die Ausweitung der Arbeit vor allem im Bereich der Hauswirtschaft ohne zusätzliches Personal zu bewältigen. Eine Umstrukturierung im Sinne der Übernahme von mehr eigenständiger Verantwortung ist eingeleitet. Bis zum Jahresende soll das obere Stockwerk des Jochen-Klepper-Hauses vollständig für Gruppen- und Einzelübernachtungen -tagungen zur Verfügung stehen. Notwendig werden einige Investitionen im Bereich der Einrichtung der Zimmer, der Küche sowie auch bei Lehrmaterialien. Der Ausschuß empfiehlt, ggf. auch mit der Leitung der Fachhochschule über solche Investitionsmittel zu verhandeln. Er verweist auf eine verstärkte Kooperation mit der Ökumenischen Werkstatt Frankfurt, die häufiger Nachfragen nach Tagungen/Übernachtungen nicht erfüllen kann. Die Gespräche über mögliche Baumaßnahmen im Zentrum sollen fortgesetzt werden.

TOP 4 / Zwischenbericht zu den Überlegungen in Bezug auf Gossner Mission/Amt für Industrie- und Sozialarbeit Rheinhessen

Michael Sturm berichtet, daß das Mainzer Team nach einem internen Klärungsprozeß jetzt beschlossen hat, eine Übernahme der Industrie- und Sozialarbeit in Rheinhessen aktiv zu betreiben und entsprechende Verhandlungen mit der Leitung der EKHN einzuleiten. Nach der Diskussion ergibt sich folgendes Ergebnis:

- a) Das Mainzer Team erarbeitet gemeinsam mit dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit Frankfurt eine inhaltliche Konzeption.
- b) Eine solche Konzeption wird im Kreis der rheinhessischen Dekane zur Beratung gebracht.
- c) Verhandlungen mit der Kirchenleitung sollen Januar 1995 beginnen.
- d) Die Arbeit soll 1996 beginnen.

**TOP 5 / Bericht der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Studieneinheit
"Spiritualität und Arbeitswelt"**

Dem Ausschuß liegt eine Vorlage, erarbeitet von Ulrike Schmidt-Hesse, Walter Sohn und Karl-Heinz Dejung vor, die eingangs erläutert wird (s. Anlage). Der Arbeitsgruppe war es wichtig, auf eine praktische Orientierung des Ausschusses hinzuarbeiten. Nach ausführlicher Diskussion werden, aus gewiß unterschiedlichen Erwägungen heraus, die Optionen 2 und 3 ausgeschlossen. Der Ausschuß beschließt, die nächste Sitzung mit einem liturgischen Mahl abzuschließen. Die Vorbereitung haben Ulrike Schmidt-Hesse und Michael Sturm.

TOP 6 / Verschiedenes

Michael Sturm berichtet, daß sich zum diesjährigen Industriapraktikum an der Marburger Evang. Fakultät lediglich eine Person anmeldeten, so daß das IP keinesfalls in der gewohnten Weise stattfinden kann. In Marburg soll die Vakanzzzeit zu einer Untersuchung und Reform des bisherigen Angebots genutzt werden, an der auch Prof. Nethöfel, der Verantwortliche am Fachbereich, großes Interesse hat.

Das Mainzer Team hat kurzfristig über alle theologischen Fachbereiche sowie die Ausbildungsreferate der Landeskirchen bundesweit ein Industriapraktikum für die Sommersemesterferien ausgeschrieben. Dafür liegen bis jetzt zwei Anmeldungen vor.

Michael Sturm
Mainz, 25. Mai 1995

Karl-Heinz Dejung

Mainz, am 20. März 1994

Lieber Dieter!

Nach unseren jüngsten Beratungen zur Konsolidierung der Finanzen der Gossner Mission möchte ich Dir noch einmal meine Gefühle und Überlegungen zu diesem schwierigen Geschäft mitteilen. Ich tue dies im Blick auf unsere Aufgabe, dem Kuratorium ein **Rahmenkonzept** vorzulegen. Da wir vor diesem Datum wegen der Osterferien keine Gelegenheit zu einem Gespräch mehr haben werden, möchte ich dies schriftlich tun. Einiges davon habe ich schon mündlich in Berlin gesagt, anderes geht auf unser internes Gespräch in Mainz zurück.

Ich möchte mit einer persönlichen Beobachtung beginnen, die ich schon während des Geschäftsstellentreffens machte, und die ich auch am vergangenen Montag und Dienstag bestätigt fand: Ich erlebe Dich in unseren Verhandlungen zur Finanzkrise der Gossner Mission eher depressiv und defensiv. Du machst für mich den Eindruck, als würdest Du Dir diese Situation als persönliches Versagen anrechnen. Nun ist ja auch gewiß etwas dran, daß wir alle uns - Klumb hat darauf zurecht hingewiesen - viel zu lange auf unsere sog. Rücklagen verlassen haben. Aber alles Hadern mit eigenen Fehlern wird uns an dieser Stelle nicht weiterhelfen, wenn wir den Ärger und die Wut darüber nicht umsetzen in Überlegungen zur finanziellen Zukunft der Gossner Mission. Schuldgefühle sind nun einmal keine Motivation zu konstruktivem Handeln, so sehr dies auch unserer "theologischen Sozialisation" widersprechen mag.

Ich kann an dieser Stelle nur wiederholen, was ich schon in Berlin gesagt habe: Deine Frau und Du haben entschieden, Mitte '96 in die Badische Landeskirche zurückzukehren. Ich wünsche mir, daß Du Dir selbst das Ziel setzt, bis dahin die Konsolidierung der Gossner-Finanzen als wichtigste Herausforderung Deiner Aufgabe als Direktor zu verstehen. Alle anderen Aktivitäten wären m.E. diesem Ziel unterzuordnen. Wir selbst wollen in Mainz, so gut wir dies können, Dich dabei unterstützen. Wir tun dies nicht selbstlos. Wir wissen vielmehr, daß auch die Zukunft unseres Arbeitszentrums nicht möglich ist, ohne die Lösung dieser Aufgabe.

Dabei wirst Du u.a. Deine **Leitungskompetenz** konstruktiv einsetzen müssen, damit in Berlin nicht ein destruktiver Umgang mit der Finanzkrise droht. Ich wünsche Dir dazu die notwendige Mischung von Entschiedenheit und Sensibilität, die Du bei diesem Geschäft brauchst. Vor allem aber wünsche ich Dir, daß es gelingt "Nebenkriegsschauplätze" nicht eskalieren zu lassen. Ein Beispiel dazu habe ich ja schon in Berlin genannt: Laß' Dich doch bitte nicht länger blockieren in der Frage einer höheren Einstufung von Frau Strittmatter, sondern erkläre beiden MitarbeiterInnen, daß eine solche nur möglich wird, wenn sie für diese Entscheidung Mittel beschaffen. Immerhin hat ja der VA

diese Lösung auf seiner letzten Sitzung als Handlungsmaxime ausgegeben. Auch dies wäre ein Schritt, um Wilhelm Damm zu gewinnen und gleichzeitig in das Gesamtgeschäft einzubinden. Was sonst noch zu Wilhelm und der Bedeutung der Zambia-Arbeit zu sagen ist, hat Michael m.E. zutreffend in seinem Brief an Günter Krusche geschrieben. Ich stimme dem im Ganzen zu.

Doch nun zu dem für die Kuratoriumssitzung zu erarbeitenden Rahmenplan. Ich möchte Dir dazu einige Gliederungspunkte aufschreiben, die sich mir nach den Gesprächen vom Montag und Dienstag nahelegen. Ich halte sie für wesentlich.

Wir sollten in einem **ersten Punkt** ohne Versteckspiel die gegenwärtige Situation darlegen: Beide Zentren haben 1993 ein Defizit in Höhe von +/- 435.000 DM (Berlin: ca. 377.000; Mainz: ca. 55.000) erwirtschaftet. Die freien Rücklagen bzw. das liquide Vermögen, die/das in beiden Zentren - abgesehen von den Immobilien - vorhanden sind/ist, werden uns allenfalls dazu verhelfen, jene zwei Jahre zu überstehen, in denen ein Konsolidierungskonzept zu "greifen" beginnt. Das Kuratorium sollte deshalb folgende Vorgaben als Minimum beschließen:

- Ab dem Haushalt 1996 muß ohne hausgemachtes Defizit und das bedeutet für mich, ohne Rückgriffe auf Vermögen und Rücklagen gewirtschaftet werden können. Dies ist umso dringlicher als dann mit großer Wahrscheinlichkeit neue Belastungen durch Wegfall der EKD-Stützungsgelder anstehen. Wir wissen schon jetzt, daß Berlin-Brandenburg im besten Falle 50% dieser Leistungen übernehmen wird.
- Dies bedeutet: Im Jahre 1994 darf das Haushaltsdefizit beider Zentren auf keinen Fall den Betrag von DM 300.000 übersteigen, 1995 müßte es auf 150.000 DM begrenzt werden. 1996 schließen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ab. Nur dann wird es - wenn überhaupt - möglich werden, bei Landeskirchen (inklusive Berlin-Brandenburg) zusätzliche Mittel als Ausgleich für die wegfallenden EKD-Mittel zu erhalten. Mit größeren Haushaltsdefiziten werden wir keine Chancen haben, sondern diese werden uns eine wie auch immer geartete Liquidation empfehlen.

Sowohl die Finanzplanungsgruppe, die vom Kuratorium eingesetzt worden ist, als auch die Konzeptionsgruppe aus beiden Geschäftsstellen sollten durch gezielte Vorschläge und konkrete Vorstellungen Schritte zur Realisierung dieses Ziels formulieren. Das Kuratorium sollte auf seiner nächsten Sitzung in diesen Prozeß einbezogen werden.

Deshalb wäre es m.E. **zweitens** sinnvoll, dem Kuratorium einen Katalog von möglichen Maßnahmen zur Diskussion vorzulegen. Wenn ich unsere Debatte in Berlin richtig aufgenommen habe, dann könnte/sollte es um folgende Maßnahmen gehen:

- Erschließung neuer Einnahmen durch haushaltsentlastende Zuweisungen zu Überseehaushalten (v.a. Zambia) aus dem AG-KED-Bereich. Nebenbei: M.E. müßte noch vor dem Kuratorium ein entsprechendes Gespräch mit Jochen Lindau geführt werden. Aus pädagogischen Gründen wären Richtzahlen für die nächsten Jahre einzusetzen.
- Erschließung neuer Einnahmen durch effektivere Nutzung von Ressourcen und Kompetenzen der beiden Geschäftsstellen. Für uns in Mainz bedeutet dies: Wir müssen Überlegungen anstellen, wie wir unseren "Immobilienreichtum" für uns wirtschaften lassen und wie wir unsere Angebote besser verkaufen können. Für Euch in Berlin bedeutet dies: Was ist an Einnahmen aus dem (evtl. Verkauf?) Grundstück in der Schnellerstraße zu erwirtschaften? Aber Ihr solltet auch erwägen, das ausgebaute Dachgeschoß effektiver zu nutzen.
- Durch Steigerung von Spenden und Zuschüssen aus Dekanaten und Kirchengemeinden haushaltswirksame Einnahmen erzielen. Hier haben wir in den zurückliegenden zwei unerwartete Einnahmen erzielen können.
- Einsparungen im Bereich der Personalkosten durch (a) Nichtneubesetzungen (z.B. Stelle Messlin) und durch (b) unterschiedliche Modelle des Gehaltverzichtes bei den sog. Leitenden MitarbeiterInnen (z.B. Spenden in einen erweiterten Solidarfonds/ Sparmaßnahmen durch Rückgang auf weniger Arbeitszeit/ Gehaltsverzicht bei voller Arbeitszeit).
- Einsparungen bei den Sachkosten, wobei ich mir hier keine Illusionen mache. Aber aus pädagogischen Gründen ist es m.E. sinnvoll hier eine Zahl zu nennen (z.B. 10 oder 15% der einzusparenden Gesamtsumme).

Erst in einem **dritten Punkt** würde ich die von Klumb eingeforderten Änderungen in der Haushaltsoordnung und Haushaltsführung aufführen. Wenn es uns gelingt diese Veränderungen einzufahren, tun wir gewiß etwas zur Haushaltstransparenz und zur Haushaltspädagogik. Aber das alles macht nur Sinn, wenn es bis Ende 1995 gelingt, die katastrophalen Defizite abzubauen.

Es war gewiß hilfreich, daß innerhalb der Finanzplanungsgruppe eine klare Sprache gesprochen wurde. Ich bin aber auch erschrocken darüber, mit welcher "coolness" z.B. unser "Freund" Smid auf dieser Sitzung für Personalkürzungen eingetreten ist, obwohl ja auch er alle Entscheidungen bei der Vereinigung mitgetragen hat, die zumindest zu einem Teil uns heute "bedrücken". Deshalb ist es für mich nicht zuletzt ein theologisches Anliegen, durch gezieltes Engagement diesen Herren nicht das Feld zu überlassen.

Ich wünsche Dir gute Ostertage

Dieter Kerkhoff

Fennstraße 31
D-12439 Berlin

Gossner Mission Fennstraße 31 D-12439 Berlin

Telefon
030/6317809
Telefax
~~030/6311192~~
030/6361198

Berlin, den 18. April 1994

Lieber Karlheinz,

die Zeit beim Kuratorium war sehr knapp, um miteinander zu sprechen. Ich war an den Abenden meist mit Besprechungen schon beschäftigt. So haben wir auch am Ende der Sitzung nicht mehr miteinander gesprochen.

Ich war über den Verlauf der Finanzdebatte nicht sehr glücklich. Wir hatten eigentlich mit Günter Krusche klar abgesprochen, daß er eine ausführliche Einleitung über die Haushaltsslage geben und ich nur die Zahlen kommentieren sollte. Wir hatten auch vereinbart, daß er einen kurzen Überblick über die bisherigen Beratungen in den verschiedenen Gremien geben und den Ernst der Lage darstellen sollte. Das hatte er auch zugesagt, aber dann am Freitag gefragt: "Was soll ich denn da viel sagen? - Machen Sie das." Das war schade. Wir hatten dann weiter vereinbart, daß die drei Berliner und der Mainzer Haushalt dann ohne große Sachdiskussion vorgestellt und erklärt werden und die Grundsatzdiskussion über das weitere Vorgehen sich anschließen sollte. Diese Abfolge wurde dann aber ebenfalls durch die Zwischenfragen praktisch aufgehoben. Ich habe zwar im Verlauf der Diskussion Krusche verschiedentlich gesagt, er möchte doch Euren Haushalt 1994 vorziehen, aber da immer noch Wortmeldungen vorlagen, hat sich das auch hinausgezögert.

Leider ist es uns offensichtlich nicht gelungen, bei den Kuratoren die Betroffenheit auszulösen, die wir erhofft hatten. Sie sind sehr schnell zu Einzelpunkten übergegangen. Möglicherweise hatten etliche bereits aus den Berichten einiges gelesen und sich darauf eingestellt. Aber die Dringlichkeit, jetzt neu alle Möglichkeiten zu überlegen, wie wir zu einer grundsätzlichen Änderung kommen können, ist nicht klar geworden. Ich meine, wir haben trotzdem in Verbindung mit der Sitzung einiges wegen Zambia erreicht in Gesprächen mit Jochen Lindau und beim Zambiaausschuß. Und wir selbst wissen ja nur zu gut, wie wichtig es ist mit Einsparungen und zusätzlichen Einnahmen die Situation zu verändern. Aber für das Kuratorium war es doch schade, daß die Mitglieder selbst nicht auch noch mehr mit einbezogen werden konnten.

Der eigentliche Anlaß, weshalb ich Dir gleich heute schreibe, ist aber, daß ich mich bei Dir und den anderen Mainzern entschuldigen möchte für meine Bemerkung über die 340.000.- DM, ich glaube, es war im Zusammenhang mit dem Ansatz für 1995. Die war wirklich deplaziert. Ich hatte bei Deiner Darstellung, wie Ihr von dem früheren, höheren Defizit herunterkommen werdet, einen Hinweis auf die Erhöhung von 20.000.- aus Berlin vermisst. Ich wollte darauf nur noch hinweisen, aber die Form, in der ich das gesagt habe, war unpassend und nicht nötig. Deshalb tut es mir leid und ich bitte Dich, mir das auch so

abzunehmen. Ich habe auch mit Karl Scheld schon darüber gesprochen, bei dem wir am Sonntag waren. Diese Kleinlichkeit tut mir vor allen deshalb leid, weil Ihr Euch, wie ich das bereits neulich gesagt habe, in der ganzen Finanzkrise von Mainz aus unbedingt solidarisch mit uns verhalten habt, was ich sehr gut gefunden habe. Ich hoffe, daß diese Sache deshalb in Zukunft nicht die Atmosphäre zwischen uns verdirtbt.

Zum Schluß habe ich noch zwei technische Sachen.

Ich lege Dir für das Protokoll die Version des Haushaltes 1994/1995 bei, die wir am Vortag der Abreise erst fertig bekommen haben und die ich dann im Kuratorium auch vorgelesen habe. Das wird das Schreiben des Protokolls an dem Punkt vereinfachen.

Da wir eine Nachwahl zum Verwaltungsausschuß hatten, bräuchten wir möglichst umgehend das Protokoll zu diesem Punkt, da wir die Wahl an die Senatsverwaltung weitermelden müssen. Sonst könnte es sein, daß es beim Grundstücksverkauf Schwierigkeiten gibt, denn die Verwaltungsausschußmitglieder müssen bei jedem Wechsel wieder durch Unterschrift von allen die Vertretungsberechtigung von mir und Krusche bestätigen. Falls Du oder wer immer das Protokoll dieses Teils unterschreiben wird, ein Deckblatt mit der Liste der stimmberechtigten Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die zwei Sätze der Wahl mit Ergebnis als Auszug aus dem (noch nicht existierenden) Protokoll mit der Unterschrift des Protokollanten schicken könntet, würden wir es auch von Krusche unterzeichnen lassen und an die Senatsverwaltung weiterschicken. Das Gesamtprotokoll kann dann warten. Die Termine habe ich mir ebenfalls notiert, sodaß wir uns deswegen schon um Tagungsorte kümmern können.

Ich hoffe, Ihr habt Euch gut erholt von den Strapazen der Vorbereitung und der Kuratoriumssitzung. Ganz herzliche Grüße, auch von den anderen Berlinern an die gesamte Mainzer Dienststelle,

Dein

Dieter Hecker

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

Gossner Mission
Dieter Hecker
Fennstraße 31

12439 Berlin

Eingegangen

- 1. Feo. 1994

Erledigt:

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

St / Re

31. Jan. 1994

Lieber Dieter,

zur Vorbereitung unseres Geschäftsstellentreffens möchten wir folgende Vorschläge für eine Tagesordnung machen:

In einem Punkt über **Finanzen** wollen wir einen vorläufigen Überblick geben über die Entwicklung in '93. Es wäre günstig, wenn solches auch für Berlin vorliegen könnte, damit wir wissen, worüber wir im Sinne möglicher Perspektiven, Schritte, Versuche etc. sprechen. Es wird weiter sicherlich einen Bericht über die Reise Hecker/Krause/Sturm nach Indien/Nepel nützlich sein.

Wir müssen die Kuratoriums-Sitzung vorbereiten mit dem Schwerpunkt Mainz lt. Kuratoriums-Protokoll. Außerdem wollen wir nochmal über die Nachfolge von Jochen Lindau sprechen.

Das wär's soweit von unserer Seite.

Mit freundlichen Grüßen

(Michael Sturm)

**ÜBERLEGUNGEN ZUR FINANZIELLEN ENTWICKLUNG DES SEMINARS FÜR
KIRCHLICHEN DIENST IN DER INDUSTRIESEIGESELLSCHAFT
DER GOSSNER MISSION IN MAINZ**

Eine vorläufige Auswertung des zurückliegenden Haushaltsjahres 1993 zeigt ein offensichtliches Dilemma: Obwohl es uns gelungen ist, die Einnahmen aus Mieten und Spenden/Kollekten und Zuschüssen um mehr als 30.000,--DM zu steigern, konnte nicht vermieden werden, daß auch für das abgelaufene Haushaltsjahr fast 100.000,--DM aus den Rücklagen entnommen werden müssen (ursprünglich veranschlagt: DM 86.000).

Da wir auf der Ausgabenseite uns im Ganzen sehr haushaltsbewußt verhalten haben - nur im Blick auf den Posten "Büromaschinen" haben wir kräftig überzogen (DM 20.000 für die Anschaffung eines neuen Kopierers und zwei neuer Teilsysteme von PCs) - erwies sich auch 1993 die Einnahmenseite wieder als kritische und wunde Stelle. Hier gibt es Einnahmeverluste - vor allem im Bereich der Zinsen (DM 4.000) und was Erträge bei unseren Angeboten "Industrieseminar" (DM 10.000) und "Industriepraktikum" (DM 5.000) betrifft -, die die oben erwähnten Mehreinnahmen wieder wett machen. Das angestrebte Ziel, die Rücklagenentnahme zu senken haben wir eindeutig verfehlt.

Das Rücklagenkapital - nach dem Verkauf einer der drei Eigentumswohnungen in Bretzenheim gegenwärtig wieder DM 425.000 - wird deshalb zur Deckung dieses Defizites erneut abschmelzen. Ist diese Entwicklung nicht umkehrbar, dann sind wir bis Ende 1996 nicht mehr "liquide". Mehreinnahmen im Bereich der Spenden und Mieten, so wichtig und nötig diese bleiben, können diese Entwicklung allenfalls abbremsen, aber nicht stoppen. Wir haben dann zwar immer noch ein beachliches Vermögen - wir sind EigentümerIn von zwei größeren Eigentumswohnungen (Verkehrswert +/- DM 700.000) und unseres Zentrums (Verkehrswert zwischen 4 und 5 Millionen), aber unsere Kapitalien sind aufgebraucht.

Ich ziehe aus den Erfahrungen der zurückliegenden zwei Jahre folgenden Schluß: Alles, was wir bisher bei den Versuchen zur Sanierung unseres Haushaltes erreicht haben, war wichtig, konnte aber den Trend nicht stoppen:

- Die Steigerung der Spenden/Kollekten und Zuschüsse um mehr als 100% von durchschnittlich 40.000 auf jetzt fast 90.000,--DM.
- Die vom Kuratorium anerkannte jährliche Steigerung des Berlin-Zuschusses um 5-7%, die 1993 erstmals praktiziert wurde.

b. W.

- Die jährliche Steigerung der Mieteinahmen um 5% - vor allem durch eine flexiblere Belegungspolitik im Jochen Klepperhaus.

Auf dieser Linie gilt es weiter zu arbeiten. Es wird schwer genug fallen, diesen Standard zu halten.

Bei der Erschließung neuer und langfristig sicherer Einnahmequellen zur Umkehrung des Trends schlagen wir eine Diskussion folgender Strategien vor:

1. Bei der Analyse unseres Haushaltes fällt auf, daß wir rund 25% der Einnahmen (1993: ca. 212.000,-DM) selbst erwirtschaften (Mieten, Zinsen, Spenden/Kollekten/Zuschüsse). Es muß deshalb überlegt werden, ob und wie wir unser Vermögen produktiver für uns arbeiten lassen können. Etwa in dem Sinne, daß wir durch Ausbau oder Neubau auf unserem Gelände mehr Wohnraum zur Verfügung stellen, um hier - etwa in Kooperation mit der Universität Mainz - zusätzliche Einnahmen zu erschließen. Die Finanzierung einer solchen Investition wäre möglich durch den Verkauf einer/der Eigentumswohnungen. Eine Prüfung dieses Vorschlags unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten wäre sinnvoll.

2. Durch konkrete Angebote an die Industrie- und Sozialarbeit bzw. die Theologischen Ausbildungsstätten der uns benachbarten Landeskirchen Hessen-Nassau, Rheinland und Pfalz wären kontinuierliche Einnahmen zu erwirtschaften in Höhe von +/- DM 50.000:

- Was die EKHN betrifft verhandeln wir gegenwärtig mit AISA und dem Propst Hermann Petersen um Angebote im Bereich "Amt für Industrie- und Sozialarbeit Rheinhessen" (Größenordnung DM 25-30.000).

- Mit der Pfälzischen Landeskirche werden gegenwärtig Kontakte gesucht, um über Angebote an das Predigerseminar in Landau den (seit 1992 gewährten) Zuschuß von jetzt DM 12.000 zu erhalten bzw. auf 15-20.000 DM zu erhöhen.

- Mit dem Predigerseminar Bad Kreuznach der Rheinischen Kirche beginnt mit dem Jahr 1994 eine engere Kooperation. Bisher sind drei Studientage für den Bereich "Seelsorge und gesellschaftliches Umfeld" geplant. Ob es hier zu festen finanziellen Zuschüssen in den nächsten Jahren kommen kann, muß geprüft werden.

3. Es erscheint wichtig, unsere Fortbildungs- und Ausbildungangebote auf Themen zu erweitern, die uns die Möglichkeit geben, Projektmittel zu erschließen:

- Im Bereich **entwicklungs politischer Bildungsarbeit**, wo wir ja nicht zuletzt auf dem Hintergrund unserer Studien zur Investitionsproblematik Kompetenz haben, ist an ABP-Mittel zu denken.

- In der (Ost-)Europaproblematik ist an Brüsseler Töpfe zu denken.

4. Inwieweit wir "Sponsoren" für unsere Arbeit gewinnen sollten, wenn wir überhaupt könnten, das ist eine schwierige und (politisch) auch heikle Frage. Denn dies ist ja bekanntermaßen ein "Geschäft auf Gegenseitigkeit". Ich denke nicht, daß es sinnvoll ist, wenn in Zukunft die Symbole von Opel oder IBM auf unseren Briefköpfen oder Werkstattberichten erscheinen.

Realisierbar erscheinen jedoch folgende Schritte, wie immer auch der Erfolg sein mag:

- Wir sollten die Firmen um Spenden für unsere Arbeit bitten, die regelmäßig für uns arbeiten (Nonnenmacher, Wahlich, Henneveld, Deutschmann....).

- Wir suchen "Politiker" und "Kirchenpolitiker" in unserem Freundeskreis zusammenzurufen, die in der Öffentlichkeit für unsere Arbeit werben. Zu denken wäre etwa an Personen wie: Horst Krockert, Gerhard Grohs, Delorme, Herke..... Zu prüfen wäre auch die Gründung eines Förderkreises.

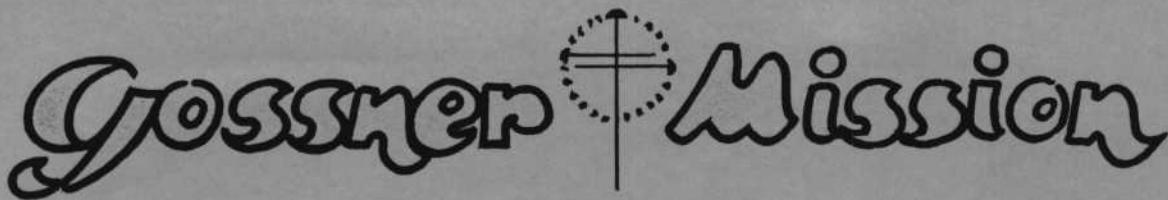
5. Nicht vergessen werden darf, worauf uns jüngst wieder Herr Dr. Beckmann aufmerksam gemacht hat: Die vom Evangelischen Missionswerk in Südwestdeutschland uns über Berlin zur Verfügung gestellten Mittel (gegenwärtig rund DM 200.000) sind alles andere als "sicher". Vor allem von Seiten der Württembergischen Kirche werden sie immer wieder in Frage gestellt. Auf jeden Fall sollte vor dem Ausscheiden von Beckmann und Schnellbach, dh. in den nächsten drei Jahren, eine vertragliche Absicherung gesucht werden.

6. Schließlich bleibt anzumerken, daß Arbeit an diesen Finanzierungsstrategien Kräfte binden wird, was im Blick auf Arbeit und Arbeitsteilung im Team bedacht werden muß.

Zusammenfassung einer Teamdiskussion zum Thema vom 27. 1. 1994

Karl-Heinz Dejung
27. Januar 1994

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

ÜBERSICHT ÜBER DIE ANGELAUFENEN BZW. GEPLANTEN PROGRAMME

(Stand 20. September 1993)

1. Gegenwärtig läuft die Auswertungswoche des **23. Industriepraktikums** (IP) mit Studierenden der Evangelischen Theologie der Universität Marburg (12 Teilnehmende). Während des Wintersemesters wird dieses Praktikum mit zwei Blockwochenenden abgeschlossen (26.-28.11.93/ 10.-12.12.93.). Das nächste IP beginnt mit dem Sommersemester im April 1994.
2. In Zusammenarbeit mit den Ämtern für Mission und Ökumene der Hessischen, Pfälzischen und Badischen Landeskirche sind vom 26. September bis 4. Oktober 1993 **10 BetriebsrätiInnen aus Südkorea** im Mainzer Arbeitszentrum zu Gast, um Probleme und Perspektiven unserer Industriegesellschaft kennenzulernen und mit GewerkschafterInnen zu diskutieren. Wir verstehen diese Veranstaltung als Folge der für das Evangelische Missionswerk erarbeiteten Studien über soziale und ökologische Auswirkungen deutscher Investitionen in Übersee.
3. Vom 11. Oktober 1993 bis zum 31. März 1994 findet das **32. Industrieseminar** statt (6 Teilnehmende). Es beginnt mit einer Einführungswoche vom 11.-15. Oktober 93. Auswertungsphasen finden während dieses Halbjahres an folgenden Wochenenden in Mainz statt: 12.-14. November 1993, 17.-19. Dezember 1993, 11.-13. Februar 1994, 25.-27. März 1994.
4. Vom 23.-28. Oktober 1993 findet in Mainz ein internationales **Ökonomie-Training für Frauen** statt (ca. 15 Teilnehmerinnen). Wegen der großen Nachfrage ist für 1994 eine Wiederholung bzw. Fortsetzung geplant.
5. Vom 1.-5. November 1993 findet die erste Woche des **Fortsbildungprogramms "Lernfeld Industriegesellschaft"** für Pfarrerinnen und Pfarrer statt (7 Teilnehmende). Dieses Programm umfaßt 6 Wochenkurse und erstreckt sich bis zum Sommer 1995. Für das Jahr 1994 sind folgende Kurswochen geplant: 28.2.-4.3. 1994, 6.-10. 6. 1994., 7.-11. 11. 1994.
6. Vom 17.-21. Januar 1994 findet eine **Institutswoche** für Vikarinnen und Vikare vom Theologischen Seminar Herborn der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) statt (12-15 Teilnehmende).
7. Vom 20.-24. Juni 1994 findet eine **Fortsbildungswocche für Pfarrerinnen und Pfarrer der EKHN** zum Thema "Von der MIP zur MIT - Rüstungskonversion in Mainz" statt.

Ingrid Borns-Scharf

Karl-Heinz Dejung

Michael Sturm

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

An die

Mitglieder des Mainz-Ausschusses

Zur Kenntnis an:

Herrn Detlef Lüderwaldt

Herrn Christian Schröder

Dienststelle Berlin

Eingegangen

21. Okt. 1993

Erledigt:

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Hö

20. Oktober 1993

Sehr geehrte Damen und Herren,

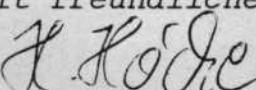
im Auftrag von Karl-Heinz Dejung und dem Vorsitzenden des Mainz-Ausschusses, Karl Scheld, möchte ich Sie sehr herzlich zur nächsten Mainz-Ausschuß-Sitzung

am Mittwoch, dem 10. November 1993
von 14,00 bis 18,00 Uhr

in der Bibliothek der Gossner Mission in Mainz einladen. Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24./25.05.93
3. "Spiritualität und Arbeit" am Beispiel der Iona-Community in Schottland (Einführung: Susanne Englert)
4. Rückblick auf die Kuratoriumssitzung unter besonderer Berücksichtigung der für die Mainzer Arbeit relevanten Beschlüsse und Diskussionen
5. Berichte aus der Arbeit
6. Verschiedenes

Mit freundlichem Gruß


(Hannelore Höcke)

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGERESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

Gossner Mission
zu Hd. Herrn Dieter Hecker
Fennstr. 31

D-12439 Berlin

Eingegangen

15. Juli 1993

Erledigt:

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Dj/Hö

14. Juli 1993

Lieber Dieter,

bevor ich zur ökumenischen Sommeruniversität nach Goslar reise und danach für 2 Wochen in den Urlaub gehe, möchte ich Dich noch einmal zu unseren Entscheidungen über die "Finanzentwicklungen" bei der Gossner Mission ansprechen.

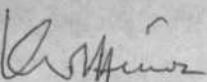
Du weißt, daß ich es für dringlich erachte, daß wir spätestens auf der Geschäftssitzung eine Planung der Besuche bei Kirchenleitungen vornehmen. Unsere Bilanz 1992, die ich Dir in der Anlage weitergebe, macht dies dringlich, und ich denke in Berlin wird das nicht viel anders sein.

Ich möchte Dich deshalb sehr herzlich bitten, für die Geschäftsstellensitzung in Mainz entsprechende Zeit einzuplanen und möglicherweise den Entwurf eines Planes unserer Besuche im Laufe des nächsten Jahres mitzubringen. Ich denke, daß wir dann zügiger vorankommen können.

Was unsere Anstrengungen betrifft folgendes: Unser Propst hat Verhandlungen begonnen mit der EKHN mit dem Ziel, einen höheren Zuschuß aus Darmstadt zu bekommen. Wir als Team müssen intern noch beraten, was wir bereit sind, der hessischen Kirche dafür als zusätzliche Leistungen anzubieten. Hier haben Vorgespräche stattgefunden, eine Entscheidung wollen wir bis Ende August treffen.

Viele liebe Grüße nach Berlin

Dein


(Karl-Heinz Dejung)

Anlage

Gossnerische Missionsgesellschaft - Arbeitszentrum Mainz

Anlage I

Bilanz zum 31. Dezember 1992

Aktivseite

	Stand	Passivseite				DM	DM
	1.1.1992	Zugang	Abgang	Abschrei-	Stand		
	DM	DM	DM	bung	31.12.1992		
A. Anlagevermögen							
I. Sachanlagen							
1. Grundstücke mit Gebäuden	521.231,--	-,--	-,--	11.890,--	509.341,--	Jahresfehlbetrag (Bilanzverlust)	1.124.552,65
2. Eigentumswohnungen	176.749,--	-,--	-,--	5.408,--	171.341,--		58.787,88 1.065.764,77
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung							3.643,--
3.1 Einrichtungen und Ausstattungen	39.915,--	4.269,11	-,--	13.422,11	30.762,--		16.414,16
3.2 Bücherei	9.516,--	2.987,44	-,--	2.740,44	9.763,--		
3.3 Geringwertige Anlagegüter	1,--	881,61	-,--	881,61	1,--	D. Andere Verbindlichkeiten	
4. Fuhrpark	1,--	-,--	-,--	-,--	1,--	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.992,76
	747.413,--	8.138,16	-,--	34.342,16	721.209,--	2. Sonstige Verbindlichkeiten	55.178,26 64.171,02
II. Finanzanlagen							350,--
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	303.325,--	-,--	40.000,--	-,--	263.325,--	E. Rechnungsabgrenzungsposten	
2. Sonstige Finanzanlagen	1.300,--	-,--	-,--	-,--	1.300,--		
	1.052.038,--	8.138,16	40.000,--	34.342,16	985.834,--		
B. Umlaufvermögen							
I. Forderungen					18.067,05		
II. Kassenbestand, Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten				146.441,90	164.508,95		
				1.150.342,95			1.150.342,95
=====	=====	=====	=====	=====	=====	=====	=====

Gewinn- und Verlustrechnung fÜr Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1992

	DM	DM	DM	1991 DM
1. Kost- und Wohngelder	30.298,--			52.148,10
2. Mieterträge	102.224,24			87.458,--
3. Betriebskostenzuschüsse und -zuwendungen	536.816,34			493.763,89
4. Sonstige betriebliche Erträge	10.881,63			9.184,97
		680.220,21		642.554,96
5. Zinserträge	20.368,31			22.111,06
6. Spenden	51.652,74			38.076,18
7. Aperiodische Erträge	2.522,50			8.961,27
		74.543,55		69.148,51
Summe der Erträge		754.763,76		711.703,47
8. Personalaufwendungen		490.571,32		505.001,61
9. Sachaufwendungen				
9.1 Hausbetriebsaufwendungen	54.772,82			45.682,92
9.2 Aufwendungen fÜr Einrichtungen und Ausstattungen	3.490,14			2.178,57
9.3 Heimbetriebsaufwendungen	12.323,49			14.842,65
9.4 Allgemeine Seminaraufwendungen	14.260,59			10.101,18
9.5 Aufwendungen fÜr Projekte	7.876,80			16.697,32
9.6 Aufwendungen fÜr allgemeine Verwaltung	65.970,38			46.487,69
9.7 Reise- und Fahrtkosten	23.653,43			16.616,45
9.8 Aufwendungen fÜr UIM	86.964,73			66.066,09
9.9 Aufwendungen fÜr Eigentumswohnungen	18.817,26			16.508,79
		288.129,64		235.181,66
10. Abschreibungen auf Sachanlagen		34.342,16		38.841,35
11. Zinsaufwendungen		508,52		521,96
-.. Aperiodische Aufwendungen		-,-		5.045,--
Summe der Aufwendungen		813.551,64		784.591,58
12. Jahresfehlbetrag		58.787,88		72.888,11
-.. Auflösung von zweckgebundenen Rücklagen		-,-		23.849,54
-.. Bilanzverlust		58.787,88		49.038,57
		=====		=====

"Die Buchführung fÜr das Geschäftsjahr 1992 und der Jahresabschluß zum 31. Dezember 1992 entsprechen nach unserer PrÜfung den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung".

Frankfurt am Main, 12. Juli 1993

Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e.V.

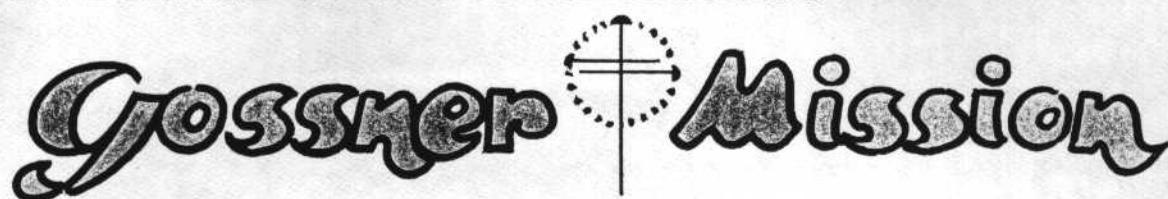
- Treuhandstelle -

J. Herbolz

(Dr. Birkenbach)



SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 6500 Mainz

Herrn
Dieter Hecker
Fennstr. 31
0-1190 Berlin-Schöneeweide

* NEUE TELEFONNUMMERN: *
* 06131-232031 *
* 06131-287440 *

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Dj/Hö

17. Mai 1993

Lieber Dieter,

im Nachgang zur Verwaltungsausschußsitzung noch folgende Rückmeldung aus unserer Teamsitzung, in der ich über den Verlauf unserer Berliner Gespräche informierte.

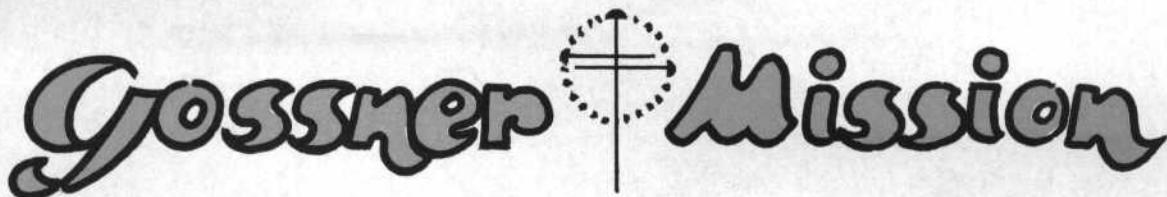
Wie ich schon andeutete wäre es gut, bei der Nachfolgefrage Lindau die bisherige Praxis zu berücksichtigen. Nach unserem Wissen wurden bisher jeweils Stellvertreter/Stellvertreterin gefragt, ob sie für die Wahl zum Kurator/zur Kuratorin kandidieren. Wir sind der Meinung, daß dies auch in diesem Falle im Blick auf Susanne Englert berücksichtigt werden müßte. Außerdem legt Ingrid m. E. mit Recht Wert auf die Feststellung, daß hier der Gleichstellungsausschuß aufgrund der Frauenquote gefragt werden müßte.

Ich bin froh, daß wir im Blick auf Verhandlungen mit den Landeskirchen das Besuchsprogramm beschlossen haben. Ich möchte Dich bitten, möglichst schnell solche Besuche zu vereinbaren und die Delegation zusammenzustellen. Wir aus Mainz nehmen gern jeweils mit einer Person an diesen Gesprächen teil.

Mit lieben Grüßen

Dein

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 6500 Mainz

Herrn
Dieter Hecker
Gossner Mission
Fennstr.
O 1190 Berlin-Schöneberg

* NEUE TELEFONNUMMERN:
* 06131-232031
* 06131-287440

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

KHD

8. März 1993

Lieber Dieter!

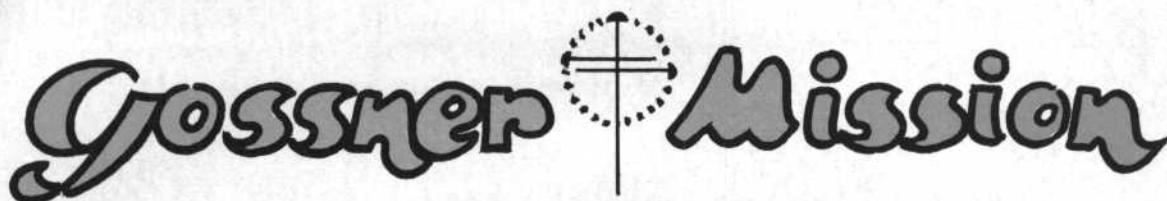
Ich kann leider an der bevorstehenden Kuratoriumssitzung nicht teilnehmen, da ich vom 17.-19. März (verantwortlich) an einer Konsultation der EKD mit ökumenischen Initiativgruppen zur Wirtschaftsdenkschrift "Gemeinwohl und Eigennutz" in Erfurt mitwirken werde. Deshalb möchte ich Dir heute noch einmal schriftlich meine Auffassung zur Diskussion um den internen Solidaritätsfonds zukommen lassen, die ja - nach dem Anruf von Bernd letzte Woche - nun möglicherweise doch sehr viel enger mit der Zukunft von Annette bei der Gossner Mission verknüpft sein wird, als wir dies ursprünglich wollten.

Zunächst einmal gehe ich davon aus, daß die Gossner Mission eine Entscheidung für eine feste Anstellung mit dem VA-Beschluß vom Januar 1993 getroffen hat. Zwar sind die Rahmenbedingungen nun möglicherweise verändert, aber ein Beschluß liegt vor, der auch einklagbar ist, selbst wenn Annette dies nicht will. Es ist m.E. kein Formalismus, auf dieses Faktum hinzuweisen und deshalb als erstes die Verantwortung des Arbeitgebers in dieser Sache zu fordern.

Ich gehe zweitens davon aus, daß eine Finanzierung der Stelle von Annette aus dem Solidaritätsfonds allein nicht möglich sein wird. Auch aus diesem Grunde bleibt der Arbeitgeber gefordert. Allerdings könnte es in diesem Zusammenhang hilfreich sein, wenn die Mitarbeitenden durch einen Solidaritätsbeitrag für eine solche Haltung des Arbeitgebers "Druck" machen könnten. Nicht zuletzt um zu dokumentieren, wie wesentlich wir eine Weiterbeschäftigung von Annette achten.

Ich selbst betone noch einmal meine Bereitschaft, meine anteilige Arbeitsmarktabgabe in eine solche "Aktion" einzubringen (3,15% des Bruttogehaltes), aus den schon im Januar

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 6500 Mainz

Herrn
Dieter Hecker
Fennstr. 31

0-1190 Berlin

* NEUE TELEFONNUMMERN: *
* 06131-232031
* 06131-287440

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Dj/Hö

4. März 1993

Lieber Dieter,

wir haben hier noch einmal über Deine Frage, die Vertretung von Beckmann im Kuratorium betreffend, beraten. Wir stimmen grundsätzlich diesem Vorschlag zu, denn er bringt uns doppelten Vorteil: Einmal haben wir damit die Kompetenz von Walter Sohn im Mainz-Ausschuß und längerfristig dann ja wohl auch im Kuratorium, an der uns viel liegt. Zum anderen behalten wir den "good will" von Beckmann, was die EKHN betrifft.

Im Blick auf Rückfragen aus dem Kuratorium, eine solche "Mischdelegation" betreffend, könnten wir uns folgende Argumentation vorstellen: Beckmann wird allenfalls noch 3 Jahre im Amt bleiben, vielleicht geht er aber auch schon im nächsten Herbst mit 63. Da kann es aus seiner Perspektive sinnvoll sein, seinen Nachfolger als stellvertretenden Delegierten einzuarbeiten. Das kann uns eigentlich nur recht sein, egal ob das jetzt in Darmstadt schon alles geklärt ist. Warum sollte die Hessische Kirche nicht einer Lösung zustimmen können, die davon ausgeht, daß die Stellvertretung von Hermann Petersen alternierend wahrgenommen wird von der Person, die gerade Zeit hat bzw. die bessere Kompetenz mitbringt.

Was die neue Situation im Blick auf Annette betrifft, haben wir beraten und sehen gegenwärtig keinen neuen Verhandlungsbedarf. Wir bleiben dabei, daß zunächst einmal der Arbeitgeber hier gefragt ist. Sollte aus irgendwelchen Gründen seitens des Arbeitgebers ein Nein zu Annette zu erwarten sein, dann müßte aus dem MitarbeiterInnenkreis nach unserer Auffassung wohl doch eine Initiative gestartet werden, die dann aber noch während des Kuratoriums zustande kommen sollte. Da ich während dieser Sitzung nicht anwesend sein kann, werde ich meine eigene Position in der nächsten Woche in einem längeren Brief Dir mitteilen und meine KollegInnen darum bitten, sie mit einzubringen.

Mit guten Wünschen

Dein

(Karl-Heinz Dejung)

Die Bedeutung der Lokalen Ökonomie in Krisenzeiten bei uns und die Rolle der Subsistenzwirtschaft in den Ländern der 3. Welt.

Dietrich Flecker:

Thesen zum Thema: "Die Bedeutung des informellen Sektors und der Subsistenzwirtschaft in Indien."

1. An der Stelle der Lokalen Ökonomie bei uns steht in Indien der informelle Sektor und die Subsistenzwirtschaft.
2. Die Subsistenzwirtschaft spielt in Indien eine enorme Rolle, da mehr als die Hälfte der Bevölkerung in diesem Bereich tätig ist.
3. Subsistenzwirtschaft umfaßt sowohl die Landwirtschaft als auch das Kleinhandwerk und die Landlosen Arbeiter.
4. In Indien ist die Subsistenzwirtschaft nur "gemeinschaftsbezogen" denkbar. Die Lebens- und Produktions-Einheit war normalerweise das Dorf oder die Dorfgruppe, die sich um einen Wochenmarkt bildet.
5. In diesem Mikrobereich hat es genaue Verteilmechanismen gegeben ohne Geld, bei denen vor allem die Landlosen Arbeiter einbezogen wurden.
6. Auf nationaler Ebene hat eine Auseinandersetzung über die angestrebte Wirtschafts- und Ges.ordnung im Unabhängigkeitskampf stattgefunden, bei der Nehru und Gandhi die Antipoden für verschiedene Gesellschaftskonzepte waren.
7. Gandhi hat die bewußte Abkoppelung von der Kolonialwirtschaft gefordert. Er hat viel grundsätzlicher die Beteiligung auch an einer nationalen kapitalistischen Großindustrie oder einer sozialistischen Planwirtschaft klar abgelehnt und sowohl individuell als auch kollektiv eine Alternative dazu gefordert und praktiziert.
8. Die Khadi-Bewegung und die Gramudyog-(Dorfindustrie)Bewegung versuchte, die einzelnen zur eigenständigen lokalen Produktion der Grundbedürfnisse - von Lebensmitteln und Textilien zu motivieren und durch diese Organisationen eine strukturelle Unterstützung anzubieten: Beschaffung von Rohstoffen, Organisation von lokaler Vermarktung und gleichzeitige Bewußtseinsbildungarbeit zur Schaffung überlebensfähiger lokaler Einheiten.
9. Politisch hat sich in Indien nach 1947 durch Nehru eindeutig die entgegengesetzte Wirtschaftspolitik durchgesetzt: Eine klare Orientierung an Großindustrie und deren Methoden mit einer gesellschaftspolitischen Mischform, einen sog. "Socialistic Pattern of Society". In der Praxis bedeutete das: Staatliche Planwirtschaft im Bereich der Schwerindustrie und Energieversorgung: private Unternehmen auf dem Sektor der Konsumgüterindustrie.
10. Diese Wirtschaftspolitik war vorherrschend in den beiden ersten Jahrzehnten des unabhängigen Indien und ging eindeutig zu Lasten des Subsistenzsektors der Gesellschaft. Dieser verelendete immer mehr wegen der durch den organisierten Sektor verursachten Inflation, die für die Subsistenzwirtschaft ausschließlich negative Folgen hatte, nämlich höhere Preise für die Konsumgüter, die hinzugekauft werden mußten, ohne Ersatz durch höhere Einkommen.
11. Seit 1989 wird dieser Prozeß noch beschleunigt, durch eine klar am Westen orientierte marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, eine Lockerung der Kontrollen für ausländische Investitionen und eine liberalere Wirtschaftspolitik zugunsten der Privatwirtschaft, auch in bisher dem öffentlichen Sektor reservierten Bereichen.

12. In den 60er Jahren hat die Projektpolitik der Gossner Mission in Verbindung mit Brot für die Welt voll auf den Trend der damaligen Entwicklungspolitik gesetzt, durch Ausbildung und Investitionen möglichst vielen Menschen in Chotanagpur den Sprung aus dem Subsistenzbereich in den organisierten Sektor und den Bereich der marktorientierten Produktion zu ermöglichen: Fudi für den technischen Bereich. Khuntitoli als Musterfarm für den landwirtschaftlichen Bereich.
13. Das Projekt in Khuntitoli, im Landwirtschaftsbereich, kam nach der Abreise der letzten ausländischen Experten zu einem Ende. Gehalten haben sich einige kleinere Verbesserungen im Subsistenzbereich, die aber nicht weiter systematisch verfolgt und gefördert wurden.
14. Im technischen Bereich (Fudi) konnte die Funktion der Verbesserung der Situation von beteiligten Adivasis bis heute gehalten werden, was aber zunehmend als ungenügend empfunden wurde, solange die Interessen der Dorfbevölkerung im Ausbildungsgang nicht vorkamen. Aufgrund der Abwanderung der fähigsten jungen Leute in bezahlte Jobs in den Städten in ganz Indien, wurden die ländlichen Gebiete langfristig auch personell immer mehr ausgezehrt.
15. Seit Mitte der 80er Jahre hat ein Umdenken stattgefunden in der Gossner Kirche und bei den öffentlichen Stellen in Indien. Seitdem hat der schon lange immer wieder gescheiterte Versuch, technische Ausbildung für den ländlichen Subsistenzbereich anzubieten, Erfolg gehabt. Die fünf Ausbildungsgänge für Village Level Training (Schlosser, Schreiner, Fahrradreparatur, Auto- und Motorenwartung und "Millwright" - ein polytechnischer Kurs) haben ein gutes Echo gefunden, und die Trainees gehen auch tatsächlich in die Dörfer zurück, um in den Dorfgemeinschaften zu arbeiten.
16. Ein weiterer Versuch, Menschen im Subsistenzbereich Orientierung und Hilfestellung zu geben, ist das Fünf-Punkte-Programm der Missionsabteilung. Es versucht, lokale Reserven zu mobilisieren, die Chancen im informellen Sektor zu verbessern und eine geeignete Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.
17. Derselbe Versuch wird in Govindpur mit dem New Life Light Centre unternommen, wo bewußt mit sehr einfachen Mitteln zur Verbesserung der ländlichen Situation gearbeitet wird. Leider werden dort wegen der unzureichenden Ausbildung und Reflexion der Leitung und der Abwesenheit von Dr. Bage für eine konzeptionelle Weiterarbeit bisher die Möglichkeiten dieses Programms nur unzureichend genutzt.
18. Ein weiterer Versuch, der Unterstützung des informellen Sektors und der lokalen Ökonomie in Indien ist der 3. Welt Handel. Er versucht, Handwerker und Produzenten im Subsistenzbereich eine Ermutigung zu geben, hat dabei aber permanent durch die Methode des "export-orientierten" Handels einen Zielkonflikt auszuhalten.
19. Sowohl in den Beziehungen zur Gossner Kirche als auch beim 3. Welt Handel wird immer wieder das Dilemma deutlich: Wie schafft man es, Entwicklungen so aufzunehmen, daß die Initiative und Partizipation der direkt Betroffenen aufgenommen werden, ohne sie durch (vorhandene) einheimische oder ausländische Bevormundung zu ersticken.
20. Bei dem Prozeß der Weiterentwicklung und Organisation von Gemeinschaften im Subsistenzbereich spielt die kulturelle Identität und deren Stützung und Vergewisserung eine wichtige Rolle. Daher muß alles getan werden, um dieses Bewußtsein zu fördern.
21. Die Erfahrungen von Menschen bei uns, daß die Hoffnungen auf eine Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme bei uns langfristig ebenfalls nicht durch die Einbeziehung aller in den traditionellen Wirtschaftsprozeß zu lösen sind, können Menschen in Indien beim Verständnis ihrer Situation helfen, ebenso wie der umgekehrte Prozeß.
22. Bei einem solchen Austausch werden die Ebenen der Begegnung sehr sorgfältig überlegt werden müssen.

Berlin, den 12. August 1993

Dieter Hecker

Historianspunkt und mit dem Recht.

Gleichzeitmodelle aber nicht zum S-Pauschalzuschlag werden weiter verboten diskutiert, worauf sich die Gewerkschaften erst später einlassen. Das heißt der PSDV kann erreicht wird: 75-Stundenwoche bei vollen Lohnangaben sollte für die ges. Verbesserung nicht aufgezogen werden. Es erfordert keine Lösungsstrategie für alle. Der alte PDS-Demokr. Front: Vollbeschäftigung und voll bezahlte Arb. für alle - es sei denn das ist für die Gewerkschaften kaum zu realisieren sein, dann alle Hauptarbeitsmänner vereinbarlich werden und alle müssen nach gleichen Prinzipien behandelt werden.

Die Zahl der ATW in prozentuerter Weise nimmt ab:
Städtebauern bei Landwirten Schätzungen des "produktivitätssektors in den
Kreis. 10 Jahre um 50%. Die tatsächl. Ernstheit wird von Zahlen zu Zahlen steigen mit der Folge zunehmender arbeitslosigkeit.

Ein ~~der~~ P. Arbeit macht in ~~Staatsvertrag~~, über den Staat und dem ~~Wirtschafts~~-ministerium (oder von nicht-staatl.
~~(oder ASME)~~)

Läßt die Modellformen des Arb.-marktes funktionieren.

Um legal ~~sozialversicherungspflichtige~~ Berat & Dienste zu ermöglichen, ist die Idee der Vollbeschäftigung unrealistisch.

Unter dem Gesichtspunkt, daß gesetzl. anerkannte Arbeit von f. Willkür bedient ist, müssen die heim. Arb. erlaubt

beitstext ist es die Eindeutigkeit des Tuns. Hier gibt es kein Vertun: Gefordert ist das Elementare: Den Hungrigen zu essen und den Durstigen zu trinken zu geben, die Fremden aufzunehmen, die Nackten zu kleiden, um die Kranken und die Gefangenen sich zu kümmern.

Eindeutige Praxis und „Mixed Emotions“ – gemischte Gefühle. Die Artisten in der Zirkuskuppel ratlos? Vor den letzten Fragen gewiß. Aber nicht tatlos – hier und jetzt – hoffentlich...

Prof. Dr. Jürgen Ebach, Lewackerstraße 265, 44879 Bochum

In gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Sprache als „Werkzeug“ oder gar „Waffe“ zu gebrauchen, ist gewiß keine Erfindung unserer Tage. So reflektierte schon Altmeister Goethe: „Der Sprache liegt zwar die Verständes- und Vernunftsfähigkeit des Menschen zum Grunde, aber sie setzt bei dem, der sich ihrer bedient, nicht eben reinen Verstand, ausgebildete Vernunft, redlichen Willen voraus. Sie ist ein Werkzeug, zweckmäßig und willkürlich zu gebrauchen; man kann sie ebensogut zu einer spitzfindig-verwirrenden Dialektik wie zu einer verworren-verdüsternen Mystik verwenden.“

Wahrlich eine Aussage von höchster Aktualität. Die Anleihe, die Heiner Geißler noch zu seiner Glanzzeit als CDU-Generalsekretär machte, um sein „strategisches Credo“ (zur Durchsetzung der Wende-Politik) zu umschreiben, war sehr viel älter. Er bezog sich nämlich dabei auf den griechischen Philosophen Aristoteles: „Allemal gilt, daß wer Begriffe und Gedanken bestimmt, auch Macht über die Menschen hat. Denn nicht die Taten sind es, die die Menschen bewegen, sondern die Worte über die Taten.“

Inzwischen hat Helmut Kohl auch diesen „intellektuellen Kopf“ der CDU längst ausgesessen und abgehängt. Die von Geißler mit zynischer Offenheit empfohlene Methode wird aber munter weiterpraktiziert; und zwar mit in der Nachkriegszeit zuvor nie dagewesener Konsequenz, intellektueller Unredlichkeit und Unverfrorenheit.

Im letzten Jahrzehnt ist es konservativen Politikern und Publizisten gelungen, eine verfälschende Sprache zu etablieren, die nicht einmal annähernd noch etwas mit korrekter, wahrheitsgemäßer Information oder gar Aufklärung zu tun hat. So sollten Name und Inhalt von Gesetzen wenigstens halbwegs übereinstimmen. Heute ist eher das Gegenteil die Regel. Das bestätigen u. a. Erfahrungen mit dem „Beschäftigungsförderungsgesetz“, das Vollzeitarbeitsplätze vernichtete und die (ungeschützte) Leiharbeit erleichterte. Das „Gesetz zur Sicherung der Tarifautonomie“ schränkte die Streikmöglichkeiten der Gewerkschaften drastisch ein. Das „Gesetz zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen“ versetzte Hausherren in die Lage, kurzfristiger zu kündigen und leichter Mieten zu erhöhen. Ein Beispiel aus jüngster Zeit ist das geplante „Investitionserleichterungsgesetz“. Es schränkt (z. B. beim Zubetonieren der Landschaft mit weiteren Autobahnen) den Naturschutz ein und stützt die Mitspracherechte

Zur Zeit beherrschen die drei Themen Solidarpakt, weltweiter Bund und Asyl die politische Diskussion in Deutschland. Dabei werden Beispiele für den Mißbrauch von Sprache bzw. ihren Einsatz als „Wa-

Solidarität auf den

So geistert seit Monaten der „Solidarpakt“ durch die Medien. Die Befragung strahlt in beiden Teilen viel Sympathie aus. Sie signalisiert: Solidarität und handelnde Menschen schließen freiwillig eine Vereinbarung, um zusammen zu helfen; ggf. auch durch eigenen Verzicht. Die Bundesregierung macht eine solche Haltung sowie die – gerade in der Arbeiterbewegung geschichtsträchtige „Solidarität“ im Interesse ganz anderer, gegenteiliger Ziele: Sie will Geld – und damit Lebenschancen – von unten nach oben umschichten, vorrangig nicht, um dem Osten zu helfen. Es gilt vielmehr, Schuldenberge einer katastrophalen Finanzpolitik – abzubauen. Der ohne vorherige Beratung mit Betroffenen verkündete „Pakt“ soll auf jeden Fall zustandekommen. Eine einseitige Verkündung, was dem Wesen jeder Vereinbarung widerspricht, wurde und wird bereitet, indem man den Bürgern Zukunftsängste und Gewissen suggeriert. So wird der Begriff „Sozialleistungen“ ständig wiederholt, „Ausuferung“, „Mißbrauch“ oder gar „Ausbeutung“ kombiniert. Kohl müßten jene betrachtet werden, „die die Solidargemeinschaften zerstören“. Er meint beileibe nicht die Steuersünder, die 1992 vorbeugend 60 Milliarden nach Luxemburg transferierten, um der Zinssteuer zu entgehen. Nein, er meint „Wildwuchs“ unter den Sozialhilfeempfängern.

Theo Waigel trägt die Erkenntnis bei: „Die Kürzung des Arbeitslosengeldes der Arbeitslosenhilfe erhöht den Anreiz, lieber arbeiten zu gehen, als auf die Sozialhilfe zu empfangen.“ Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann tutet in das gleiche Pflaster, wenn er beklagt, „der Abstand zwischen den unteren Lohngruppen und den oberen Lohngruppen ist immer mehr zusammengeschmolzen“. Das ließe sich bei Tarifverträgen leicht ändern. Konsequenz für ihn ist aber nicht die Anhebung stark unterschiedlicher Lohngruppen, sondern die Kürzung der Sozialhilfe. Der Kreis schließt sich. Forderung der kommunalen Spitzenverbände in Rheinland-Pfalz nach einer „Arbeitsgewöhnung“ für Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber, „die die sozialen Dienste“ alten Angedenkens läßt grüßen. Übrigens soll für diesen Personenkreis auch gleich der Datenschutz abgeschafft werden.

Das sind nur einige Beispiele dafür, wie Biedermann in Führungskräfte, Politik und Wirtschaft durch gezielt gewählte Formulierungen Milliardensummen diffamieren, die ganz überwiegend unschuldig in eine Notlage geraten.

Als weiteres Rezept gegen Anspruchsdenken empfiehlt Otto Graf Lambsdorff in seinem „differenzierte Entlohnungslandschaft“. Der verurteilte Steuersünder fordert Vorsicht, wenn es um Tarifverträge geht. „Vorsicht ist auch geboten, wenn die CDU „Für mehr Freiheit und Solidarität“ plädiert.“ (Überschrift des künftigen Parteiprogramms) plädiert. Nach seinen Erfahrungen ist damit der gesetzliche Abbau von kollektiven Schutzrechten und sozialen Leistungen gemeint; während das genauso häufig gebrauchte Wort „Solidarität“ den „freiwilligen“ Verzicht auf erworbene Ansprüche fast vergessen hat.

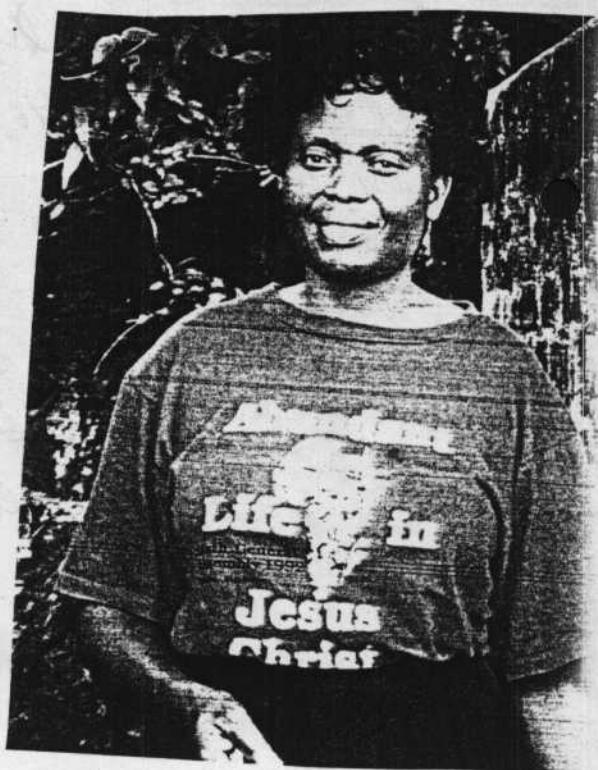
In der Sprache gibt es keinen

Als die Bundesrepublik wieder aufgerüstet wurde, konnten die damals verantwortlichen unsere jüngere Geschichte nicht einfach ignorieren. Vaterland und Elend durch den verlorenen Krieg waren fast allen Bürgern in Erinnerung präsent. Deshalb mußte Rücksicht genommen werden. Man überschlug sich mit

und realistisch seien solle, daß es neben dem privilegierten
der zweiten Polits., nicht mit vielen informellen Möglichkeiten
und unclaren Assoziationen gibt, die für den einzelnen
am stärksten wichtig ist und auf ~~die~~ alle die betroff.
mindestens Ab. ergriffen, bei der es auch ein kontrollierbarer
Leistungserfolg, und persönliche ^{oder} gesellsc. Relevanz geht.
Also Unterschiede - Rechtszeitmodelle können nicht durch
und als fiktiv, als pers. Ressource werden, wenn diese
einen Rechteinheitsgegenstand der anderen (dritten) Rechte -
B. und zur Rechteinheitsbegrenzungsträger angewandt
werden d. h. zu bestimmen in Abhängigkeit und in
die Rechte - faktor relevant und Juristischen Regel
gerne durch Zusage mehr an die Rechteinheitsnormen
werden. Außerdem: es darf nicht zu einer "Doppelbelastung"
~~der~~ des Rechts kommen.

Eine gesellsc. Rechte ist eine unbestimmte Absicht
der Rechteinheit einstl. des Grundsts auf Recht
im Völk.

Nun die Gossner Mission in der Lage auszu-
arbeiten, z.B. in Vol. da ausladendes v. Projektionsrecht
zu den verbands ^{vereinbarten} ~~vereinbarten~~ für Regj. Partie diese
Problematik nicht zu leicht herheben?



Diskussion nach dem Beitrag von Michael Sturm

Arbeitszeitmodelle alternativ zum Achtstundentag werden jetzt verstrkrt diskutiert, worauf sich die Gewerkschaften erst zögernd einlassen. Das Mitte der 80er Jahre erreichte Ziel der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich sollte für die Arbeitsverteilung nicht aufgegeben werden. Es bietet aber keine Problemlösungsstrategie für alle. Der alte sozialdemokratische Traum: Vollbeschäftigung und vollbezahltc Arbeit für alle - dürfte für die Gewerkschaften kaum zu realisieren sein, denn alle Disparitäten msten vereinheitlicht und alle Beteiligten msten nach gleichen Prinzipien behandelt werden.

Die Zahl der Arbeitnehmer in privilegierten Bereichen nimmt ab: Nach seriösen Schätzungen schrumpft bei Großkonzernen der "produktivistische Sektor" in den kommenden 10 Jahren um 50%. Die Sockelarbeitslosigkeit wird von Zyklus zu Zyklus steigen mit der Folge zunehmender, sozialer Spannungen.

Ein zweiter Arbeitsmarkt in Ostdeutschland, über den Staat nach dem ABM-Muster oder ASM organisiert, oder auch von nichtstaatlichen Kräften, lässt die Mischformen des Arbeitsmarktes zunehmen. Um für Sozialhilfeempfänger legal Zusatzverdienste zu ermöglichen, ist die Idee der Vollzeitbeschäftigung unrealistisch. Unter dem Gesichtspunkt jedoch, das gesellschaftlich anerkannte Arbeit von großer Wichtigkeit und Bedeutung sowohl für die Gesellschaft als auch für das Individuum ist, muß realistisch gesehen werden, daß es neben dem privilegierten den zweiten Arbeitsmarkt mit vielen informellen Tätigkeiten und minderen Qualifikationen gibt, der für den ersteren äußerst wichtig ist ebenso wie für die Betroffenen sinnvolle Arbeit ermöglicht, bei der es auch um kontrollierte Leistung, Erfolg, auch persönliche bzw. gesellschaftliche Relevanz geht.
Unterschiedliche Arbeitsmodelle können individuell benutzt und als Chance gesehen werden, Armut begrenzen und einen Sicherheitsgewinn der unteren Schichten erhöhen.

Es wird eine Leistungsbegrenzungsstrategie angemahnt, indem z.B. Investitionen in Arbeitsbeschaffung und in den kosektor belohnt und Privatkonsum sowie Gewinn durch Zinsen mehr in die Verantwortung genommen werden. Zudem: Es darf nicht zu einer Deregulierung des Rechts kommen.

Eine gesellschaftliche Debatte über eine materielle Absicherung der Menschenrechte einschl. des Grundrechts auf Arbeit ist nötig.

Wäre die Gossner Mission in der Lage auszuprobieren, z.B. im Verhältnis der auslandsbezogenen Projektarbeit und der inlandsorientierten, gesellschaftsbezogenen Dienste, diese Problematik aufzuarbeiten und durchzubuchstabieren?

Diskussion nach Bernd Krauses Referat

Das Gespräch kreist um die Probleme Arbeitsbeschaffung, Gemeinschaftsentwicklung und Verbesserung sozialer Lebensbedingungen. In Berlin und dem Umland gibt es bisher nur wenig Initiativen, die als Modell für lokale Ökonomie schon Erfolg vorweisen können. Wohl gibt es Nischen, in denen kleine Gruppen anstelle von teuren Firmen Dienstleistungen erbringen. Strukturell leidet die lokale Ökonomie daran, daß keine Mittel zur Förderung vorhanden sind, wenn z.B. den Kommunen das Sozialhilfesystem aufgebürdet wird.

Diskussion nach Friederike Schulzes Beitrag

Unsere Arbeit in Ländern der sog. 3. Welt ist nicht nur diakonisch zu sehen, sondern zielt auch auf politischen Paradigmenwechsel. Es geht nicht mehr um Entwicklung sondern um Überlebensstrategien. Hat unsere Hilfe, über Subsistenzstärkung und Katastrophenhilfe hinaus, Auswirkungen gehabt auf lokale Ökonomien in Indien, Nepal und Zambia - als die Überlebensbasis in den Projektregionen?

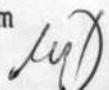
Diskussion nach Dieter Heckers Beitrag

Der informelle Sektor in Indien wird seit Mitte der 70er Jahre intensiver gefördert, besonders im Subsistenzbereich; dabei sind beide Bereiche nicht identisch.

Auf dem Hintergrund der Vereelendung breiter Gesellschaftsschichten durch den Kolonialismus und die Modernisierung der Wirtschaft sind Entstehung und Aktivitäten der neueren Widerstandsbewegungen zu sehen, die auch wieder auf Gandhi rekurieren. Die Motive für den Übergang von der Modernisierung und Verschulung zum informellen Sektor liegen in der Entfremdung und Vereelendung, zu denen die sog. moderne Wirtschaft besonders mit ihrer Auswirkung auf die ländlichen Gebiete geführt hat. Mittlerweile findet ein Umdenkungsprozeß auf allen Ebenen statt, indem auch die Dörfer in die Gestaltung der Bewußtseinsbildungsprogramme einbezogen werden.

Auch die Gossner Kirche ist an diesem Prozeß beteiligt. Gefahren an der Ideologisierung treten dort auf, wo in authentische, lokale Prozesse fremde Denkweisen, Verhaltensmuster und Erwartungen hineingetragen werden.

Wilhelm Damm



Berlin, den 14. Oktober 1993

Thesen zur lokalen Ökonomie
(Tb. Krause)

1. Die wirtschaftliche Krise der Industriegesellschaft wird andauern, solange in ihr kein Wertewandel (Neoliberalismus/Fordismus) stattfindet und deshalb weiter auf Wachstum orientiert wird. Angesichts der Begrenztheit von Ressourcen, wachsender ökologischer Belastung und steigender Bevölkerungszahlen werden Verteilungskämpfe eskalieren (Los Angelos, Balkan, Indien).
2. In diesen Kämpfen muß es gelingen, mehr Partizipation (community organising) mehr Gerechtigkeit in der Verteilung (lokale oder regionale Wirtschaftsmechanismen) und Bedürfnisveränderung (Wertewandel in der Gemeinschaft/URM-Philosophie) zu schaffen.
3. Das Bauen von aktiver, lokaler Gemeinschaft (community organising) und das Überleben in den gemeinschaftlichen Wirtschaftsformen der lokalen Kommune (lokale Ökonomie/informeller Sektor) ist verbindendes Anliegen mit unseren Überseepartnern (und damit integrierendes Thema der zusammengehörigen Bereiche unserer Gossner Arbeit, Übersee/Gesellschaftsbezogener Dienst).
4. Lokale Ökonomie steht im engen Bezug zu Gemeinde und ihren Anliegen. Gemeinde kann in diesem Prozess sowohl Kristallisierungspunkt als auch Wertevermittler werden (jeder soll haben, was er zum Leben braucht/Haushalterschaft/-Schöpfungsverantwortung/Bild Gottes/tätige Gestaltung in der Stellvertretung/allgemeines Priestertum/ein Leib,viele Glieder).
Ihr Hauptbeitrag liegt auf der Ebene des praktischen community organising (Bewußtwerdung, Gemeinschaftsbildung und Partizipation).
.....
5. Lokale Ökonomie will keinen Gegenentwurf zur Marktwirtschaft und ihren globalen Strategien sein. Sie ist aber zur Veränderung ermutigende Reflexion ihrer Krise, will Entfremdung aufheben und Wirtschaft durchschaubar machen, wo sie nicht mehr funktioniert. Sie hat ihre besondere Bedeutung in Krisenregionen, denen in absehbarer Zeit eine Reintegration in die Reproduktionsformen der Industriegesellschaft vorenthalten bleibt.
6. Die Situation der Industrienationen ist am Ende des 20. Jahrhunderts bestimmt von
 - anhaltender Massenarbeitslosigkeit
 - Disproportionalität von Wirtschaftswachstum und Prosperität (Wohlstandsgefälle/Marginalisierung)
 - strukturelle Krise der traditionellen industriellen Basis
 - Verstärkung regionaler Ungleichheiten durch Strukturanpassungen (EG)
 - gespaltene Ökonomie (Nord-Süd/National)
7. Die gängigen Strategien zur Überwindung der Krise in Ostdeutschland werden zunehmend als begrenzt wirksam und nicht finanzierbar erkennbar (passive Sanierung durch Stilllegung - Abwanderung / Neuansiedlung - Investitionen / Umbau von oben - Aufschwung Ost - Erhalt industrieller Kerne).
8. In Langzeitkrisenregionen wächst das Bewußtsein, daß auf Wunder zu hoffen und von Anschluß an die Gewinnerregionen zu träumen keinen Sinn macht. Das könnte einen Perspektivewechsel induzieren zu einem Neuaufbau von unten.

9. Der Ausgangspunkt dafür liegt in der Kommune als dem Ort konkreter Gemeinschaftserfahrung, wo im anteilnehmenden Zusammenleben eine neue sinnstiftende Zielsetzung wachsen kann.

Wenn, wie in Krisenregionen an Bedürfnissen und Arbeit kein Mangel ist, ist Arbeitslosigkeit Verschwendug. Deshalb will lokale Ökonomie, orientiert an lokalen und regionalen Bedürfnissen, die Menschen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten als brachliegendes Kapital mobilisieren.

10. Wie weit westeuropäische Erfahrungen aus Krisenregionen auf Ostdeutschland(Osteuropa?) übertragbar sind, bleibt einem praktischen Versuch vorbehaltens ebenso ist es offen, wie weit das Bewußtsein zu einer Langzeitkrisenregion zu gehören, in Ostdeutschland bereits gewachsen ist oder noch immer die Hoffnung, möglichst bald dem Westen angeglichen zu werden, eigene Initiativen lähmt.

Die Vielzahl von existierenden Gruppen und Initiativen im Osten sind maßgeblich initiiert worden durch eine Schwemme von Fördermitteln, mindestens aber um ein Problem oder Projekt herum entstanden. Es gibt bislang wenig Erfahrung dafür, wie es gelingen mag, diese Gruppen um ein Gemeinschaftsanliegen herum zusammenzuführen, übergreifende Interessen zu entwickeln, die von den Engagierten nicht als Überforderung erfahren werden.

(Bernd Krause)

Friederike Schütze

Lokale Ökonomie im Norden - informeller Sektor im Süden

1. Der Begriff "informeller Sektor", Anfang der 70er Jahre von der ILO geprägt, um Beschäftigungsbereiche in wenig industrialisierten Ländern erfassen zu können, bezeichnet Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsbereiche, die bei der Berechnung des BSP im allgemeinen nicht berücksichtigt werden. Inzwischen gibt es aber auch BSP-Berechnungen, die den "inf. Sektor" ausweisen. Merkmale des inf. Sektors sind: das Fehlen einer Betriebserlaubnis, von Steuerzahlungen, von formalen Einstellungsvoraussetzungen und Arbeitsverträgen.

2. Phänomene des Inf. Sektors: Menschen produzieren, was sie brauchen, was gebraucht wird, was sich verkaufen läßt.

Subsistenzwirtschaft ist Teil des inf. Sektors, aber innerhalb des inf. Sektors wird auch über den eigenen Verbrauch hinaus produziert, insofern geht der inf. Sektor über die Subsistenzwirtschaft hinaus. Innerhalb des inf. Sektors gibt es soziale Unterschiede. Es gibt Konkurrenz, Profitstreben, Ausbeutung der Schwächeren, Gruppenegoismen, Herrschaftsformen und Herrschaftswissen. Frauen werden benachteiligt, müssen die körperlich schweren Arbeiten tun. Wenn sie Zugang zu arbeitserleichternden Maßnahmen erlangen und die Arbeit attraktiver wird, übernehmen sehr oft Männer die Aufgaben. Der inf. Sektor gehört zu den Überlebensstrategien: Frauen verkaufen am Straßenrand Obst und Gemüse, um ihre Kinder kleiden zu können. Männer machen Feuerholz, stellen Möbel her oder reparieren Autos oder Autoreifen, um Geld zu verdienen. Die Märkte am Rande der Straßen oder in den townships in Sambia oder Südafrika sind auch Orte der Kommunikation und der Kooperation.

3. Gemeinschaftsarbeit, kollektive Produktion und kollektive Entscheidungen, Solidarität, Nachbarschaft, Hilfe auf Gegenseitigkeit, Kooperation (Birkhölzer, S. 16) sind nicht eo ipso Kennzeichen des IS. Gemeinschaftsarbeit geschieht in der Familie, über die Familie hinaus funktionieren Solidarität, Kooperation und Hilfe auf Gegenseitigkeit, wenn der Nutzen deutlich ist.

4. Die Krise, die lokale Ökonomien in hoch entwickelten Industrienationen Europa entstehen läßt, ist in der "3. Welt" eine Dauerkrise. Massenarbeitslosigkeit, private und öffentliche Verarmung, ungleiche Entwicklung sind Erbe des Kolonialismus, der gewachsene Strukturen zerstört hat.

5. Wenn es in den 60er und 70er Jahren die Hoffnung gab, daß durch politische Befreiung, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, kollektive Arbeitsformen und wissenschaftlich-technische Entwicklung (sozialistische Lesart) bzw. wissenschaftlich-technische Entwicklung, privatwirtschaftliche Initiative und Einbindung in der Weltmarkt (kapitalistische Lesart) der Anschluß an die Industriegesellschaften des Nordens gelingen würde, ist seit den 80er Jahren evident, daß diese Hoffnung trügerisch ist.

6. Der Zusammenbruch der binnennirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften der sozialistischen Länder einerseits, der wachsende technologische Vorsprung der kapitalistischen Länder des Nordens vor den Wirtschaften des Südens andererseits verschärft die Krise, in der sich der Süden befindet noch: Die Volkswirtschaften des Südens haben kaum noch die Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung oder die des Anschlusses an die Wirtschaft des Nordens.

7. Seit den 70er Jahren sehen viele NGO's, auch Kirchen und Missionsgesellschaften, den Schwerpunkt ihrer Arbeit in der 3.Welt in der Förderung des inf.Sektors. Dabei müssen wir uns bewußt machen, daß die staatliche Entwicklungspolitik und -hilfe im Vergleich zu den Entwicklungen in der Weltwirtschaft marginal ist, die Entwicklungsbemühungen der NGO's, einschl. die der Kirchen, sind dann noch einmal marginal. (0,7% des BSP für Entwicklungshilfe sind Ziel, BRD gibt bei fallender Tendenz z.Z. 0,37% für E-Hilfe aus, 500 Mio geben die beiden Großkirchen in die "3.Welt").

8. In der Entwicklungspolitik der soz. Staaten wurde dem inform. Sektor keine zukunftsträchtige Bedeutung zugemessen, Der staatliche und genossenschaftlichen Sektor wurde gefördert, der Inf.Sektor wurde als zu überwindender, hemmender, zu vernachlässigender Bereich betrachtet. (Im "Handbuch Entwicklungsländer", hrsg. von Peter Stier, 1987 wird der inf.Sektor unter dem Aspekt des Anfangs kapitalistischer Ausbeutung und der Absorbierung überschüssiger Arbeitskräfte bzw. abstrakt als "Verlust an Arbeitsvermögen" gesehen)

9. Die Übergänge zum formalen Sektor sind fließend (GSDP?). Oft genug bereitet der inf.Sekt den Boden für Großbetriebe oder Staatsfirmen, die dann ihrerseits den inf.Sekt. kaputt machen. Auch im Bewußtsein der Menschen in der "3.Welt" dominiert der formale Sektor. Der Inf.Sekt. wird von den meisten Leuten als Verlegenheitslösung angesehen. Wer Zugang zur formalen Bildung und zu bezahlter Arbeit hat, verläßt im allgemeinen nur zu gern den informellen Sektor. Aktive Mitarbeiter, die in Selbsthilfeprojekten arbeiten, ergreifen die erstbeste Chance, einen bezahlten Job im formalen Sektor zu bekommen.
Andererseits machen die meisten Beschäftigten des formalen Sektors in der "3. Welt" auch noch Geschäfte im informellen Sektor.

10. Wir haben mit Naluyanda versucht, den informellen Sektor zu stärken und zu entwickeln. Der ursprüngliche Ansatz war: durch informelle Ausbildung junger Männer in Landwirtschaft und handwerklichen Fertigkeiten und junger Frauen in hauswirtschaftlichen Fertigkeiten sollte der Selbstversorgungsgrad im Nal.Gebiet erhöht werden, die Menschen sollten in die Lage versetzt werden, landwirtschaftliche Erträge zu steigern und einfache Gebrauchsgegenstände für den eigenen Bedarf in der Dorfgemeinschaft und darüber hinaus herzustellen und zu vermarkten.

Dieser Ansatz ist gescheitert, faktisch hat sich herausgestellt, daß die Menschen Interesse an einer besseren sozialen Infrastruktur haben (Klinik, Kindergarten, Laden, Fußballmannschaft). Der Weg dahin über eine höhere Produktivität

ist zu weit und wird immer wieder von äußeren Faktoren (Trockenheit, Inflation) blockiert. Der Anreiz für eine höhere Produktivität fehlt.

11. Soziale Einrichtungen brauchen überall in der Welt Zuschüsse. Die Finanzen dafür kommen aus dem formalen Sektor. Der informelle Sektor entzieht dem Staat Einnahmen: Steuern, Gebühren.

Der ANC als zukünftige Regierungspartei ist auf Wirtschaftswachstum angewiesen, wenn er auch nur wenige soziale Verbesserungen in SA erreichen will. Deshalb erwartet er jetzt von Soligruppen, daß sie die Multis und Banken zu Investitionen in Südafrika drängen. Eine vom ANC geführte Regierung braucht dafür Finanzen. Wirtschaftswachstum ist nötig, damit Arbeitsplätze, Wohnungen, Gesundheitseinrichtungen, Schulen geschaffen bzw. gebaut werden. Aber ist es unsere Aufgabe, Multis zu Investitionen zu drängen?

Kirchen und Gewerkschaften arbeiten an einem Investitionskodex. Können wir darauf drängen, daß der Kodex respektiert wird?

12. Es gibt ein interessantes Forschungsprojekt von Dani W. Nadubere, einem ehemaligen Minister aus Uganda, (vgl. epd-entwicklungspolitik 8/1993):

Angesichts der Krise des Staates in dem meisten Ländern Afrikas, von dem eigentlich alle Entwicklungsstrategien, auch IWF und WB, die wesentlichen Impulse und Schritte, Maßnahmen und Rahmenbedingungen für eine nachholende Entwicklung erwartet haben, kommt Grassroot-Organisationen, die ums Überleben kämpfen, eine wachsende Rolle zu. Im Zentrum der Untersuchung stehen nicht mehr Strategien des wirtschaftlichen Wachstums oder der nachhaltigen Entwicklung, sondern Überlebensstrategien von afrikanischen NGO's. Die Studie unterscheidet zwischen Wohlfahrts- und Erwerbsgruppen, traditionellen und modernen Gruppen, repräsentativen und aktionsorientierten (die ein bestimmtes Ziel durchsetzen wollen) Gruppen, zwischen Dienstleistungs- und Durchführungsgruppen, Komitees (kleinen Organisation für bestimmte Ziele) und Mitgliederorganisationen, gruppen- und geschlechtsspezifischen Organisationen, formalen, registrierten und informellen Gruppen (Schmuggler, Straßenkinder, Nachbarschaftshilfe)

Eine funktionierende effektive Gruppe braucht eine gute Führung gleichzeitig eine demokratische Vereinsstruktur, Transparenz, Partizipation.

Diese Grassrootorganisationen sind notgedrungen, inzwischen aber auch bewußt, traditionell ausgerichtet: traditionelle Heilpraktiker organisieren sich, traditionelle Agronomie wird wiederbelebt, traditionelle Technologie verbreitet und angewandt (die durch Strukturangepassungsmaßnahmen erzwungene Liberalisierung macht solche Anstrengungen dann wieder kaputt). Produktionsgruppen erweisen sich als erfolgreich, wenn der Ertrag je nach Arbeitsleistung aufgeteilt wird und der einzelne gleichzeitig weiß, daß er nur in der Gruppe erfolgreich sein kann.

Die Überlebensversuche solcher Grasswurzelorganisationen sind eine interessante und wichtige Alternative zum "Warten auf bessere Zeiten". Ob sie eine Alternative zur dominanten Ökonomie werden, welchen Raum die dominante Ökonomie ihnen gibt, ist offen.

13. Forderungen aus der entwicklungspolitischen Debatte:

Bei der Solikonferenz 93 hat Zola Sonkozi aus SA ziemlich vehement gefragt: wird Europa uns gewähren lassen, wenn wir unsere Ressourcen selbstständig nutzen, wenn wir unseren eigenen Weg gehen?

Bei derselben Solikonferenz hat Ton Veerkamp in sehr ernüchternder Weise die Forderungen von NGOs analysiert:

Die Forderung nach Öffnung der Märkte im Norden für Produkte aus dem Süden und die nach gerechten Preisen für Produkte des Südens wird zu einer mörderischen Konkurrenz um Kapitalimporte und Absatzerfolge führen, menschliche Arbeitskraft wird durch immer mehr Technik ersetzt, die Armut im Norden wird zunehmen, ohne daß sie sich im Süden verringert.

Mehr E-Hilfe bedeutet Unterstützung für die Versuche nachholender Modernisierung. Nachholende Modernisierung ist aber ökologisch nicht vertretbar und ökonomisch nicht finanzierbar.

Der geforderte Paradigmenwechsel (Befriedigung der Grundbedürfnisse, nachhaltige Entwicklung) ist nicht durchsetzbar.

Die Unterstützung für Selbsthilfegruppen flankiert die Strukturangepassungsmaßnahmen.

Seine Grundkritik: NGO's verzichten auf den grundlegenden Wandel

Seine Forderung: radikale Kritik bestehender Verhältnisse und "Hilfe", wo es not tut und wir von konkreten mündigen Menschen gefragt sind.

Er hat Recht, meine ich.

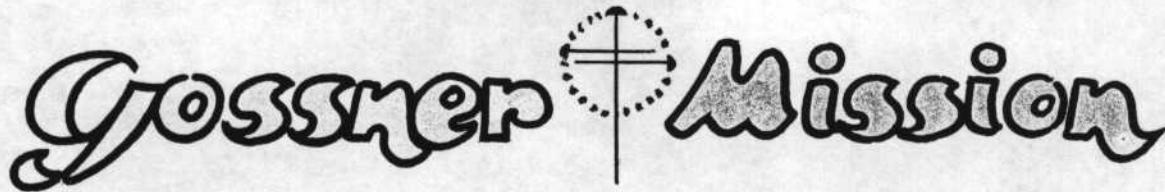
14. In der kirchlichen Entwicklungsdebatte wird die Forderung erhoben: So wie die soziale Marktwirtschaft die Antwort auf die soziale Frage des 19.Jh. war, muß eine globale soziale Marktwirtschaft die Antwort auf die globale soziale Frage des 20.Jh. sein.

Aber die soziale Marktwirtschaft ist aus ökologischen und ökonomischen Gründen nicht globalisierbar, Das zeigt schon die derzeitige Entwicklung in Deutschland.

Weder der globale Ausgleich zwischen strukturstarken und strukturschwachen Gebieten noch eine globale Sozialhilfe sind finanzierbar. Außerdem ist es wenig wahrscheinlich, daß sich zwei Drittel der Menschen mit dem Status des Dauersozialhilfeempfängers (mit niedrigsten Sätzen) zufrieden geben.

Berlin, 12.09. 93
Friederike Schulze

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 6500 Mainz

PERSÖNLICH

Herrn Dieter Hecker
Herrn Bernd Krause
Fennstr. 31

0-1190 Berlin-Schöneide

** NEUE TELEFONNUMMERN: **
** 06131-232031 **
** 06131-287440 **

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Dj/Hö

27. April 1993

Lieber Dieter, lieber Bernd,

wie verabredet schicke ich Euch den Entwurf unseres Haushaltsplanes 1994, wie er von Frau Dreiling, Hannelore und mir erarbeitet wurde und vom Team besprochen ist. Er wird wahrscheinlich in dieser Fassung dem Mainzausschuß auf seiner Sitzung am 24./25. Mai 1994 vorliegen.

Ich füge Euch außerdem einige Thesen von mir bei, die ich nach den Beratungen mit Frau Dreiling und Hannelore für die KollegInnen formuliert habe. Sie sind intern und vertraulich und eigentlich nicht für Außenstehende gedacht. Aber Ihr könnt ruhig mitlesen, wenn Ihr die Botschaft vorläufig für Euch selbst behalten könnt.

Bitte gebt bis spätesten 7. Mai Bescheid, wie wir das mit dem Treffen vor dem Verwaltungsausschuß machen und wo ich in der ~~Nach~~ vom 10. auf 11. Mai mein Haupt hinlege.

Mit herzlichen Grüßen

Euer

Anlagen

HAUSHALTSPLAN 1994
GOSSNER MISSION
MAINZ

E I N N A H M E N**1. Spenden**

1.1. Allgemeine Spenden	DM	50.000,--
1.2. Zweckgebundene Spenden	DM	2.000,--

2. Zuschüsse

2.1. Pfarrergehalt I	DM	99.415,--
2.2. Pfarrergehalt II	DM	97.020,--
2.3. Bundesamt für Zivildienst	DM	9.000,--
2.4. Gossner Mission Berlin	DM	320.000,--
2.5. EKHN allgemein	DM	38.000,--
2.6. EKHN Industriepraktikum	DM	4.000,--
2.7. Zuschüsse von Landeskirchen	DM	5.000,--
2.8. Zuschüsse von Kirchengemeinden	DM	6.000,--
2.9. Sonstige Zuschüsse	DM	2.000,--

3. Einnahmen aus Seminaren/Tagungen/Kursen

3.1. Industrieseminar	DM	13.000,--
3.2. Industriepraktikum	DM	4.000,--
3.3. Institutswochen und Fortbildungsveranstaltungen	DM	5.000,--
3.4. Fremntagungen und Gäste	DM	6.000,--
3.5. Einnahmen aus Verkauf Werkstattbericht	DM	5.000,--
3.6. Einnahmen aus diversem Broschürenverkauf	DM	1.000,--
3.7. Einnahmen aus Fotokopien	DM	8.000,--
3.8. Bürokostenpauschalen (AGFS 400,--/Ini 600,--/Pläd.1.500,--)	DM	2.500,--

4. Mieteinnahmen

4.1. Mieten von MitarbeiterInnen inkl. Nebenkosten	DM	18.000,--
4.2. Mieten von Bewohnern des Jochen-Klepper-Hauses	DM	47.500,--
4.3. Mieten aus Raumvermietung	DM	3.000,--
4.3. Mieten der Eigentumswohnungen Bretzenheim inkl. Nebenkosten	DM	42.000,--

5. Verschiedene Einnahmen

5.1. Zinsen aus Kapitalanlagen	DM	20.000,--
5.2. Honorare an MitarbeiterInnen	DM	2.000,--
5.3. Reisekostenerstattungen	DM	2.000,--
5.4. Sonstige Einnahmen	DM	1.000,--
5.5. Entnahme aus Kapital	DM	89.356,--

DM 901.791,--

=====

A U S G A B E N

1.	Personalkosten lt. Stellenplan (Anlage 1 rot)	DM 653.291,--
2.	Kuratorium und Ausschußarbeit	DM 12.000,--
3.	Projekte	
3.1.	Arbeitslosenarbeit	DM 5.000,--
3.2.	Ausländerarbeit	DM 4.000,--
3.3.	Gossner Konvent	DM 1.200,--
3.4.	Konziliärer Prozeß	DM 2.000,--
3.5.	Beitrag zu European Contact Group (ECG)	DM 1.500,--
4.	Bibliothek / Seminar	
4.1.	Bücher	DM 4.000,--
4.2.	Zeitschriften	DM 3.500,--
4.3.	Lehrmaterial	DM 1.500,--
4.4.	Supervisionskosten	DM 1.800,--
4.5.	Honorare und Fahrtkosten an Gastreferenten	DM 1.000,--
4.6.	Kosten für Exkursionen und Tagungen	DM 2.000,--
4.7.	Stipendien für SeminaristInnen/PraktikantInnen	DM 3.000,--
5.	Reisen/Tagungen/Fortbildungen von MitarbeiterInnen	
5.1.	Tagungsbeiträge	DM 3.000,--
5.2.	Reisekosten	DM 15.000,--
5.3.	Fortbildungskosten	DM 2.500,--
6.	Büro	
6.1.	Mietkosten Telefonanlage	DM 8.100,--
6.2.	Wartung verschiedener Büromaschinen	DM 7.000,--
6.3.	Anschaffungen	DM 5.000,--
6.4.	Reparaturen	DM 1.500,--
6.5.	Allgemeine Bürokosten	DM 5.000,--
6.6.	Telefongebühren	DM 9.000,--
6.7.	Porto	DM 10.000,--
6.8.	Nebenkosten Geldverkehr	DM 750,--
6.9.	Mitgliedsbeiträge	DM 1.000,--
6.10.	Werbematerial	DM 3.000,--
6.11.	Druckkosten	DM 10.000,--
<hr/>		
Übertrag		DM 776.641,--

Übertrag DM 776.641,--

7. Hauswirtschaft

7.1.	Anschaffungen	DM	5.000,--
7.2.	Reparaturen	DM	2.000,--
7.3.	Verbrauchsgüter	DM	1.500,--
7.4.	Lebensmittel	DM	10.000,--
7.5.	Bewirtung von ReferentInnen und Gästen	DM	1.000,--
7.6.	Reinigung und Wäscherei	DM	5.500,--

8. Dienstfahrzeug

8.1.	Neuanschaffungsfonds	DM	3.000,--
8.2.	Unterhalt und Reparaturen	DM	3.000,--
8.3.	Kosten für Dienstreisen mit Privat-PKW	DM	3.000,--

9. Gebäude Albert-Schweitzer-Straße 113-115

9.1.	Heizkosten	DM	17.000,--
9.2.	Wasser- und Stromkosten	DM	16.500,--
9.3.	Straßenreinigung, Müllabfuhr, Abwasser, Kaminkehrer, Anliegerkosten	DM	8.500,--
9.4.	Gebäudereparaturen	DM	7.500,--
9.5.	Diverse Reparaturen/Instandhaltung im Haus 113	DM	1.500,--
9.6.	Diverse Reparaturen/Instandhaltung im Haus 115	DM	2.000,--
9.7.	Garten- und Außenanlagen	DM	2.500,--
9.8.	Zuführung zum Renovierungsfonds	DM	4.000,--
9.9.	Sachversicherungen	DM	2.500,--
9.10.	Zinsen und Tilgung an Treuhandfonds	DM	1.150,--
9.11.	Sonstige Verwaltungs- und Betriebskosten	DM	1.500,--

10. Eigentumswohnungen Mainz-Bretzenheim

10.1.	Laufende Kosten	DM	14.000,--
10.2.	Reparaturen und Anschaffungen	DM	7.500,--

11. Rechts- und Beratungskosten DM 5.000,--

DM 901.791,--

=====

ANLAGE 1**S T E L L E N P L A N**

1. Pfarrergehalt I inkl. Versorgungsbeiträge (Vollzeit)	DM	123.275,--
2. Pfarrergehalt II inkl. Versorgungsbeiträge (Vollzeit)	DM	118.428,--
3. Gehalt Referent (Vollzeit)	DM	113.585,--
4. Gehalt Sachbearbeiterin (Vollzeit)	DM	86.690,--
5. Gehalt Sekretärin (24 Std. pro Woche)	DM	48.426,--
6. Gehalt Hauswirtschaftsleiterin (Vollzeit)	DM	64.928,--
7. Lohn für 2 Reinigungskräfte (jeweils Halbzeit)	DM	54.299,--
8. Gehalt für 2 Aushilfen (je 10 Std. pro Woche)	DM	14.860,--
9. Fremdleistungen für Buchhaltungsarbeiten	DM	13.000,--
10. Sold für Zivildienstleistenden inkl. Weihnachtsgeld	DM	11.100,--
11. Beiträge zur Berufsgenossenschaft	DM	2.700,--
12. Zuführung zum Beihilfefonds lt. Hess. Beihilfeverordnung	DM	2.000,--
	DM	653.291,--
	=====	=====

Die Positionen 3 bis 7 sind inklusive Sonderzahlung, Urlaubsgeld, Arbeitgeberanteil, Sozialversicherung und KZVK. Außerdem ist in diesen Beträgen eine tarifliche Erhöhung von ca. 3% vom 1.1. bis 31.12.1994 bereits eingerechnet.

EINIGE PRINZIPIELLE ÜBERLEGUNGEN ZUR FINANZSITUATION DES ARBEITSZENTRUMS MAINZ DER GOSSNER MISSION

Die Erstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 1994 hat erneut die dramatische finanzielle Situation unseres Hauses deutlich werden lassen. Bei knappster Kalkulation ist dieser nur dadurch zur Deckung zu bringen, daß wir aus den Rücklagen mehr als 90.000,-- DM entnehmen müssen. Was dies de facto bedeutet soll an folgendem Faktum verdeutlicht werden:

Wenn es uns gelingt bis zum Herbst die Wohnung in der Zörgiebelstraße zu einem Betrag von ca. DM 330.000 zu verkaufen, wird dieser Ertrag bis zum 1. Juli 1995 aufgebraucht sein. Denn DM 100.000 überweisen wir nach Berlin, knapp 90.000,-- DM benötigen wir zur Deckung des Haushaltes 93, gut 90.000,-- DM brauchen wir für 94 und der Rest reicht für die Deckung des Defizits zur Hälfte 95. *Zusammenfassung: Ende 97 sind alle Rücklagen weg (= 4 1/2 Jahre!)*

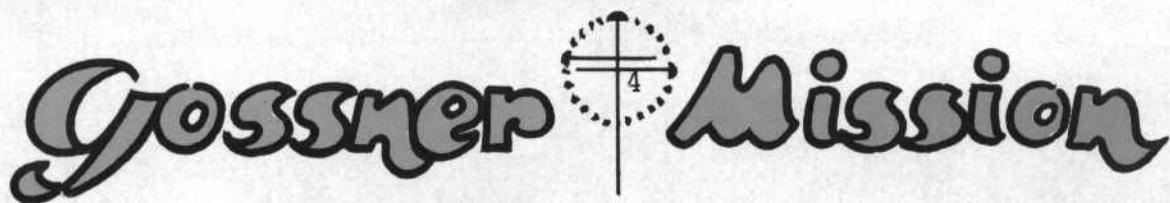
Darin zeigt sich: Es bleibt wichtig mehr Spenden und Zuschüsse zu erbetteln und für mehr Mieteinnahmen bzw. Zahlungen zu unseren "Serviceleistungen" zu sorgen. Aber so ist die strukturelle Einnahmenlücke von gut 100.000,-- DM nicht mehr zu schließen.

Deshalb müssen m.E. folgende Schritte eingeleitet werden:

1. Über den Haushalt 94 muß mit Berlin und dem Kuratorium nachverhandelt werden. Wir brauchen für das nächste Jahr auf jeden Fall 28.000,-- DM mehr (Gehaltserhöhung Michael Sturm von 15.000,-- DM und allgemeine Lohnerhöhungen der angestellten MitarbeiterInnen in Höhe von rund 13.000,-- DM bei prognostizierten 3%). Eine jährliche Erhöhung aus Berlin zwischen 5 und 7,5% ist m.E. dringend geboten (= 20.000 - 25.000)
2. Wir müssen versuchen zusätzliche auf Mainz bezogene Zuschüsse aus Landeskirchen zu erhalten. Dabei ist es für mich zunächst egal ob diese über Berlin laufen oder nicht. Hier ist z.B. der begonnene Dialog mit der Rheinischen Kirche vom Juni 1992 weiterzuspinnen, eventuell sogar "auf eigene Faust", wenn von Berlin aus nichts in dieser Angelegenheit geschehen sollte. Zielbetrag müßte sein: DM 30.000.
3. Mit Köke, Petersen und Beckmann sollten Verhandlungen gesucht werden, um den Beitrag der EKHN für die beiden PfarrerInnenstellen zu erhöhen. Faktisch sind im EKHN-Beitrag für Ingrids und meine Stelle weder die Ortszuschläge noch die Urlaubsgelder enthalten. Der Differenzbetrag beläuft sich für das Jahr 1993 auf mehr als 36.000,-- DM. Hier ist jedoch Behutsamkeit angebracht, um keine schlafenden Hunde zu wecken. Wir wollen ja z.B. dafür nicht den Betrag aus Beckmanns Haushalt verlieren. Möglicher Mehrertrag im Rahmen einer Zusatzvereinbarung zum bestehenden Vertrag: 35.000 - 40.000 DM.

Gelingt es nicht, solche strukturellen Mehreinnahmen zu erzielen, dann kommen wir ab 1996 an Einsparungen im Personalbereich nicht vorbei. Ein Schritt, den wir nicht gehen wollen und auch nicht sollten. - KHD 22/4/93

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 6500 Mainz

Herrn Dieter Hecker
Herrn Bernd Krause
Gossner Mission
Fennstraße 31

0-1090 Berlin-Schöneweide

* NEUE TELEFONNUMMERN:
* 06131-232031
* 06131-287440

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

Dj/Hö

23. März 1993

Lieber Dieter, lieber Bernd,

unsere Auswertung der Kuratoriumssitzung am gestrigen Montag hat mich überrascht und auch zum Teil geärgert. Ich habe von der Haushaltsdebatte Kenntnis genommen und dabei vor allem erfahren, daß sowohl 1994 als auch 1995 (ursprünglich) keine Erhöhung des Zuschusses für Mainz vorgesehen war. Dazu wurde mir zurückberichtet, ich hätte diesem Vorgehen telefonisch zugestimmt.

Ich möchte dies aus meiner Sicht wie folgt kommentieren: Du, Bernd, hast mich vor ca. 14 Tagen angerufen und mir mitgeteilt, es müßte eine grobe Übersicht über die Finanzerwartungen an die Landeskirchen vorgelegt werden. Darin würde für 1994 der Mainzer Zuschuß nicht erhöht. Ich sollte diesem Vorgehen jetzt zustimmen; wir könnten ja - so Dein Vorschlag - dies noch einmal im Detail bereden und dann ändern. Das habe ich dann auch getan, weil ich davon ausging, daß - wie ursprünglich ja auch geplant - die Verantwortlichen in den Geschäftsstellen einen genauen Haushaltsplan gemeinsam aufstellen würden. Ihr erinnert Euch an unsere Beschlüsse in Berlin im Januar, wo wir festgehalten hatten, daß wir 2 längere Geschäftsstellensitzungen pro Jahr brauchen und außerdem dazwischen je eine Sitzung der jeweiligen Geschäftsführenden zu organisatorischen und auch finanziellen Beratungen.

Aus all dem ist nun etwas ganz anderes geworden. Aus der groben Übersicht über die Anforderungen an die Landeskirchen ist ein sehr detaillierter Haushaltsvoranschlag geworden für zwei(!) Jahre. Und für beide Jahre - 1994 und 1995 - wurden ursprünglich keine Erhöhungen vorgesehen. Es wird in der Erläuterung zu Posten 6110 vermeldet, was ich auch Bernd gesagt hatte - "wir bräuchten 1994 DM 20.000,-- mehr" - aber

gleichzeitig wird lapidar festgestellt: "Wir sahen uns aber in der schwierigen Haushaltssituation nicht dazu in der Lage". Da muß ich doch etwas mokiert zurückfragen: Wer sind die "wir"? Ich zumindest habe dem so nicht zugestimmt. Außerdem war von 1995 in dem Telefonat mit Bernd nie die Rede.

Nun kann man sicherlich mit guten Gründen sagen, daß ich diese Angelegenheit "verpennt" habe. Aber ich denke, Euch war das auch irgendwie recht. Ich selbst fühle mich auch in irgendeiner Weise "veräppelt", in Rheinhessen würde man auch sagen "verarscht"! - Zur Sache möchte ich nur an folgendes erinnern: Der Verwaltungsausschuß hat 1992 beschlossen, daß Michael ab 1. Oktober 1993 höhergestuft wird. Allein dies wird uns 1994 DM 9.700,-- (die tarifliche Erhöhung noch nicht eingerechnet!) mehr kosten. Und damals war deutlich gesagt worden, daß dazu eine Erhöhung des Zuschusses aus Berlin nötig sei.

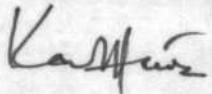
Ich habe daraus folgendes gelernt: Es wird wohl in Zukunft leider nicht mehr anders gehen, als daß wir uns für eine solche Vorlage vorher treffen müssen. Das ist sicherlich Zeitaufwand, aber es erspart die späteren Irritationen und auch den Ärger. Ihr solltet Euch ja auch einmal vorstellen, was es für die Dynamik eines Teams bedeutet, wo Kollege und Kollegin plötzlich erfahren, ich hätte einem finanziellen Vorgang zugestimmt, ohne sie informiert zu haben. Aber ich fürchte, diese Gedanken macht Ihr Euch nicht.

Dieser Brief klingt bitter, und er ist es auch, zumal ich mich ja seit eineinhalb Jahren sehr intensiv mit Finanzfragen beschäftige und wir hier jeden Pfennig dreimal herumdrehen. Aber Ihr müßt verstehen, daß ich es - zumal in der gegenwärtigen allgemeinen Entwicklung - schwierig finde, wenn wir so miteinander umgehen.

Ich fände es gut, wenn wir diese Angelegenheit bald ausführlich besprechen könnten, damit wir solche Irritationen einigermaßen gut überstehen. Die nächste Verwaltungsausschusssitzung, die am 11. Mai 1993 in Berlin stattfinden soll, bietet ja vielleicht dazu eine Chance. Wegen des Billigfluges werde ich wieder abends anreisen, und wir könnten uns z. B. an diesem Abend noch irgendwohin setzen, um diesen Vorgang zu besprechen. Oder aber, wir könnten morgens vor der VA-Sitzung miteinander frühstücken.

Ich wünsche Euch gute Ostern. Grüßt bitte alle Gossners im Hause und läßt es Euch trotz allem gutgehen.

Euer



P.S. Denkt bitte daran, daß Ihr diesmal pünktlich zum Beginn des Quartals die Teilsumme von DM 80.000,-- überweist, wir rutschen sonst in rote Zahlen! Danke.